UC-NRLF
B 4 507 176

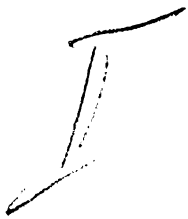
Digitized by Google

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA.

L. C. MISSION
EUROPEAN BUYING PROJECT

Verfrauensrat
Caswerk Karlsruhe

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Adolf Hitler, der Führer.

Digitized by Google

Vertrauensrat
Ost Karlsruhe

Vom Bonzentum zum Dritten Reich

von

Dr. Curt Rosten

Mit 50 Bildern auf
Kunstdrucktafeln

1933

Commissionsverlag Schmidt & Co. G. m. b. H. / Berlin SW 61

Digitized by Google

Copyright 1933 by Schmidt & Co. G. m. b. H., Berlin SW 61, Großbeerenstr. 17

Digitized by Google

DD253
R64

Vorwort.

In dem vorliegenden Werk soll in einer Zusammenstellung all das vor Augen geführt werden, was unser Führer in den wenigen Wochen seit seiner Machtergreifung für das deutsche Volk geleistet hat trotz der großen Schwierigkeiten, die sich seinem ehrlichen Wollen überall entgegenstellten. Insbesondere soll gezeigt werden, wie der übermächtige Wille des Führers die Volksgenossen wachgerüttelt und aus dem Chaos marxistischen Bonzentums zum Triumph des Dritten Reiches geführt hat.

Das Buch soll eine bleibende Erinnerung an die Zeit sein, in der es unserem Volkskanzler Adolf Hitler gelang, das deutsche Volk nach den 14 Jahren einer beispiellosen Mißwirtschaft, Korruption und Zersplitterung auf politischem und völkischem Gebiet zu einen.

Möge der Himmel unserem verehrten Führer zu seiner weiteren schweren Aufgabe seinen reichen Segen geben.

Berlin, den 1. Juli 1933.

Dr. Rosten.

M41335

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I. Kapitel:	Programmrede und Ermächtigungsgesetz	5
II. Kapitel:	Die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich	36
III. Kapitel:	Die Gleichschaltung der Gewerkschaften	57
IV. Kapitel:	Der Aufbau des nationalsozialistischen Staates	126
V. Kapitel:	Die Gleichschaltung in der Sozialversicherung	161
VI. Kapitel:	Nationalsozialistische Außenpolitik. . .	286

Digitized by Google

I. Kapitel.

Programmrede und Ermächtigungsgesetz.

Als Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933 den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Adolf Hitler zum Reichskanzler berief, war es jedem Kämpfer der N.S.D.A.P. klar, daß dieser Tag zum Wendepunkt im Buche der deutschen Geschichte werden würde. Alle Bemühungen, eine Regierung zu bilden, die die Beibehaltung des innen- und außenpolitischen Kurses zum Ziel hatte, waren fehlgeschlagen. So blieb den verantwortlichen Männern kein anderer Weg, als der, den das Schicksal vorschrieb. Adolf Hitler übernahm das Steuer des Staates.

Wie das deutsche Volk über die Neuordnung dachte, zeigte der 5. März 1933. Die auf lange Zeit hinaus letzte Reichstagswahl war eine große Vertrauenskundgebung für den Nationalsozialismus. Der Einfluß der Parteien des Weimarer Systems wurde zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die Weimarer Flagge, die vierzehn Jahre hindurch Zusammenbruch, Entwürdigung, Entmachtung und Not gesehen hatte, wurde gestrichen. Die neue Flagge stieg jubelnd begrüßt an den Masten empor.

Am 21. März, am Tage von Potsdam, wurde mit dem alten Regime endgültig Schluß gemacht.

Digitized by Google

Hatte bisher der Parteiführer Adolf Hitler zum deutschen Volke gesprochen, so sprach jetzt der Staatsmann Adolf Hitler.

Am 23. März 1933 unterbreitete er der gesamten Welt sein großes Aufbauprogramm.

Unauslöschlich ist dieser Tag im Buche der Weltgeschichte eingetragen, an dem Adolf Hitler der Welt die Wege aufzeigte, die er zu gehen fest entschlossen war, die Wege, die nicht allein zur Gesundung unseres deutschen Vaterlandes, sondern ganz Europas führen sollen und werden.

Um 2 Uhr nachmittags bestieg der Volkskanzler die Rednertribüne, um seine große Programmrede vor dem neuen Reichstag zu halten.

„Männer und Frauen des Deutschen Reichstages!

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung haben die Nationalsozialistische und die Deutschnationale Volkspartei Ihnen durch einen Initiativantrag ein Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Gründe für diesen außerordentlichen Vorgang sind folgende:

Im November 1918 rissen marxistische Organisationen durch eine Revolution die vollziehende Gewalt an sich. Die Monarchen wurden entthront, die Reichs- und Landesbehörden abgesetzt und damit die Verfassung gebrochen. Das Gelingen der Revolution im materiellen Sinne sicherte die Attentäter vor dem Zugriff der Justiz. Die moralische Legitimierung suchten sie in der Behauptung, Deutschland bzw. seine Regierung trügen die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Diese Behauptung war wissentlich falsch. In der Folge führten aber diese im Interesse unserer damaligen Feinde liegenden un-

Digitized by Google

wahren Anschuldigungen zu schärfsten Unterdrückungen des gesamten deutschen Volkes, und der Bruch der uns in den 14 Punkten Wilsons gemachten Zusicherungen dann für Deutschland, d. h. für das schaffende deutsche Volk, zu einer Zeit grenzenlosen Unglücks.

Alle die von den Männern des Novembers 1918 gemachten Versprechungen erwiesen sich, wenn schon nicht als bewußte Irreführungen, so doch als nicht minder verdammenswerte Illusionen. Die „Errungenschaften der Revolution" waren, im gesamten genommen, nur für kleinste Teile unseres Volkes angenehme. Für die überwältigende Mehrheit aber, zumindest soweit sich diese durch ihre redliche Arbeit das tägliche Brot verdienen mußte, unendlich traurige. Daß hierfür der Selbsterhaltungstrieb der an dieser Entwicklung schuldigen Parteien und Männer tausend Beschönigungen und Ausreden findet, ist verständlich. Der nüchterne Vergleich der durchschnittlichen Ergebnisse der letzten 14 Jahre mit den einst proklamierten Versprechungen fällt für die verantwortlichen Regisseure dieses in der deutschen Geschichte beispiellosen Verbrechens vernichtend aus.

Unser Volk hat im Verlaufe der letzten 14 Jahre auf allen Gebieten des Lebens einen Verfall erlitten, der größer kaum vorstellbar ist. Die Frage, was überhaupt in dieser Zeit noch schlimmer hätte kommen können, ist unter Berücksichtigung der Grundwerte unseres deutschen Volkes soweit der einst vorhanden gewesenen politischen und wirtschaftlichen Erbmasse nicht zu beantworten.

Das deutsche Volk hat trotz seiner schweren Beweglichkeit in politischen Empfindungen und Stellungnahmen sich steigend von den in seinen Augen für diese Zustände verantwortlichen Auffassungen, Parteien und Verbänden abgewendet.

Digitized by Google

Die Zahl der innerlich auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Deutschen war trotz der suggestiven Bedeutung und rücksichtslosen Ausnutzung der Regierungsgewalt am Ende nur mehr ein Bruchteil der gesamten Nation.

Es ist weiter das charakteristische Merkmal dieser 14 Jahre gewesen, daß — abgesehen von natürlichen Schwankungen — die Linie der Entwicklung konstant nach unten führte. Diese deprimierende Erkenntnis war mit eine der Ursachen der allgemeien Verzweiflung. Sie förderte die Einsicht über die Notwendigkeit einer gründlichen Abkehr von den Ideen, Organisationen und Männern, in denen man mit Recht allmählich die tieferen Ursachen unseres Verfalls zu erkennen glaubte.

Die nationalsozialistische Bewegung vermochte daher trotz furchtbarster Unterdrückung immer mehr Deutsche geistes- und willensmäßig zum Abwehrkampf zu erfassen. Sie hat im Verein mit den anderen nationalen Verbänden nunmehr innerhalb weniger Wochen die seit dem November 1918 herrschenden Mächte beseitigt und in einer Revolution die öffentliche Gewalt in die Hände der nationalen Regierung gelegt. Am 5. März hat das deutsche Volk diesem Akt seine Zustimmung erteilt.

Das Programm des Wiederaufbaus von Volk und Reich ergibt sich aus der Größe der Not unseres politischen, moralischen und wirtschaftlichen Lebens. Erfüllt von der Überzeugung, daß dieser Zusammenbruch seine Ursachen in inneren Schäden unseres Volkskörpers hat, ist es das Ziel der Regierung der nationalen Revolution, diejenigen Gebrechen aus unserem völkischen Leben zu beseitigen, die auch in Zukunft jeden tatsächlichen Wiederaufstieg verhindern würden. Der durch marxistische Irrlehre systematisch her-

Digitized by Google

Reichskanzler Hitler gibt in der ersten Arbeitssitzung des neuen Reichstags die Programmerklärung ab und begründet das Ermächtigungsgesetz.
(23. März 1933.)

Digitized by Google

Ministerpräsident Hermann Göring,
Reichsluftfahrtminister und Preußischer Innenminister.

Digitized by Google

beigeführte Verfall der Nation in weltanschaulich unvereinbare Gegensätze bedeutet die Vernichtung der Basis eines möglichen Gemeinschaftslebens.

Die Auflösung ergreift alle Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Die völlig gegensätzliche Einstellung der einzelnen zu den Begriffen Staat, Gesellschaft, Religion, Moral, Familie, Wirtschaft reißt Differenzen auf, die zum Krieg aller gegen alle führen.

Ausgehend vom Liberalismus des vergangenen Jahrhunderts findet diese Entwicklung naturgesetzlich ihr Ende im kommunistischen Chaos.

Die Mobilisierung primitivster Instinkte führt zu einer Verbindung zwischen den Auffassungen einer politischen Idee und den Handlungen wirklicher Verbrecher. Angefangen von Plünderungen, Brandstiftungen, Eisenbahnanschlägen, Attentaten und so fort erhält alles in der kommunistischen Idee seine moralische Sanktion. Allein die Methode des individuellen Massenterrors hat die nationalsozialistische Bewegung im Laufe weniger Jahre über 300 Tote und Zehntausende von Verletzten gekostet.

Die Brandstiftung im Reichstag als mißglückter Versuch einer großangelegten Aktion ist nur ein Zeichen dessen, was Europa vom Siege dieser teuflischen Lehre zu erwarten hätte. Wenn eine bestimmte Presse, besonders außerhalb Deutschlands, heute versucht, entsprechend der durch den Kommunismus zum Prinzip erhobenen politischen Unwahrheit die nationale Erhebung Deutschlands mit dieser Schandtat zu identifizieren, so kann mich das nur in meinem Beschlusse bestärken, nichts unversucht zu lassen, um in kürzester Zeit dieses Verbrechen durch die öffentliche Hinrichtung des schuldigen Brandstifters und seiner Komplizen zu sühnen!

Digitized by Google

Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktionen dieser Organisation ist weder dem deutschen Volk noch der übrigen Welt genügend zum Bewußtsein gekommen. Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde. Manche von denen, die sich heute aus Haß gegen die nationale Erhebung innerhalb und außerhalb Deutschlands mit den Interessen des Kommunismus verbrüdern, würden selbst die Opfer einer solchen Entwicklung geworden sein.

Es wird die oberste Aufgabe der nationalen Regierung sein, diese Erscheinung nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse des übrigen Europas in unserem Lande restlos auszurotten und zu beseitigen.

Sie wird nicht die Erkenntnis aus dem Auge verlieren, daß es sich dabei nicht um das negative Problem dieser Organisationen handelt, sondern um die Durchführung der positiven Aufgabe der Gewinnung des deutschen Arbeiters für den nationalen Staat. Nur die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft, die sich über die Interessen und Gegensätze der Stände und Klassen erhebt, vermag allein auf die Dauer diesen Verirrungen des menschlichen Geistes den Nährboden zu entziehen. Die Errichtung einer solchen weltanschaulichen Geschlossenheit des deutschen Volkskörpers ist um so wichtiger, als nur durch sie die Möglichkeit der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den außerdeutschen Mächten ohne Rücksicht auf die sie beherrschenden Tendenzen oder weltanschaulichen Grundsätze gegeben ist, denn die Beseitigung des Kommunismus in Deutschland ist nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Die übrige Welt mag daran ebensosehr interessiert sein, da der Ausbruch eines

Digitized by Google

kommunistischen Chaos in dem dicht besiedelten Deutschen Reiche zu politischen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen besonders im übrigen westlichen Europa führen würde, deren Ausmaße unvorstellbar sind. Der innere Zerfall unserer Volksgemeinschaft führte zwangsläufig zu einer immer bedenklicher werdenden Schwächung der Autorität der obersten Staatsführung. Das Sinken des Ansehens der Reichsregierung, das sich aus solchen unsicheren inneren Verhältnissen zwangsläufig ergeben mußte, führte bei verschiedenen Parteien in einzelnen Ländern zu Vorstellungen, die mit der Einheit des Reiches unverträglich sind. Alle Rücksichtnahme auf die Traditionen der Länder kann die bittere Erkenntnis nicht beseitigen, daß das Ausmaß der Zersplitternng des staatlichen Lebens in der Vergangenheit der Welt- und Lebensstellung unseres Volkes nicht nur nicht nützlich, sondern wahrhaft abträglich war.

Es ist nicht die Aufgabe einer überlegenen Staatsführung, nachträglich das organisch Gewachsene nun dem theoretischen Prinzip einer zügellosen Unitarisierung auszuliefern. Es ist aber die Pflicht, diese geistige willensmäßige Einheit der Führung der Nation und damit den Reichsgedanken an sich über jeden Zweifel zn erheben.

Die Wohlfahrt unserer Kommunen und Länder bedarf genau so wie die Existenz des einzelnen deutschen Menschen des staatlichen Schutzes. Die Reichsregierung beabsichtigt daher nicht durch Ermächtigungsgesetz die Länder aufzuheben. Wohl aber wird sie diejenigen Maßnahmen treffen, die von nun ab und für immer eine Gleichmäßigkeit der politischen Intentionen in Reich und Ländern gewährleisten. Je größer die geistige und willensmäßige Übereinstimmung ist, um so weniger Interesse kann für alle Zukunft für das Reich bestehen, das kulturelle und das wirtschaftliche Eigenleben

Digitized by Google

der einzelnen Länder zu vergewaltigen. Vollends unmöglich ist der in letzter Zeit eingerissene Zustand einer gegenseitigen Herabsetzung von Länder- und Reichsregierungen unter Zuhilfenahme der modernen Mittel der Volkspropaganda. Ich werde unter keinen Umständen hinnehmen, und die Reichsregierung wird alle Maßnahmen dagegen treffen, daß in Zukunft jemals noch Minister deutscher Regierungen vor der Welt in öffentlichen Massenversammlungen, ja sogar unter Verwendung des Rundfunks, sich gegenseitig anklagen oder herunterseßen.

Es führt weiter zu einer völligen Entwertung der gesetzgebenden Körperschaften in den Augen des Volkes, wenn selbst unter Annahme normaler Zeiten innerhalb von vier Jahren entweder im Reich oder in den einzelnen Ländern das Volk an die zwanzig Mal an die Wahlurne getrieben wird. Die Reichsregierung wird den Weg dazu finden, der das Ziel erreicht, daß die einmal gegebene Willensäußerung der Nation für Reich und Länder zu einheitlichen Konsequenzen führt.

Eine weitergehende Reform des Reiches wird sich aus der lebendigen Entwicklung ergeben können. Ihr Ziel muß die Konstruktion einer Verfassung sein, die den Willen des Volkes mit der Autorität einer wirklichen Führung verbindet. Die gesetzliche Legalisierung einer solchen Verfassungsreform wird dem Volke selbst zugebilligt.

Die Regierung der nationalen Revolution sieht es grundsätzlich als ihre Pflicht an, entsprechend dem Sinne des ihr gegebenen Vertrauensvotums des Volkes diejenigen Elemente von der Einflußnahme auf die Gestaltung des Lebens der Nation fernzuhalten, die bewußt und mit Absicht dieses Leben negieren. Die theoretische Gleichheit vor dem Gesetz kann nicht dazu führen, grundsätzliche Ver-

Digitized by Google

Reichspropagandaminiſter Dr. Joſeph Goebbels mit ſeiner Gattin beim Beſuch des italieniſchen Luftfahrtminiſters Balbo in Rom auf dem Flugplatz Ciampino.
(Rechts vorn: Miniſterialrat Hanke, der Adjutant des Reichspropagandaminiſters.)

Digitized by Google

Alfred Roſenberg, der Chef des außenpolitiſchen Amts der N. S. D. A. P.

Digitized by Google

ächter der Gesetze unter Gleichheit zu tolerieren, ja aus demokratischen Doktrinen heraus die Freiheit der Nation ihnen auszuliefern. Die Regierung wird die Gleichheit vor dem Gesetz aber allen denen zubilligen, die in der Frontrichtung unseres Volkes vor dieser Gefahr sich hinter die nationalen Interessen stellen und der Regierung ihre Unterstützung nicht versagen.

Überhaupt soll unsere nächste Aufgabe sein, die geistigen Führer dieser Vernichtungstendenzen zur Verantwortung zu ziehen, die verführten Opfer aber zu retten.

Sie sieht insbesondere in den Millionen deutscher Arbeiter, die diesen Ideen des Wahnsinns und der Selbstvernichtung huldigen, nur die Ergebnisse einer unverzeihlichen Schwäche der früheren Regierungen, die die Verbreitung der Ideen nicht verhinderten, deren praktische Verwirklichung sie selbst unter Strafe stellen mußten. Die Regierung wird sich in dem Entschluß, diese Frage zu lösen, von niemanden beirren lassen. Jetzt ist es Sache des Reichstags, seinerseits eine klare Stellung einzunehmen. Am Schicksal des Kommunismus und der sich mit ihm verbrüdernden anderen Organisationen ändert dies nichts. Die nationale Regierung trifft dabei ihre Maßnahmen unter keinem anderen Gesichtspunkt als dem, das deutsche Volk und insbesondere die Millionenmassen seiner arbeitenden Menschen vor namenlosem Elend zu bewahren.

Sie sieht daher die Frage einer monarchischen Restauration schon aus dem Grunde des Vorhandenseins dieser Zustände zur Zeit als undiskutabel an. Sie würde den Versuch einer Lösung dieses Problems auf eigene Faust in einzelnen Ländern als Angriff gegen die Reichseinheit ansehen müssen und demgemäß ihr Verhalten einrichten.

Digitized by Google

Gleichlaufend mit dieser politischen Entgiftung unseres öffentlichen Lebens wird die Reichsregierung eine durchgreifende moralische Sanierung des Volkskörpers vornehmen. Das gesamte Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse, Rundfunk, sie werden alle Mittel zu diesem Zweck sein und demgemäß gewürdigt. Sie haben alle der Erhaltung der im Wesen unseres Volkstums lebenden Ewigkeitswerte zu dienen. Die Kunst wird stets Ausdruck und Spiegel der Sehnsucht und der Wirklichkeit einer Zeit sein. Die weltbürgerliche Beschaulichkeit ist im raschen Entschwinden begriffen. Der Heroismus erhebt sich leidenschaftlich als kommender Gestalter und Führer politischer Schicksale. Es ist Aufgabe der Kunst, Ausdruck dieses bestimmenden Zeitgeistes zu sein. Blut und Rasse werden wieder zur Quelle der künstlerischen Intuition werden. Es ist Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß gerade in einer Zeit beschränkter politischer Macht der innere Lebenswert und der Lebenswille der Nation einen um so gewaltigeren kulturellen Ausdruck finden. Dieser Entschluß verpflichtet zur dankbaren Bewunderung unserer großen Vergangenheit. Auf allen Gebieten unseres geschichtlichen und kulturellen Lebens muß die Brücke von dieser Vergangenheit zur Zukunft geschlagen werden. Die Ehrfurcht vor den großen Männern muß der deutschen Jugend wieder als heiliges Vermächtnis eingehämmert werden. Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens sich vorzunehmen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe Einkehr religiösen Lebens. Die Vorteile personalpolitischer Art, die sich aus Kompromissen mit atheistischen Organisationen ergeben mögen, wiegen nicht annähernd die Folgen auf, die in der Zerstörung allgemeiner sittlicher Grundwerte sichtbar werden.

Digitized by Google

Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren.

Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt. Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenübertreten. Sie kann aber nicht dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeinen gesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen. Die Sorge der Regierung gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat, der Kampf gegen eine materialistische Weltanschauung, für eine wirkliche Volksgemeinschaft, dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie dem Wohl unseres christlichen Glaubens.

Unser Rechtswesen muß in erster Linie für Erhaltung dieser Volksgemeinschaft dienen. Der Unabsetzbarkeit der Richter auf der einen Seite muß eine Elastizität der Urteilsfindung zum Zweck der Gesellschaft entsprechen. Nicht das Individuum kann Mittelpunkt der gesetzlichen Sorge sein, sondern das Volk. Landes- und Volksverrat sollen künftig mit barbarischer Rücksichtslosigkeit ausgetilgt werden. Der Boden der Existenz der Justiz kann kein anderer sein als der Boden der Existenz der Nation. Möge diese daher auch stets die Schwere der Entschließung derer berücksichtigen, die unter dem harten Zwang der Wirklichkeit das Leben der Nation verantwortlich zu gestalten haben.

Digitized by Google

Groß sind die Aufgaben der nationalen Regierung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens. Hier wird ein Gesetz alles Handeln bestimmen; das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk. Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreiben, sondern durch die stärkste Förderung der Privatinitiative und durch die Anerkennung des Eigentums.

Zwischen der produktiven Intention einerseits und der produktiven Arbeit andererseits muß ein gerechter Ausgleich hergestellt werden. Die Verwaltung soll die Ergebnisse der Fähigkeit, des Fleißes und der Arbeit durch Sparsamkeit respektieren. Auch das Problem unserer öffentlichen Finanzen ist nicht zuletzt das Problem einer sparsamen Verwaltung. Die in Aussicht genommene Reform unseres Steuerwesens muß zu einer Vereinfachung der Veranlagnng und damit zu einer Verminderung der Kosten und der Lasten führen. Grundsätzlich soll die Steuermühle an den Strom und nicht an die Quellen gebaut werden. Im Zuge dieser Maßregeln muß eine Verminderung der Lasten durch Vereinfachung der Verwaltung eintreten. Diese im Reich und in den Ländern durchzuführende Reform des Steuerwesens ist aber nicht eine Frage des Augenblicks, sondern einer nach den Erfordernissen zu bemessenden Zeit.

Die Regierung wird grundsätzlich Währungsexperimente vermeiden. Vor allem aber stehen zwei Wirtschaftsaufgaben erster Ordnung vor uns, die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden.

Digitized by Google

Pg. Dr. Ley, der Präſident des Staatsrats und Führer der Deutſchen Arbeitsfront.

Digitized by Google

Der Reichsleiter der N. S. B. O. Pg. Walter Schuhmann spricht im Luſtgarten über den Sinn der Gleichſchaltung der Gewerkſchaften.

Digitized by Google

Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volke würde zu den denkbar schärfsten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein. Das Schicksal aber, das das ganze Volk träfe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen. Nur im Zusammenhang mit der unter allen Umständen zu erreichenden Rentabilität unserer Landwirtschaft kann die Frage eines Vollstreckungsschutzes bzw. einer Entschuldung gelöst werden. Würde diese nicht gelingen, so müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft überhanpt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. Seine Gesunderhaltung ist aber auch die erste Voraussetzung für das Blühen und Gedeihen unserer Industrie, des deutschen Binnenhandels und des deutschen Exports. Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauerntums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und damit die deutsche Wirtschaft endgültig vernichtet. Was die Gesamtwirtschaft einschließlich unserer Exportindustrie dem gesunden Sinn des deutschen Bauern verdankt, kann überhaupt durch kein Opfer geschäftlicher Art abgegolten werden. Es muß daher auch der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft unsere größte Sorge gelten.

Im übrigen ist sich die nationale Regierung darüber im klaren, daß die endgültige Behebung der Not sowohl der bäuerlichen wie der städtischen Wirtschaft abhängt von der Eingliederung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß. Hierin liegt die zweite, gewaltigste wirtschaftliche Aufgabe. Sie kann nur gelöst werden durch eine allgemeine Befriedung unter Durchsetzung gesunder, natürlicher, wirtschaftlicher Grundsätze und aller Maßnahmen, die notwendig

Digitized by Google

sind, auch wenn sie, im Augenblick gesehen, auf keine Popularität rechnen können. Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienstpflicht sind hierbei nur Einzelmaßnahmen im Rahmen des Gesamtangriffs.

Ähnlich wie zu den deutschen Bauern ist die Einstellung der nationalen Regierung zum Mittelstand. Seine Rettung kann nur im Zuge der allgemeinen Wirtschaftspolitik erfolgen. Die nationale Regierung ist entschlossen, diese Frage durchgreifend zu lösen. Sie erkennt es als ihre geschichtliche Aufgabe, die Millionen deutscher Arbeiter im Kampfe um ihre Daseinsrechte zu stützen und zu fördern. Als Kanzler und Nationalsozialist fühle ich mich ihnen als den einstigen Gefährten meiner Jugend verbunden. Die Steigerung der Konsumkraft dieser Massen wird ein wesentliches Mittel der wirtschaftlichen Belebung sein.

Unter Aufrechterhaltung unserer Sozialgesetzgebung wird ein erster Schritt zu einer Reform stattfinden müssen. Grundsätzlich soll aber die Nutzbarmachung jeder Arbeitskraft im Dienste der Allgemeinheit erfolgen. Das Brachliegenlassen von Millionen menschlicher Arbeitsstunden ist ein Wahnsinn und ein Verbrechen, das zur Verarmung aller führen muß. Ganz gleich, welche Werte durch eine Verwendung unserer überschüssigen Arbeitskraft geschaffen worden wären, sie würden für Millionen Menschen, die heute in Not und Elend verkommen, unentbehrliche Lebensgüter darstellen können. Es muß und wird der organisatorischen Fähigkeit unseres Volkes gelingen, diese Frage zu lösen.

Wir wissen, daß die geographische Lage des rohstoffarmen Deutschlands eine Autarkie für unser Reich nicht vollkommen zuläßt. Es muß immer wieder betont werden, daß der Reichsregierung nichts ferner liegt als Exportfeindlichkeit. Wir wissen, daß wir die Ver-

Digitized by Google

bindung mit der Welt nötig haben und daß der Absatz deutscher Ware in der Welt viele Millionen deutscher Volksgenossen ernährt.

Wir wissen aber auch, welches die Voraussetzungen für einen gesunden Leistungsaustausch zwischen den Völkern der Erde sind. Denn Deutschland ist jahrelang gezwungen gewesen zu Leistungen ohne Gegenleistungen. Daraus ergibt sich, daß die Aufgabe, Deutschland als ein tätiges Glied des Warenaustausches zu erhalten, weniger eine handelspolitische und eine finanzpolitische ist. Solange man uns eine sachgemäße und unserer Kraft entsprechende Regelung unserer Auslandsschulden nicht zugebilligt hat, sind wir leider zur Aufrechterhaltung unserer Devisenzwangswirtschaft gezwungen. Die Reichsregierung ist auch um deswillen verpflichtet, den gegen den Abfluß des Kapitals über die Grenzen errichteten Damm aufrechtzuerhalten. Wenn die Reichsregierung sich von diesen Grundsätzen leiten läßt, ist bestimmt zu erwarten, daß wachsendes Verständnis des Auslandes die Eingliederung unseres Reiches in den friedlichen Wettbewerb der Nationen erleichtert.

Die Förderung des Verkehrs bis zu einem vernünftigen Ausgleich aller Verkehrsinteressen zu führen, wird schon zu Beginn des kommenden Monats durch eine Reform der Kraftfahrzeugsteuer der erste Schritt getan. Die Erhaltung der Reichsbahn und ihre möglichst schnelle Zurückführung in die Macht des Reiches ist eine Aufgabe, die uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch verpflichtet. Die Entwicklung des Luftverkehrs als eines Mittels der friedlichen Verbindung der Völker untereinander wird die nationale Regierung mit Eifer pflegen.

Bei all dieser Tätigkeit bedarf die Regierung der Unterstützung nicht nur der allgemeinen Kräfte in unserem Volk, die in weitestem

Digitized by Google

Umfang sie heranzuziehen entschlossen ist, sondern auch der hingebenden Treue und Arbeit des Berufsbeamtentums. Nur bei zwingendster Not der öffentlichen Finanzen sollen Eingriffe stattfinden, allein auch dann wird strenge Gerechtigkeit das oberste Gesetz unseres Handelns sein.

Der Schutz der Grenzen unseres Reiches und damit des Lebens unseres Volkes und der Existenz unserer Wirtschaft liegt heute bei unserer Reichswehr, die entsprechend den uns im Versailler Vertrag auferlegten Bestimmungen als einzige wirklich abgerüstete Armee in der Welt anzusehen ist. Trotz der dadurch bedingten Kleinheit und gänzlich ungenügenden Bewaffnung darf das deutsche Volk in stolzer Befriedigung auf seine Reichswehr sehen. Unter schwersten Verhältnissen ist dieses kleine Instrument unserer nationalen Selbstverteidigung entstanden. In diesem Geiste ist es der Träger unserer besten soldatischen Traditionen. In peinlicher Gewissenhaftigkeit hat das deutsche Volk aber damit seine ihm im Friedensvertrag auferlegten Pflichten erfüllt, ja, selbst der uns damals genehmigte Ersatz der Schiffe unserer Flotte ist — ich darf wohl sagen: leider — nur zu einem kleinen Teil durchgeführt worden.

Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einlösung des uns gegebenen Abrüstungsversprechens der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen absehen zu können, sofern endlich auch die übrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtung zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen. Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit.

In diesem Geist des Friedenswillens allerdings will die nationale Regierung das deutsche Volk erziehen. Die Ehre der Nation, die

Digitized by Google

Pg. Schmeer, M. d. R., der Vorsitzende des Kongresses der Arbeitsfront.

Digitized by Google

Walther Darré, Landwirtschaftsminister.

Digitized by Google

Ehre unserer Armee, das Ideal der Freiheit, sie müssen dem deutschen Volke wieder heilig werden! Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Reichsregierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung der Trennung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Offenhaltung dieser Wunde führt den einen zum Mißtrauen, den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit. Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volk die Hand zu aufrichtiger Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsätzlich abzuschließen. Die Not der Welt kann nur vergehen, wenn durch stabile politische Verhältnisse die Grundlage geschaffen wird und wenn die Völker untereinander wieder Vertrauen gewinnen.

Zur Behebung der Wirtschaftskatastrophe ist notwendig:

1. eine unbedingt autoritäre Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse,

2. eine Sicherstellung des Friedens durch die großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander,

3. der endgültige Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine Entlastung von Reparationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen.

Leider stehen wir vor der Tatsache, daß die Genfer Konferenz trotz langer Verhandlungen bisher kein praktisches Ergebnis erzielt hat. Die Entscheidung über die Herbeiführung einer wirklichen Abrüstungsmaßnahme ist immer wieder durch das Aufwerfen technischer Einzelfragen und durch das Hineinziehen von Problemen, die

Digitized by Google

mit der Abrüstung nichts zu tun haben, verzögert worden. Dieses Verfahren ist untauglich.

Der rechtswidrige Zustand der einseitigen Abrüstung und der daraus resultierenden nationalen Unsicherheit in Deutschland kann nicht länger dauern.

Als ein Zeichen der Verantwortung und des guten Willens erkennen wir es an, daß die britische Regierung durch ihren Abrüstungsvorschlag den Versuch gemacht hat, die Konferenz endlich zu schnellen Entscheidungen zu bringen. Die Reichsregierung wird jede Bemühung unterstützen, die darauf gerichtet ist, die allgemeine Abrüstung wirksam durchzuführen und den längst fälligen Anspruch Deutschlands auf Abrüstung sicherzustellen. Seit vierzehn Jahren sind wir abgerüstet, und seit vierzehn Monaten warten wir auf das Ergebnis der Abrüstungskonferenz. Umfassender noch ist der Plan des Chefs der italienischen Regierung, der großzügig und weitblickend versucht, der gesamteuropäischen Politik eine ruhige und folgerichtige Entwicklung zu sichern. Wir messen diesem Plane ernsteste Bedeutung bei, wir sind bereit, auf seiner Grundlage in voller Aufrichtigkeit mitzuarbeiten, um die vier großen Mächte, England, Frankreich, Italien und Deutschland, zu einer friedlichen Zusammenarbeit zusammenzuschließen, die mutig und entschlossen an die Aufgaben herangeht, von deren Lösung das Schicksal Europas abhängt.

Aus diesem Anlaß empfinden wir besonders dankbar die verständnisvolle Herzlichkeit, mit der in Italien die nationale Erhebung Deutschlands begrüßt worden ist. Wir wünschen und hoffen, daß die Gleichheit der geistigen Ideale die Grundlage für eine stetige Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein wird.

Digitized by Google

Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente der Moral und Sittlichkeit des Volkes sieht, größten Wert auf freundschaftliche Beziehungen zum Heiligen Stuhl und sucht sie auszugestalten. Gegenüber unserem Brudervolk in Österreich empfinden wir das Gefühl der Anteilnahme an seinen Sorgen und Nöten. Die Reichsregierung ist sich in ihrem Tun und Handeln der Verbundenheit des Schicksals aller deutschen Stämme bewußt. Die Einstellung zu den übrigen einzelnen fremden Mächten ergibt sich aus dem bereits Erwähnten. Aber auch da, wo die gegenseitigen Beziehungen schon mit Schwierigkeiten behaftet sind, werden wir uns um einen Ausgleich bemühen. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Unterscheidung in Sieger und Besiegte sein.

Wir sind aber der Überzeugung, daß ein solcher Ausgleich in unserem Verhältnis zu Frankreich möglich ist, wenn die Regierungen die sie betreffenden Probleme beiderseits wirklich weitschauend in Angriff nehmen. Gegenüber der Sowjetunion ist die Reichsregierung gewillt, freundschaftliche, für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu pflegen. Gerade die Regierung der nationalen Revolution sieht sich zu einer solchen positiven Politik gegenüber Sowjetrußland in der Lage. Der Kampf gegen den Kommunismus in Deutschland ist unsere innere Angelegenheit, in den wir Einmischungen von außen niemals dulden werden. Die staatspolitischen Beziehungen zu anderen Mächten, mit denen uns wichtige gemeinsame Interessen verbinden, werden davon nicht berührt.

Das Verhältnis zu den übrigen Ländern verdient auch in der Zukunft unsere ernsteste Aufmerksamkeit. Insbesondere die großen überseeischen Staaten, mit denen Deutschland seit langem durch

Digitized by Google

Freundschaft und wichtigste wirtschaftliche Interessen verbunden ist. Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches, die als besondere Volksgruppen innerhalb fremder Völker um die Wahrung ihrer Sprache, Kultur, Sitte und Religion kämpfen, wird uns stets bewegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten.

Wir begrüßen den Plan einer Weltwirtschaftskonferenz und sind mit ihrem baldigen Zusammentritt einverstanden. Die Reichsregierung ist bereit, mitzuarbeiten, um endlich positive Ergebnisse zu erlangen. Die wichtigste Frage ist das Problem unserer privaten kurzfristigen und langfristigen äußeren Verschuldung. Die völlige Veränderung des Verhältnisses der Warenwerte erfordert eine Anpassung der privaten Schulden an diese veränderten Verhältnisse im Interesse der Gläubiger sowohl als der Schuldner. Nur aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kann eine wirkliche Behebung der allgemeinen Sorgen erwachsen.

Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein als eine dreißig Jahre lange Verrennung in die Begriffe von Sieger und besiegten Nationen.

Um die Regierung in die Lage zu versetzen, die Aufgaben zu erfüllen, die innerhalb dieses allgemein gekennzeichneten Rahmens liegen, hat sie im Reichstag durch die beiden Parteien der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen das Ermächtigungsgesetz einbringen lassen. Ein Teil der beabsichtigten Maßnahmen erfordert die verfassungsändernde Mehrheit. Die Durchführung dieser Aufgaben bzw. ihre Lösung ist notwendig. Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck

Digitized by Google

nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln und erbitten.

Die Regierung wird dabei nicht von der Absicht getrieben, den Reichstag als solchen aufzuheben. Im Gegenteil, sie behält sich auch für die Zukunft vor, ihn von Zeit zu Zeit über ihre Maßnahmen zu unterrichten oder aus bestimmten Gründen, wenn zweckmäßig, auch seine Zustimmung einzuholen.

Die Autorität und damit die Erfüllung der Aufgaben der Regierung würden aber leiden, wenn im Volke Zweifel an der Stabilität des neuen Regiments entstehen könnten. Sie hält vor allem eine weitere Tagung des Reichstages im heutigen Zustande der tiefgehenden Erregung der Nation für unmöglich.

Es ist kaum eine Revolution von so großem Ausmaß so diszipliniert und unblutig verlaufen, wie die der Erhebung des deutschen Volkes in diesen Wochen. Es ist meine feste Absicht, für diese ruhige Entwicklung auch in Zukunft zu sorgen. Allein um so nötiger ist es, daß der nationalen Regierung jene souveräne Stellung gegeben wird, die in einer solchen Zeit allein geeignet ist, eine andere Entwicklung zu verhindern. Die Regierung beabsichtigt dabei, von diesem Gesetz nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz des Reichstages noch des Reichsrats soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt. Die innere Übereinstimmung mit seinem Willen herbeizuführen wird stets die oberste Aufgabe der Regierung sein. Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert.

Digitized by Google

Da die Regierung an sich über eine klare Mehrheit verfügt, ist die Zahl der Fälle, in denen eine innere Notwendigkeit vorliegt, zu einem solchen Gesetze die Zuflucht zu nehmen, an sich begrenzt.

Um so mehr aber besteht die Regierung der nationalen Erhebung auf der Verabschiedung dieses Gesetzes. Sie zieht in jedem Falle eine klare Entscheidung vor.

Sie bietet den Parteien des Reichstages die Möglichkeit einer ruhigen deutschen Entwicklung und einer sich daraus in der Zukunft anbahnenden Verständigung, und sie ist aber ebenso entschlossen und bereit, die Bekundung der Ablehnung und damit die Ansage des Widerstandes entgegenzunehmen.

Mögen Sie, meine Herren Abgeordneten, nunmehr selbst die Entscheidung treffen über Frieden oder Krieg."

Stürmische „Heil"-Rufe, die sich in immer neuen Ovationen fortsetzten, folgten der Rede des Reichskanzlers.

Aus dem Sitzungssaal bis auf den Vorplatz, vom Vorplatz bis in die Straßen pflanzte sich der Ruf fort: „Wir fordern Annahme des Ermächtigungsgesetzes!"

Der Sozialdemokrat Wels versuchte in einer Rede gegen das Ermächtigungsgesetz Stellung zu nehmen. Die nationalsozialistische Fraktion hörte mit vorbildlicher Gelassenheit den Ausführungen zu.

Der junge Volkskanzler machte sich lachend kleine Notizen. Kaum war der Sozialdemokrat auf seinen Platz zurückgekehrt, betrat der Führer abermals das Podium. Der größte Redner unseres Volkes übertraf sich in der schlagartigen Erwiderung auf die Ausführungen des Sozialdemokraten Wels selbst. Alle Register wurden gezogen, die eine Versammlung in Bann zu schlagen vermöchte. Die Wirkung war überwältigend. Jetzt hat der Führer Gelegenheit,

Digitized by Google

den Gegner vernichtend zu treffen. Der Führer des neuen Deutschland rechnete mit dem verflossenen System ab. —

„Spät kommt ihr, doch ihr kommt! Die schönen Theorien, die Sie, Herr Abgeordneter, soeben hier verkündeten, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden. Vielleicht hätten Ihre Erkenntnisse, praktisch angewendet, vor Jahren die heutige Klage von Ihnen erspart. Sie erklären, daß die Sozialdemokratie unser außenpolitisches Programm unterschreibt, daß sie die Kriegsschuldlüge ablehnt, daß sie sich gegen die Reparationen wendet. Und nun erhebt sich nur die Frage:

Wo war dieser Kampf in der Zeit, in der Sie die Macht in Händen hatten?

Sie hatten einst die Möglichkeit, dem deutschen Volke das Gesetz des inneren Handelns vorzuschreiben. Sie haben es ja auch auf anderen Gebieten gekonnt. Es wäre genau so möglich gewesen, der deutschen Revolution, die von Ihnen ausging, denselben Schwung und dieselbe Richtung zu geben, die einst Frankreich seiner Erhebung 1870 gegeben hat. Es wäre in Ihrem Ermessen gewesen, die deutsche Erhebung zu einer wirklich nationalen zu gestalten, und Sie hätten dann das Recht gehabt, wenn die Fahnen der neuen Republik dann nicht siegreich zurückgekommen wären, immerhin zu erklären: ‚Wir haben das Äußerste getan, um diese Katastrophe durch den Appell an die Kraft des deutschen Volkes abzuwenden.‘ Zu der Zeit mieden Sie den Kampf, den Sie heute plötzlich in Worten der Mitwelt mitteilen wollen.

Sie sagen, daß wehrlos nicht ehrlos ist. Nein! Das braucht es nicht zu sein. Auch wenn wir wehrlos sein müssen, ich weiß, wir würden nicht ehrlos sein!

Digitized by Google

Unſere Bewegung war dank der Unterdrückung durch Ihre Partei jahrelang wehrlos gemacht worden — ehrlos iſt ſie nie geweſen!

Ich bin der Überzeugung, daß wir den Geiſt dem deutſchen Volke einimpfen werden, der es, auch bei ſeiner heutigen Wehrloſigkeit, ſicherlich, Herr Abgeordneter, nicht ehrlos ſein laſſen wird. Auch hier lag es ja an Ihnen, dafür zu ſorgen, daß dieſes deutſche Volk der Welt das Beiſpiel einer Ehre gegeben hätte. Es lag an Ihnen, dafür zu ſorgen, daß, wenn ſchon die äußere Welt uns unterdrückt, die Art, in der das Volk das entgegennimmt, wenigſtens eine würdige iſt.

Sie hatten Gelegenheit, gegen alle Erſcheinungen der Entwürdigung unſeres Volkes aufzutreten. Der Landesverrat — er konnte von Ihnen genau ſo gut beſeitigt werden, wie er von uns beſeitigt werden wird! Sie haben kein Recht, dieſen Spruch überhaupt auf ſich zu beziehen, denn dann hätten Sie damals in einer Stunde, in der jede Revolution ein Hochverrat war, nicht zu dieſer Handlung auch nur indirekt Ihre Hand bieten dürfen.

Sie hätten vermeiden müſſen, daß man dem deutſchen Volk auf Wunſch und Befehl des Auslandes eine neue Verfaſſung aufoktroyierte. Denn das iſt nicht ehrenvoll, ſich vom Feind ſeine innere Geſtaltung aufdrängen zu laſſen.

Sie hätten ſich weiter damals zur deutſchen Trikolore bekennen müſſen und nicht zu Farben, die der Feind in Flugblättern herunterwarf. Gerade in einer Zeit der Not und der Unterdrückung durch den Gegner muß man ſich erſt recht zu ſeinem Volk und zu ſeinen Symbolen bekennen. Sie hätten dann die Gelegenheit gehabt, ſelbſt wenn die Umwelt uns gezwungen hätte, das alles preiszugeben, was

Digitized by Google

Pg. Johannes Engel,
Kreisbetriebszellenleiter und Staatskommissar
für das Berliner Verkehrswesen.

Digitized by Google

Der Reichskanzler, Rudolf Heß, des Kanzlers Stellvertreter in der Reichsleitung der N. S. D. A. P. und der Staatsratspräsident Dr. Ley auf dem Kongreß der Deutschen Arbeitsfront am 10. Mai 1933.
(Dahinter von links nach rechts: Vizekanzler v. Papen und Reichsminister Dr. J. Goebbels.)

Digitized by Google

uns früher hoch und heilig war, in der inneren Ausführung die nationale Ehre der Welt gegenüber in Erscheinung treten zu lassen. Sie haben dafür kein Verständnis gehabt.

Sie sagen: ‚Gleiches Recht! So wie wir es nach außen wünschen, so wünschen wir es auch nach innen.‘

Nun, für dieses gleiche Recht, Herr Abgeordneter, haben wir vierzehn Jahre gekämpft. Für dieses gleiche Recht stand das nationale Deutschland Ihnen gegenüber. Reden Sie heute nicht von gleichem Recht!

Sie sagen: ‚Man soll nicht einen Besiegten vogelfrei erklären.‘

Nun, Herr Abgeordneter, vogelfrei sind wir gewesen, solange Sie die Macht hatten! Sie reden von Verfolgungen. Ich glaube, es sind wenige nur unter uns, die nicht die Verfolgungen Ihrer Seite im Gefängnis büßen mußten. Es sind wenige unter uns, die nicht die Verfolgungen von Ihrer Seite in den tausendfältigen Schikanen und in tausendfältiger Unterdrückung zu spüren bekommen haben. Und außer uns hier, da weiß ich eine Schar von Hunderttausenden, die einem System der Verfolgung ausgesetzt waren, das entwürdigend, geradezu niederträchtig sich oft an ihnen ausließ. Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß man uns jahrelang die Hemden sogar herunterriß, weil die Farbe braun war. Bleiben Sie jetzt nur im Bereich der Wirklichkeit. Aus Ihren Verfolgungen sind wir gewachsen.

Sie sagen weiter, daß die Kritik heilsam sei.

Gewiß, wer Deutschland liebt, mag uns kritisieren. Wer eine Internationale anbetet, kann uns nicht kritisieren.

Die Heilsamkeit der Kritik hätten Sie in der Zeit erkennen müssen, als wir in Opposition waren. Da sind Ihnen diese Zitate

Digitized by Google

noch nicht zu Gesicht gekommen, sondern damals hat man unsere Presse verboten und immer wieder verboten. Unsere Versammlungen verboten, man hat uns und auch mir das Reden verboten, und jetzt sagt man, Kritik sei heilsam.

Sie beklagen, daß die Welt am Ende auch unwirkliche Tatsachen erfahre über die Zustände in Deutschland, wie beispielsweise die Behauptung, daß etwa jeden Tag an den israelitischen Friedhöfen in Berlin zerstückelte Leichname abgeliefert würden. Sie beklagen das, und Sie möchten so gern der Wahrheit die Ehre geben. Oh, Herr Abgeordneter, Ihrer Partei mit ihren internationalen Beziehungen sollte es spielend leicht sein, die Wahrheit festzustellen. Lesen Sie in diesen Tagen die Zeitungen Ihrer eigenen sozialdemokratischen Bruderpartei in Deutsch-Österreich. Niemand hindert Sie, dorthin Ihre Erkenntnis der Wahrheit zu verbreiten. Ich werde neugierig sein, inwieweit die Kräfte Ihrer internationalen Bindungen auch hier wirksam werden. Ich habe Ihre Zeitung im Saargebiet gelesen, und dieses Blatt treibt nichts anderes als dauernden Landesverrat. Es versucht dauernd, dem Ausland gegenüber Deutschland zu belasten, mit Lügen, um uns vor der Welt in eine schiefe Lage zu bringen.

Sie sprechen von mangelnder Rechtssicherheit.

Ich habe die Revolution im Jahre 1918 auch gesehen und muß schon wirklich sagen: Wenn wir nicht das Gefühl für das Recht hätten, dann wären wir nicht hier, und Sie säßen auch nicht da. Sie haben sich im Jahre 1918 gegen die gewandt, die Ihnen nichts getan hatten. Wir beherrschen uns, gegen die uns zu wenden, die uns vierzehn Jahre lang gequält und gepeinigt haben.

Sie sagen, die nationalsozialistische Revolution habe nichts mit Sozialismus zu tun, sondern der Sozialismus bestünde nur darin,

Digitized by Google

daß man die einzige Trägerin des Sozialismus in Deutschland, die S. P. D., verfolge. Sie sind wehleidig und nicht für diese heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgungen sprechen. Was ist Ihnen geschehen? Sie sitzen hier, geduldig hört man Ihre Reden an; Sie reden von Verfolgungen, und wer hat Sie denn bisher verfolgt? Sie sagen, Sie seien die Träger des Sozialismus. Sie sind die Träger jenes geheimnisvollen Sozialismus gewesen, den das deutsche Volk in der Wirklichkeit niemals zu sehen erhielt. Von Ihren Leistungen und von Ihren Taten erzählen Sie, was alles Sie beabsichtigten. An den Früchten soll man auch Sie erkennen! Und die Früchte zeugen gegen Sie. Wenn das Deutschland, das Sie in vierzehn Jahren zeugten, das Spiegelbild Ihres sozialistischen Wollens ist, dann geben Sie uns gefälligst vier Jahre Zeit, um Ihnen das Spiegelbild unseres Wollens zu zeigen.

Sie sagen, wir wollten nun den Reichstag ausschalten, um die Revolution fortzusetzen.

Meine Herren, dazu hätten wir es wirklich nicht nötig gehabt, weder zu einer Wahl zu schreiten, noch diesen Reichstag heute einzuberufen, noch diese Vorlage hier einbringen zu lassen. Den Mut, uns auch anders mit Ihnen auseinanderzusetzen, den hätten wir wahrhaftigen Gott gehabt.

Sie sagen weiter, daß die Sozialdemokratie auch von uns nicht hinweggedacht werden könne, weil sie die erste gewesen sei, die diese Plätze hier freigemacht hätte für das Volk, für die arbeitenden Menschen, und nicht nur für Barone oder Grafen.

In allem, Herr Abgeordneter, kommen Sie zu spät. Warum haben Sie über diese Gesinnung nicht beizeiten Ihren Freund Erzesinski und Ihre anderen Freunde Braun und Severing belehrt,

Digitized by Google

die mir jahrelang vorwarfen, ich sei doch nur Anstreichergeselle? Jahrelang ist das auf Plakaten geschehen, und schließlich hat man mir sogar angeboten, mich mit der Hundepeitsche aus Deutschland zu vertreiben.

Dem deutschen Arbeiter werden wir Nationalsozialisten von jetzt ab die Bahn freimachen zu dem, was er fordern und verlangen kann. Wir Nationalsozialisten werden seine Fürsprecher sein. Sie, meine Herren, sind nicht mehr benötigt.

Sie sprachen weiter davon, daß nicht die Macht entscheidend sei, sondern das Rechtsbewußtsein. Dieses Rechtsbewußtsein haben wir vierzehn Jahre lang in unserem Volk zu erwecken versucht, und es ist durchaus erweckt worden Allerdings glaube ich nun einmal aus den eigenen politischen Erfahrungen, die ich mit Ihnen gemacht habe, daß das Recht allein leider noch nicht genügt, man muß auch die Macht besitzen. Verwechseln Sie uns nicht mit einer bürgerlichen Welt!

Sie meinen, daß Ihr Stern wieder aufgehen könnte.

Meine Herren, der Stern Deutschlands will aufgehen, und Ihrer wird sinken!

Sie sagen, daß Ihre Bewegung nicht gebrochen worden sei während der Zeit der Sozialistengesetzgebung. Das war die Zeit, in der die deutsche Arbeiterschaft in Ihnen noch etwas anderes sah, als Sie heute sind. Warum haben Sie denn aber diese Erkenntnis vergessen uns gegenüber? Was im Völkerleben morsch, alt und gebrechlich wird, das vergeht und kommt nicht wieder. Auch Ihre Stunde hat geschlagen, und nur, weil wir Deutschland sehen und seine Not und die Notwendigkeit des nationalen Lebens, appellieren wir in dieser Stunde an den Deutschen Reichstag, uns zu genehmigen, was wir auch ohnedem hätten nehmen können. Ich möchte es, nicht weil wir

Digitized by Google

Gauleiter Dr. Goebbels ſpricht beim Mitgliederappell der N. S. B. O. Groß-Berlin im Deutſchen Stadion im Grunewald.

Digitized by Google

Landtagsabgeordneter Dr. Conti,
Kommissar für Medizinal- und Fürsorgeangelegenheiten
im Preußischen Innenministerium.

Digitized by Google

die Macht überschätzen, sondern weil wir am Ende mit denen, die heute vielleicht von uns getrennt sind, aber doch auch an Deutschland glauben, uns zusammenfinden können. Ich möchte nicht in den Fehler verfallen, Gegner bloß zu reizen, statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen. Ich möchte denen, die vielleicht auf anderen Wegen auch für ihr Volk empfinden, die Hand reichen, und möchte nicht einen ewigen Krieg ansagen; nicht aus Schwäche, sondern aus Liebe zu meinem Volk und um diesem Volk all das zu ersparen, was in dieser Zeit der Kämpfe mit zugrundegeht.

Sie wollen mich da aber niemals mißverstehen. Die Hand gebe ich jedem, der sich für Deutschland verpflichtet, und ich erkenne nicht an das Gebot einer Internationale. Ich glaube, daß Sie für dieses Gesetz nicht stimmen, weil Ihrer innersten Mentalität nach die Absicht Ihnen unbegreiflich ist, die uns dabei beseelt. Ich glaube aber, daß Sie das nicht tun würden, wenn wir das wären, was heute Ihre Presse im Ausland über uns verbreitet, und ich kann Ihnen nur sagen: Ich will auch gar nicht, daß Sie dafür stimmen.

Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!"

Nachdem der Führer geendet hatte, gab der Prälat Kaas für das Zentrum die Erklärung ab, daß das Zentrum für das Ermächtigungsgesetz stimme und sich damit der Sache der nationalen Regierung zur Verfügung stelle.

Man wäre nach dem 5. März auch ohne die 52 Prozent an der Macht geblieben, man hätte die Reformvollmachten auch ohne das Parlament in Anwendung gebracht, und doch ist es von besonderer Bedeutung, daß sich die wichtigsten Phasen dieser Revolution legal und verfassungsmäßig abspielten.

Digitized by Google

In der darauffolgenden Abstimmung wurde das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Das Gesetz, das den Führer mit fast diktatorischen Vollmachten ausstattet und das Führerprinzip wieder zur Geltung bringt.

Der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes und der deutschen Stämme entspricht einzig die Unterordnung unter den Führer, mag er sich Hauptmann, Herzog, Fürst, König oder sonstwie nennen, unter den Führer, der körperlich oder geistig, durch Tatkraft oder Organisationstalent die Masse überragt.

Auch unsere Bewegung ergibt sich restlos diesem Prinzip, durch Unterordnung unter ihren Schöpfer und die von ihm bestimmten Unterführer. Das volksfremde demokratische Abstimmungsprinzip, bei dem nur parteipolitische Eigeninteressen meist sachfremder Personen Geltung haben, gehört durch Annahme des Ermächtigungsgesetzes vergangenen Zeiten an. Jetzt befiehlt einer, der Führer, zum Wohle des Ganzen! Die Gleichschaltung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, deren weltgeschichtliche Bedeutung ich in den nächsten Kapiteln klarlegen werde, ist durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes legalisiert.

Der Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes ist folgender:

Entwurf des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind.

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen

Digitized by Google

werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Digitized by Google

II. Kapitel.

Die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.

Durch das Ermächtigungsgesetz erhielt der junge Reichskanzler die Machtbefugnisse, die sein schöpferischer überragender Geist brauchte, um seine Ideen zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes durchzuführen.

Seine erste Großtat war die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich oder mit anderen Worten, die Erschaffung des deutschen Nationalstaates. Mit dieser Tat hat Adolf Hitler die Sehnsucht der Deutschen vieler Jahrhunderte erfüllt und der inneren staatlichen Zerrissenheit ein Ende gemacht. Selbst ein Bismarck ist an dieser Aufgabe gescheitert. Er hat wohl ein Deutsches Reich geschaffen, aber nur in Form eines föderativen Staates, d. h. das Deutsche Reich war nicht auch zugleich der deutsche Staat. Es gab deshalb auch im alten Bismarck-Reiche keinen deutschen Staatsbürger, sondern einen preußischen, einen bayerischen, sächsischen usw.

Deutschland ist nun ein Land, ein Volk!

Mit einem Federstrich hat der Führer erreicht, was Kaiser und Könige, was die größten Staatsmänner vor ihm vergeblich erstrebten. Eine Großtat, wie sie in der Geschichte des Deutschen Reiches seit Jahrhunderten nicht verzeichnet ist. Der alte Staat konnte seine Kraft nicht für eine machtvolle Außenpolitik verwenden,

Digitized by Google

da er die Kraft in innerpolitischen Streitigkeiten zwischen den Ländern verbrauchte. Heute wird das ganze Reich einheitlich regiert, und doch bleibt jedem deutschen Stamm seine Stammeseigentümlichkeit erhalten.

Aus den germanischen Stämmen mit ihrer echten, wehrhaften und freien Volksherrschaft, bei denen der Herzog „primus interpares" war, entwickelte sich ein mächtiges deutsches Königtum. Deutschland wurde damals, wie man heute sagen würde, ein ganz und gar zentralistisch regiertes Einheitsreich. Die Macht dieses Reiches wurde nach und nach geschwächt durch die Italienzüge und -kriege des mittelalterlichen Kaisertums. Die Kämpfe mit den Päpsten und italienischen Städten dezimierten die kaiserliche Macht. In Deutschland gewannen die Vasallen der Kaiser, die deutschen Fürsten, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr Hausmacht und Selbständigkeit; es entstanden die Territorial- und Partikularstaaten auf Kosten des Reiches. Das führte schließlich zum Ruin und völligen Zerfall des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation". Daß die Fürsten auf anderen Gebieten Großes leisteten, ist unbestritten. Die alten Residenzstädte der Länder geben Zeugnis davon. Der Zerfall in Dutzende von größeren und kleineren Staaten und Duodezfürstentümer war schließlich auch die Hauptursache der Entstehung des deutschen Spießertyps, des guten deutschen Michels, dessen Horizont nicht mehr über die Zollbarriere des Heimatstädtchens hinausreichte, eine geistige Spezie, die uns übrigens bis heute noch zu schaffen macht. Es gab nicht mehr Deutsche, sondern Preußen, Sachsen, Bayern, Hessen, Badenser usw., die sich gegenseitig als Ausländer ansahen und behandelten. Jedes Ländchen hatte seine eigenen Interessen, kam sich sehr wichtig vor,

Digitized by Google

und es wurde ihm kaum klar, welche lächerliche Rolle es dem einigen ſtarken Auslande gegenüber ſpielte. Der Partikularismus und die dadurch bedingte Machtloſigkeit trägt die Hauptſchuld an der Not und dem Elend der deutſchen Menſchen verfloſſener Jahrhunderte.

Durch die Staatskunſt Friedrichs des Großen war Preußen zu einer Großmacht geworden, und mancher erhoffte damals ſchon von Preußen die Einigung und nationale Wiedergeburt des Deutſchen Reiches.

Aber auch anderen, beſonders kleinen Fürſten ſchmeichelte die Idee, ſich zum Herrſcher der deutſchen Nation aufzuſchwingen. Doch der Neid der deutſchen Fürſten untereinander lähmte jeden Fortſchritt auf dem Wege der Einheit des Reiches. Ein Unglück für jeden Deutſchen war, daß er zwei Vaterländer hatte. Er fühlte ſich zwar als Deutſcher, aber vor allen Dingen war er Preuße, Bayer, Sachſe uſw. — Erſt dem Führer der nationalſozialiſtiſchen Revolution ſollte es vorbehalten bleiben, durch die Gleichſchaltung dieſen Dualismus zu beſeitigen.

Man braucht gewiß nicht bei der Schilderung des ſtaatlichen Lebens im achtzehnten Jahrhundert allein auf die Verſailles-ſpielerei deutſcher Duodezfürſten mit allen ihren lächerlichen, oft noch ſchlimmeren Konſequenzen hinzuweiſen; man kann gut und gern anerkennen, was im achtzehnten Jahrhundert in manchen dieſer deutſchen Einzelſtaaten geleiſtet worden iſt, bei Fürſt und Volk, und doch, wenn man das Ganze nimmt, dann kann man nie den Zug von Tragik hinwegwiſchen, der darin liegt, daß, je ehrlicher und ernſter in dieſen Staaten der Gedanke ſtaatlicher Arbeit aufgegriffen wurde, um ſo gründlicher alle die Bande zerſchnitten wurden oder zerſchnitten zu werden drohten, die früher das ganze

Digitized by Google

deutſche Land einten. Alle die großen Fortſchritte, die in anderen Ländern Abſolutismus und Merkantilismus für die nationale Einigung gebracht haben, ſie wandten ſich in Deutſchland umgekehrt gegen die letzten immer durchſcheinender werdenden Reſte der alten Einheit, die bei den Deutſchen, das kann nicht ſcharf genug betont werden, doch einmal bereits vorhanden war.

Das Jahr 1806 bedeutet den tiefſten Stand deutſcher Verfaſſungsentwicklung vom Geſichtspunkte der nationalen Einheit aus. Wie dieſer Tiefſtand bedingt war durch die Napoleoniſchen Siege, ſo hat umgekehrt der Sieg der Verbündeten über Napoleon zum erſtenmal einen ſtarken Drang nach nationaler Einigung hervorgerufen, dem das Verfaſſungswerk von 1815, alſo der Deutſche Bund, nur in ſehr unvollkommener Weiſe entſprach. Doch ſtellte der Deutſche Bund trotz aller Unvollkommenheit den erſten Schritt auf dem Wege nach einer wirklichen Zuſammenfaſſung der inzwiſchen tatſächlich und formell ſouverän gewordenen Staaten dar, und deshalb gehört ſeine Behandlung in die Vorgeſchichte der Gründung des neuen Deutſchen Reiches. Hier iſt nur auf eines hinzuweiſen, weil ſich darin eine Folge der allmählichen Vernichtung der ſtaatlichen Einheit der Nation offenbart: Die 1815 ſo naheliegende Wiedergewinnung des Elſaß unterblieb, weil keine ſtaatliche Macht da war, die von der hohen und unangreifbaren Warte des nationalen Staates aus dieſe Forderung an Frankreich hätte ſtellen können; denn ein nationaler Staat war weder der Deutſche Bund, noch waren es ſeine Glieder. Und damit hat der ſtaatliche Partikularismus noch 1815 die ſchmerzliche Kette der Verluſte deutſchen Landes, an der er urſächlich ſo ſtark beteiligt iſt, vielleicht um das ſchmerzlichſte Glied vermehrt.

Digitized by Google

Wie groß die Sehnsucht nach einem großen einigen Reich schon damals war, geht aus einem Brief des Freiherrn vom Stein vom 1. Dezember 1812 hervor:

„Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland . . . ich bin nur ihm und nicht einem Teile desselben von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig, es sind bloß Werkzeuge. Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und beides in seiner Lage zwischen Frankreich und England zu behaupten, das ist das Interesse der Nation und ganz Europas . . . Mein Glaubensbekenntnis . . . ist: Einheit."

Die große Sehnsucht des neunzehnten Jahrhunderts nach dem einigen Deutschen Reich klingt aus den Liedern unserer Freiheitsdichter. Dieser begeisterten Stimmung des Volkes stand aber immer das klar begrenzte Interesse der einzelnen Fürsten entgegen. Der Deutsche Bund ist das erste klare völkerrechtliche Gebilde, das die elementarsten Voraussetzungen für ein deutsches Gemeinschaftsleben schafft. Er umgrenzt das deutsche Gebiet klar und eindeutig und sichert die gemeinsame Verteidigungsflucht. Das, was dem alten Reich und seinen Verteidigungskriegen gegen das Ausland bis zum Ende, bis zum Frieden von Basel das bezeichnende Gepräge gibt, die gleichgültige Neutralität vieler und die offene Verbindung einzelner Staaten mit dem Reichsfeind, ist durch die Bundesakte endgültig ausgeschlossen.

Und so bedeutet die Bundesakte gewiß einen Fortschritt gegenüber den trostlosen staatlichen Zuständen des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, aber sie blieb zurück hinter den großen

Digitized by Google

Erwartungen, mit denen gerade die geistig führenden Schichten des deutschen Volkes den Freiheitskrieg erlebt hatten.

Infolgedessen beherrscht der Gegensatz zwischen den Einzelstaaten und den nach Freiheit und Einheit ringenden, führenden geistigen Schichten des deutschen Volkes die nächsten Jahrzehnte. Die Länderregierungen gingen gegen diese freiheitlichen Regungen mit reaktionärsten Gesetzen vor.

Als Friedrich List noch im Jahre 1819 beim Deutschen Bundestag eine Eingabe einbrachte, im Namen des Vereins deutscher Kaufleute, mit dem Wunsche, die Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten aufzuheben, da bekam er zur Antwort, daß es keine deutschen, sondern nur österreichische, preußische, bayerische usw. Kaufleute gebe.

Der Staat, also die Einzelstaaten, gestützt vor allem durch das Österreich Metternichs, dem sich Preußen bedingungslos anschloß, war stark genug, alle Äußerungen dieser Einheitsbewegung niederzuhalten.

Aber der Gedanke ließ sich nicht unterdrücken, und gerade in dieser stillen Zeit beschäftigten sich die politisch am weitesten blickenden Köpfe mit der Frage, wie denn dieser erhoffte deutsche Einheitsstaat gestaltet werden könnte.

J. G. Fischer ruft im Jahre 1849 nach „Dem antiken ganzen Mann, der ohn' Ansehen und Erbarmen zu Hauf uns treibt im Schlachtenschweiß und dann mit unbeugsamen Armen die deutsche Mark zu runden weiß."

Diese Sehnsucht ging in Erfüllung. Bismarck, der eiserne Kanzler, erstand dem deutschen Volke.

Digitized by Google

Als Bundesgesandter Preußens in Frankfurt a. M. wurde ihm klar, daß zwischen Preußen und Österreich ein außenpolitischer Gegensatz bestand, den keine innerpolitische Interessengemeinschaft überbrücken konnte. Hier lernte er die österreichische Politik kennen, die sich überall Preußen in den Weg stellte, hier erkannte er, daß der Gedanke einer nationalen Einheit nur durch Ausschaltung Österreichs Wirklichkeit werden konnte.

Durch den Krieg 1866 erreichte er diese Ausschaltung Österreichs, um dann im Jahre 1871 den Traum aller Deutschen durch die Gründung des Deutschen Reiches zu erfüllen.

Mit dieser Gründung des Deutschen Reiches und seiner Verfassung, die aber schon einen Fehler in den Reservatrechten der Länder hatte, schien das Ziel des neunzehnten Jahrhunderts erreicht, und so hat damals Hermann Baumgarten eine Schrift verfaßt mit dem Titel: „Wie wir wieder ein Volk geworden sind." Diese Schrift schildert in kurzen knappen Zügen die Versöhnung von Idee und Staat, sie zeigt, wie aus dem geistigen Deutschland des achtzehnten Jahrhunderts der Gedanke eines politischen Deutschlands entstanden ist. Wie dieser Gedanke sich gerieben hat an der realen Existenz der einzelnen Staaten, und wie dann das Bismarcksche Reich die Versöhnung gebracht hat.

In dem Glauben, daß die Versöhnung erreicht sei, daß in der Verbindung von Volk und Staat das Deutsche Reich fest und sicher für alle Zeiten gegründet sei, sind Generationen dahingegangen. Aber der alte Reichsgründer selbst kannte die Schwächen seines Werkes, er wußte, daß wir noch nicht ein Volk waren. Manche schlaflose Nacht hatte ihm diese Erkenntnis bereitet, daß er sein Titanenwerk nicht bis zur letzten Konsequenz durchführen konnte.

Digitized by Google

Die große Belastungsprobe für das Werk Bismarcks kam im Jahre 1914. Oft genug war es in Gefahr zu verfallen. Die Gefahr wuchs noch nach Beendigung des Krieges.

Nach dem Zusammenbruch 1918 setzten sich mehrere, untereinander sehr verschieden geartete politische Parteien in den staatlichen Rahmen der früheren Monarchien des Deutschen Reiches fest. So wurde das Reich zu einem Partei-Bundesstaat, der für die Reichseinheit noch größere Gefahren brachte. Die Parteiregierungen der einzelnen Länder hielten es für ihr gutes Recht, anders zu regieren, als die Parteiregierung des Reiches und sich möglichst in offenen Gegensatz zur Reichsregierung zu stellen. Das Bonzentum war bei den Regierungen der einzelnen Länder in Reinkultur vorhanden und trieb unser deutsches Vaterland mit Macht der vollständigen Auflösung und dem Chaos entgegen. Die innerpolitische Treuepflicht gegen das Reich wurde verneint und verhöhnt.

Das neue Reichsstatthaltergesetz stellt das Verhältnis von Reich und Ländern auf eine vollständig neue verfassungsrechtliche Grundlage. Die Richtlinien für die Politik gibt von jetzt ab der Reichskanzler an. Die Statthalter sind seine Vertreter in den einzelnen Ländern. Ein politischer Konflikt zwischen Reich und Ländern ist nun nicht mehr möglich. Pg. Gerhard Binz schreibt im V. B. über die staatspolitische Stellung der Reichsstatthalter:

Die staatspolitische Stellung des Statthalters entspricht seiner Amtsbezeichnung: Er soll innerhalb eines Gebietes anstatt der Zentralgewalt bestimmte Machtbefugnisse ausüben, die von dieser selbst nicht wahrgenommen werden können. Dabei handelt es sich nicht um eine bloß kommissarische, also behelfsmäßige Funktion, sondern um einen dauernden Auftrag, die Landesregierung nach dem

Digitized by Google

Willen der Reichszentrale zu gestalten und die Einheit des politischen Handelns im Sinne der Reichsgewalt zu sichern.

Die neuen Reichsstatthalter sind aber nicht nur die Vertreter der übergeordneten Reichsgewalt, in deren Namen sie handeln, sondern sind in wichtigen Fällen auch Mitträger der Landesgewalt. Damit ist das Verhältnis der Länder zum Reich in einer Weise neu geregelt, die eine ganze Reihe bisher künstlich aufrechterhaltener Begriffe des deutschen Bundesstaatsrechtes von Grund auf ändert. Das morsche Gebäude unfruchtbarer Konstruktionen, in denen die Staatsrechtslehrer des Liberalismus unter jüdischem Einfluß den Gipfelpunkt einer weisen Staatsführung sahen, ist zusammengebrochen. Die Lehre von einer möglichst ausgeklügelten Abgrenzung der Kompetenzen des Reiches und der Länder hat ihre Grundlage verloren. Eine staatsrechtliche Literatur von riesigem Umfang ist nahezu entwertet.

Deshalb ist auch die Streitfrage: „Bundesstaat oder Einheitsstaat" heute nur noch eine historische Angelegenheit.

Zwischen Reich und Land besteht also eine funktionelle Wechselwirkung in der Person des Reichsstatthalters, der sichtbar verkörpert, daß es keine Spaltung der deutschen Staatspolitik mehr gibt. Diese Eigenschaft des Statthalters als Stellvertreter des Reichswillens und gleichzeitiger Mitträger der Landesgewalt erhebt das neue Amt zu seiner eigentlichen Bedeutung und gibt ihm eine Doppelstellung, die, wie der Kölner Universitätsprofessor Schmitt (wohl der erste Kommentator des Statthaltergesetzes), feststellt, dem staatsrechtlichen Begriff der Realunion entspricht. Sie beendet die unheilvolle Gewaltentrennung zwischen Reich und Land, die ihre Wurzel gleichfalls in der Fiktion einer in Wahrheit längst nicht mehr bestehenden

Digitized by Google

Länderſouveränität hatte. Sie beſeitigt damit das bisherige Nebeneinanderherlaufen gegenſätzlicher Intereſſen, die oft genug zu einem Ausſpielen der Landesgewalt gegen die Reichsgewalt geführt haben. Der nationalſozialiſtiſche Staat anerkennt nur noch eine Reichshoheit, aber dieſe Reichshoheit ſtrömt auch auf die Länder über, weil unter den beteiligten Machtträgern der Gleichklang des politiſchen Willens beſteht. Es iſt nicht nur die landsmannſchaftliche Eigenſchaft des Statthalters, die dafür bürgt, daß dem Lande ſein Recht wird, ſondern es liegt im gewollten Zweck ſeines Amtes begründet, daß er von Reichs wegen für die Entfaltung und für den Schutz des Eigenlebens ſeines Landes zu ſorgen hat, weil nur ſo das Reich ſich auf die tragende Mitarbeit ſeiner Länder zu ſtützen vermag.

Das Statthaltergeſetz hat ſtaatspolitiſch nachgeholt, was in der nationalſozialiſtiſchen Volksbewegung bereits Wirklichkeit geworden war: Die organiſche Eingliederung der Länderaufgaben in die große Aufgabe des Reiches. Fortan kann es keine Länderfronde, keine „Konflikte", kein Anrufen des Staatsgerichtshofes mehr geben. In der Perſon des Reichsſtatthalters liegt die Gewähr dafür, daß ein geſunder Ausgleich aller Intereſſen ſtattfindet. Am allerwenigſten aber iſt zu beſorgen, daß der Statthalter ſelbſt in einen inneren Widerſtreit ſeiner Pflichten geraten wird: Denn hier erweiſt ſich die Großartigkeit des nationalſozialiſtiſchen organiſchen Denkens, das in allen ſeinen Trägern die gleiche weltanſchauliche Grundlage und damit auch den Einklang des politiſchen Fühlens und Handelns begründet. In aller Klarheit muß deshalb feſtgeſtellt werden: Die nunmehr vollzogene formale Gleichſchaltung der heutigen Träger der Staatsführung im Reich und in den Ländern iſt die Krönung der durch Adolf Hitlers Arbeit geſchaffenen neuen Geſinnung, ohne

Digitized by Google

die wiederum die durch das Statthaltergesetz zum Heile des deutschen Volkes getroffene staatsrechtliche Regelung unmöglich gewesen wäre.

Es mag sein, daß die Anbeter staatsrechtlicher Konstruktionen im Erlaß des Statthaltergesetzes so etwas wie eine juristische Katastrophe erblicken. Das ändert nichts an der Tatsache, daß dieses Gesetz volkspolitisch einer Erlösung gleichkommt. Die deutschen Stämme haben keinen Grund, dem Phantom einer Länderstaatlichkeit nachzutrauern, die es tatsächlich längst nicht mehr gab, seitdem durch zahlreiche Querverbindungen verfilzte Reichsparteizentralen die Politik in den Ländern machten. Und das Volk sieht in den Reichsstatthaltern nicht Zwingherren einer fremden Gewalt, sondern willkommene Landeshauptleute als Garanten einer Reichsgewalt, die nunmehr befähigt ist, unbeschwert von verworrenen Zuständigkeitsfragen die notwendigen Befehle zur Rettung des Ganzen überall in reibungsloser Geschlossenheit durchzusetzen. . . . . .

Die deutschen Länder bleiben erhalten, aber die gesamte Landesgewalt steht unter der Voraussetzung, daß sie vom Reich her politisch gleichgeschaltet ist.

Durch das Gleichschaltungs- und Statthaltergesetz vollendete der überragende Staatsmann Adolf Hitler das Werk, an dem selbst ein Bismarck gescheitert ist, die politische Einheit des Reiches.

Von jetzt ab wird nicht mehr preußische, bayerische oder sächsische, sondern deutsche Politik gemacht.

Die alten deutschen Stämme leben noch heute und sind die wahren Kraftspender der Nation. Aber eine wirkliche Heimatliebe, ein wirkliches, kulturelles, blühendes Leben kann sich in Deutschland nur unter einer starken politischen Reichsgewalt entfalten, die sich auf die großen politischen Aufgaben der Nation beschränkt, als in

Digitized by Google

einem föderativen Staatsgebilde ihre Kraft in innerpolitischen Reibereien zu verzehren.

Der tausendjährige Traum deutscher Menschen ist durch unseren Führer in Erfüllung gegangen.

Deutschland ist ein Land — ein Volk!

Das erste Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich ist am 31. März 1933 erlassen. Es hat folgenden Wortlaut:

Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.

Vom 31. März 1933 (RGBl. I S. 153).

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Vereinfachung der Landesgesetzgebung.

§ 1

(1) Die Landesregierungen sind ermächtigt, außer in den in den Landesverfassungen vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen. Dies gilt auch für Gesetze, die den in Artikel 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetzen entsprechen.

(2) Über Ausfertigung und Verkündung der von den Landesregierungen beschlossenen Gesetze treffen die Landesregierungen Bestimmung.

§ 2

(1) Zur Neuordnung der Verwaltung, einschließlich der gemeindlichen Verwaltung, und zur Neuregelung der Zuständigkeiten können die von den Landesregierungen beschlossenen Landesgesetze von den Landesverfassungen abweichen.

(2) Die Einrichtung der gesetzgebenden Körperschaften als solche darf nicht berührt werden.

Digitized by Google

§ 3

Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Landesgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Landesregierungen erlassen die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Volksvertretungen der Länder.

§ 4

(1) Die Volksvertretungen der Länder (Landtage, Bürgerschaften) werden mit Ausnahme des am 5. März 1933 gewählten Preußischen Landtags hiermit aufgelöst, soweit dies nicht bereits nach Landesrecht geschehen ist.

(2) Sie werden neu gebildet nach den Stimmenzahlen, die bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 innerhalb eines jeden Landes auf die Wahlvorschläge entfallen sind. Hierbei werden die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei entfallenden Sitze nicht zugeteilt. Dasselbe gilt für Wahlvorschläge von Wählergruppen, die als Ersatz von Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei anzusehen sind.

§ 5

(1) In den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden werden den Wählergruppen so viele Sitze zugewiesen, als die Verteilungszahl in der Gesamtzahl der für ihre Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen enthalten ist. Dabei wird ein Rest von mehr als der Hälfte der Verteilungszahl der vollen Verteilungszahl gleichgeachtet.

(2) Die Verteilungszahl wird festgesetzt für Bayern und

Digitized by Google

Minisſterpräſident Hermann Göring ſpricht in den Ausſtellungshallen am Kaiſerdamm.

Digitized by Google

Hitler-Jugend (Bund deutscher Mädel) bei der Maifeier in Finkenkrug am 1. Mai 1933.

Digitized by Google

Sachsen auf je 40 000, für Württemberg auf 25 000 und für Baden auf 21 000.

§ 6

(1) In den Ländern Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe darf die Zahl der Mitglieder der neu zu bildenden Landtage (Bürgerschaften) die folgenden Höchstziffern nicht überschreiten:

Thüringen	59	Anhalt	30
Hessen	50	Bremen	96
Hamburg	128	Lippe	18
Mecklenburg-Schwerin	48	Lübeck	64
Oldenburg	39	Mecklenburg-Strelitz	15
Braunschweig	36	Schaumburg-Lippe	12

(2) Die den Wählergruppen nach Abs. 1 zustehenden Abgeordnetensitze werden nach dem geltenden Landeswahlrecht ermittelt. Nach Landeswahlrecht festgesetzte Verteilungszahlen werden indessen so erhöht, daß die durch Abs. 1 bestimmte Höchstzahl von Mitgliedern nicht überschritten wird.

§ 7

(1) Die Sitze werden den Bewerbern auf Grund von Wahlvorschlägen zugewiesen, die die Wählergruppen bis spätestens 13. April 1933 einzureichen haben. Zur Einreichung von Wahlvorschlägen sind alle Wählergruppen befugt, auf deren Wahlvorschlag am 5. März 1933 Stimmen entfallen sind; dies gilt nicht für die Kommunistische Partei und solche Wählergruppen, deren Wahlvorschläge als Ersatz von Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei anzusehen sind.

Digitized by Google

(2) Verbindungen und Anschlüsse sind nur insoweit zulässig, als sie bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 getätigt waren.

(3) Wahlbewerbern, die bis zum 5. März 1933 zur Kommunistischen Partei gehörten, werden Sitze nicht zugewiesen.

§ 8

Die neuen Landtage (Bürgerschaften) gelten mit dem 5. März 1933 als auf vier Jahre gewählt. Eine vorzeitige Auflösung ist unzulässig. Dies gilt auch für den am 5. März 1933 gewählten Preußischen Landtag.

§ 9

Die Neubildung der Landtage (Bürgerschaften) nach diesem Gesetz muß bis zum 15. April 1933 durchgeführt sein.

§ 10

Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei für den Reichstag und den Preußischen Landtag auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 ist unwirksam. Ersatzzuteilung findet nicht statt.

§ 11

Eine Auflösung des Reichstags bewirkt ohne weiteres die Auflösung der Volksvertretungen der Länder.

Gemeindliche Selbstverwaltungskörper.

§ 12

(1) Die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper (Kreistage, Bezirkstage, Bezirksräte, Amtsversammlungen, Stadträte, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäte usw.), auf welche die Grundsätze nach Artikel 17 Abs. 2 der Reichsverfassung Anwendung finden, werden hiermit aufgelöst.

Digitized by Google

(2) Sie werden neu gebildet nach der Zahl der gültigen Stimmen, die bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 im Gebiet der Wahlkörperschaft abgegeben worden sind. Dabei bleiben Stimmen unberücksichtigt, die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei oder solche entfallen sind, die als Ersatz von Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei anzusehen sind.

§ 13

(1) Bei den Vertretungskörperschaften in der unteren Selbstverwaltung (Gemeinde-, Stadträte usw.) darf die Zahl der Mitglieder die folgenden Höchstziffern nicht überschreiten:

in	Gemeinden	bis	zu	1 000	Einwohnern	. . . 9
„	„	„	„	2 000	„	. . . 10
„	„	„	„	5 000	„	. . . 12
„	„	„	„	10 000	„	. . . 16
„	„	„	„	15 000	„	. . . 20
„	„	„	„	25 000	„	. . . 24
„	„	„	„	30 000	„	. . . 26
„	„	„	„	40 000	„	. . . 29
„	„	„	„	50 000	„	. . . 31
„	„	„	„	60 000	„	. . . 33
„	„	„	„	80 000	„	. . . 35
„	„	„	„	100 000	„	. . . 37
„	„	„	„	200 000	„	. . . 45
„	„	„	„	300 000	„	. . . 53
„	„	„	„	400 000	„	. . . 58
„	„	„	„	500 000	„	. . . 63
„	„	„	„	600 000	„	. . . 68

Digitized by Google

in Gemeinden bis zu 700 000 Einwohnern . . . 73
„ „ von mehr als 700 000 „ . . . 77

(2) Die übrigen Vertretungskörperschaften der gemeindlichen Selbstverwaltung sind gegenüber ihrem Bestand vor der Auflösung (§ 12) möglichst um fünfundzwanzig vom Hundert zu verkleinern.

§ 14

(1) Die den Wählergruppen nach § 12 Abs. 2 zustehenden Sitze werden nach dem geltenden Landesrecht ermittelt. Nach Landesrecht bestehende Verteilungszahlen sind entsprechend festzusetzen. Die Sitze werden den Bewerbern auf Grund von Wahlvorschlägen zugewiesen, die die Wählergruppen einzureichen haben. Auch hier gilt § 7 Abs. 3.

(2) Zur Einreichung von Wahlvorschlägen sind alle Wählergruppen befugt, auf deren Wahlvorschlag im Gebiet der Wahlkörperschaft am 5. März 1933 Stimmen entfallen sind; dies gilt nicht für die Kommunistische Partei und solche Wählergruppen, deren Wahlvorschläge als Ersatz von Wahlvorschlägen der Kommunistischen Partei anzusehen sind.

(3) Eine zur Einreichung von Wahlvorschlägen berechtigte Wählergruppe (Abs. 2) kann sich mit anderen oder allen Wählergruppen zur Einreichung eines gemeinsamen Wahlvorschlags verbinden.

§ 15

Die neuen gemeindlichen Selbstverwaltungskörper gelten mit dem 5. März 1933 als auf vier Jahre gewählt.

§ 16

Die Neubildung der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper nach diesem Gesetz muß bis zum 30. April 1933 durchgeführt sein.

Digitized by Google

§ 17

Die §§ 12 bis 16 finden auf die gemeindlichen Selbſtverwaltungskörper in Preußen keine Anwendung. Indeſſen gilt § 10 für ſie entſprechend.

Gemeinſame Beſtimmungen.

§ 18

Der Reichsminiſter des Innern wird ermächtigt, Beſtimmungen zur Ergänzung und Ausführung dieſes Geſetzes zu erlaſſen. Im übrigen obliegt die Ausführung des Geſetzes, ſoweit es ſich um Angelegenheiten des Reichs handelt, dem Reichsminiſter des Innern, ſoweit es ſich um Angelegenheiten der Länder handelt, den Landesregierungen. Der Reichsminiſter des Innern kann allgemeine Anweiſungen erlaſſen und auf Antrag einer Landesregierung Ausnahmen von dem Geſetz zulaſſen.

§ 19

Die Vorſchriften der §§ 1 bis 3 und des § 18 finden auch auf ſolche Regierungen in den Ländern Anwendung, die aus Kommiſſaren oder Beauftragten des Reichs beſtehen.

Berlin, den 31. März 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminiſter des Innern
Frick

In ſeinen programmatiſchen Erklärungen hatte der junge Reichskanzler bereits am 23. März 1933 Maßnahmen angekündigt, die für eine Gleichmäßigkeit der politiſchen Intentionen im Reich und in den Ländern Gewähr leiſteten.

Der erſte Schritt auf dieſem Wege war dies oben angeführte

Digitized by Google

Gesetz, durch das zum erstenmal die innerstaatliche Zerrissenheit in unserem deutschen Vaterlande überwunden wurde.

Der weitere und entscheidende Schritt auf diesem Wege war der Erlaß des Reichsstatthaltergesetzes vom 7. April 1933. Ohne große Vorbereitungen ist dieses Gesetz erlassen, durch das schlagartig der innerstaatlichen Zerrissenheit ein Ende gemacht worden ist.

Das zweite Gesetz zur Gleichschaltung der Länder.

Das Statthaltergesetz.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

In den deutschen Ländern, mit Ausnahme von Preußen, ernennt der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Reichsstatthalter. Der Reichsstatthalter hat die Aufgabe, für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Ihm stehen folgende Befugnisse der Landesgewalt zu:

1. Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden der Landesregierung und auf dessen Vorschlag der übrigen Mitglieder der Landesregierung;

2. Auflösung des Landtags und Anordnung der Neuwahl vorbehaltlich der Regelung des § 8 des Vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 153);

3. Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze einschließlich der Gesetze, die von der Landesregierung gemäß § 1 des Vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 153) beschlossen werden. Artikel 70 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 findet sinngemäß Anwendung;

Digitized by Google

4. auf Vorschlag der Landesregierung Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie bisher durch die oberste Landesbehörde erfolgte;

5. das Begnadigungsrecht.

Der Reichsstatthalter kann in den Sitzungen der Landesregierung den Vorsitz übernehmen.

Artikel 63 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 bleibt unberührt.

§ 2

Der Reichsstatthalter darf nicht gleichzeitig Mitglied einer Landesregierung sein. Er soll dem Lande angehören, dessen Staatsgewalt er ausübt. Er hat seinen Amtssitz am Sitze der Landesregierung.

Für mehrere Länder, deren jedes weniger als 2 Millionen Einwohner hat, kann ein gemeinsamer Reichsstatthalter, der Angehöriger eines dieser Länder sein soll, ernannt werden. Den Amtssitz bestimmt der Reichspräsident.

§ 3

Der Reichsstatthalter wird für die Dauer einer Landtagsperiode ernannt. Er kann auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden.

Auf das Amt des Reichsstatthalters finden die Vorschriften des Reichsministergesetzes vom 27. März 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 96) sinngemäß Anwendung. Die Dienstbezüge gehen zu Lasten des Reichs, die Festsetzung ihrer Höhe bleibt vorbehalten.

§ 4

Mißtrauensanträge des Landtages gegen Vorsitzende und Mitglieder von Landesregierungen sind unzulässig.

Digitized by Google

§ 5

In Preußen übt der Reichskanzler die im § 1 genannten Rechte aus. Er kann die im § 1 unter Ziffer 4 und 5 genannten Rechte auf die Landesregierung übertragen.

Mitglieder der Reichsregiernng können gleichzeitig Mitglieder der Preußischen Landesregierung sein.

§ 6

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündigung in Kraft. Entgegenstehende Bestimmungen der Reichsverfassung vom 11. August 1919 und der Landesverfassungen sind aufgehoben. Soweit Landesverfassungen das Amt eines Staatspräsidenten vorsehen, treten diese Bestimmungen mit der Ernennung eines Reichsstatthalters außer Kraft.

Berlin, den 7. April 1933.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler
Der Reichsminister des Innern
Frick

So hat Adolf Hitler durch diese Gesetze die politische Einheit des Reiches hergestellt.

Das nächste Kapitel wird uns zeigen, wie er durch die Gleichschaltung der großen Verbände, insbesondere der Gewerkschaften, die Klassengegensätze im Volke überbrückte und auch die volkliche Einheit in unserem deutschen Vaterlande hergestellt hat.

Der deutsche Nationalstaat marschiert.

Digitized by Google

III. Kapitel.

Die Gleichschaltung der Gewerkschaften.

Vorgeschichte.

Am 5. und 12. März 1933 hat sich das deutsche Volk mit großer Mehrheit für Adolf Hitlers Führung erklärt. Reich, Länder und Gemeindevertretungen sind inzwischen durch Gesetz gleichgeschaltet worden. Zahlreiche wirtschaftliche Verbände der Wirtschaft, des Bauernstandes, des Handwerks haben erkannt, daß die Zeit gekommen ist, sich unter nationalsozialistischer Führnng zusammenzuschließen, um die Interessen der von ihnen vertretenen Berufsschichten im gemeinsamen Zusammenarbeiten aller Beteiligten wirkungsvoll fördern zu können. Auch die Organisationen der Angestellten und Arbeiter, die Gewerkschaften, durften zum Wohle dieser Berufsschichten, wie zum Wohle des gesamten Volkes keine Ausnahme bilden.

Die Gewerkschaften, ursprünglich Gewerksvereine, sind beruflich gegliederte Vereinigungen von Arbeitnehmern, zwecks Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen. Die Gewerkschaften waren also ursprünglich gegründet worden, um die Interessen ihrer Mitglieder einzelnen Arbeitgebern, wie auch Arbeitgeberverbänden gegenüber, zu vertreten. Als Machtmittel standen den Gewerkschaften Streik und Boykott zur Verfügung. Weitere Aufgaben der Gewerkschaften bestanden auch auf sozialpolitischem Gebiet, in der Unterstützung

Digitized by Google

bedürftiger Mitglieder, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. Eine politische Betätigung sollte ursprünglich nicht von den Gewerkschaften ausgeführt werden, ist aber allmählich Hauptzweck der Gewerkschaften geworden. Eine gesetzliche Regelung des Gewerkschaftswesens besteht in Deutschland nicht, sie sind fast ausschließlich nichteingetragene Vereine und haften laut Reichsgerichtsentscheidung für Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen mit dem Vereinsvermögen, nicht aber für unerlaubte Handlungen.

Die Gewerkschaften können mit den Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden verbindliche Tarifabkommen abschließen. In Deutschland entstanden die ersten Gewerkschaften im Jahre 1864/65. Lassalle und Bebel sind die Gründer der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung. Diese freien Gewerkschaften bekennen sich zwar nicht offiziell zum sozialistischen Parteiprogramm, wohl aber zum Klassenkampfgedanken. Den Klassenkampfgedanken hat Karl Marx in die Gewerkschaften hereingebracht, dadurch sind die Gewerkschaften nicht mehr die Vertreter der Arbeiter in wirtschaftlichen Forderungen, sondern sie sind zu einer politischen Hausmacht der Juden geworden, die mit Hilfe der Gewerkschaften ihre eigenen Zwecke, d. h. die Weltherrschaft erreichen wollen.

Im Jahre 1891 entstand eine Spitzenorganisation, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1919 schlossen sich die Freien Gewerkschaftsverbände zum „Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund" zusammen.

Zu gleicher Zeit mit den freien, entstanden die freiheitlich nationalen Gewerkschaften, durch Hirsch-Duncker gegründet, und Mitte der neunziger Jahre die christlich-nationalen Gewerkschaften.

1907 wurden die wirtschaftsfriedlichen, von Arbeitgebern ge-

Digitized by Google

förderten Werkvereine, die sogenannten „gelben" Gewerkschaften, gegründet.

Die Angestellten waren ursprünglich entweder gar nicht, oder in wirtschaftsfriedlichen Verbänden organisiert.

Nach 1890 entstanden freie Angestellten-Verbände sowie christlich-nationale und freiheitlich nationale Gewerkschafts-Verbände.

Die drei großen Spitzenverbände in der Gewerkschaftsbewegung waren:

1. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (sozialistisch),
2. Deutscher Gewerkschaftsbund (christlich-national),
3. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände (Hirsch-Duncker).

Der weitaus bedeutendste Spitzenverband ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, dem etwa sieben Zehntel der organisierten Arbeitnehmer angehören.

In Deutschland sind die Arbeiter fast ausschließlich in den freien Gewerkschaften, hingegen die Angestellten zum größten Teil in den christlich-nationalen und freiheitlich-nationalen Gewerkschaften organisiert.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen verraten den Arbeiter.

Die Gewerkschaften waren also ursprünglich nur ein Zusammenschluß der Arbeiter, dessen Ziele die Vertretung wirtschaftlicher Forderungen sein sollten, statt dessen sind die Gewerkschaften zu einem Rekrutendepot und einer Hochburg der international-sozialdemokratischen Parteiführerschaft geworden.

Die Gewerkschafts- und die Krankenkassenpaläste wurden zu Brutstätten der roten Volksverhetzung.

Digitized by Google

Die Beiträge, die man aus den Taschen der Arbeiter herauszog, wurden nicht dazu benutzt, dem Arbeiter eine bessere wirtschaftliche Lage zu schaffen, sondern dienten zur Bekämpfung und Unterwühlung des Staates.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsbonzen fielen unserem Heer in den Rücken, sozialdemokratische Gewerkschaftsbonzen waren die Führer der Revolte von 1918, sozialdemokratische Gewerkschaftsbonzen entblödeten sich nicht, sich mit den Feinden Deutschlands zu verbünden.

Der englische Militärsachverständige, Major Ball, schrieb im Mai 1925 in der „Times“:

„Es darf angenommen werden, daß militärische Anlagen nicht von neuem errichtet werden, ohne daß solche Anlagen den Verbandsstaaten durch die deutsche Sozialdemokratische Partei bekannt würden.“

Der bekannte französische Deutschenhasser Leon Daudet sagte einmal:

„Ich liebe die deutschen Sozialdemokraten, weil ich Deutschland die Pest wünsche.“

Der französische Historiker Bainville sagte im November 1924, kurze Zeit vor den Reichstagswahlen, folgendes:

„Wer Deutschlands Auferstehung wünscht, kann nicht wünschen, daß die Sozialdemokratie mächtig wird. Wir wünschen die Auferstehung Deutschlands nicht und hoffen daher für die nächsten deutschen Wahlen auf den Sieg der zersetzenden Sozialdemokratie.“

Am 1. Februar 1927 schrieb der Londoner „Daily Telegraph“ den deutschen Marxisten ins Stammbuch:

Digitized by Google

„Nicht zu vergessen seien bei der Betrachtung der Entwaffnungsfrage die Millionen deutscher Kommunisten und Sozialdemokraten in deutschen Arsenalen und Fabriken, die, wie Scheidemann und die deutsche Linkspresse versichern, nicht zögern würden, jede geheime Kriegsrüstung bloßzulegen. Keine Verschleierung könne der Wachsamkeit dieser Spione entgehen."

Das französische Chauvinisteublatt „Action française" war über den Wahlsieg der Sozialdemokraten im Jahre 1928 so erfreut, daß es in seiner Ausgabe vom 22. Mai 1928 folgendes schrieb:

„Heil und Gruß den Siegern bei der Reichstagswahl! Schon einmal haben sie von 1918—1923 das Reich in das Chaos gestürzt. Möchten sie doch von vorne wieder anfangen und wieder siegen. O altes Deutschland, wir weben dein Leichentuch! Heil und Gruß diesen Totengräbern des alten Deutschland!"

Ein englischer Offizier, der während des Krieges britischer Nachrichtenoffizier war, hat in einem Brief folgendes geschrieben:

„Kein Land ist so großzügig in praktischer Betätigung seines Dankes wie England. Es ist des englischen Volkes unwürdig, den Eifer zu vergessen, mit dem die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland im Kriege für uns gearbeitet haben. Wir haben ja damals freilich für ihre Dienste bezahlt, aber das genügt nicht. Ich schlage vor, daß man an einem geeigneten, zentral gelegenen Platze der Reichshauptstadt ein Denkmal errichten möge mit folgender Inschrift: Dieses Denkmal ist vom britischen Volk errichtet worden als ein Zeichen seines bleibenden Dankes gegen die republikanischen Parteien des Deutschen Reiches, die im großen Krieg der Sache der Verbündeten so wertvolle Dienste geleistet haben."

Digitized by Google

Das sind nur einige ausländische Stimmen über die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbonzen.

Seit mehr als zwei Menschenaltern machten die Gewerkschaften Versprechungen und Hoffnungen auf ein Paradies auf Erden, jedoch wieder und immer wieder ist der deutsche Werktätige belogen und betrogen worden.

Der Marxist Kautsky schrieb 1904:

„Die Arbeiter werden einst im eigenen Wagen fahren, mit eigenen Schiffen die Meere durchkreuzen, in Alpenregionen klettern und wonnetrunken die Schönheiten des Südens und der Tropen schauen. Fragt ihr aber, wer euch solches bringen wird? Allein der sozialistische Zukunftsstaat! Er bringt die Erfüllung enrer kühnsten Träume, und was je euer Herz ersehnt, was euer Mund erwartungsschauernd in stammelnde Worte gekleidet hat, er bringt das leibhaftige Evangelium des Menschenglücks auf Erden!"

Noch in aller Erinnerung ist das Versprechen jenes berühmten, ja man möchte beinahe sagen, berüchtigten Rats der Volksbeauftragten, von dem noch heute niemand weiß, wer ihn eigentlich beauftragt hat, das er am 9. November 1918 gab. Darin kann man lesen, daß Deutschland die freieste Republik sei, das deutsche Volk auf der ganzen Linie gesiegt habe, Amerika einen Frieden ohne Annektionen und Entschädigungen zugesagt habe, der Weltfriede für die Zukunft gesichert sei, die allgemeine Abrüstung gewährleistet, die Weltrevolution im Anmarsche und die Geheimdiplomatie abgeschafft sei, das Recht herrsche, jeder Werktätige gerechte Entlohnung haben solle, die Republik Arbeit und Brot garantiere, die Lebensmittelpreise herabgesetzt werden, die Vollsozialisierung beginnen werde, Schieber und Wucherer ihre gerechte Strafen haben

Digitized by Google

ſollen, in der neuen Republik kein Platz für Korruption ſei, die Bürokratie beſeitigt ſei, das Volk ſich jetzt ſelbſt regiere, ein wirtſchaftlicher und politiſcher Aufſchwung folge, daß der Zuſtand einer wahren Freiheit, Schönheit und Würde folgen werde.

Ein anderes Verſprechen findet man in der angeblich beſten und freieſten Verfaſſung der Welt, in der Weimarer Verfaſſung, und zwar ſpricht dieſe jedem Deutſchen das Recht auf Arbeit zu.

Gerade das Recht auf Arbeit haben die roten Gewerkſchaftsbonzen dem deutſchen Arbeiter aber geſtohlen, und nur die Machtergreifung durch den Nationalſozialismus hat es verhindert, daß vielleicht ſchon im nächſten Jahre an Stelle der acht Millionen Erwerbsloſen das geſamte Volk zu Bettlern gemacht worden wäre.

Die marxiſtiſchen Gewerkſchaftsbonzen verſprachen:

„Eine Volksregierung der Freiheit, Schönheit und Würde.“ Ihre Herrſchaft brachte aber Knechtſchaft, Unheil und Maſſenelend!

„Dem deutſchen Volke Arbeit, Brot und ſoziale Gerechtigkeit.“ Ihre Herrſchaft brachte die Geißel der Erwerbsloſigkeit, den Hunger und ein Paradies für Ausbeuter, Kapitaliſten und Großſchieber.

„Den ſozialen Schutz für die Kriegsopfer, Kleinrentner, Invaliden, Erwerbsloſen und Wohlfahrtsempfänger, und den Ausbau aller ſozialen Errungenſchaften.“

Ihre Herrſchaft brachte die Kürzung der Kriegsrenten, die Kürzung der Kleinrenten, die Kürzung der Arbeitsloſen- und Wohlfahrtsunterſtützungen, die Kürzung der Beamtengehälter, Kürzungen, wo überhaupt zu kürzen möglich war.

Ihre Herrſchaft brachte den Ruin der Sozialverſicherung, deren Millionen zur Verſorgung marxiſtiſcher Bonzen verſchleudert wurden.

Digitized by Google

Sie verſprach die Beſeitigung aller ungerechten Steuern. Ihre Herrſchaft brachte eine Flut unſozialer Steuern, die den ſchaffenden Volksgenoſſen, den Mittelſtändler und kleinen Gewerbetreibenden und die Ärmſten der Armen in den Abgrund der Verelendung hinabriß.

Sie verſprach Freiheit und internationale Verbrüderung aller Arbeiter der Welt, ihre Herrſchaft brachte die Feſſeln von Dawes, Locarno und Young, die auf dem deutſchen Arbeitertum am ſchwerſten laſten.

Marx und ſeine Propheten verkündeten:

„Proletarier, ihr habt nur Ketten zu verlieren, aber eine ganze Welt zu gewinnen." Der Proletarier hat ſeine alten Ketten verloren und eine Welt gewonnen. Eine Welt voll Ketten aus Arbeitsloſigkeit, Elend, Hunger und Verzweiflung.

14 Jahre hatten die ſozialdemokratiſchen Gewerkſchaftsbonzen Zeit, ihre Verſprechungen zu erfüllen. Sie haben ſie nicht erfüllt. Sie dachten nur an ſich, galt doch das rote Parteibuch als Befähigungsnachweis. Sachkenntniſſe waren nicht erforderlich.

Das Volk im Dreck, der Bonze im Speck!

Nachſtehend bringe ich einige Angaben über Poſten, die zeigen, wie rote Gewerkſchaftler gepraßt haben. Ich entnehme dieſe Angaben einer Broſchüre des Pg. Gien:

„Der Hafenarbeiter Schüning wurde in Berlin Direktor der Berliner Hafen- und Lagerhallen-Geſellſchaft mit einem Jahresgehalt von 80 000 RM. Der frühere Schmiedegeſelle Brolat brachte es laut Parteibuch zum Direktor der Berliner Verkehrs-Aktiengeſellſchaft mit einem Jahresgehalt von 80 000 RM. und einer jährlichen Tantieme von 132 000 RM.

Digitized by Google

Die Jugend rückt am Tage der nationalen Arbeit im Sturmschritt zu ihrer Sammelstelle. (1. Mai 1933.)

Digitized by Google

Das Auto mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler fährt durch das Spalier der deutschen Jugend zur Kundgebung im Lustgarten am 1. Mai 1933.

Digitized by Google

Ein anderer Parteibuchbonze, der frühere gewerbsmäßige Leichenredner Stimming, konnte stellvertretender Bürgermeister von Berlin-Lichtenberg mit einem Jahresgehalt von 22 000 RM. werden.

Man kann ganze Bücher mit solchen Revolutionsgrößen anfüllen. Es erübrigt sich, Namen zu nennen, jedoch soll nicht unerwähnt bleiben, wie man die höchsten Stellen im Staate nicht nach Leistungsfähigkeit, sondern lediglich auf Grund der Parteizugehörigkeit besetzt hatte. So wurden u. a.:

Ein Maurer	Polizeipräsident
ein Schmied	Oberpräsident
ein Maler	Oberbürgermeister
ein Bauarbeiter	Polizeipräsident
ein Friseur	Landrat
ein Former	Landrat
ein Zimmermann	Landrat
ein Schlosser	Landrat
ein Feilenhauer	Regierungspräsident
ein Eisenträger	Ernährungsminister
ein Hilfsarbeiter	Landrat
ein Monteur	Polizeipräsident
ein Schlosser	Amtshauptmann

u. v. a. m.

Und nicht nur, daß sich diese Bonzen nicht nur alle Fettpöstchen aneigneten, sie sicherten sich auch die entsprechenden Ruhegehälter, ohne allerdings damit gerechnet zu haben, daß einmal die Nationalsozialisten kommen und ihnen diese Hoffnung auf einen behaglichen Lebensabend auf Kosten des darbenden Volkes nehmen werden. Auch hier seien einige Beispiele genannt, um dem Arbeiter die

Digitized by Google

Augen zu öffnen, wem sie jahrelang ihre sauren Arbeitsgroschen geopfert haben.

Da ist der ehemalige Buchdrucker, die verflossene kaiserliche Exzellenz und Oberbürgermeister von Kassel, der sich als Proletarier gemüßigt sah, seine Wohnung mit Möbeln aus dem ehemaligen kaiserlichen Schloß auszustatten, Herr Scheidemann, dessen Hand trotz Unterzeichnung des Schandvertrages von Versailles nicht verdorrt ist, der sich nach seinem Rücktritt mit dem kleinen Ruhegehalt von 16 500 RM. begnügen mußte.

Der frühere Malergehilfe und Oberbürgermeister von Hannover, Herr Leinert, durfte mit einem Ruhegehalt von 20 000 RM. über den Wert des Besitzes eines roten Parteibuches mit Muße über den Lohnraub an seinen Genossen nachdenken.

Genosse Wissell, republikanischer Arbeitsminister a. D., brauchte mit seinem Ruhegehalt von 13 800 RM. und Nebenentnahmen als Schlichter auch nicht allzu sehr die Nöte des täglichen Lebens zu verspüren.

Seiten über Seiten könnte man mit der Aufführung solcher Revolutionsgrößen anfüllen.

Während man sich s. Zt. darüber aufregte, daß der Begründer des Deutschen Reiches, Bismarck, ein Ruhegehalt von 18 000 RM. erhielt, findet man heute, da der Staat bankrott ist, nichts dabei, wenn man für kurze Tätigkeit solche Riesengehälter oder Pensionen aus dem Volke herauspreßt.

Ein Bismarck hatte nicht einmal ein Dienstfuhrwerk! Brauchte er einen Wagen, so wurde ihm ein solcher entweder vom Hofe gestellt, oder er lieh sich von einem der Berliner Regimenter einen Krümperwagen. Heute kann sich beinahe jeder Landrat jährlich

Digitized by Google

einen neuen Mercedeswagen kaufen. Und das findet man völlig in Ordnung.

Die Nationalsozialisten haben gezeigt, wie man sparen kann. Als sie in Thüringen den ersten Minister stellten, beantragten sie als erstes, dessen Gehalt sofort auf jährlich 12 000 RM. herabzusetzen, das dann sogar freiwillig auf 6 000 RM. verringert wurde. Ebenso machten sie es in Braunschweig. Und als Minister Dr. Frick sein Amt wieder niederlegte, verzichtete er selbstverständlich auf jegliches Ruhegehalt. Denn welcher Arbeiter, Gewerbetreibende oder kleine Beamte kann jemals daran denken, nur Bruchteile der Bezüge der hohen Parteibuchbonzen für seinen Lebensabend gesichert zu haben.

Man bedenke, Deutschland, völlig verarmt, leistete sich mehr als 200 Minister a. D., die durchschnittlich mindestens 13 000 RM. Ruhegehalt bezogen, während in England und Frankreich an ausscheidende Minister überhaupt keinerlei Entschädigungen gezahlt werden. Gerade diese, wie die allgemeine Geldverschwendung überhaupt, mußten im Auslande den Eindruck erwecken, als wenn wir im Golde wühlten. Auch hierfür seien noch einige Angaben gemacht. Während z. B. die berühmte Redebedürfnisanstalt, der Reichstag, im Frieden etwa 3 Millionen Reichsmark erforderte, mußten einschließlich Reiseentschädigungen für die hohen Volksvertreter beinahe 15 Millionen RM. aufgebracht werden.

Um dem Volke die Annahme des berüchtigten Youngplanes schmackhaft zu machen, verausgabte die Regierung allein 650 000 Reichsmark Propagandagelder, und damit dieses hochwichtige Dokument auch sicher heimgebracht wurde, verbrauchten unsere

Digitized by Google

Vertreter in Paris und im Haag die Kleinigkeit von 2,7 Millionen Reichsmark.

Für Verfassungsfeierlichkeiten, Verteilung von Fahnen in den neuen und doch nicht beliebter gewordenen Reichsfarben, für Staatsbegräbnisse, Ehrenmale usw. usw. hatte man Hunderttausende übrig, nur nichts für die hungernden Volksgenossen.

Als z. B. vor einiger Zeit in Köln die neue Rheinbrücke eingeweiht wurde, hatte man für die Feierlichkeiten 100 000 RM. übrig, dagegen brachte man nur 1600 RM. auf, als es galt, die Hinterbliebenen von vier während des Baues tödlich verunglückter Arbeiter sicherzustellen.

Wie konnte s. Zt. der „Vorwärts" höhnen, als König Sch-lalong-Korn Wilhelm II. besuchte und auf dessen Kosten im Schloß mit Riesengenuß die Talglichter verspeiste. Heute leistet man sich nicht nur den Besuch von Herrn Aman-Ullah, schenkt diesem ein Flugzeug und opfert für die hohe Ehre des Besuches 2,3 Millionen Reichsmark, heimst allerdings dafür einige rote Herzogsmäntel ein, nein, man begrüßt mit Stolz und Freude Herrn König Fuad aus dem Morgenlande, wofür man ebenfalls die Kleinigkeit von 1,3 Millionen RM. übrig hat.

Und weil wir es hatten, leisteten wir uns nicht nur 577 Reichstagsabgeordnete und 12 Minister, sondern die Länder im besonderen mußten ebenfalls über die Kleinigkeit von 1495 Abgeordneten und weiteren 49 Ministern verfügen. Welche Summen so verpulvert wurden, kann man sich leicht errechnen, wenn man bedenkt, daß ein Abgeordneter im Durchschnitt etwa 6000 bis 7000 RM. und ein Reichsminister bis vor kurzem 58 000, sowie ein Staatsminister 46 500 RM. bezogen.

Digitized by Google

Ein kleines Sparſamkeitsbeiſpiel ſei zum Schluß noch erwähnt: Der frühere Juſtizminiſter Schmidt fühlte ſich bei Dienſtantritt des Herrn Reichspräſidenten veranlaßt, zu verfügen, daß in den Amtsräumen der Gerichte das Bild des Herrn von Hindenburg aufzuhängen ſei. Und damit Herr Ebert ſich nicht im Grabe umdrehte, mußte ſelbſtverſtändlich deſſen Bildnis ebenfalls daneben hängen. Gelegentlich einer Dienſtreiſe ſtellte man dann feſt, daß die angeſchafften Gemälde zu klein waren, und ſo folgte ein neuer Befehl, der anordnete, daß ſofort neue und größere Bilder anzuſchaffen ſeien, beſtimmt nicht zum Ärger der beteiligten Lieferanten!

Wie im Großen, ſo verpulverte man die Gelder auch im Kleinen. Was früher verhöhnt wurde, ahmten ſie in noch viel ſchlimmerem Maße nach. All die früher ſo verlachten bürgerlichen Formen nahm der Bonze an. Ein früherer Buchdrucker, der ſich nicht genug über die Großgrundbeſitzer aufregen konnte, wurde plötzlich großer Weidmann, baute ſich kaiſerliche Jagdſchlöſſer aus, ſetzte ſich ſogar über Jagdgeſetze hinweg. Ein anderer, früherer Schloſſer, ließ ſich täglich die Fingernägel polieren. Genoſſe Grimme lädt zu einer Sitzung in das ehemalige kaiſerliche Schloß mit Frackzwang. Obergenoſſe Boeß mit ſeinem „kleinen Gehalt“ war darauf angewieſen, ſich von jüdiſchen Schiebern billig Pelze beſorgen zu laſſen! In Wien ſaß der Sparkommiſſar, Genoſſe Breitner, der verſtand ſein Handwerk ſo gut, daß ſeine Ehehälfte in der Lage iſt, alljährlich an die Riviera fahren zu können. Und hier, wo nur die Reichſten der Reichen ſchmarotzen, fällt die gute Genoſſin durch den Beſitz ihrer Brillanten und eleganten Toiletten derartig auf, daß man ſie zur Modekönigin wählt.

Und wie ging es dem Proletarier? Er war nicht einmal mehr in

Digitized by Google

der Lage, sich einen Sklarekanzug oder ein Paar Stiefel von der Stange kaufen zu können. Geduldig harrte er auf dem Arbeitsamt auf den Augenblick, da ihm vielleicht ein Krankenschein zum Schneiden der Haare verabfolgt werden könnte.

Man soll aber auch gerecht sein!!! Sparen konnten die Herren Bonzen, aber leider, leider nicht fürs Volk, sondern nur für sich. Denn sonst hätten sich diese mehr oder weniger die schönen Luxusvillen nicht kaufen können. So konnte der frühere Matrose und Polizeipräsident, Herr Zörrgiebel, sich im Grunewald bei Berlin ein Landhaus für 125 000 RM., Herr Grzesinski ein ähnliches kaufen. Genosse Crispien nennt zwar nicht ein Vaterland, aber ein sehr nettes Haus sein eigen. Daniel Stücklein braucht Raum für seine Größe und kaufte eine Villa mit 22 Zimmern und so fort.

Dagegen wohnen die Arbeiter in unheizbaren Holzlauben, in Kellern und Bodenkammern. Die Bonzen hatten ganz vergessen, wozu sie eigentlich da waren.

Vergleicht man die heutigen Löhne mit den Gehältern der Gewerkschaftsbonzen, so muß man sich fragen, wie war es möglich, daß der sonst so aufgeklärte deutsche Arbeiter eine solche Ausbeutung dulden konnte.

Hier einige Beispiele:

Der Transportarbeiter-Verband, welcher von sich behauptete, an siebzehnter Stelle der Gewerkschaften in bezug auf Gehaltshöhe zu stehen, hatte sieben Gehaltsklassen. In Klasse 1 erhielt der Sekretär monatlich 300 RM., nach 5 Jahren bereits 360 RM., in Klasse 7 bezog er schon 560 RM., um nach 5 Jahren 620 RM. einzustreichen. Hierzu kamen für alle Ortszuschläge zwischen 60 und 260 RM., je nach Größe der Stadt. Außerdem

Digitized by Google

ſtanden den arbeitsüberlaſteten Herren (!!!) noch Tagegelder von 20 RM. zu. Bedenkt man weiter, daß ſie auf Grund ihrer Befähigung und Tüchtigkeit meiſtens noch Stadt-, Kreis-, Land- und Reichstagsabgeordnete waren, ſo kann man leicht erkennen, wie gut es ſich auf Koſten des gutgläubigen Arbeitsgenoſſen leben ließ. Daß auch dieſe Herren Anſpruch auf Ruhegehälter hatten, verſteht ſich von ſelbſt.

Ein anderer Verband, der der Nahrungsmittel-Arbeiter, welche bekanntlich nach dem Landarbeiter das niedrigſte Bareinkommen bezogen, zahlte mit Rückſicht auf die Schwere der Zeit im Jahre 1930 nur 1400 RM. Unterſtützungen, konnte es ſich aber gleichzeitig leiſten, die Geſchichte des Verbandes ſchreiben zu laſſen, was die Kleinigkeit von bloß 58 000 RM. koſtete. Und da ſchämten ſie ſich nicht einmal, ſo etwas zu veröffentlichen.

Im Jahre 1923, in der ſchwerſten Inflationszeit, wo der Arbeiter ſich für ſein vieles Papiergeld kaum Brot und Margarine kaufen konnte, ſchenkten die Gewerkſchaftsbonzen engliſchen Bergarbeitern 2½ Millionen Goldmark. Es wäre nie einem ausländiſchen Gewerkſchaftler eingefallen, für den deutſchen Arbeiter etwas zu ſpenden.

Wie mit dem Geld der Arbeiter gewirtſchaftet wurde, zeigte ſich bei den Reichstagswahlen im Jahre 1930. Zu dieſer Wahl ſchenkten die Gewerkſchaftsbonzen der Sozialdemokratiſchen Partei 1 Million Mark Gewerkſchaftsgelder zu Propagandazwecken.

Alle Räder ſtehen ſtill, wenn dein ſtarker Arm es will! gröhlten die roten Führer bei den Maifeiern. Nun ſtehen die Räder ſtill, aber nicht durch den Arm des deutſchen Arbeiters, ſondern weil uns

Digitized by Google

der internationale Kapitalismus den letzten Rest von Betriebskapital gestohlen hat, mit direkter Hilfe der Sozialdemokratie und mit indirekter Hilfe der Freien Gewerkschaften.

Zu jedem Zeitpunkt hat die Internationale versagt. 1870, 1914 und auch 1916, als man über den Weg der Gewerkschaften in der Schweiz versuchte, zu Friedensverhandlungen zu kommen. Hier war es gerade der französische Führer, der Jude Leo Blum, der eine sofortige Verständigung ohne Niederlage Deutschlands restlos ablehnte und hierin von dem englischen Arbeitsminister Snowden tatkräftig unterstützt wurde.

Auf Grund solchen Verhaltens hatte denn auch ein Großteil der Arbeiter den verräterischen Gewerkschaften den Rücken gekehrt, weil sie erkannt hatten, daß nur der Nationalsozialismus ihnen zu ihren Rechten verhelfen konnte.

Das Erwachen des deutschen Arbeiters.

Der Wandel in Herz und Verstand des deutschen Arbeiters wurde dadurch gehemmt, daß die marxistische Presse mit ihrer Hetze immer wieder die nationalsozialistische Bewegung in Mißkredit brachte, und der Arbeiter zum großen Teil nur an die Lektüre dieser Blätter gewöhnt war. Das Gift, das ihnen täglich durch die Presse eingeträufelt wurde, mußte die Wandlung im deutschen Handarbeiter hemmen.

Die meisten konnten den Verrat ihrer marxistischen Bonzen gar nicht fassen und erfuhren auch nur wenig davon. Genau so wenig kannten sie die Grundsätze des Nationalsozialismus. Sie hofften immer noch auf die große internationale Verbrüderung des Prole-

Digitized by Google

tariats. Heute erkennen sie, daß eine Besserung ihrer Lage ihnen nicht landfremde Elemente bringen können, sondern nur ein Führer, ein Mann aus ihrer Mitte.

Der Nationalsozialismus kennt keine Standesunterschiede, er tritt auf das Entschiedenste ein für die Ausmerzung des erst künstlich geschaffenen und immer wieder geschürten Klassenhasses, er kennt nur Volksgenossen.

Das Ziel des Nationalsozialismus ist und bleibt der gesunde Wiederaufbau des deutschen Volkslebens, ein Staat der sozialistischen Gerechtigkeit, ein Staat der nationalen Freiheit.

Allen aber, die sich auf Kosten des Volkes unrechtmäßig bereichern, sagt er Feindschaft bis aufs Messer an. Raffer und Schmarotzer im deutschen Volkskörper wird er nicht dulden, aber ehrliche Arbeit wird er hochschätzen, mag sie Geistes- oder Handarbeit sein.

Die Gewerkschaften aber will der Nationalsozialismus dem deutschen Arbeiter nicht nehmen, sondern er will sie wieder zu Organisationen machen, die für die Rechte des Arbeiters eintreten —, nicht aber für Versorgungsstätten von Bonzen.

Fassungslos standen die Millionen deutscher Arbeiter da, als am 30. Januar der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht kam. Das hatten die verführten deutschen Arbeiter niemals für möglich gehalten. Ihre Zeitungen hatten immer geschrieben, der Nationalsozialismus sei am Ende. Fassungslos standen sie da. Sie erlebten das große Geschehen. Sie wurden mitgerissen von Schwung der Millionen, die sich längst zu Adolf Hitler bekannt hatten. Sie sahen nichts von der Vergewaltigung des Arbeiters im nationalsozialistischen Staat, welche ihnen von den Bonzen immer als Schreckensgespenst an die Wand gemalt wurde. Sie sahen, wie der

Digitized by Google

Stand des Handarbeiters in die Nation neu eingegliedert wurde, sahen, wie man ihm endlich sein Recht gab. Immer mehr schlossen sie sich den nationalsozialistischen Betriebszellen an. Immer mehr erkannten die Arbeiter die abgefeimten Methoden des Marxismus, die Arbeit, und damit die Arbeiterschaft in Deutschland, zum Hinsiechen und zum Sterben zu verurteilen. Sie erkannten, daß Deutschland zugrunde gegangen wäre, wenn Adolf Hitler nicht endlich das Steuerruder des Reiches in seine Hand genommen hätte.

Jahrzehntelang hatte der Marxismus den 1. Mai für seine internationale und klassenkämpferische Hetze mißbraucht.

Jahrzehntelang durchzogen am 1. Mai betrunkene Bonzen und ihre verführten Anhänger lärmend die Straße. Das Blut deutscher Menschen rötete oft an solchen Tagen das Pflaster der Straße.

In Versumpfungslokalen aber hetzten Kommunisten und Gewerkschaftsbonzen gegen den Staat.

Da rief am 1. Mai 1933 Adolf Hitler den deutschen Arbeiter auf die Straße. Wie Schuppen fiel es von dem betörten Arbeiter, und dieser Tag wurde zum Feiertag des deutschen Arbeiters und der gesamten Nation.

Der Tag der nationalen Arbeit!

Der 1. Mai 1933 brach an. Strahlend leuchtete die Sonne vom klaren blauen Himmel über unser deutsches Vaterland. Im ganzen Reiche herrschte Festfreude.

Schon in den frühen Morgenstunden marschierte die Jugend der Reichshauptstadt, mit frohen Kampf- und Fahrtenliedern auf den Lippen, zum Lustgarten. Auch Deutschlands Jugend, früher gespalten in vielerlei Bünde und politische Organisationen, wurde

Digitized by Google

durch die nationalsozialistische Idee zu einem einzigen jungen Geschlecht geformt.

Ob Pfadfinder, Freischärler, Kirchenbündler, ob Volks- oder Hochschüler, sie alle haben den Weg beschritten, den die tapfere Hitlerjugend, das deutsche Jungvolk und der Bund deutscher Mädchen in der Gefolgschaft Adolf Hitlers seit Jahren gewiesen hat.

Sie alle sehen in Adolf Hitler ihren Führer und in seinem Werk die Zukunft der Nation.

Die Regierung war bei diesem Aufmarsch durch die Minister Frick, Kerrl, Rust und von Blomberg vertreten.

Unter den langjährigen Vorkämpfern der N. S.-Jugend befand sich auch der Pg. Major Buch.

Brausender Jubel erhob sich bei der Ankunft des jungen Reichsministers Dr. Goebbels. Und dann hielt dieser junge Revolutionär eine Ansprache an die Jugend des Volkes.

„Wenn sich in dieser sonnigen Morgenstunde die deutsche Jugend von den Schulbänken, Universitäten, aus den Fabriken und Kontoren zusammenfindet, so legt sie damit nicht nur ein Bekenntnis zum Staat, sondern ein Bekenntnis zur Arbeit ab. Die Jugend kann mit Recht heute stolz sein, denn sie ist es, die den jungen Staat eroberte, sie ist es, die verantwortungsfreudig die Zukunft auf ihre Schultern genommen hat.

Es ist, als ginge die Sonne wieder in unserem Lande auf. Deutschland hat den Krieg verloren, aber nun ist es wieder im Begriff, die Revolution zu gewinnen. Das, was in vergangenen Jahren so schlecht gemacht worden ist, das wollen wir, die deutsche

Digitized by Google

Jugend, wieder gutmachen. Die Jugend ist dazu ausersehen, das Erbe der Väter anzutreten.

Am heutigen Tage bekennt sich das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten, Ständen und Berufen zur Arbeit und zu ihrem Segen. Wo sonst die Maschinengewehre knatterten und die Haßgesänge des Klassenkampfes und der Internationale ertönten, da findet sich am ersten Mai des ersten Regierungsjahres des Kabinetts Hitler das ganze deutsche Volk zusammen in einem einmütigen und geschlossenen Bekenntnis zum Staat, zum Volk und zur gemeinsamen deutschen Nation. Nun reichen sich die Deutschen aller Stände, Berufe und Konfessionen über die Schranken, die sie trennten, hinweg die Hände und legen ein Gelöbnis ab, gemeinsam zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen für das Vaterland, das uns alle verbindet.

Der Klassenkampf ist zu Ende. Über den Trümmern des zusammengebrochenen liberal-kapitalistischen Staates erhebt sich der Gedanke der Volksgemeinschaft.

Wir Jungen grüßen den ehrwürdigen, großen Soldaten des Krieges, den Generalfeldmarschall, den Reichspräsidenten des Deutschen Reiches. In leidenschaftlicher Dankbarkeit schlagen ihm unsere Herzen entgegen. Daß er am 30. Januar uns die Hand reichte, wird ihm die deutsche Jugend nie, niemals vergessen.

Die Jugend grüßt die arbeitenden Väter und Brüder, das ganze schaffende Deutschland. So marschiert das deutsche Volk in die Zukunft hinein, und wir Jungen tragen die flatternden sieggekrönten Fahnen der deutschen Erhebung. In Pflicht, Manneszucht und Disziplin bekennt sich diese Jugend zum Volk und zur Nation.

Wir erneuern das Gelöbnis zum jungen, geeinten Deutschland,

Digitized by Google

indem wir rufen, der Kanzler des Reiches, der Führer des Volkes, der Fahnenträger der deutschen Jugend, Adolf Hitler — Heil!"

Unbeschreiblich war der Jubel, als der greise Reichspräsident Schulter an Schulter mit dem jungen Volkskanzler Adolf Hitler durch die Spaliere des jungen Deutschlands fuhr.

Die deutsche Jugend hatte einen der schönsten und größten Tage ihres Daseins erlebt.

Die Erwachsenen sammelten sich auch überall, um in geschlossenen Zügen zu ihren Versammlungsorten zu marschieren.

In Ostpreußen und am Rhein, in Schleswig und in Bayern, überall das Bild freudig erregter Menschen.

Der größte Aufmarsch, den die Welt je gesehen hat, fand in dem einst roten Berlin statt.

Fast zwei Millionen Menschen wanderten aus allen Teilen der Reichshauptstadt dem historischen Exerzierplatz auf dem Tempelhofer Feld, der zum Festplatz bestimmt war, zu. Unabsehbar waren die Massen, unabsehbar die Fahnen, in deren goldenen Spitzen sich das Sonnenlicht spiegelte.

Fast zwei Millionen Menschen, und doch wußte jeder, wo er sich hinzustellen hatte. Von oben her, von dem Holzgerüst aus, das mit den Pressevertretern aller Zeitungen, darunter mit vielen Ausländern, besetzt war, zeigte sich ein ganz buntes Gewimmel.

Zwischen der Flut von Fahnen, Standarten und Wimpeln hoben sich die Uniformen heraus, unter denen besonders die braune Farbe dominierte.

Von überall tönte die Marschmusik der anziehenden Kolonnen. In der Luft tummelten sich die stolzen Flieger, die kühn und sicher ihre Kreise über dem Menschengewimmel zogen.

Digitized by Google

Unaufhörlich dröhnten die großen Lautsprecher. Flotte Märsche entquollen ihrem schwarzen Munde, und immer neue Kolonnen zogen an. Unter ihnen auch die Schutzpolizei und die Reichswehr. Das Gewühl wurde von Stunde zu Stunde stärker.

Plötzlich erschien das Luftschiff „Graf Zeppelin" über dem Tempelhofer Feld. Am Bug flatterte zum ersten Male die Hakenkreuzfahne.

Es wurde später und später, aber immer noch strömten neue Kolonnen der N. S. B. O. durch die Zugangsstraßen, dem Festplatz zu. Es schien, als sei über jeden der vier Millionen Berliner die nationalsozialistische Idee der Volks- und Schicksalsgemeinschaft gekommen, und jeder fühlte sich berufen, vor dem Führer Adolf Hitler ein Bekenntnis zu dieser Idee abzulegen.

Als sich langsam die Dämmerung über das Tempelhofer Feld legte, erfolgte der Aufmarsch der Fahnen. Voran die Fahnen der braunen Sturmkolonnen, dann die N. S. B. O.-Abordnungen aus den abgetrennten Gebieten, aus Danzig, Oberschlesien, dem Saarland. Österreicher und Tiroler schlossen sich an. Die Abordnungen in Heimattrachten oder im Ehrenkleid der Arbeit, Schupo, Technische Nothilfe, Feuerwehr, Knappen und Seeleute.

Die Scheinwerfer blitzten plötzlich auf und erhellten die Mainacht zum Tage. Ein riesiges rotes Hakenkreuz hob sich scharf aus dem Hintergrunde des Feldes hervor.

Plötzlich ein gewaltiger Schrei. Ein millionenfaches „Heil" brandete über den weiten Platz dahin und stieg donnernd zum Nachthimmel empor. Adolf Hitler, der Führer, war eingetroffen.

Eine Ehrenkompanie des Wachregiments der Reichswehr und die Schupobereitschaften z. b. V. haben mit der Front zu den

Digitized by Google

Tribünen Aufstellung genommen. Dahinter sind auf einem großen quadratischen Raum andere Formationen aufgebaut. Zur Linken der Regierungstribüne S. A., in der Mitte Abteilungen des Arbeitsdienstes, der Technischen Nothilfe und der Werksicherheitsdienst der B. V. G., zur Rechten größere Abteilungen Stahlhelm. Hinter diesen Formationen haben sich mehrere Reichswehrkapellen und die S. A.-Kapellen aufgestellt, während die Kapelle des Wachregiments kurz vor der Tribüne neben dem Wachregiment selbst in Paradeformation steht. Dieses engere Feld vor der Tribüne, das von uniformierten Abteilungen eingenommen wird, ist abgegrenzt durch eine dichte Kette von Fahnen und Standarten. Daneben und dahinter dehnt sich das unübersehbare Gelände mit den ungeheuren Menschenmassen, die bis zum letzten Augenblick hier konzentriert wurden. Die bezahlten Rasenplätze neben dem quadratischen Feld vor der Ehrentribüne sind Kopf an Kopf gefüllt.

Auch die riesigen Tribünen sind dicht besetzt. Auf ihrem erhöhten Mittelteil, der für die Reichsregierung und die von ihr geladenen Ehrengäste bestimmt ist, ist das gesamte offizielle Deutschland versammelt. Es ist unmöglich, alle Namen aufzuzählen, man sieht die Mitglieder der Reichsregierung, der Preußischen und anderer Länderregierungen, die Vertreter der städtischen und der Polizeibehörden und alle anderen bekannten Persönlichkeiten, die in deutscher Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst eine führende Rolle spielen. Das diplomatische Korps ist ebenfalls vollzählig versammelt. Zum Teil haben auch die offiziellen Persönlichkeiten schon lange vor Beginn der Kundgebung ihre Plätze eingenommen. Ein besonderer Platz auf der Regierungstribüne ist den Arbeiterabordnungen zugewiesen, die heute mittag in Großflugzeugen aus dem Reich und

Digitized by Google

Österreich eingetroffen und am Nachmittag vom Reichspräsidenten und Reichskanzler empfangen worden sind. Auf der großen Fahnenbalustrade, die sich im Hintergrund in der ganzen Breite der Tribünenfront hinzieht, haben die etwa 3000 Fahnenträger der nationalsozialistischen Verbände und der N.S.B.D. Aufstellung genommen, landsmannschaftliche Trachten erhöhen den bunten und festlichen Eindruck.

Nachdem Reichsminister Dr. Goebbels eine einführende Ansprache gehalten hatte, ergriff der Führer des neuen Deutschlands das Wort.

Die Rede des Führers!

„Deutsche Volksgenossen und Genossinnen!

Der Mai ist gekommen, so hieß es im deutschen Liede, und durch viele Jahrhunderte war dieser Tag nicht nur der symbolische Tag des Einzugs des Frühlings in die Lande. Es war auch der Tag der Freude, der festlichen Stimmung und Gesinnung. Und dann kam eine Zeit, die diesen Tag für sich beansprnchte und den Tag des werdenden Lebens und hoffnungsvoller Freude verwandelte in einen Tag der Proklamation der Fehde, des Streites und des inneren Kampfes. Eine Lehre, die sich über unser Volk verbreitet hatte, die versuchte, den Tag der erwachenden Natur, des sichtbaren Frühlingseinzuges zu verwandeln in einen Tag des Hasses, des Leides, des Zankes, des Bruderkampfes und Brudermordes.

Jahrzehnte sind über die deutschen Lande gegangen, und dieser Tag schien immer mehr ein Monument der Trennung des deutschen Volkes, ein Denkmal seiner Zerrissenheit zu werden. Und dann kam nun wieder eine Zeit der Besinnung, nachdem das schwerste Leid unser Volk geschlagen hat, eine Zeit des Insichkehrens und damit

Digitized by Google

Die Kundgebung der deutschen Jugend im Lustgarten am 1. Mai 1933.

Digitized by Google

Reichspräsident von Hindenburg bei seiner Ansprache zur deutschen Jugend im Lustgarten am 1. Mai 1933.

Digitized by Google

eine Zeit des neuen Zusammenfindens der deutschen Menschen. Und heute können wir mit dem alten Liede wohl wieder singen: Der Mai ist gekommen, unseres Volkes Erwachen ist nun gekommen.

Das Symbol des Klassenkampfes, des ewigen Streites und Haders, es wird sich nunmehr verwandeln wieder zum Symbol der Erhebung, zum Symbol der großen Einigung unseres Volkes. Und deshalb haben wir diesen Tag der erwachenden Natur gewählt und für alle kommenden Zeiten als Tag der Wiedergewinnung der Kraft und der Stärke unseres Volkes, Tag damit zugleich der schaffenden Arbeit. Jener schaffenden Arbeit, die keine engen Grenzen kennt, nicht gebunden ist an die Werkstatt, an die Fabrik, an das Kontor, das Konstruktionsbüro oder das Amt, eine Arbeit, die wir überall dort anerkennen wollen, wo sie in gutem Sinne für Sein und Leben unseres Volkes geleistet wird. Das deutsche Volk hat eine schwere Not hinter sich. Nicht, als ob diese Not etwa mangelndem Fleiß zuzuschreiben wäre, als ob unser Volk vielleicht nicht mehr arbeiten wollte. Nein, Millionen Menschen unseres Volkes sind tätig wie früher, Millionen Bauern gehen hinter ihrem Pfluge so wie einst, Millionen Arbeiter stehen an der Drehbank, am Schraubstock, am Amboß, Millionen unseres Volkes sind tätig, und Millionen andere wollten tätig sein.

Sie können es nicht! Alles scheint vergeblich zu sein. Not, Elend und Jammer und Verzagtheit! Zehntausende finden den leichtesten Weg zum bittersten Entschluß. Sie enden lieber ein Dasein, das für sie nur Kummer und Elend zu bergen scheint. Sie tauschen es um mit dem Jenseits, von dem sie sich mehr und besseres erhoffen. Ein entsetzliches Leid und Unglück und im Gefolge davon Verzagtheit, ja Verzweiflung. Und wenn wir uns fragen: Weshalb?

Digitized by Google

Es ist eine politische Not. Das deutsche Volk ist in sich zerfallen. Seine ganze Lebenskraft wird in inneren Kämpfen verbraucht. Millionen sehen in die Welt, hoffen, daß von dort irgendwoher ihnen vielleicht Glück und Heil zuteil werden mag. Das Volk zerfällt, und in diesem Zerfall zerfällt seine Lebenskraft, die Kraft zur Lebensbehauptung. Wir sehen nun die Ergebnisse dieses Klassenkampfes bei uns, wir wollen aus diesen Ergebnissen lernen, und wir haben aus ihnen gelernt. Wir haben eines als erste Aufgabe zur Wiedergenesung unseres Volkes erkannt: Das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen! Die Millionen Menschen, die in Berufe zerrissen, in künstlichen Klassen auseinandergehalten sind, die von Standesdünkel und Klassenwahnsinn befallen, einander nicht mehr verstehen lernten, sie müssen den Weg wieder zueinander finden!

Eine ungeheure, wir wissen es, eine gewaltige Aufgabe. Wenn 70 Jahre hindurch der Wahnsinn als politische Idee vertreten und gepredigt wurde, wenn 70 Jahre lang die Zerstörung der Volksgemeinschaft politisches Gebot war, dann ist es nicht leicht, mit einem Schlage den Sinn der Menschen wieder zu wenden. Und trotzdem dürfen wir daran nicht verzagen und nicht verzweifeln. Was Menschenhände bauten, können Menschenhände stürzen, was menschlicher Wahnsinn einst erfand, kann menschliche Einsicht auch wieder überwinden. Und wir wissen, daß dieser Prozeß des Zueinanderfindens und gegenseitigen Verstehenlernens nicht ein Prozeß von wenigen Wochen oder Monaten, ja auch nur von einigen Jahren sein kann.

Allein wir haben den unerschütterlichen Entschluß, diese große Aufgabe vor der deutschen Geschichte zu erfüllen, haben den Ent-

Digitized by Google

schluß, die deutschen Menschen wieder zueinander zu führen, wenn sie nicht wollen, sie zueinander zu zwingen, und wir sehen dabei als notwendig an, daß sie in dem, was sie bisher vielleicht trennte, in der Zukunft das große Einigende erblicken. Das ist der Sinn des 1. Mai, der von nun ab durch die Jahrhunderte hindurch in Deutschland gefeiert werden soll, daß an ihm alle die Menschen, die im großen Räderwerk unserer nationalen Arbeit tätig sind, zueinander finden und gegenseitig sich einmal im Jahre wieder die Hände reichen in der Erkenntnis, daß nichts geschehen könne, wenn nicht alle ihren Teil der Leistung und der Arbeit dabei vollbringen. So haben wir als Motto dieses Tages gewählt den Satz: Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter! Es ist für viele Millionen heute vielleicht schwer, über den Haß und die Mißverständnisse, die künstlich in der Vergangenheit gezüchtet worden sind, nunmehr wieder zusammenzufinden. Es gibt aber eine Erkenntnis, die diesen Weg leicht beschreiten läßt. Es mag einer tätig sein, wo immer, er soll und darf nie vergessen, daß sein Volksgenosse, der ebenfalls, ganz gleich wo immer, so wie er seine Pflicht erfüllt, unentbehrlich ist, daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit einer Regierung, durch die Arbeit einer bestimmten Klasse, durch die Arbeit ihrer Intelligenz, sondern daß sie nur lebt durch die Arbeit aller. Und wenn Millionen glauben, aus der Art der Arbeit im einzelnen vielleicht einen solchen Schluß ziehen zu können auf die Würdigkeit des einzelnen, so ist das ein bitterer Irrtum.

Es gibt vielleicht unter uns viele Zehntausende, die den Respekt vor dem einzelnen abhängig machen wollen von der Art der Arbeit, die er verrichtet. Nein, man kann den Respekt nur abhängig machen von dem Wie, mit dem er seine Arbeit verrichtet. Daß Millionen

Digitized by Google

unter uns jahraus, jahrein fleißig sind, Millionen tätig sind, ohne jemals hoffen zu können, Reichtümer zu erwerben, ja vielleicht nur ein sorgloses Leben zu gewinnen, das soll alle verpflichten, sich erst recht zu diesen Millionen zu bekennen. Denn ihr Idealismus allein ermöglicht Sein und Leben aller! Und wehe, wenn heute dieser Idealismus in unserem Volke vergehen würde, wenn einmal des Menschen Wert nur gemessen werden sollte an den äußeren Gütern des Lebens, die auf ihn gefallen sind, dann würde der Wert unseres Volkes kein großer sein. Dann würde auch der Bestand unseres Volkes kein langer sein. Wir müssen einen anderen Maßstab gewinnen, und wir finden ihn gerade in dem, was sonst die Menschen zu trennen scheint.

Es ist notwendig, daß dabei die Klassen unseres Volkes sich nahe kennenlernen, indem man die Schranken einreißt und über das ganze Volk hinweg ohne Rücksicht auf Stand und Beruf eine Idee verkündet. Es ist nützlich, dem Arbeiter seine Bedeutung klarzumachen, nicht nützlich, dem Bauern die Notwendigkeit seiner Existenz zu beweisen, nicht nützlich, zum Intellektuellen zu gehen, zum Geistesarbeiter, um ihm die Wichtigkeit seiner Tätigkeit beizubringen. Es ist notwendig, daß man jeden Stand die Bedeutung des anderen Standes lehrt. Und so wollen wir denn in die Städte gehen, um ihnen das Wesen und die Notwendigkeit des deutschen Bauern zu erklären und auf das Land, und zu unserer Intelligenz, um ihnen die Bedeutung des deutschen Arbeiters beizubringen.

Und gehen zum Arbeiter und zum Bauern, um sie zu belehren, daß es ohne deutschen Geist auch kein deutsches Leben gibt, daß sie alle zusammen eine Gemeinschaft bilden müssen, Geist, Stirn und Faust, Arbeiter, Bauern und Bürger.

Digitized by Google

So soll denn dieser 1. Mai in der Größe seiner Feier über ganz Deutschland, Stadt und Land hinweg, bei Millionen Volksgenossen aller Berufe und aller Stände die Bedeutung der Arbeit klarmachen und sie einmal im Jahre unter diesem erhabenen Symbol des gemeinsamen Werkes zusammenschließen zu einer Feier, zur Feier der deutschen Arbeit. Dann soll dieser 1. Mai zugleich eines dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen: Der Fleiß, die Arbeit, sie allein schaffen nicht das Leben, wenn sie sich nicht vermählen mit der Kraft und dem Willen eines Volkes. Fleiß und Kraft, Arbeit nnd Wille, sie gehören zusammen. Nur dann, wenn hinter dem Werte der Arbeit die starke Faust der Nation sich erhebt zum Schutz und Schirm, kann aus Fleiß und Arbeit wirklicher Segen erwachsen. Das soll wieder dieser Feiertag der Nation dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringeu. Deutsches Volk! Du bist stark, wenn du eins wirst, du bist gewaltig, weun du den Geist seines Klassenkampfes und deiner Zwietracht aus dem Herzen reißt; du kannst hinter deiner Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn du die Arbeit verbindest mit dem Gefühl deines gesamten Volkstums.

Wir wollen uns dabei noch eines zum Bewußtsein bringen: Wir träumen von einem Staat deutscher Nation, der unserem Volk wieder das tägliche Brot auf Erden zu sichern vermag. Und wir wissen, daß dazu die geballte Kraft der ganzen Nation nötig ist; wir wissen weiter, daß dieser Staat nicht später Anleihen machen darf bei der übrigen Welt. Wenn heute der Marxismus auch der Arbeit das Wort redet, so ist sein repräsentativer Staat geistig aber auf die Hilfe einer kapitalistischen Welt angewiesen. Wir wollen einst nicht in die Welt gehen, um uns dort Ingenieure, Techniker,

Digitized by Google

Kaufleute und Chemiker auszuleihen. Unser Volk hat das alles selbst, nur wir müssen es auch schützen und pflegen und in den Dienst der großen Aufgabe stellen und dieser Aufgabe eingliedern.

Freilich, geben die Millionen zur Antwort, die heute uns als Gegner gegenüberstehen, das sind Ideale, aber sie werden euch nie gelingen, nie könnt ihr sie verwirklichen.

Meine Freunde, in diesem Augenblick hören mehr als 50 Millionen Menschen diese Ideale. Und wenn wir, einst kaum ein halbes Dutzend, für sie eingetreten sind — heute hören diese Ideale Millionen und aber Millionen in Deutschland unter diesem sternenklaren Himmel und lassen sie Zeugnis ablegen für die Kraft dieser Ideale!

Nichts war groß auf der Welt, ist dem Menschen geschenkt worden, alles muß bitter schwer erkämpft werden. Auch die Erhebung eines Volkes wird nicht vom Schicksal leichthin geschenkt, auch sie muß innerlich errungen werden. Und wir dürfen heute nicht klagen, wir wissen es, wir werden die Erhebung verdienen, werden die Freiheit unseres Volkes erringen und werden dann erst zu Recht erweisen, wie sehr der Marxismus nur Theorie gewesen ist, und daß Theorie schön und verführerisch ist, aber in Wirklichkeit nicht Nutzen und Glück für ein Volk bringen konnte, so wenig er Nutzen und Glück gebracht hat.

Der neue Sinn des 1. Mai: Nicht Haß, nicht Kampf, sondern Erhebung.

Dieser 1. Mai soll damit auch dokumentieren, daß wir nicht zerstören wollen, sondern aufzubauen gedenken. Man kann nicht den schönsten Frühlingstag zum Symbol des Kampfes wählen, sondern nur zum Symbol aufbauender Arbeit, nicht zum Symbol der Zer-

Digitized by Google

setzung und damit des Zerfalls, sondern nur zum Symbol der Verbundenheit und damit des Emporstiegs. Es ist kein Zufall, daß es unseren Gegnern, die den Tag seit 70 Jahren feiern wollen, und die 14 Jahre lang in Deutschland die Macht besaßen, nicht gelungen ist, das deutsche Volk an diesem Tage so zu erfassen, wie wir es am ersten Tage fertigbrachten. Kein Zufall, das Volk fühlte unbewußt in seinem Innern, daß diese Feier im Widerspruch stand zur Zeit, zur Frühlingswende. Es wollte nicht Haß, es wollte nicht Kampf, es wollte Erhebung, und heute fühlt es: Dem 1. Mai ist sein innerer Sinn wiedergegeben worden.

Das ist der Grund, weshalb nun die Millionen Menschen in ganz Deutschland freudig herausströmen, um für sich Zeugnis abzulegen für den Willen, an diesem Aufbau der Nation teilzunehmen. Und wenn wir heute zum erstenmal dieses Fest feiern, dann wollen wir uns ganz kurz vor Augen führen, was nun unsere Ziele sind, für die Zeit, die vor uns liegt.

Da ist das erste Ziel: Unverrückbar wollen wir kämpfen, daß die Macht, die der neue Gedanke, die der neue politische Glaube in unserem Volk erobert hat, nimmermehr entschwindet, sondern daß sie sich im Gegenteil immer mehr festigt. Wir wollen dafür kämpfen, daß die neue Idee sich sieghaft über ganz Deutschland erhebt und daß sie allmählich dieses ganze deutsche Volk in die Gewalt ihres Bannes zieht. Wir wollen daher mutig und entschlossen diese Fahne der Auferstehung unseres Volkes verteidigen gegen jeden, der sie glaubt niederziehen zu können.

Wir haben vor, das Selbstgefühl und das Selbstbewußtsein in diesem Jahre in unserem Volke neu zu erwecken und dauernd zu steigern. Wir kennen die Zeit, die hinter uns liegt. Sie haben mit

Digitized by Google

Absicht unserem Volke die Vorstellung eingeimpft, als wäre es insgesamt minderwertig in der Welt, nicht fähig zu großen Taten, nicht würdig des Rechtes aller anderen. Man hat Minderwertigkeitskomplexe künstlich hineingezüchtet, weil es der Minderwertigkeit der Parteien entsprochen hat, die dieses Volk in diesen langen Jahren verführten. Wir wollen nunmehr unser Volk aus diesem Bann erlösen, wollen unserem Volke unentwegt die Überzeugung einimpfen, ja einbrennen: Deutsches Volk, du bist nicht zweitklassig, und wenn tausendmal die Welt es so haben will, du bist nicht zweiten Wertes, nicht zweiter Bedeutung. Deutsches Volk, besinne dich auf dich selbst, auf deine Vergangenheit, auf die Leistung deiner Väter, ja auf die Leistung deiner eigenen Generation, vergiß 14 Jahre Verfall und hebe dich empor zu zweitausendjähriger deutscher Geschichte. Und wir haben Sie, meine Volksgenossen in ganz Deutschland, von dem ersten Tage so gerufen, um Ihnen allen so recht aus dem Gefühl der inneren Verbundenheit heraus diese Überzugung zu geben: Deutsche, ihr seid ein Volk; und ihr seid ein Volk, das stark ist, wenn ihr selbst stark sein wollt!

Diese Millionen, die heute in Deutschland demonstrieren, sie werden vielleicht zurückgehen mit dem Gefühl einer neu gewonnenen Einheit und daraus wieder mit dem Gefühl einer neu gewonnenen inneren Kraft.

Ich weiß es, meine Kameraden, ener Tritt wird morgen wieder schärfer sein, als er gestern war, denn ihr alle fühlt es; die Nation kann man heute vielleicht vergewaltigen, kann sie vielleicht in Ketten schlagen; beugen, demütigen kann man uns nicht mehr.

Wir wollen das Vertrauen damit aber auch stärken an diesem Tage nicht nur zu dir selbst, deutsches Volk, nein, auch das Ver-

Digitized by Google

trauen zu deiner Regierung, die sich mit dir verbunden fühlt, die ein Stück ist von dir, die zu dir gehört, mit dir ficht, mit dir für dein Leben kämpft, die kein anderes Ziel besitzt, als dich, deutsches Volk, wieder frei und glücklich zu machen. Endlich soll an diesem Tage als Proklamation zugleich für die Zukunft dokumentiert werden eine Verbundenheit, die wir durch eine Tat verwirklichen werden, die in diesem Jahre zum erstenmal verwirklicht wird. Als wir den Gedanken der Arbeitsdienstpflicht zum ersten Male der Öffentlichkeit übergaben, da stürzten sich sofort die Vertreter der absterbenden marxistischen Welt darauf und erklärten: das ist ein neuer Angriff gegen das Proletariat, ein Angriff gegen die Arbeit, ein Angriff gegen das Leben des Arbeiters.

Warum taten sie es? Sie wußten genau, daß es nicht ein Angriff gegen die Arbeit oder gar ein Angriff gegen die Arbeiter sein wird, sondern nur ein Angriff gegen ein entsetzliches Vorurteil, gegen das Vorurteil, daß Handarbeit schänden könnte. Dieses Vorurteil wollen wir in Deutschland ausroden. Dieses Vorurteil wollen wir aus unserem Volke genau so herausziehen, wie die Vergangenheit einst das Vorurteil gegen den Soldaten entfernt hat. Wie sie die Landsknechte in Soldaten der allgemeinen Wehrpflicht verwandelt hat, so wollen wir — in einer Zeit, da noch Millionen unter uns leben, die kein Verständnis für die Bedeutung der Handarbeit haben, und die nicht einsehen, daß das deutsche Volk sein Bildungsproletariat gar nicht unterbringen kann — daß viele wieder zu ehrenvoller Handarbeit gezwungen sein werden.

Wir wollen, daß dieses deutsche Volk nun durch die Arbeitsdienstpflicht erzogen wird zur Erkenntnis, daß Handarbeit nicht schändet, daß Handarbeit nicht entehrt, sondern daß Handarbeit

Digitized by Google

genau wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie treu und redlichen Sinnes erfüllt. Und deshalb ist es unser unverrückbarer Entschluß, jeden einzelnen Deutschen, er mag sein, wer er will, ob hochgeboren und reich, ob arm oder Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern, einmal in seinem Leben zur Handarbeit zu führen, damit er sie kennenlernt, damit er auch leichter befehlen kann, weil er selbst auch hier schon gehorchen gelernt hat.

Wir denken nicht daran, daß der Marxismus etwa nur äußerlich beseitigt werden soll. Nein, wir sind entschlossen, ihm die Voraussetzungen zu entziehen. Wir wollen für Jahrhunderte, die nach uns kommen, für diese geistige Verwirrung die Voraussetzungen beseitigen. Kopf- und Handarbeiter dürfen nicht gegeneinander arbeiten.

Der Kopfarbeiter muß einsehen, daß keiner ein Recht hat, auf den anderen einfach herabzusehen, sich selbst als etwas besseres zu dünken, sondern daß Kopf- und Handarbeiter einig sein müssen in einer einzigen Gemeinschaft.

Wir werden in diesem Jahre zum erstenmal diese großen ethischen Gedanken in die Wirklichkeit überführen, und wir wissen, daß, wenn erst einmal 40 Jahre vergangen sind, das Wort Arbeit und Handarbeit dann für die Millionen Menschen genau dieselbe Sinneswandlung hervorgerufen haben wird, wie einst Millionen Menschen den Landsknecht vergessen haben und den deutschen Soldaten an seine Stelle setzten.

Wir werden auch in diesem Jahre als weitere große Aufgabe die Befreiung der schöpferischen Initiative von den verhängnisvollen Einwirkungen majoritativer Beschlüsse durchführen und sicherstellen. Nicht nur in Parlament, nein auch in der Wirtschaft. Wir wissen,

Digitized by Google

daß unsere Wirtschaft nicht emporkommt, wenn nicht eine Synthese gefunden wird zwischen der Freiheit des schöpferischen Geistes und der Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber. Und daher wird es auch unsere Aufgabe sein, den Verträgen die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt.

Der Mensch lebt nicht für Verträge, sondern die Verträge sind da, das Leben des Menschen zu ermöglichen. Und endlich werden wir in diesem Jahre uns bemühen, die erste Etappe auf dem Wege einer organischen Wirtschaftsführung zurückzulegen und werden dabei von einer fundamentalen Erkenntnis ausgehen: Es gibt keinen Aufstieg, der nicht beginnt bei der Wurzel des nationalen, völkischen und wirtschaftlichen Lebens, beim Bauer, und von ihm führt der Weg zum Arbeiter und weiter endlich zur Intelligenz.

Wir werden beginnen, in erster Linie den Landmann und seine Wirtschaft gesund zu machen, weil wir wissen, daß damit auch die erste Voraussetzung zur Gesundung der ganzen übrigen Wirtschaft getan ist. 14 Jahre hindurch tat man das Gegenteil, und die Folgen: Nicht die Städte sind gerettet worden, nicht der Arbeiter ist gerettet, nicht dem Mittelstande wurde geholfen, nein, sie alle sind damit ruiniert und vernichtet worden.

Und damit kommt eine weitere Aufgabe: die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitsbeschaffung, die wir in zwei große Gruppen einteilen: Die private Arbeitsbeschaffung. Hier wird ein großes, gewaltiges Werk in diesem Jahre in Angriff genommen, ein Werk, das die deutschen Bauten, die Häuser, wieder in Ordnung bringen wird und damit für Hunderte und Hunderttausende Arbeit schaffen wird. Und zweitens: Wir wollen nunmehr in diesem Augenblick und an dieser Stelle zum erstenmal den Appell an das

Digitized by Google

ganze deutsche Volk richten: Deutsches Volk, glaube nicht, daß das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Sternen gelöst wird. Du selbst mußt mithelfen, es zu lösen. Du mußt aus Einsicht und Vertrauen alles tun, was Arbeit schaffen kann. Jeder einzelne hat die Pflicht, von sich aus nicht zu zögern und nicht zu warten mit seinen Anschaffungen, mit dem, was er machen soll und einmal machen muß. Jeder hat die Pflicht, von sich aus hier vertrauend auf die Zukunft seinen Teil sofort beizutragen.

Jeder Unternehmer, jeder Hausbesitzer, jeder Geschäftsmann, jeder einzelne, er hat die Pflicht, in seinem Vermögen mitzuhelfen, Arbeit zu schaffen, und vor allem, jeder hat die Pflicht, sich der deutschen Arbeit zu erinnern. Wenn heute die Welt gegen uns unwahre Behauptungen verbreitet, wenn man die deutsche Arbeit verfemt, dann müssen wir erwarten, daß der Deutsche selbst sich seiner Arbeit annimmt. Es ist ein Appell, der an die Millionen Einzelnen gerichtet, am ehesten auch Millionen Menschen Arbeit geben kann. Wir werden große öffentliche Probleme noch in diesem Jahre zu verwirklichen uns bestreben, in erster Linie ein Riesenprogramm, das wir nicht der Nachwelt überlassen wollen, sondern das wir verwirklichen müssen, ein Programm, das volle Milliarden erfordert: Das Programm unseres Straßenneubaues.

Eine gigantische Aufgabe, wir werden sie groß beginnen und die Widerstände dagegen aus dem Wege räumen, und damit wird eine Serie öffentlicher Arbeiten eingeleitet, die zusammen mithelfen, die Arbeitslosenzahl immer mehr herunterzudrücken. Und endlich wird ein Angriff stattfinden gegen die Unerträglichkeit der heutigen Zinssätze. Wir werden auch hier den Entschluß durchführen, der uns Nationalsozialisten seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit ist

Digitized by Google

und damit in Verbindung eine Handelspolitik durchführen, die uns die Stetigkeit der Produktion sichert, ohne die deutsche Landwirtschaft zu vernichten. Wir wollen arbeiten und wir werden arbeiten.

Allein, alles das liegt letzten Endes mit am deutschen Volk selbst; das Vertrauen, das ihr uns schenkt, hängt ab von der Kraft, mit der ihr euch zum nationalen Staat bekennt. Nur wenn ihr alle selbst eins werdet in dem Entschluß, Deutschland zu retten, kann in Deutschland auch der deutsche Mensch seine Rettung finden. Dann wissen wir aber, daß alle menschliche Arbeit am Ende vergeblich sein wird, wenn nicht der Segen der Vorsehung kommt. Wir gehören nicht zu denen, die sich einfach auf das Jenseits verlassen.

Nein, wir wollen arbeiten, wir wollen tätig sein, wir wollen ringen, ringen um unser Volk, ringen um die Lösnng unserer Probleme und unserer Aufgaben. Wir wissen, daß wir dabei Schwierigkeiten über Schwierigkeiten zu überwinden haben. Es wird nns nichts geschenkt. So wie der Weg der 14 Jahre hinter uns bis zum heutigen Tage ein Weg ewiger Kämpfe war, ein Weg, der einen tausendmal fast verzweifeln ließ, so wird auch der Weg in die Zukunft schwer sein.

Die Welt verfolgt uns.
Wir wollen den Frieden.

Die Welt wendet sich gegen uns, sie will nicht unser Recht zum Leben anerkennen, will nicht unser Recht znm Schutze der Heimat anerkennen.

Mein deutsches Volk! Wenn so die Welt gegen uns steht, dann müssen wir um so mehr zu einer Einheit werden und müssen ihr

Digitized by Google

unentwegt versichern: ihr könnt tun, was ihr tun wollt, niemals werdet ihr uns beugen, niemals uns zwingen, ein Joch anzuerkennen.

Den Ruf nach dem gleichen Rechte werdet ihr niemals mehr aus unserem Volke beseitigen.

Hofft nicht auf Verräter unter uns, hofft nicht auf Meineidige, die vielleicht euch helfen könnten. Das deutsche Volk ist zu sich selbst gekommen. Es wird Menschen, die nicht für Deutschland sind, nicht mehr dulden. Wir wollen uns den Wiederaufstieg unseres Volkes durch unseren Fleiß, unsere Beharrlichkeit, unseren Willen ehrlich verdienen. Wir bitten nicht den Allmächtigen: Herr, mach' du uns frei! Wir wollen tätig sein, arbeiten, uns brüderlich vertragen, miteinander ringen, auf daß einmal die Stunde kommt, da wir vor ihn hintreten können und ihn bitten dürfen: Herr, du siehst, wir haben uns geändert, das deutsche Volk ist nicht mehr das Volk der Ehrlosigkeit, der Schande, der Selbstzerfleischung, der Kleinmütigkeit und Kleingläubigkeit, nein, Herr, das deutsche Volk ist wieder stark geworden in seinem Geiste, stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer. Herr, wir lassen nicht von dir, nun segne unseren Kampf um unsere Freiheit und damit um unser deutsches Volk nud Vaterland." —

Nachdem der Führer geendet hatte, donnerte ein dreifaches „Sieg Heil" über das Feld. Dann ertönte der große Zapfenstreich. Die Kavallerieretraite stieg leis wehmütig auf und schwang sich dann sieghaft empor über das dunkle, von Menschen unübersehbare brausende Feld.

Dann knatterte das Feuerwerk und zerriß mit bunten Farben

Digitized by Google

den Himmel, sprühte immer wieder auf und beleuchtete die endlosen Massen.

50 Feuerwerker und Techniker verschiedener Firmen hatten dieses Riesenfeuerwerk angelegt. 21 Fronten mit einer Tiefe von insgesamt 150 und einer Breite von 400 Metern, eine einzige Knallfront war allein 300 Meter lang.

Zu dem Aufbau dieses Feuerwerkes wurden allein 12 Lastwagen mit Feuerwerkskörpern und Gestellen benötigt. Als die letzten feurigen Wunderbäume und farbigen Räder zu verglühen anfingen, setzten sich die endlosen Züge mit brennenden Fackeln in Bewegung, um nach dem Lustgarten abzumarschieren.

Eine phantastische Stimmung lag über dieser Mitternachtskundgebung im Lustgarten. Es war, als könnte ein nach Taten lechzendes Wissen von schweren Pflichten, ein rastloser jäher Marschwille nach einem Tage voller Übermaß und wilder Kraftentfaltung sich noch immer nicht zur Ruhr verstehen, als bange er, in vorzeitiger Entspannung schweres Versäumnis zu verschulden.

Eine halbe Stunde nach Mitternacht begann der Preußische Ministerpräsident, Pg. Göring, seine Rede an die aufmarschierten Verbände und führte u. a. folgendes aus:

„Es ist wohl ein eigenartiges Zeichen, daß die Kundgebung der nationalen Arbeit um Mitternacht noch einmal einen einzigartigen Höhepunkt erhält. Zehntausende stehen um Mitternacht auf dem gleichen Platz, wo in den vergangenen Jahren so oft der Haß gepredigt und so oft gegen die Begriffe Vaterland und Nation gesündigt wurde.

Was wir heute erlebten, hat Deutschland noch nie gesehen. Der Tag der nationalen Arbeit wurde von allen Schichten des deutschen

Digitized by Google

Volkes gleichmäßig tief erfaßt. Arbeiter der Stirn und der Faust stehen in einer Front, weil sie alle nur Arbeiter sind am Aufbau Deutschlands.

Jahrelang hat man verhetzten Volksgenossen immer wieder erzählt, man wolle den 1. Mai zum Feiertag des Proletariats erklären. In wenigen Wochen, in einer einzigen Tat, hat die Reichsregierung den 1. Mai zum Feiertag der deutschen Nation gestaltet.

So wie vor wenigen Stunden die Reichsregierung den Tag der deutschen Arbeit feierlich auf einem historischen Gelände beging, so stehen wir wiederum auf einem historischen Platz, und die preußische Staatsregierung hat ihr Gedenken am Tage der nationalen Arbeit auf diese Stätte verlegt, wo einst Brandenburg, wo Preußen, wo Deutschland groß geworden sind.

Mitternacht — und trotzdem ein Bild deutscher Kraft, deutschen Glaubens und deutscher Hoffnung, ein Bild des gewaltigen Lebenswillens eines Volkes.

Mitternacht — und doch dröhnt die Reichshauptstadt immer noch vom ehernen Schritt der Kolonnen und bekennt sich zum Volk und zum Tage seiner Arbeit. So wie am 30. Januar dem deutschen Volk seine nationale Ehre wiedergegeben wurde, so wurde heute der deutschen Arbeit wieder die Ehre und die ihr zukommende Bedeutung zurückgegeben.

Wenn heute der Kanzler von der Bedeutung der Arbeit sprach, so ist besonders das Wort hervorzuheben, daß in Zukunft in Deutschland nicht mehr gefragt wird nach dem Was, sondern nunmehr nach dem Wie der Arbeit. Es wird in Zukunft nur mehr gewertet werden, wie jeder einzelne nach seinen Kräften und nach seinen Begabungen

Digitized by Google

Reichskanzler Hitler ſpricht zur deutſchen Jugend am Tage der nationalen Arbeit.

Digitized by Google

Ankunft einer Bergarbeiterdelegation aus dem Ruhrgebiet
auf dem Tempelhofer Flughafen zur Feier des 1. Mai 1933.

Digitized by Google

für sein Volk und für sein Vaterland arbeiten wird. Die preußische Staatsregierung grüßt um Mitternacht in Ehrfurcht die Millionen der deutschen Arbeit und gelobt auch ihrerseits, in dieser Arbeit an der Spitze zu stehen. Vierzehn Jahre der Schmach sind vorüber, jetzt beginnt der Aufbau, und über diesem Aufbau soll stehen

Arbeiten, kämpfen und glauben!"

Der stürmische Ruf ist verklungen. Der Reichsminister tritt von der Brüstung, und der Führer der deutschen Arbeiter Berlins, Pg. Engel, spricht noch einige Worte an die lauschende Menge. Dann klingen helle Kommandos, und die Kolonnen setzen sich heimwärts in Bewegung.

Der Reichsbetriebszellenleiter, Pg. Schuhmann, sprach im Rundfunk über das Thema: „Der 1. Mai, wie er war und wie er sein wird", wobei er folgendes ausführte:

„Es war im Jahre 1905, als der Marxist Brinkmann auf dem Gewerkschaftskongreß das bitter ernst gemeinte Wort sprach: „Mag die Maifeier der Teufel holen!" Er hatte recht. Denn die Maifeier war regelrecht zu einer Tragödie des deutschen Arbeitertums geworden. Unsägliche Opfer an Gut und Blut wurden gebracht, und keinen Schritt war man weitergekommen.

Die erste Maifeier.

Schon die erste Maifeier im Jahre 1889 war ein Fiasko sondergleichen. Diese auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris beschlossene Feier war damals nur für den 1. Mai 1889 gedacht als internationale Kundgebung für den Achtstundentag. Während aber in den anderen Ländern kein Mensch mit roten Fahnen spazierenging, wurde diese Parole in Deutschland ernsthaft

Digitized by Google

befolgt. Die Folge aber davon war, daß ein Großteil der deutschen Arbeiter dafür vom Arbeitgeber auf die Straße geworfen wurde. Hiervon wurden die Gewerkschaftskassen leer, so daß sich beispielsweise der Metallarbeiterkongreß genötigt sah, vorläufig alle Lohnbewegungen zurückzustellen. Dieser erste Mißerfolg schreckte derart, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1890 beschlossen wurde, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Hiergegen aber wandte sich der Internationale Sozialistenkongreß in Brüssel 1892, der den 1. Mai als Kampftag proklamierte und folgendes bestimmte: „Dieser Tag soll ein Ruhetag sein, soweit dieses durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird." Darauf wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin im Herbst 1892 beschlossen, die Maifeiern am Abend abzuhalten. Aus dem Beschluß ging damals deutlich hervor, und auch der alte Bebel betonte in der Zeitschrift „Neue Zeit", daß die Hamburger Arbeiterschaft infolge der durch die Arbeitsruhe am 1. Mai veranlaßten Aussperrungen auf lange Zeit geradezu vollständig kampfunfähig geworden sei.

Marxistische Zielloſigkeit.

Die Zielloſigkeit der marxistischen Führung aber wirkte dahin, daß dann auf dem Breslauer Parteitag 1895 die Arbeitsruhe als würdigste Feier des 1. Mai bezeichnet wurde und man auf dem nächsten Parteitag in Gotha 1896 noch weiter ging, indem man es allen Sozialdemokraten zur Pflicht machte, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai eintrete.

Dieser Beschluß brachte den deutschen Arbeiter in eine üble Lage. Befolgte er diese Anordnung nicht, wurde er von seinen Genoſſen

Digitized by Google

über die Achsel angesehen und häufig sogar in Acht und Bann getan. Ging er am 1. Mai aber auf die Straße, so mußte er gewärtig sein, vom Arbeitgeber entlassen zu werden. Da aber die Gewerkschaften die Gemaßregelten auf die Dauer nicht unterstützen konnten, beauftragte der sozialdemokratische Parteitag in Essen 1907 den Vorstand, eine Verständigung mit der Generalkommission der Gewerkschaften herbeizuführen. Diese kam zustande und sah vor, daß die Lasten der Unterstützungen auf die lokalen Institutionen der Partei und Gewerkschaften fielen, die Mittel der Allgemeinheit dagegen gespart würden. Dieses Abkommen rief damals eine große Erbitterung und Verärgerung innerhalb der Sozialdemokratie hervor. Es wurde damals von einer Abwürgung, Verekelung und Erdrosselung der Maifeier gesprochen. Dieses Abkommen mußte überall dort ihren Kampfesmut erheblich dämpfen, wo die lokalen Organisationen der Partei und Gewerkschaften nur über knappe Mittel verfügten. Diese Vereinbarung trat dann auch gar nicht in Kraft, weil im Herbst 1909 der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg ihr die Zustimmung versagte. Andererseits beschloß der Parteitag, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, die am 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe feierten, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben haben.

Dieser Beschluß fand jedoch nur bei dem kleinsten Teil der davon Betroffenen Beachtung. Als im Jahre 1909 die Maifeier begangen wurde, weigerten sich die Buchdrucker in sämtlichen Parteibetrieben, dem Parteibeschluß nachzukommen. Selbst ein Teil der im „Vorwärts"-Betrieb Beschäftigten kümmerte sich überhaupt nicht um den Beschluß. Die Buchdrucker des sozialdemokratischen Parteigeschäfts in Brandenburg a. d. H. weigerten sich gleichfalls.

Digitized by Google

Ähnliche Beschlüsse faßte auch das Personal der Essener, Bochumer und Dortmunder Parteioffizine, und die Setzer des Mühlhausener sozialdemokratischen Parteiblattes traten sogar aus der Partei aus, da sie wegen ihrer Weigerung, einen Tagesverdienst abzuführen, von dem Kreisverein für unwürdig erklärt wurden, Vertrauensämter in der Partei zu bekleiden.

Infolge dieses Widerstandes sah sich der Leipziger Parteitag 1909 genötigt, abermals zu der Frage der Maifeier Stellung zu nehmen. Er nahm einen Antrag des Parteivorstandes an, wonach zur Unterstützung von Gemaßregelten bestimmte Fonds gebildet werden sollten. Aber auch damit war noch nicht Friede und Ruhe hergestellt. Jeder Parteitag mußte sich mit dieser Frage herumschlagen, so daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter 1911 sagte:

„Wir kommen überhaupt in Differenzen wegen der Maifeier. Überhaupt haben wir anstatt des Erfolges mit der Maifeier seit 20 Jahren nur Ärger, Verdruß und Zank gehabt."

So endete der Beschluß wieder, und der Leidtragende war in allen Fällen der deutsche Arbeiter. Denken wir auch an die bei der Maifeier erschossenen Arbeiter der letzten Jahre. Der marxistische 1. Mai konnte ja auch niemals ein wirklicher Festtag werden, da ihm der Inhalt, die Seele, fehlte. Wofür kämpfte man denn eigentlich in den letzten Jahren? Etwa für den Achtstundentag? Marxistische Regierungskunst hatte ja Millionen Menschen den Nullstundentag beschert — oder forderte man etwa die Befreiung des Arbeiters vom Joch der Junker und Schlotbarone?

Ein Ehrenmal für Arbeiter.

Seit der Revolte des Jahres 1918 befinden wir uns in den viel brutaleren Klauen der internationalen Hochfinanz, und aus diesen

Digitized by Google

Gründen lehnten wir Nationalsozialisten den bisherigen 1. Mai als Feiertag der internationalen Solidarität ab. Wir stellen dem marxistischen 1. Mai unseren 1. Mai als einen Festtag der nationalen Arbeit entgegen. Dieser Tag wurde von uns zum gesetzlichen Feiertag erhoben, an dem die Arbeit ruht. In großen, gewaltigen Demonstrationen und in feierlicher Achtung soll dem deutschen Volk der Sinn und die ungeheure Bedeutung seiner Arbeit aufgezeigt werden.

Ehrfurchtsvoll gedenken wir dabei all der titanenhaften Kämpfer des deutschen Arbeitertums, und in einer kommenden Ehrenhalle finden alle diejenigen Aufnahme, die sich für unser Volk — sei es als Kopf- oder Handarbeiter — verdient gemacht haben. Dieser Tag gehört von nun an dem ganzen deutschen Volk, und alle schaffenden deutschen Menschen schließen sich an diesem Ehrentag zu einem unlöslichen Bund zusammen. Dieser Bund wird dann auch die ungeheure Nährquelle sein, welche unser Volk befähigt, Gewaltiges zu leisten. Denn noch niemals in der Geschichte der Menschheit wurde Großes geleistet von einem uneinigen, zerrissenen Volk, sondern nur von einem einigen, selbstbewußten und von einem einzigen besten Willen beseelten.

Die Leidenszeit des Materialismus soll hinter uns liegen, und leuchtend flattern uns die Fahnen des deutschen Idealismus voran. Dieser unser 1. Mai bildet den Auftakt zur Befreiung des deutschen Arbeitertums und seine Einreihung als gesellschaftlich gleichberechtigter Stand in die Nation. Der jahrzehntelange Wunschtraum des deutschen Arbeitertums ist damit in Erfüllung gegangen. Von nun an wird deutsches Arbeitertum das feste Fundament des neuen Staates werden.

Digitized by Google

Jeder 1. Mai ein Schwertschlag.

Deshalb, ihr deutschen Arbeitsbrüder in Ost und West, in Nord und Süd und überall draußen, wo die deutsche Muttersprache erklingt, reißt weit auf die Tore eurer Herzen, laßt ab von eurer maßlosen Verbitterung und arbeitet freudig mit an dem Werk des Wiederaufbaues unseres so herrlichen deutschen Vaterlandes. Laßt ab vom Standesdünkel und Klassenhaß, dann wird auch der 1. Mai ein Ehrentag, ein Volks- und Festtag werden, und an Stelle der früheren Haßreden gewissenloser landfremder Burschen wird die innigste Volksgemeinschaft bestehen. Jeder 1. Mai soll dann ein Schwertschlag sein, dessen Funken wieder den Brand entfachen, bis aus Gluthitze im neuen Schmelztigel die von allen Schlacken gereinigte Form entsteht. —

Nachdem sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft in so überragender Weise zu den Fahnen Adolf Hitlers bekannt hatte, bestand kein Recht mehr, die roten Bonzen in den Gewerkschaftshäusern zu belassen.

Der 1. Mai ließ erkennen, daß diese roten Hochburgen zum Fallen reif waren.

Das Hakenkreuz auf den Gewerkschaftshäusern.

Die N. S. D. A. P., insbesondere die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation als die politische Kampffront des Nationalsozialismus in den Betrieben, hat stets betont, daß der Kampf nicht den Gewerkschaften an sich gilt. Der Gewerkschaftsgedanke wird restlos anerkannt, rücksichtslos bekämpft wird dagegen der Mißbrauch des Lebenswillens der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Organisation zu volksfeindlichen Zwecken.

Digitized by Google

Die sogenannten „Freien" Gewerkschaften waren niemals frei; das hat unser Führer schwer erkennen müssen, als er einst als Handarbeiter sein Brot verdienen mußte. Der Wille der Nationalsozialisten ist, die Gewerkschaften wirklich frei werden zu lassen, und zwar frei vom Geiste des Internationalismus, frei vom Marxismus, vor allem frei von der Sozialdemokratischen Partei, frei aber auch von Korruption und arbeiterfeindlichem Bonzentum.

Die Gewerkschaftshäuser waren bis in die allerletzte Zeit noch Festungen und Waffenarsenale für die Sozialdemokratische Partei, davon aber wollte der deutsche Arbeiter nichts mehr wissen, das hat er klar und eindeutig am 1. Mai bewiesen.

Da die Bonzen nicht vom Marxismus lassen konnten, die Gewerkschaftshäuser aber nicht den Bonzen, sondern dem deutschen Arbeiter gehören, besetzte der Aktionsausschuß zum Schutze der deutschen Arbeit, der unter Führung des Präsidenten des Preußischen Staatsrates, Dr. Ley, steht, am 2. Mai im ganzen Reich die Häuser der freien Gewerkschaften und ließ die unverbesserlichen Bonzen und Bönzchen verhaften.

In Berlin wurde das Gewerkschaftshaus am Engelufer von einer Abteilung von 90 S. A.-Leuten besetzt, ebenso das Gewerkschaftshaus an der Inselbrücke und die Arbeiterbank.

Der Gewerkschaftsführer Wissel wurde verhaftet. Genau so geschah es in allen übrigen Städten des Reiches.

Siegreich ging die Hakenkreuzfahne auf den letzten Hochburgen des Marxismus auf.

Am Abend dieses denkwürdigen Tages hielt der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Pg. Dr. Ley, vor den Arbeitervertretern folgende Rede:

Digitized by Google

„Männer der deutschen Arbeit! In uns allen klingt noch das gewaltige Ereignis des gestrigen Tages nach, eine Willenskundgebung des Volkes, wie sie die Geschichte Deutschlands noch niemals gesehen hat.

Kaum sind die Glocken verklungen, und schon beginnt der Kampf um den deutschen Arbeiter. Heute treten wir in eine zweite Phase der nationalsozialistischen Revolution. Es gilt von heute ab, den deutschen Arbeiter in seiner Gesamtheit zu gewinnen, auch jene, die noch abseits stehen, jene, die sich heute noch nicht zu uns bekennen wollen. Es sind nicht die Schlechtesten.

Wir müssen sie gewinnen, um unseres Volkes willen. Wir durchleben in diesen Wochen und Monaten den gewaltigsten Kampf zweier Weltanschauungen, und wir erleben den Sieg der nationalsozialistischen Weltanschauung über die liberale, marxistische Welt, die ihre Geburt aus der Französischen Revolution herleitet und die über ein Jahrhundert unser Volk beseelt hat und unser Volk nahe an den Abgrund führte. Parteien wurden gebildet und Organisationen der Zersetzung und Zerklüftung. Und nicht allein, daß der Standesdünkel der Bürgerlichen und der Klassenhaß des Arbeiterproletariats unser Volk zerfreenen haben. Die Gewerkschaften sind nicht etwa aus sich selbst heraus entstanden, sondern sie sind eine Folge jener Parteienzerklüftung, wie sie uns das vorige Jahrhundert gab.

Verneinen wir Nationalsozialisten den Gedanken der Gewerkschaft? Nein, Parteigenossen. Unser Führer sagt es bereits im zweiten Band seines Werkes, daß wir den Gedanken der Gewerkschaft bejahen. Und wenn die Gewerkschaftsführer der Freien und der Christlichen und all der anderen sich etwas mehr mit dem ge-

Digitized by Google

waltigen Werk Adolf Hitlers befaßt hätten, dann wären sie heute nicht überrascht worden, sondern dann wüßten sie, daß das, was heute geschehen ist, nur eine logische Folge in der Entwicklung der Revolution unserer Idee zu sein hat.

Wir bejahen den Gedanken der Gewerkschaft schon allein deshalb, weil wir wissen, daß die Arbeitgeber in ihrer Gesamtheit keine Engel sind, sondern daß eine große Zahl von Unternehmern die allzu menschliche Schwäche besitzt, ihren rein egoistischen Trieben nachzugeben, und die das gewaltige Große der Volksgesamtheit nicht mehr sehen. Und so sagt unser Führer dort: ‚Solange es Arbeitgeber gibt, die kein Gefühl für soziales Empfinden haben, so lange muß es Vertretungen der Arbeiterschaft geben.‘ (Zustimmung.)

Wir wollen nicht, daß der Arbeiter Knecht sei und unterdrückt werde, sondern wir wollen, daß der Arbeiter ein gleicher Partner in der Volkswirtschaft und in der Volksgesamtheit zu sein hat.

Wir bejahen auch die Gewerkschaften aus einem zweiten Grund: Die Gewerkschaften sollen uns helfen, aus dem Arbeiter jenen Herrenmenschen zu züchten, der er zum Wohle der Wirtschaft und zum Wohle unseres Volkes sein muß. Das Minderwertigkeitsgefühl, von dem unser Führer gestern in seiner gewaltigen Rede sprach, als er sagte, die andern Völker wollten dem deutschen Volke das Minderwertigkeitsgefühl einimpfen, dieses Minderwertigkeitsgefühl, so sagen wir darüber hinaus noch weiter, setzt sich gerade da fest, wo die breite Masse, die Arbeiterschaft, ist. Das zu bekämpfen ist des Schweißes der Edlen wert.

Und zum dritten sollen die Gewerkschaften, auch wieder nach der Ansicht unseres Führers, der Baustein für den zukünftigen Stände-

Digitized by Google

ſtaat ſein, ſo daß die freien Wirtſchaftsparlamente allein Deutſchland, unſeren Staat und unſere Wirtſchaft beherrſchen ſollen.

Wir haben die Aktion durchgeführt, um dem Marxismus zuerſt ſeine materielle Grundlage zu nehmen, wie es unſer Führer ſo treffend heute ſagte: um ihm die Milchflaſche zu entziehen, damit er ſich nicht wieder neu hochpäppeln kann. Wir haben das getan, weil wir wußten, der Marxismus, der ſtellt ſich nur tot. Im Jahre 1914 bewilligte er Kriegskredite und ſtellte ſich übernational, um im Jahre 1918, kaum vier Jahre ſpäter, die deutſche Arbeiterſchaft an den Imperialismus der Welt zu verraten. Nein, ich habe es heute in meinem Aufruf geſagt, wir kannten den ſchlauen Fuchs, und wir gingen nicht auf ſeine Leimrute. Beſſer iſt beſſer — die Leipart und Graßmänner befinden ſich in Schutzhaft.

Zum zweiten mußten wir aber auch die Aktion durchführen: Es galt, die Inſtitutionen der Arbeiterſchaft zu erhalten. Wir wußten, daß die Gewerkſchaften mit den ſauer verdienten Groſchen der Arbeiter aufgebaut worden ſind, und gerade wir Nationalſozialiſten, die wir alle mehr oder weniger als unbekannte Soldaten aus dem Volke herausgewachſen ſind, wir fühlen mit dem Volke und werden nie etwas zerſtören, was irgendwie Wert für das Volk hat, am allerwenigſten die Einrichtungen der deutſchen Arbeiterſchaft. Und deshalb galt es, ſie vor der Auflöſung zu bewahren.

Der Afa-Bund und noch andere Verbände löſten ſich bereits auf. In einigen Wochen und Monaten hätten ſie ſich alle in Wohlgefallen aufgelöſt, und es wäre nichts mehr vorhanden geweſen. Dem kamen wir zuvor. Und ich weiß heute ſchon, daß wir es tauſendfältig beſſer machen werden als die bisherigen Bonzen.

Digitized by Google

Wir mußten es aber auch zum dritten deshalb tun: Schon der heutige Tag hat bewiesen, daß gewaltige Korruptionserscheinungen vorgekommen sind. Der Leiter der Arbeiterbank und der Kassierer der Gewerkschaftskasse, beide berichteten mir bereits, daß Verschleuderungen stattgefunden und Geld ins Ausland verschoben worden ist.

Sie werden mich jetzt fragen: Was geschieht mit den Christlichen Gewerkschaften? Daraufhin habe ich Ihnen nur zu erwidern: Sie werden sich von sich aus gleichschalten. Heute waren bereits die Vertreter bei mir, und morgen werden Sie es in der Presse lesen. Dann werden Sie ermessen, daß hier keine Gewaltaktionen nötig sind.

Am Mittwoch werden Sie Zeuge sein des ersten Deutschen Arbeiterkongresses hier in Berlin. Dort werden wir den Führer bitten, daß er die Schirmherrschaft über diese Arbeiterfront übernimmt. Der Führer hat mir heute bereits zugesagt, daß er mit Freuden der Schirmherr der deutschen Arbeiterfront sein will.

Wir müssen alles tun, um dem Arbeiter seine Rente sicherzustellen. Wir werden die Vielheit der Verbände auflösen und in eine einzige Einheit zusammenführen. Jeder soll sich bewußt sein in der Zusammenfassung all dieser Verbände in eine Einheit, in eine gewaltige Säule, die unerschütterlich im Wirtschaftsleben unseres Volkes sein wird.

Mit Hitler für Deutschland! Heil!

Ausklang!

Erst zwei Tage war die neue Führung der Freien Gewerkschaften am Werke, und schon ist sie auch diesmal wieder auf verschiedene dunkle Geschäfte gestoßen.

Digitized by Google

So teilte die N.S.B.O.-Pressestelle mit, daß schon in den ersten Tagen der Aktion ungeheuerliche Fälle von Mißwirtschaft und skandalöser Korruptionserscheinungen festgestellt wurden.

Der Beauftragte zur Prüfung der Kassen- und Finanzeinrichtungen der Verbände des A. D. G. B. entdeckte z. B. bei dem Hauptkassierer Engelhardt, dessen Wohnung einen geheimen Zugang durch einen Kleiderschrank zu der Bank hatte, ein Kontobuch, das unter dem Konto Rheinland 12 921 einen Betrag von 5 188 000 Mark führte, der nicht in der Bilanz vorhanden war. Ferner wurden aus diesem Konto außerdem noch 300 000 Mark an den Verband sozialer Baubetriebe, 100 000 Mark an die Wohnungsfürsorge und 125 000 Mark an die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gezahlt.

Die Beauftragten des Aktionskomitees erklärten, daß überall, wo sie Prüfungen in die Buchführung oder in die Finanzgeschäfte der Freien Gewerkschaften vornahmen, unsaubere und dunkle Geschäfte vorkamen.

Es ist natürlich kein Wunder, daß die Gewerkschaften stets über ihre schlechte Finanzlage klagten. So hat man noch in den Büchern folgende Posten vorgefunden: An den Internationalen Gewerkschaftsbund wurden seit dem 1. Januar 1933 95 000 Mark an Beiträgen bezahlt.

Das schlimmste aber ist, daß noch seit dem 1. Januar an die S. P. D. 229 000 Mark von den Groschen der Arbeiter und Angestellten gezahlt wurden.

Nur dem überraschend plötzlichen Eingreifen ist es gelungen, das deutsche Arbeitervermögen vor weiteren Schäden zu bewahren.

Die sogenannten Freien Gewerkschaften sind ihrem Wesen untreu

Digitized by Google

gewesen und haben sich und den Gewerkschaftsgedanken an den internationalen Marxismus verraten.

Die Gewerkschaften waren weiter nichts als das wirtschaftliche Fundament der Sozialdemokratie. Juden und Arbeiterverräter verpraßten hier die sauer verdienten Groschen der von ihnen verhetzten und verführten deutschen Arbeiter.

Die korrupte Führung der Gewerkschaften bedrohte immer mehr ihre eigene Sicherheit und die Sicherheit der Mitglieder.

Schon heute erkennt der Arbeiter, wie gut es der Führer Adolf Hitler mit ihm gemeint hat, daß er diese roten Sumpfstätten ausräumen ließ, um dem Arbeiter wieder zu seinem Recht zu verhelfen.

Am 10. Mai fand der 1. Kongreß der deutschen Arbeitsfront im Plenarsaal des Preußischen Staatsrates statt.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte versammelten sich die Vertreter der großen deutschen Arbeiterverbände zu einer Kundgebung, in der das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Blutsgemeinschaft die erste und entscheidendste Rolle spielt.

Adolf Hitler selbst hat die Schirmherrschaft über die neue deutsche Arbeitsfront übernommen.

An diesem historischen Tage führte der junge Schirmherr der deutschen Arbeitsfront folgendes aus:

„Meine deutschen Volksgenossen! Große Umwälzungen können im Völkerleben nicht stattfinden, wenn nicht, fast möchte ich sagen, ein dringendes Bedürfnis nach ihnen vorliegt. Man kann keine Revolution wirklich tiefen Vorgehens machen, wenn nicht ein Volk nach einer solchen Revolution innerlich schreit, wenn nicht bestimmte Zustände nach einer solchen Revolution jeden förmlich drängen.

Digitized by Google

Die Staatsform äußerlich zu ändern, das ist leicht. Ein Volk innerlich umzugestalten, kann immer nur gelingen, wenn ein bestimmter Entwicklungsprozeß sich selbst mehr oder weniger erledigt hat, wenn ein Volk den Weg, den es einschlug, selbst schon, wenn auch vielleicht nicht ganz klar, aber im Unterbewußtsein, als falsch empfindet und nun gern den Weg verlassen möchte und nur mit der Schwerfälligkeit und der Trägheit der Masse den neuen Weg nicht finden kann, bis nicht von irgendwoher ein Anstoß kommt oder bis nicht eine Bewegung, die schon den neuen Weg gesehen hat, nun eines Tages das Volk hineinzwingt in diesen neuen Weg.

Unter all den Krisen, unter denen wir leiden und die ja nur ein zusammenhängendes Bild ergeben, ist vielleicht am fühlbarsten für das Volk selbst die Wirtschaftskrise.

Die politische Krise, die moralische Krise, sie werden vom einzelnen nur ganz selten empfunden. Der Durchschnittsmensch sieht in seiner Zeit nicht das, was die Gesamtheit trifft, sondern zumeist nur das, was ihn selbst schlägt. Daher wird auch die Gegenwart nur ganz selten Verständnis empfinden für den politischen oder den moralischen Verfall, solange dieser Verfall sich nicht irgendwie ausdehnt auf den Verfall der Wirtschaft.

Dann redet man plötzlich von einer Wirtschaftsnot, Wirtschaftselend, und dann ist es auch möglich, ausgehend von dieser verständlichen Not das Verständnis zu erwecken für die Not, die sonst dem einzelnen Menschen lange Zeit verborgen zu bleiben pflegt. Es ist aber natürlich, daß auch die Wirtschaftsnot nicht sofort erkannt wird in ihren verschiedenen Ursachen, daß man auch hier nicht ohne weiteres alles das sieht, was zusammenwirkend am Ende diese Not bedingt.

Digitized by Google

Es ist dann ein großes Glück, wenn es allmählich gelingt, eine solche Not so zu klären, daß für immer mehr Menschen die Ursachen sichtbar in Erscheinung treten, denn das ist erforderlich, um auch die Wege zur Heilung zu finden. Es genügt nicht, zu sagen, daß die deutsche Wirtschaftsnot etwa eine Folgeerscheinung sei einer Weltkrise, der Not der Wirtschaft überall, denn genau so kann jedes andere Volk selbstverständlich die gleiche Entschuldigung finden und dieselbe Begründung für seine Not. Es ist aber klar, daß auch dann diese Not nicht irgendwo in einer Welt ihre Wurzel haben kann, sondern immer wieder innerhalb der Völker.

Es ist nur eines wahrscheinlich, daß diese Wurzeln vielleicht bei vielen Völkern dieselben sein werden, daß man aber nicht hoffen darf, durch die bloße Feststellung, es läge im Zuge der Zeit, einer bestimmten Not nun auch Herr zu werden, sondern es ist klar, daß es nötig ist, dann im Innern eines Volkes diese Wurzeln bloßzulegen und die Not nun dort zu heilen, wo man sie wirklich heilen kann.

Die lange Erziehung unseres Volkes zu internationalen Auffassungen hin, sie verleitet auch in einer solchen Not, sich international mit diesen Problemen zu beschäftigen, ja, sie führt dazu, daß viele unter uns überhaupt nicht glauben, daß man anders als durch internationale Methoden einem solchen Unglück vielleicht entgegensteuern könnte. Und trotzdem ist das falsch. Es ist natürlich, daß internationale Gebrechen, die alle Völker irgendwie belasten, auch von diesen Völkern gehoben werden müssen.

Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß jedes Volk für sich diesen Kampf aufnehmen muß, und daß vor allem nicht ein Volk für sich von dieser Not befreit wird durch internationale Maßnahmen, wenn es nicht selbst diese Maßnahmen trifft.

Digitized by Google

Die Krisis der deutschen Wirtschaft ist nicht nur eine Krise, die sich in unseren Wirtschaftsziffern ausdrückt, sondern sie ist wohl in erster Linie eine Krise, die sich ausdrückt in dem inneren Verfall, in der Art der Organisation usw. unseres wirtschaftlichen Lebens. Und hier können wir wohl von einer Krise reden, die vielleicht unser Volk zu einem großen Teil mehr betroffen hat als andere Völker. Es ist die Krise, die wir sehen in dem Verhältnis zwischen dem Begriff und auch der Wirklichkeit — Kapital, Wirtschaft und Volk, und besonders sehen wir diese Krise kraß im Verhältnis unseres Arbeiters zu unserem Arbeitgeber. Hier hat die Krise einen Höhepunkt erreicht, wie in keinem anderen Land der Welt, und wenn diese Krise nicht gelöst wird, werden alle anderen Versuche, der Wirtschaftsnot Herr zu werden, auf die Dauer vergeblich sein.

Wenn wir die deutsche Arbeiterbewegung, so wie sie im Laufe des letzten halben Jahrhunderts sich allmählich entwickelte, nach ihrem innersten Wesen untersuchen, dann werden wir auf drei Gründe stoßen, die diese eigenartige Entwicklung bedingen.

Drei Gründe der Krise der deutschen Arbeiterbewegung.

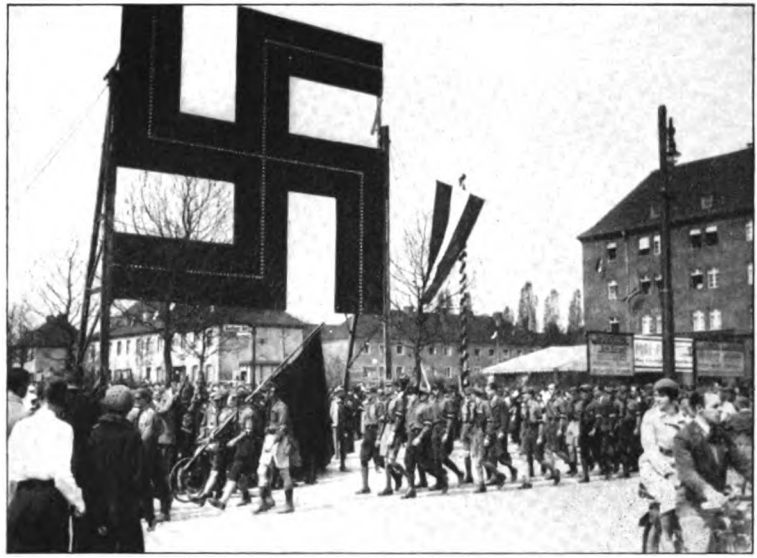
Der erste Grund liegt in der Veränderung der Betriebsformen unserer Wirtschaft an sich. Diesen Grund sehen wir in der ganzen Welt genau so wie in Deutschland in die Erscheinung treten. Am Beginn des vergangenen Jahrhunderts und steigend in diesem Zeitalter findet eine Umstellung unserer früher — ich möchte sagen: kleinbürgerlichen Wirtschaftsform statt, die Errichtung der Industrialisierung, und damit geht das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber endgültig verloren. Beschleunigt wird dieser Prozeß in dem Moment, in welchem die Aktie an die Stelle des persönlichen Besitzes tritt. Wir sehen nun den Beginn

Digitized by Google

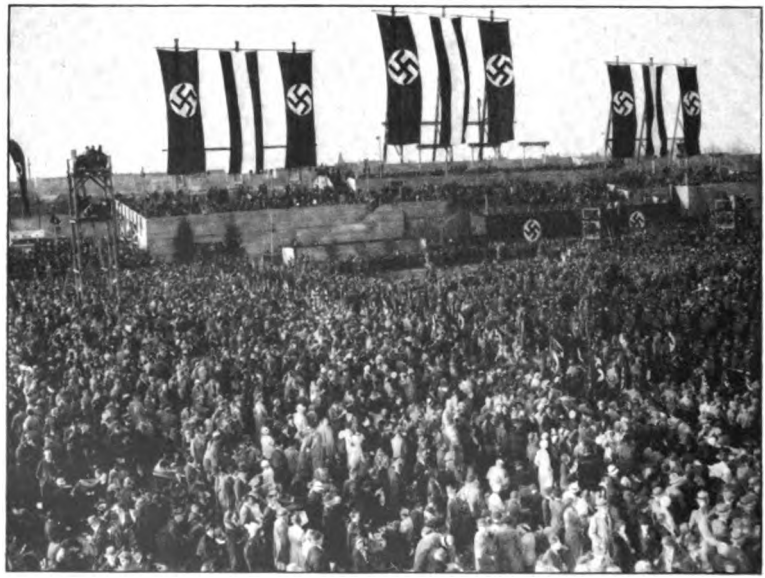
Der Reichspräsident und der Reichskanzler empfangen Arbeiterdelegationen aus Danzig am Tage der nationalen Arbeit.
(Ganz links Staatssekretär Lammers.)

Reichspräsident und Reichskanzler grüßen das deutsche Volk auf dem Weg zum Lustgarten.

Digitized by Google



1 500 000 Menſchen nahmen an der gewaltigen Kundgebung auf dem Tempelhofer Feld am 1. Mai 1933 teil.



Der Tag der nationalen Arbeit in Berlin.

Digitized by Google

einer Entfremdung zwischen den Schaffenden des Kopfes und den Schaffenden der Hand. Denn das ist letzten Endes der einzige wirklich entscheidende Unterschied. Nicht das Wort Besitz an sich kann hier als charakteristisch angesehen werden. Denn wir wissen, daß eine Anzahl Männer, die unsere Produktion begründeten, nicht etwa ursprünglich aus dem Besitz gekommen sind, sondern aus der Arbeit, daß sich nur in ihnen die Kraft der Faust zugleich erweiterte zur Genialität des Geistes, daß sie gottbegnadete Erfinder, gottbegnadete Organisatoren gewesen sind, denen wir und unsere Volksgenossen unser Leben mitverdanken. Denn ohne diese Männer wäre uns die Ernährung, die Erhaltung von 55 Millionen Menschen auf unserer begrenzten Bodenfläche niemals möglich gewesen. Wir wären sonst Exportland geblieben roher Arbeitskraft, damit aber auch selbstverständlich Exportland des darunter stets verborgenen Geistes, Kulturdünger der übrigen Welt. Daß sich das änderte, verdanken wir der Unzahl der Männer, die sich aus der Tiefe unseres Volkes heraus emporgearbeitet haben und die nur durch ihre Fähigkeit, durch ihre Genialität Millionen Menschen Brot und Sicherung schaffen konnten.

Man kann also nicht von vornherein gegenüberstellen: Unternehmer und Arbeitnehmer, sondern der Ausgang ist nur der, daß sich der Geist, wie immer im menschlichen Leben, befehlgebend über die gewöhnliche Kraft erhebt. Dieser Geist selbst aber ist nicht etwa ein Vorrecht der Geburt bei uns gewesen, sondern wir finden ihn in allen unseren Lebensschichten, in allen Lebensstellungen. Man kann wirklich sagen, daß hier das deutsche Volk in all seinen Schichten beigetragen und zugesteuert hat.

Digitized by Google

Das Auseinanderfallen nun, das wir allmählich erleben konnten, führte dazu, daß auf der einen Seite besondere Interessen des Unternehmers in Erscheinung traten und auf der anderen Seite besondere Interessen der Arbeitnehmer.

Und damit beginnt das Unglück und der Jammer unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Sobald man erst einmal diesen Weg einschlug, mußte er zwangsläufig immer weiter auseinanderführen. Hier herrscht ein Gesetz vor: Wenn man erst einmal einen bestimmten Weg, der ein Fehlweg ist, betreten hat, dann führt dieser Weg immer weiter von der Vernunft weg. Und das haben wir nun 70 Jahre lang praktisch erlebt, und der Weg führt in all seinen Konsequenzen von der natürlichen Vernunft so sehr fort, daß die Denkenden, die selbst Führer auf diesem Wege waren, für sich allein befragt und gestellt, ohne weiteres den Wahnsinn dieses Weges zugeben mußten, — und sie haben es für sich allein stets zugegeben. Nur im Zwang der Organisation konnten sie den Weg zur Vernunft nicht mehr zurückfinden.

Es entsteht allmählich eine Ideologie, die glaubt, den Begriff des Eigentums auf die Dauer aufrechterhalten zu können, wenn auch die Teilnehmer an der Wirklichkeit des Besitzes bloß mehr einen minimalen Prozentsatz der Nation ausmachen. Umgekehrt entstand die Meinung, daß deshalb, weil nur mehr ein Prozentsatz Teilnehmer an dieser Wirklichkeit ist, die Wirklichkeit dieses Besitzes selbst abzulehnen wäre.

Es entstand damit die endlose Diskussion und der Krieg um den Begriff Privateigentum, um den Begriff Eigentum an sich. In der Folge führt dieser Kampf zu einer immer weiteren Entfernung der beiden Exponenten im wirtschaftlichen Leben. Wenn man sich erst

Digitized by Google

einmal auf diesen Weg begibt, dann ist logischerweise die Organisation der Arbeitnehmer gegenüberzustellen der Organisation der Unternehmer, und dann werden die beiden Organisationen selbstverständlich nicht theoretisieren, sobald sie sich miteinander beschäftigen, sondern sie werden mit den Kampfmitteln ihre scheinbar getrennten Interessen vertreten, die ihnen gegeben sind, d. h. Aussperrung und Streik. Und dann werden in dem Kampf manchmal die einen siegen, manchmal die anderen. In beiden Fällen wird die gesamte Nation den Schaden zu tragen haben. In beiden Fällen wird die ganze Nation den Kampfpreis bezahlen müssen, den Siegespreis begleichen müssen.

Das führt dann endlich aber auch so weit, daß die Organisationen, die sich aufbauen, immer umständlicher werden, bei der Neigung des Deutschen zur Bürokratisierung immer größere Apparate aufziehen, und zwar nicht einen Apparat etwa, der den Interessenten dient, sondern die Interessenten werden dem Apparat zu dienen haben. Gemessen an den Opfern ist der Gewinn geradezu lächerlich. Das Ganze wird manchesmal ein übles Theater, das bellt sich gegenseitig an, bringt sich am Ende natürlich nicht um, denn sonst würden weder die Gewerkschaften bestehen können, noch die Unternehmerverbände.

Aber alles das lebt letzten Endes auf Kosten der Gesamtheit. Dieser Kampf, der zu einer unendlichen Vergeudung an Mitteln und Arbeitskräften usw. führt, ist der eine Grund für die Katastrophe, die langsam aber sicher heraufgezogen ist.

Der zweite Grund ist das Emporkommen des Marxismus. Der Marxismus, als Weltanschauung der Dekomposition, hat mit

Digitized by Google

ſcharfem Blick in der Gewerkſchaftsbewegung die Möglichkeit erkannt, den Angriff gegen den Staat und die menſchliche Geſellſchaft nun mit einer abſolut vernichtenden Waffe zu führen, nicht etwa, um dem Arbeiter zu helfen — was iſt dieſen internationalen Apoſteln der Arbeiter irgendeines Landes? Gar nichts! Denn dieſe Apoſtel ſind keine Arbeiter, es ſind volksfremde Literaten, volksfremdes Pack! Sie haben genau erkannt, daß man mit der Gewerkſchaftsbewegung unter freundlichſter Förderung der Exzeſſe auf der anderen Seite am eheſten in der Lage iſt, ſich ein Inſtrument zu verſchaffen, das den Kampf ebenſo führt, wie es ihn umgekehrt auch nährt. Denn in dieſen ganzen Jahrzehnten hat die politiſche Sozialdemokratie ſich von dieſem Kampf und von dieſer Kampfeinrichtung genährt. Man mußte der Gewerkſchaft den Gedanken einimpfen: Du biſt ein Inſtrument des Klaſſenkampfes. Denn der Klaſſenkampf findet letzten Endes ſeine politiſche Führung nur im Marxismus.

Dieſer Klaſſenkampf führt zur Proklamation des Inſtruments für die Vertretung wirtſchaftlicher Intereſſen der Arbeiterſchaft für Zwecke des Generalſtreiks. Der Generalſtreik tritt damit zum erſtenmal als politiſches Machtmittel in Erſcheinung, und er zeigt damit, was ſich in Wirklichkeit der Marxismus von dieſer Waffe erhofft hat: Nicht etwa ein Mittel zur Rettung des Arbeiters, im Gegenteil, nur ein Kampfinſtrument zur Vernichtung der dem Marxismus entgegenſtehenden Kräfte.

Wie weit dieſer Irrſinn gehen konnte, dafür haben wir Deutſchen ein unerhörtes und ebenſo furchtbares wie lehrreiches Beiſpiel: das Beiſpiel des Krieges.

Digitized by Google

Es sind jetzt zahlreiche sozialdemokratische Führer, vollständig innerlich umgewandelt durch den neuen Geist, mir entgegengetreten und haben mir vorgehalten: Ja, die Sozialdemokratie hat ja auch einst gekämpft.

Der Marxismus hat niemals gekämpft, wohl aber hat der deutsche Arbeiter gekämpft. Im Jahre 1914 ist der deutsche Arbeiter in einer plötzlichen inneren, sagen wir hellseherischen Erkenntnis vom Marxismus weg und zu seinem Volk hingegangen, und die Führer, die dieses Verhängnis hereinbrechen sahen, konnten es nicht hemmen.

Arbeiter sind gefallen, die Führer haben sich zu 99 Prozent sorgfältig konserviert! Sie haben ihre politische Tätigkeit für wichtiger gehalten.

Damals, 1914 und 1915, übten sie vorsichtige Zurückhaltung, und später sahen sie ihre Aufgabe in einem langsamen Reservieren von den nationalen Aufgaben, und endlich sahen sie in der Revolution die Erfüllung. Da können wir nur eines sagen:

Wäre damals die deutsche Gewerkschaftsbewegung, sagen wir, in unseren Händen gewesen, hätte sie sich, meinetwegen, in meiner Hand befunden, und wäre sie selbst mit demselben Fehlzweck aufgezogen gewesen, wie sie es war — wir Nationalsozialisten hätten damals diese Riesenorganisation in den Dienst des Vaterlandes gestellt.

Wir hätten erklärt: Wir sind bereit, Opfer zu tragen, wir wollen miteinander kämpfen, wir geben unser Schicksal genau so in die Hand der allmächtigen Vorsehung, wie die anderen das ihre auch geben müssen, ohne weiteres! Aber du mußt eines erkennen: Jetzt wird nicht entschieden über Deutschland als Staat, nicht über das

Digitized by Google

Kaiſerreich als Staatsform, nicht über Monarchie, nicht über Kapitalismus, nicht über Militarismus — entſchieden wird über Sein oder Nichtſein unſeres Volkes, und wir deutſchen Arbeiter machen 70 Prozent dieſes Volkes aus!

Wir hätten erklärt: Deutſcher Arbeiter, wir wollen deine Rechte vertreten. Gewiß, wir hätten manches Mal gegen den Staat Front gemacht, hätten proteſtiert gegen das Unweſen des ſchamloſen Treibens dieſer Kriegsgeſellſchaften. Wir hätten gegen das Schiebergeſindel proteſtiert, wir wären dafür eingetreten, daß man dieſes Pack, wenn notwendig, mit dem Strick zur Räſon bringt!

Wir hätten aber genau ſo erklärt: Indem wir dieſes beſeitigen, wollen wir nichts anderes als den Sieg unſeres Volkes, nicht den Sieg einer Staatsform, ſondern die Erhaltung unſeres Lebens. Denn wenn wir den Sieg verloren haben, ſo haben wir damit nicht eine Staatsform verloren, ſondern wir haben Millionen brotlos gemacht, und zwar zu allererſt nicht die Millionäre und die Banken, ſondern den Handarbeiter.

Man wartete ſo lange, bis Volk und Reich, von Übermacht zermürbt, dem Angriff nicht mehr ſtandhalten konnten. Dann ſchlug man los.

Man hat Deutſchland geſchlagen und damit in erſter Linie und am ſchwerſten den deutſchen Arbeiter. Für die Summe von Leiden, Not und Elend, die ſeitdem durch Millionen Arbeiterfamilien und Kleinhaushalte geht, haben ſich die Verbrecher des November 1918 zu verantworten. Sie ſollen ſich daher heute über gar nichts beklagen. Vergeltung haben wir nicht geübt. Wollten wir Vergeltung üben, wir hätten ſie zu Zehntauſenden erſchlagen müſſen.

Digitized by Google

Der dritte Grund liegt im Staat selbst.

Der dritte Grund, den wir verantwortlich machen müssen für die Entwicklung, liegt im Staate selbst. Etwas hätte es gegeben, was dieser Entwicklung vielleicht hätte entgegengestellt werden können. Es wäre der Staat gewesen, wenn dieser Staat nicht selbst zum Spielball der Interessengruppen heruntergesunken wäre. Es ist kein Zufall, daß diese gesamte Entwicklung parallel geht mit der Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens. Diese Demokratisierung führte dazu, daß der Staat zunächst in die Hände bestimmter Gesellschaftsschichten kam, die sich identifizieren mit dem Besitz an sich, mit dem Unternehmertum an sich. Das breite Volk erhielt immer mehr die Empfindung, daß der Staat selbst keine objektiv über den Erscheinungen stehende Einrichtung wäre, daß er vor allem keine objektive Autorität mehr verkörpere, sondern daß der Staat selbst der Ausfluß wäre des wirtschaftlichen Wollens und der wirtschaftlichen Interessen bestimmter Gruppen innerhalb der Nation. Tatsache ist, daß auch die Führer des Staates eine solche Behauptung rechtfertigen. Die Schicht, die sich diese Führung angemaßt hat, hat in jeder kritischen Stunde versagt und in der schwersten Stunde der Nation ist sie jammervoll zusammengebrochen.

Eine Fehlentwicklung hat am 9. November sich endgültig als Fehlentwicklung erwiesen, und es war nur eine Frage der Zeit, ob diese Fehlkonstruktion Deutschland endgültig zugrunde richten würde oder ob nicht aus Deutschland selbst noch einmal die Kraft kam, die Fehlkonstruktion selbst zu überwinden.

Ich glaube, wir befinden uns in der Zeit, in der diese Fehlkonstruktion endgültig überwunden worden ist.

Digitized by Google

Wir befinden uns damit aber auch in der Zeit, da wir die Frage des Neuaufbaus unserer Wirtschaft nicht nur gründlich durchdenken, sondern auch lösen müssen, nicht äußerlich und von oben her gesehen, sondern erforschend die inneren Ursachen dieses Verfalls und entschlossen, diese inneren Ursachen zu beseitigen. Es muß eine neue Autorität aufgerichtet werden.

Wir müssen hier zunächst beginnen beim Staate selbst.

Es muß eine neue Autorität aufgerichtet werden, und diese muß unabhängig sein von den momentanen Strömungen des Zeitgeistes, vor allem von den Strömungen, die der wirtschaftlich begrenzte und beschränkte Egoismus in Erscheinung treten läßt. Es muß eine Staatsführung entstehen, die eine wirkliche Autorität darstellt, die nicht abhängig ist von irgendeiner Gesellschaftsschicht, eine Staatsführung, zu der ein jeder das Vertrauen haben kann, daß sie nichts anderes will als des deutschen Volkes Glück, eine Staatsführung, die zugleich von sich mit Recht sagen darf, sie sei unabhängig nach jeder Seite hin.

Man wird dann für die Millionen Menschen wieder die Überzeugung lebendig werden lassen, daß der Staat nicht eine Interessenvertretung einer Gruppe oder eines Standes ist und daß die Regierung nicht die Sachwalterin einer Gruppe oder eines Standes ist, sondern die Sachwalterin des Volkes an sich.

Weiter ist notwendig, daß man alle die Erscheinungen beseitigt, die menschliche Schwächen bewußt mißbrauchen, um ein tödliches Unternehmen damit durchführen zu können. Wenn ich immer wieder vor der deutschen Nation erklärte, daß ich meine Aufgabe darin sehe, den Marxismus zu vernichten, dann war das keine Phrase, sondern ein heiliger Schwur, den ich erfüllen will, solange

Digitized by Google

ich überhaupt einen Atemzug tue. Ich habe dieses Bekenntnis vom Bekenntnis eines einzelnen zum Bekenntnis einer gewaltigen Organisation gemacht. Ich weiß heute: Auch wenn mich plötzlich das Schicksal abberufen würde, dann wird dieser Kampf weiter fortgeführt. Er wird kein Ende mehr nehmen, dafür bürgt diese Bewegung. Dieses Ringen ist für uns nicht etwa ein Kampf, der durch faule Vergleiche abgeschlossen werden könnte. Wir sehen hier den Feind unseres Volkes vor uns, und wir werden ihn vernichten, ausrotten bis zur letzten Wurzel, konsequent und unbarmherzig.

Wir werden die Verbände von dem Einfluß derjenigen befreien, die nun glaubten, in ihnen eine letzte Rückenstärkung zu besitzen. Sie sollen sich keinem Irrtum hingeben: Was sie bauten, halten wir für falsch.

Wir nehmen ihnen diese Organisationen ab, nicht um alles zu konzervieren, sondern um alles zu retten, was an Spargroschen dort hineingelegt worden ist, und um weiterhin die deutschen Arbeiter zur Gestaltung der neuen Verhältnisse als gleichberechtigte Kontrahenten hinzuziehen. Es soll kein Staat aufgebaut werden gegen den Arbeiter, nein, mit ihm soll er gebildet werden!

Der deutsche Arbeiter muß für die Millionen der anderen Seite die Überzeugung beseitigen, als stehe er etwa dem deutschen Volke und seiner Erhebung innerlich fremd gegenüber. Gewiß wird es Elemente geben, die das nicht wollen. Die gibt es aber auch auf der rechten Seite!

Es werden sich die Menschen in Deutschland finden, die mit heiligem Herzen und mit unerhörter Aufrichtigkeit nichts anderes wollen als die Größe ihres Volkes. Die Schichten sollen sich unter-

Digitized by Google

einander verständigen und verstehen. Wenn manchesmal vielleicht ein Zweifel kommen sollte, wenn vielleicht die harte Wirklichkeit irgendwie einen Schabernack spielen sollte, so wollen wir die ehrlichen Makler sein. Dann wird es die Aufgabe der Regierung sein, die Hände, die sich lösen wollen, wieder ineinanderzufügen. Ihr dürft nicht, so werden wir ihnen dann zurufen, über Äußerem zerbrechen, sondern Ihr müßt Euch darauf besinnen, daß es Euer aller Pflicht ist, das Volkstum zu erhalten. Und wenn man sagt: Der Weg zum Leben der Nation ist unmöglich, weil die Stunde Schwierigkeiten bereitet, so entgegnen wir: Diese Stunde, sie wird vergehen, aber das Leben, es muß sein und es wird sein!

Das Volk soll Sieger sein. Damit hat die Zusammenfassung der deutschen Arbeiterbewegung einen großen moralischen Sinn. Wir wollen, wenn wir nun den Neuaufbau des Staates, der das Ergebnis von sehr großen Konzessionen auf beiden Seiten sein muß, durchführen, daß sich zwei Kontrahenten gegenüberstehen, die beide im Herzen grundsätzlich national denken, die beide nur ihr Volk vor sich sehen, die beide grundsätzlich alles andere zurückzustellen bereit sind, um dem gemeinsamen Nutzen zu dienen.

Denn nur, wenn das von vornherein möglich wird, glaube ich an den Erfolg einer solchen Tat. Es ist ja auch der Geist mitentscheidend, aus dem die Tat geboren wird. Nicht Besiegte darf es geben oder Sieger, außer einem einzigen, und dieser Sieger muß unser Volk sein! Es soll der Sieger sein über Klassen, Stände und Einzelinteressen.

Nicht umsonst haben wir das Wort Arbeiter in den Namen unserer Bewegung eingeführt. Das hat uns keinen Nutzen gebracht, sondern im Gegenteil Haß und Unverstand und Verständ-

Digitized by Google

nisloſigkeit. Wir haben es aber gewählt, weil wir mit dem Siege unſerer Bewegung dieſes Volk auch ſiegend emporheben wollten!

Wir wollten, daß ſich in dieſem Wort am Ende neben dem Begriff Volk die zweite Baſis findet, die der Einigung der deutſchen Arbeiter.

Denn wer wirklich edlen Willens iſt, kann nichts anderes tun, als ſich ſelbſt ſtolz zu dieſem Wort bekennen. Ich bin nun einmal durch meinen eigenartigen Lebensweg befähigt, das Weſen und das ganze Leben der deutſchen Stämme zu verſtehen und zu begreifen, nicht, weil ich von oben herunter dieſes Leben beobachten konnte, ſondern weil ich mitten darin ſtand, weil mich das Schickſal einſt in dieſe breite Maſſe hinuntergeworfen hat, ich ſelbſt mir als Arbeiter auf dem Bau mein Brot verdiente, und weil ich jahrelang als gewöhnlicher deutſcher Soldat in dieſen breiten Maſſen geſtanden habe.

Dann aber auch, weil das Leben mich in die andere Schicht des Volkes hineingeführt hat, ſo daß ich ſie beſſer kennenlernte als die, die in ihr geboren ſind. So hat, glaube ich, das Schickſal mich beſtimmt, ehrlicher Makler zu ſein, nach jeder Seite hin. Ich bin perſönlich nicht intereſſiert. Weder bin ich abhängig vom Staat oder einem öffentlichen Amt, noch von der Wirtſchaft, nicht von der Induſtrie und nicht von irgendeiner Gewerkſchaft.

Ich bin ein unabhängiger Mann und habe mir kein anderes Ziel geſetzt, als nach meinem Vermögen und Können dem deutſchen Volk zu nutzen. Vor allem den Millionen Menſchen, die an ſich vielleicht am meiſten geſchlagen ſind, dank ihrer Gutgläubigkeit, ihrer Un-

Digitized by Google

kenntnis und der Schlechtheit ihrer früheren Führer. Ich habe mich immer zu der Auffassung bekannt, daß es nichts Schöneres gibt, als Anwalt derer zu sein, die sich nicht selbst verteidigen können.

Ich kann wohl sagen: Diese Revolution wäre niemals gekommen, wenn nicht meine Gefährten, die breite Masse unserer kleinen Volksgenossen, in unerhörter Treue und unerschütterlicher Beharrlichkeit hinter uns gestanden wären.

Und ich kann mir gar nichts Besseres denken für unser Deutschland, als wenn es uns gelingt, diese Menschen, die auch außerhalb unserer Kampfreihe stehen, in den neuen Staat hineinzuführen und sie zu einem tragenden Fundament des neuen Staates zu gestalten.

Kein Volk hat mehr Recht, seinen unbekannten Musketieren Monumente zu setzen, als unser deutsches Volk.

Diese unerschütterliche Garde, die in unzähligen Schlachten standgehalten hat, die niemals wankte und nicht wich, die tausend Beispiele eines unerhörten Mutes gegeben hat, eine Treue, eine Opferwilligkeit, eine Disziplin des Gehorsams bewiesen hat, wie niemand anders, diese Garde müssen wir dem Staat erobern, sie müssen wir dem kommenden Deutschen Reich, dem Dritten Reich, gewinnen. Das ist mit das Kostbarste, was wir geben können. Weil ich glaube, daß ich nun dieses Volk besser kenne als irgendein anderer, der vielleicht das übrige Volk kennt, bin ich nicht nur bereit, in dem Volk diese ehrliche Maklerrolle zu übernehmen, sondern ich bin glücklich darüber, daß das Schicksal mir diese Rolle zuteilen kann. Ich werde keinen größeren Stolz in meinem Leben besitzen als den, am Ende meiner Tage sagen zu können: Ich habe dem Deutschen Reich den deutschen Arbeiter erkämpft!"

Digitized by Google

Mit einem jubelnden „Heil“ auf den Führer schloß der erste Kongreß des deutschen Arbeitertums.

Adolf Hitler hat den deutschen Arbeiter seinem Volk wiedergewonnen. Vorbei ist die Zeit der Klassenkämpfe und Klassengegensätze. Der Marxismus ist auch aus seinen letzten Hochburgen, den Gewerkschaftshäusern, vertrieben. Die Gewerkschaften sind nun mit der Staatsführung gleichgeschaltet.

Siegreich flattert das Hakenkreuzbanner über den letzten roten Hochburgen und grüßt das einige deutsche Volk.

Digitized by Google

IV. Kapitel.

Der Aufbau des nationalsozialistischen Staates.

Der Genialität unseres Führers Adolf Hitler ist es gelungen, den bisher abseits stehenden verhetzten deutschen Arbeiter seinem Volke wieder zurückzugewinnen. Aber nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten will er dem Arbeiter beweisen, daß seine deutsche Heimat um sein Wohlergehen besorgt ist. Wenige Tage nach dem Feiertage der deutschen Arbeit am 5. Mai 1933 rief der Führer zur Stiftung für die Opfer der Arbeit auf.

Aufruf Adolf Hitlers:

Stiftung für die Opfer der Arbeit!

Ein denkwürdiger Tag ist vorüber, der erste Feiertag der nationalen Arbeit. In überwältigenden, noch nie dagewesenen Kundgebungen hat sich das deutsche Volk zur Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeitertums bekannt. Über ganz Deutschland hin hat dieses wunderbare Bekenntnis in tausendfachen Demonstrationen ergreifenden Ausdruck gefunden. Aber dieser historische Tag darf nicht vorbeigehen, ohne daß der elementare Gefühlsausbruch des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet, und ohne daß dieses ideale Bekenntnis auch seinen materiellen Niederschlag in einer Leistung der Dankbarkeit findet.

Digitized by Google

Sieben deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeiterstandes, dem das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist, sind am Vorabend des 1. Mai einem furchtbaren Unglück zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit geblieben. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt worden. Der Tod dieser Helden soll der ganzen Nation der Anlaß sein, eine Stiftung zu errichten, aus der von jetzt an alle Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des Kampfes um das tägliche Brot fallen, die ausreichende Versorgung ihrer Familien gewährleistet wird. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der begüterten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun.

Ich rufe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die Opfer der Arbeit auf. Aus ihr sollen in Zukunft die Hinterbliebenen aller deutschen Arbeiter, die in ihrem Berufe tödlich verunglückt sind, unterstützt werden. Diese Stiftung kann nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit und ein Denkmal der unzerreißbaren Gemeinschaft aller Klassen und Stände untereinander sein.

Spenden für diese Stiftung können auf das Konto: „Stiftung für Opfer der Arbeit" bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin W 8, Konto Nr. III b 49, eingezahlt werden.

Die Verwendung der Mittel wird von einem Ehrenausschuß bestimmt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt: Walter Schuhmann, Fritz Thyssen, Dr. Emil Georg von Stauß.

Der Reichskanzler.

Adolf Hitler

Digitized by Google

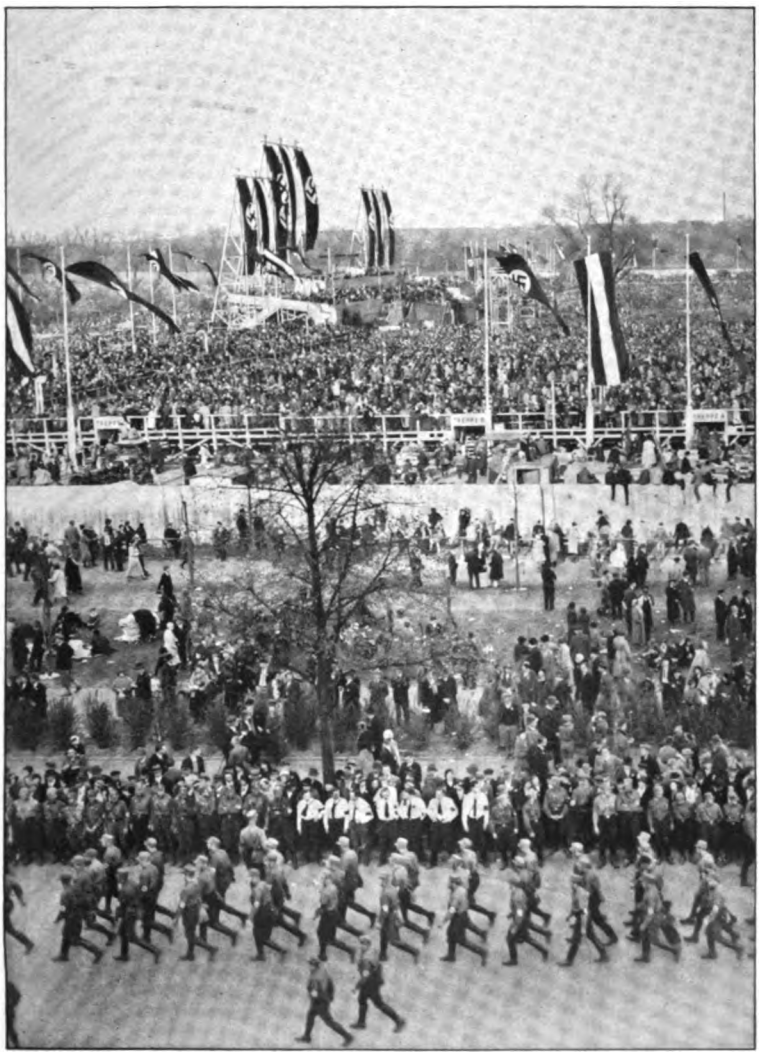
Der „Angriff" schreibt zu diesem Aufruf:

„Keine Regierung der vergangenen Jahre hat zu einem derartig großzügigen Hilfswerk für Angehörige des Arbeiterstandes aufgerufen, wie es der Kanzler anläßlich des tragischen Todes der sieben Kumpel getan hat. Seit dem fluchwürdigen 9. November 1918 saßen die angeblichen Vertreter der Arbeiterschaft in den maßgebenden Stellen, sie saßen selbst jahrelang auf den Ministersesseln, vergaßen dann aber, daß auch sie einst am Schraubstock oder an der Drehbank gestanden hatten, bevor sie vom Vertrauen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft getragen, die Leitung der Geschicke Deutschlands in die Hand nehmen durften. Nachdem sie aber die blaue Arbeitsbluse mit dem Frack vertauscht hatten, da vergaßen sie auch schon, was sie einst gewesen sind. Mit dem Arbeiterkleid hatten sie ihren „Proletarier" abgelegt und versackten immer mehr im bürgerlichen Spießertum.

Welch schreiender Gegensatz dazu Adolf Hitler! Auch er ist ein Kind des Volkes, hat seine Leiden und Nöte am eigenen Leibe kennenlernen müssen, und doch ist er nach der Berufung auf den Kanzlerposten das geblieben, was er immer war: ein Mann des Volkes. Die Versorgung derjenigen, die nach einem arbeitsreichen Leben in Not geraten sind, hat er sich von vornherein zur Hauptaufgabe gestellt. Und wenn durch unvermeidbare Ereignisse Arbeiter Opfer ihres Berufes werden und Familien dadurch brotlos zu werden drohen, dann ist es für uns Nationalsozialisten ebenso selbstverständliche Pflicht, den Hinterbliebenen der auf dem Felde der Arbeit Gefallenen eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten.

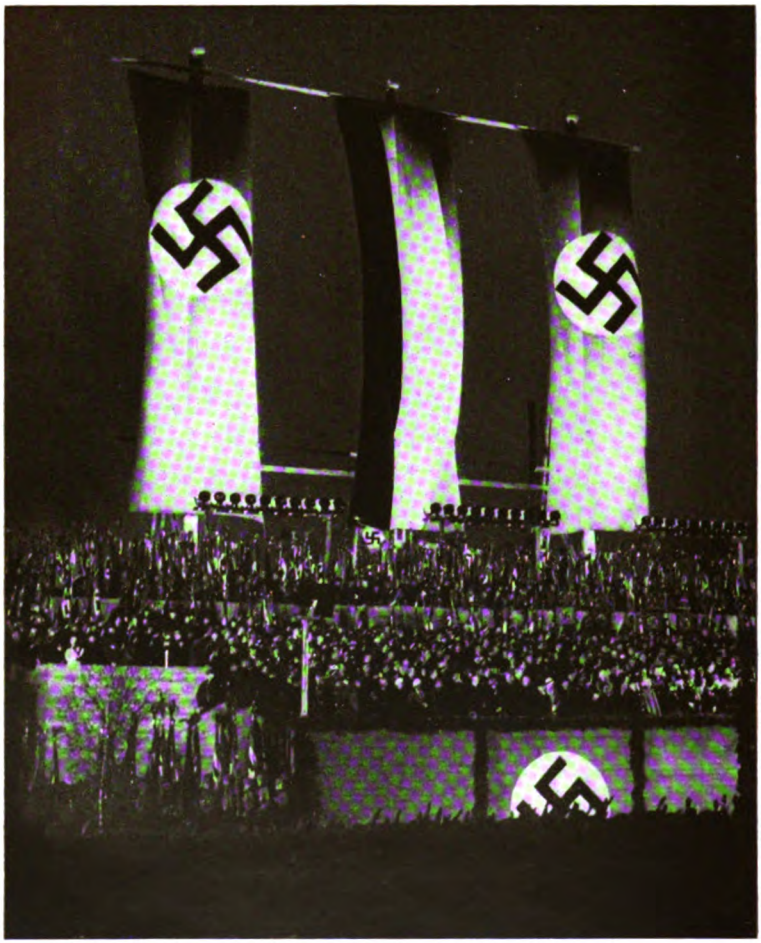
Der Appell des Volkskanzlers an das deutsche Volk wird nicht

Digitized by Google



Der Millionenaufmarsch zum Tempelhofer Feld am 1. Mai 1933.

Digitized by Google



Blick auf die Tribüne auf dem Tempelhofer Feld am 1. Mai 1933 während der Rede des Reichskanzlers.

Digitized by Google

ungehört verhallen, weil wir uns alle der Pflicht bewußt sind, die wir gerade dem Arbeiter der Faust gegenüber dankbar zu erfüllen haben."

Über die Eingliederung des Arbeiters in den nationalsozialistischen Staat wie überhaupt über den Aufbau desselben will ich hier die Gedanken führender Nationalsozialisten folgen lassen.

Der Landesbetriebszellenleiter Pg. Johannes Engel schreibt im „Angriff" vom 5. Mai 1933:

Die Gleichschaltung der Gewerkschaften, ein gewaltiger Schritt näher zum nationalsozialistischen Staat!

Schon lange war es unser aller Wunsch, daß die N. S. B. O. die Führung des gesamten Gewerkschaftswesens an sich nehmen möge. Wir arbeiteten auf dieses Ziel mit Zähigkeit und klarer Berechnung hin. Ich glaube, wir haben auch die Führer und die Organisierten in allen anderen Gewerkschaften über unser Ziel nicht im unklaren gelassen. Nicht nur in Hunderten, sondern in Tausenden von Betriebsversammlungen habe ich, sowie alle Mitkämpfer eindeutig darauf hingewiesen, daß

1. Das Durcheinander im alten Gewerkschaftslager beseitigt werden und
2. den Gewerkschaften ein neuer Kopf gegeben werden müsse.

Wer erinnert sich von uns nicht noch an das höhnische Gelächter, daß uns aus den Reihen der Marxisten und auch der „Christlichen" entgegenscholl? Sehr oft haben uns diese Leute für größenwahnsinnig gehalten und erklärt. Die Entwicklung hat sie alle eines Besseren belehrt.

Die N. S. B. O. ist tatsächlich führend geworden und wird jetzt neugestaltend wirken. Die christlichen Gewerkschaftsrichtungen hatten sich schon seit einiger Zeit freiwillig in ihr Schicksal ergeben

Digitized by Google

und setzten Nationalsozialisten an ihre Spitze. Die „Freien" Gewerkschaften aber glaubten, sie könnten mit ihrer Dickhäutigkeit diese für sie gefährliche Situation überwinden.

Es kamen wohl schon seit einigen Wochen Stimmen aus dem A. D. G. B. und anderen Verbänden, die indirekt darauf hinwiesen, daß irgendein bekannter Nationalsozialist in den Vorstand hineingenommen werden solle. Zu Aussprachen zwischen ihnen und der N. S. B. O. kam es in dieser Angelegenheit nicht. Wir hatten keine Lust, unsere Zeit in nutzlosen und langweiligen Sitzungen zu vergeuden.

Noch stand Berlin und ganz Deutschland unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Maikundgebung. In den Gewerkschaftsstuben saßen größere und kleinere „Führer" und unterhielten sich über den Verlauf der Feier auf dem Tempelhofer Feld. Durch die Fenster schauend, sahen sie einen S. A.-Sturm auf das Gewerkschaftsgebäude losmarschieren und kurz darauf die Eingänge des Hauses besetzen.

Ängstlich stoben die Herren in ihren luxuriös ausgestatteten Büros auseinander. Schon ging die Türe auf. Ein mit einem Vollmachtsschreiben ausgerüsteter N. S. B. O.-Amtswalter trat in Begleitung von einigen S. A.-Männern in die Amtsstuben der freien Gewerkschaftler.

Herr Brandes, Führer der größten Gewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, schaute ganz entsetzt auf und stammelte die Frage: „Was ist los, meine Herren?"

Kühl wurde ihm geantwortet:

„Sehr viel, Herr Brandes! Wir gestatten uns, den Metallarbeiterverband zu übernehmen, um auch diesen großen Verband, und

Digitized by Google

vor allem seine Führung mit dem neuen deutschen System gleichzuschalten."

Die Belegschaft wurde sofort in den Sitzungssaal zusammengerufen. Der Beauftragte der Nationalsozialisten hielt der Belegschaft einen Vortrag über gewerkschaftliche und politische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Auf die Frage: wer ist hier unter ihnen Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung, meldete sich ein Mann aus der Druckerei der Metallarbeiterzeitung.

Entgeistert starrten die sozialdemokratischen Kollegen ihn an. Hätten sie das früher gewußt, ich glaube, er hätte innerhalb einer Stunde den Betrieb verlassen müssen.

Auf die Frage: Wer von Ihnen ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, erhob sich, wie erwartet, die gesamte Belegschaft von dem Platz.

Nachdem der N. S. B. O.-Beauftragte seinen Vortrag beendet, und die Sünden und Schlappheiten der S. P. D. und der freien Gewerkschaften in gebührender Weise an den Pranger gestellt hatte, wurde die Frage gestellt: „Wer von Ihnen lehnt es ab, unter meiner Führung seinen Dienst weiter zu verrichten?" Wie geahnt, es meldete sich niemand.

Ein alter Gewerkschaftler erklärte nachher: „Ja, wenn Sie uns führen, dann sind wir in jeder Weise bereit, uns in die neue Ordnung zu fügen. Auch die Kollegenschaft in den Betrieben wird genau so denken."

Die Belegschaft geht an ihre Arbeit. Die beiden Vorsitzenden und der Chefredakteur der Zeitung werden in Schutzhaft genommen.

Danach wird sofort der Betriebsrat aus dem Haus des Metall-

Digitized by Google

arbeiterverbandes zusammengerufen. Ihm wird erklärt, um was es geht, und ob er freiwillig von seinem Amte zurücktreten wolle. Ohne weitere Diskussion gibt er die Erklärung in diesem Sinne ab.

Die Telephonzentrale wird scharf überwacht, an den drei Eingängen des großen Gebäudes führen die S. A.-Männer vorläufig die Absperrung durch. Niemand wird heraus- und niemand wird hereingelassen. Eine Durchsuchung des Hauses nach Waffen und regierungsfeindlichen Schriften, bzw. Schmähschriften gegen die Nationalsozialisten wurde durchgeführt. Waffen werden nicht gefunden, nnr bei Herrn Brandes im Schubfach lag ein Revolver.

Einige Restbestände altbekannter Hetzschriften werden beschlagnahmt, soweit es angebracht war, mitgenommen, bzw. im Kesselhaus den Flammen übergeben.

Für die im Haus beschäftigten Angestellten werden Personalausweise ausgestellt, damit der Betrieb in den nächsten Stunden schon wieder flott wird. Ein von uns mitgebrachter Revisor bemüht sich um die Kasse des Verbandes und macht dort Inventur. Über die Einzelheiten dieser Feststellungen wird aus gewissen Gründen zur Zeit noch nichts gesagt.

Der Metallarbeiterverband verfügt über große Werte an bebanten Grundstücken im ganzen Reich. Über die Rentabilität dieser Besitzungen werden zur Zeit noch Untersuchungen angestellt. Fest steht nnd kann auch jetzt schon gesagt werden, daß alle diese Grundstücke mit einem enormen Kostenaufwand beschafft und ausgebaut wurden.

Die Feststellung über das tatsächliche Vermögen des Verbandes und über Korruptionsfälle sind noch im Gange. Da, wo sich Verbandsführer an den Organisierten durch unsachliche Geschäftsfüh-

Digitized by Google

rnng, durch zu hohe Ausgaben und Bezüge versündigt haben, werden sie zur Rechenschaft gezogen.

Wir fühlen uns als die Treuhänder der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft und werden nur in deren Interesse unsere Arbeit fortsetzen und vollenden.

Noch am selben Tage, an dem die Besetzung stattfand, wurde der Verkehr wieder flott gemacht. Presse, Post, Ein- und Ausgänge, Telephon und Finanzen werden vorläufig noch überwacht. Ein neuer Geist wird in das Gewerkschaftsleben durch uns hineingetragen, und ich glaube, daß in kurzer Zeit die Verbände der „Freien Gewerkschaften" so reorganisiert und gleichgeschaltet sind, daß sie für die arbeitenden Volksgenossen nicht mehr zum Schaden sein können.

Unser alter Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Der erste Kampfabschnitt ist dadurch mit Erfolg gekrönt worden!

Nun soll der Aufbau der neuen Arbeitsfront aufgebaut werden. Der Reichstagsabgeordnete Pg. Franz Stöhr schreibt darüber im „Angriff":

Arbeiter, Angestellte und Bauern sollen die tragenden Pfeiler des nationalsozialistischen Staates sein. In einem atemberaubenden Tempo vollzieht sich vor unseren Augen die durch die nationalsozialistische Revolution ausgelöste Neuordnung der Dinge im öffentlichen Leben in Deutschland. Kampflos weicht das Alte und macht Neuem und Besserem Platz. Überraschender noch als die Kapitulation der marxistischen politischen Führer war die widerstandslose Hinnahme der durch Hitlers Willen herbeigeführten Besitzergreifung der sogenannten freien und ihnen gesinnungsgemäß verwandten Gewerkschaften durch die Organe der N.S.B.O. Damit dokumen-

Digitized by Google

tierte sich für jeden Kenner geschichtlicher Vorgänge die Tatsache, daß die scheinbar noch mächtigen Gebilde längst innerlich ausgehöhlt gewesen sind und jede ernsthafte politische Bedeutung für die Mitglieder verloren hatten.

Das Aktionskomitee zum Schutz der Deutschen Arbeit, das dem Reichstagsabgeordneten Pg. Dr. Ley unterstellt wurde, hat vor allen Dingen durch geeignete Maßnahmen bekundet, daß die Front der deutschen Arbeitnehmerschaft geschlossen und fest unter Hitlers Führung steht. Mit der Vielheit der Verbände soll Schluß gemacht werden. Im Deutschland der Vorkriegszeit war es notwendig geworden, daß neben die von marxistischem Geist erfüllten Gewerkschaften Konkurrenzverbände traten. So konnten z. B. religiös veranlagte und gläubige Menschen die von den „freien" Verbänden betriebene Religionshetze nicht dulden und formierten daher eigene Organisationen. Unter den Angestellten wiederum mußte der D. H. V. durch seine völkische, radikale eigene Grundlage das längst überlebte paritätische Organisationsprinzip überwinden.

So entstanden nach und nach in allen Berufen mehrere Verbände, die als wirtschaftliche Interessenvertretungen angeblich nach gleichen Zielen strebten. Die weltanschaulich verschieden gerichtete Basis führte zu einem heftigen Konkurrenzkampf, der in jener Zeit erträglich, ja sogar notwendig gewesen ist, nach dem Gelingen des Novemberverbrechens von 1918 jedoch jeden Sinn verloren hatte. Denn die im Grunde anders geartete Einstellung zum Staat und zur Wirtschaft wurde unter den verschiedenen vorhandenen Richtungen kaum noch gelegentlich betont. Man teilte die Welt sozusagen unter sich auf und war bestrebt, die Konkursmasse des weimarischen Systems schiedlich-friedlich zu verwalten. Insbesondere geriet die

Digitized by Google

Arbeit auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen und beruflichen Ertüchtigung des Nachwuchses, die eigentlich zu den vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften gehört, stark ins Hintertreffen. Es ist daher kein Wunder, daß immer breitere Schichten der Arbeitnehmerschaft das Interesse an den Arbeiten ihrer Berufsverbände verloren haben. Keine Hand erhob sich jedenfalls zum Schutze dieser Einrichtungen, als sie vom brausenden Frühlingssturm der jungen deutschen Revolution hinweggefegt wurden.

Eigentlich ist es nicht das Ziel der ins Auge gefaßten Neuordnung der Dinge, etwas von dem, was trotzdem noch brauchbar ist an den Verbänden der alten Zeit, über Bord zu werfen. Daher ist der Ausdruck „hinweggefegt" nur in dem Sinne zu verstehen, daß nichts mehr von dem marxistisch-liberalistischen Geist geduldet werden kann, der den Gewerkschaften in den letzten Jahren eigentümlich war.

Arbeiter und Angestellte werden sich in ihren Berufsverbänden in je einer mächtigen Säule präsentieren, die zusammen die neue Arbeitsfront bilden und ein gewaltiges Instrument in der Hand des Nationalsozialismus und seines Führers Adolf Hitler darstellen sollen. Da ihnen allen die völkische Grundlage gemeinsam sein wird und eine parteipolitische Betätigung für sie in keiner Weise in Frage kommt, scheiden sie als Organe des Klassenkampfes grundsätzlich und dauernd aus. Sie werden bewußt bestrebt sein, der Wirtschaft und dem Staat zu dienen und die heranwachsenden Generationen mit dem Bewußtsein des Werts ihrer beruflichen Arbeit zu erfüllen.

Unser Volkskanzler Adolf Hitler hat in seiner großen Rede auf dem Tempelhofer Felde am Festtag der deutschen Arbeit darauf hin-

Digitized by Google

gewiesen, daß es nicht darauf ankomme, was einer arbeitet, sondern wie und in welchem Geiste er seine Tätigkeit verrichtet. Jeder Kräfte überflüssig verbrauchende Konkurrenzkampf zwischen so gearteten Verbänden fällt damit fort, und die Säulen der beiden Berufsstände, der Arbeiter und der Angestellten, können geschlossen und harmonisch auf das große Ziel Nationalsozialismus, die Befreiung des schaffenden deutschen Menschen, eingestellt werden.

Menschen, die von ihrer Zeit verbildet wurden und nur rein formalistisch zu denken vermögen, haben versucht, die Begriffe der Arbeiter- und Angestelltensäule in ein Plagiat, in eine sogenannte G.d.A.-Idee umzufälschen. Wir denken nicht daran, einen derartigen charakterlosen Mischmasch anzurichten, sondern wollen im Gegenteil mit allem Nachdruck bestrebt sein, den Gedanken in den Vordergrund zu stellen, daß die Aufgabe der Verbände keineswegs nur in der Befriedigung der Magenfrage besteht. Ihnen muß die große Aufgabe bewußt und geläufig gemacht werden, den Wert der eigenen Berufsarbeit zu betonen, Berufsbildung und Berufsethos zu pflegen, auf die kommenden Geschlechter zu vererben und staatsbürgerliche Ertüchtigung zu betreiben, ohne eine der anderen Organisationen, die zur gleichen oder zur Nachbarsäule gehören, in ihrer Bedeutung geringer einzuschätzen, wenn sie aus natürlichen Gründen bei dieser Art von Wettbewerb etwa den kürzeren ziehen sollte. Denn der Wettbewerb, der auf diesem Gebiete ausgelöst wird, kann nicht zu einer Verschleuderung von Mitgliedsbeiträgen und zu Zwietracht und seelischer Vergiftung führen, sondern stellt in seiner Auswirkung berufsständisches Leben in höchster Potenz dar.

Es ist klar, daß die in Säulen zusammengeschlossenen Berufsverbände nach der Spitze zu straff ausgerichtet sein müssen. Ebenso

Digitized by Google

klar ist, daß sie auf dem Prinzip einer gesunden Selbstverwaltung zu beruhen haben, die erst alle echten Gemütswerte in den Dienst der großen Aufgabe zu stellen vermag. Dabei wird sich erweisen, daß die Organisationsbegabungen in den einzelnen Ständen nicht in dem gleichen Maße vorhanden sind.

In einer Arbeitnehmerschaft, die nationalsozialistisch denken und handeln gelernt hat und unter Schutzherrschaft unseres großen Führers und Volkskanzlers Adolf Hitler steht, wird ein Verband dem anderen brüderlich unter die Arme greifen, wenn er dazu herangezogen wird. Es war ohne Zweifel ein hervorragend glücklicher Griff von Pg. Dr. Ley, daß er z. B. für den Aufbau der Angestelltensäule den dazu auf Grund seiner bisherigen Leistungen berufenen D.H.V. als maßgeblich ausdrücklich bezeichnet hat.

Die Kaufmannsgehilfen, die Techniker, die Werkmeister, die Büroangestellten und die weiblichen Angestellten werden unter Leitung des Pg. Forster, M. d. R., bestrebt sein, durch vorbildliche Einrichtungen den Handarbeitern richtunggebend zu werden auf dem Wege zur Erringung einer ähnlichen geschlossenen und straffen Organisation ihres Berufsstandes. Der Leiter der Arbeitersäule, Pg. Schuhmann, wird das ohne jeden Neid, vielmehr mit dem Gefühl tiefster Genugtuung feststellen.

Da die völkische Grundlage für den Wiederaufbau der neuen Arbeitsfront selbstverständliche Voraussetzung sein muß, wird man für jüdische und andere fremdrassige Elemente zweckmäßig ein Aufnahmebecken schaffen, in dem man sich auf die Sicherstellung der rein materiellen Angelegenheiten der zusammengeschlossenen Mitglieder beschränken kann. Deshalb bildet dabei die berufsständische Ver-

Digitized by Google

schiedenheit der in diesem Verbande organisierten Elemente keinen Hinderungsgrund für die etwaige Aufnahme.

Mit heller Begeisterung hat die Arbeitnehmerschaft aller Berufe von den jüngsten Geschehnissen Kenntnis genommen. Niemand zweifelt daran, daß damit der Grundstein zur Aufrichtung eines freien, wehrhaften und glücklichen Vaterlandes gelegt ist.

Anschließend will ich die interessanten Ausführungen des Staatspräsidenten und Führers der Deutschen Arbeitsfront Pg. Dr. Ley über die grundsätzlichen Gedanken des ständischen Aufbaus und der Deutschen Arbeitsfront bringen.

I.

Revolutionen kommen aus der Unvernunft oder aus der Vernunft. Hat die Unvernunft bei einer Revolution Pate gestanden, so ist die Umwälzung eine falsche und trägt den Todeskeim bereits in sich, während die Vernunft allein große und wahre Revolutionen erzeugen kann, die dann für Jahrhunderte hinaus das Fundament des Völkergeschehens sein werden. Die Vernunft wird immer den Sieg über die Unvernunft davontragen, weil die göttliche Weltordnung von Tausenden und Millionen und Milliarden ewiger Gesetze beherrscht wird, die letzten Endes einem Ziel zustreben, der Harmonie und der Einheit.

Die französische Revolution.

Die französische Revolution war geboren aus der Unvernunft und dem Chaos. Ihre äußere Erscheinung und ihr Inhalt schlugen jedem Gesetz ins Gesicht; sie stellte Glaubenssätze auf, die allein der Disharmonie und dem Zerfall dienten. Phrasen und Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sollten eine neue Welt schaffen, die

Digitized by Google

jedem Geſetz der Natur zuwiderliefen. Wenn mir jemand ſagt, der Schwung der franzöſiſchen Revolution ſei gewaltig und groß geweſen und habe Taten von unerhörten Ausmaßen vollbracht, ſo antworte ich, daß auch der Wahnſinn in gelegentlichen Erſcheinungsformen und in den Ausmaßen ſeiner Folgen groß ſein kann und auch die Zerſtörung einen Sinnenrauſch erzeugen kann. Von dieſem Wahnſinn wurde das liberaliſtiſche Zeitalter des vorigen Jahrhunderts und ſeine Folgeerſcheinung, der Marxismus, beherrſcht. Und ſo nahm es kein Wunder, daß gerade aus dieſer grundfalſchen Weltauffaſſung das Gegenteil eintreten mußte, was die Verkünder der Humanitätslehre geglaubt haben.

Aus der Freiheit wurde die größte Knechtſchaft. Aus der Gleichheit erwuchſen die Klaſſen und aus der Brüderlichkeit wurde der Klaſſenkampf. Alle Banden löſten ſich. Aus einem einheitlichen Volk wurden Intereſſentenhaufen. Aus blutsverwandten Menſchen wurden Todfeinde. Aus dem Kampf der Selbſterhaltung wurde ein Kampf aller gegen alle. Und da glaubte man, daß Wohlſtand und Blüte eines Volkes aus der Zerſetzung, aus dem Verfall kommen könne. Alles was Wert hatte, wurde herabgezerrt und in den Kot getreten. An die Stelle der Leiſtung ſetzte man die Zahl, die Kultur ſetzte man gleich mit fremdraſſigem Fühlen und Denken. Diſziplin war nicht mehr die Grundlage des Schaffens, ſondern das Chaos ſollte berufen ſein, Spitzenleiſtungen zu vollbringen.

Geſetze und Grundſätze, die man für den einzelnen und ſeine Familie gedrungenerweiſe anerkennen mußte, wurden für die Geſamtheit der Nation, das Volk und den Staat frech verleugnet. An Stelle des Führertums trat die Mehrheit von Parlamenten. An Stelle der Verantwortung trat logiſcherweiſe die Korruption.

Digitized by Google

So wurde die Erde allmählich zur Hölle und man behauptete trotzdem, das alles sei der Sinn der göttlichen Ordnung.

Es ist wie ein Wunder zu nehmen, daß die Völker der Erde, insonderheit unser Volk, unter diesem Irr- und Aberwitz nicht längst zerbrochen wurden. Und gerade der Umstand, daß dieses Volk diese Zeit des tiefsten Niederbruchs überstanden hat, ist der Beweis für die unerhörte Kraft, die in der Tiefe dieses Volkes, in der Masse der Nation vorhanden ist. Heute sehen wir es schon wieder beinahe als selbstverständlich an, daß der Nationalsozialismus über die teuflische Lehre des Marxismus siegen mußte. Es ist deshalb immer wieder notwendig, sich zurückzuerinnern an das, war war, und nur ein einziges Beispiel sei hier erwähnt, um die ungeheuren Krankheitserscheinungen der letzten Jahrzehnte darzutun. Vor fünf, sechs, sieben Jahren, ja noch vor zwei, drei Jahren nahm es die Masse dieses Volkes als völlig selbstverständlich hin, daß eine organisierte Bande von Landesverrätern als offiziell anerkannte Partei in den öffentlichen Körperschaften sitzen durfte. Vertreter einer fremden Macht, die ihre Befehle von Moskau erhielten, durften in den Parlamenten über das Geschick unseres Volkes urteilen und abstimmen, und von ihrer destruktiven Stimme hing die Annahme oder Ablehnnng eines Gesetzes ab.

Man stelle sich vor, der Soldat hätte im Krieg geduldet, daß ein Teil der Kompanie täglich zum Feind hinübergewechselt und dort die Stellung verraten hätte, um als Lohn dafür Essen und Nahrung und Schutz bei seiner Rückkehr zu erhalten.

Der große Teil unseres Volkes hat aber selber nicht gewußt, am Rande welchen Abgrundes er gewandelt ist. Wer diese Erkenntnis in sich trägt, der wird ermessen, wie ungeheuer der Sieg der

Digitized by Google

Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei war, der Sieg der Vernunft über die Unvernunft.

Nationalsozialistische Anerkennung der Gesetze.

Für uns ist die Welt ein organisches Gebilde, geführt von ewigen Gesetzen und aufgebaut nach einem urewigen göttlichen Plan. Wir kennen keinen Zufall! Führertum, Disziplin, Befehlen und Gehorchen, Kräfte des Blutes und der Rasse, Gesetze des Raumes und des Bodens, das Prinzip der Leistung, alles ist für uns so selbstverständlich, daß der, der den Nationalsozialismus einmal erlebt und erfaßt hat, für alle Dinge, selbst für die kleinsten des täglichen Lebens, den Schlüssel gefunden hat und deshalb auch jede Arbeit meistern wird. Wir kennen keine Angst vor der Verantwortung und wäre sie noch so groß. Uns beseelt nicht die Furcht vor Aufgaben. Die Weltanschauung allein gibt uns einen unbändigen Glauben an unsere Kraft, und die Kraft wiederum gibt uns jene Zähigkeit, die allein den Menschen beseelt, auch die größte Aufgabe zu vollbringen.

Daß die nationalsozialistische Revolution das Gewaltigste ist, was dieses Volk jemals in seiner gesamten Geschichte erlebt hat, werden selbst unsere Gegner nicht bestreiten. Diese Größe zwingt auch den erbitterten Feind zur Anerkennung.

Heute, bereits nach vier Monaten, ist der Klassenkampf bürgerlicher und marxistischer Prägung in seinen Organisationen restlos vernichtet.

Und nur einige kleine, lächerliche, lendenlahme, bürgerliche Überbleibsel glauben noch als Bremsblock wirken zu können und uns im Siegeslauf zu hindern.

Digitized by Google

Stolz können wir Nationalsozialisten auf das, was geleistet wurde, zurückblicken. Demütig müssen wir immer wieder dem Schicksal dafür danken, daß es uns zum Werkzeug in diesem großen Weltgeschehen ausersehen hat.

Und dankbar vor allem wollen wir der Vorsehung sein, daß sie Deutschland in dieser großen Zeit einen so großen Mann als Führer wie unseren Volkskanzler Adolf Hitler geschenkt hat.

Neue Staatsgrundlagen.

Es steht fest, der Marxismus ist in seinen Organisationen vernichtet. In der Ideenwelt allerdings noch nicht. Darüber dürfen wir uns in unserer Siegesfreude nicht täuschen lassen. Deshalb, weil wir diese Erkenntnis in uns tragen, müssen wir wachsam sein, und müssen vor allem auf dem Fundament unserer Weltanschauung ein neues starkes Staats- und Wirtschaftsgebäude aufbauen, in dem sich das Volk wohl fühlt und von dem auch der erbittertste Gegner, soweit er überhaupt noch zu anständigem Denken befähigt ist, anerkennen muß, daß es sinngemäß und dem Wesen des Volkes entsprechend gebaut ist. Die Tat allein kann diesen ein Jahrhundert lang großgezüchteten Wahnsinn überwinden. Und es wird der ganzen Kraft unserer Partei bedürfen, diese faustische Tat des staatspolitischen wie des wirtschaftspolitischen Aufbaues dem Volke klar und verständlich zu machen. Über den staatspolitischen Aufbau will ich hier nicht reden. Meine Gedankengänge sollen allein dem wirtschaftspolitischen Aufbau dienen. Zu diesem Zweck wollen wir uns drei Fragen vorlegen:

1. Welchen Zweck hat die Wirtschaft und was muß ihr Ziel sein?

Digitized by Google

2. Wie war der Aufbau der bisherigen Wirtschaft?
3. Wie muß der Aufbau der Wirtschaft sein, um ihre Aufgaben dem Volk gegenüber zu erfüllen?

1. Sinn der Wirtschaft.

Welchen Zweck hat die Wirtschaft und was ist ihr Ziel im Hinblick auf das Volk?

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, und das wahnsinnige Wort „Wirtschaft ist Schicksal" konnte nur von einem Menschen ausgesprochen werden, der niemals eine Verbindung zum deutschen Volk gehabt hat und dessen Wirken allein aus destruktiven Tendenzen heraus geboren war. Alle Einrichtungen des Volkes dienen einem höheren Zweck, der Blüte der Nation und dem Wohlergehen des Volkes. So auch die Wirtschaft. Sie hat dem Volk in seiner Gesamtheit die notwendige Nahrung zu verschaffen und die materiellen Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Deshalb hat an dem Blühen der Wirtschaft die Gesamtheit des Volkes ein Interesse. Ebensowenig wie eine bestimmte Klasse das Volk verkörpert, ebensowenig kann der Profitgeist irgendeiner Interessentengruppe das Wesen der Wirtschaft verkörpern.

Die Arbeit ist oberstes Gesetz und wird dann zum Segen, wenn sie einmal den Schöpfergeist des Menschen befriedigt und dann zum anderen seine Existenz sicherstellt.

Nicht der Arbeitgeber allein hat ein Interesse an dem Blühen des Werkes, ebensowenig wie der Angestellte oder Arbeiter für sich allein an dem Gedeihen der Fabrik Gefallen haben kann. Sie dürfen sich niemals als Gegner gegenüberstehen, sondern immer nur als

Digitized by Google

Schicksalsgenossen. Nichts kann gedeihen, wo der zügellose Kampf herrscht. Sondern allein dort wird das Schicksal die Arbeit segnen, wo alle Teile erkennen, daß jeder an seinem Platz ein wertvolles Glied der Wirtschaft zu sein hat.

Wir Nationalsozialisten erkennen an, daß die menschliche Schwäche diesem Ideal immer und immer, jede Stunde und jede Minute entgegensteht. Wir wissen, wie der Profitgeist den Menschen beherrschen kann, wir wissen, wie die Geldgier in jedem Menschen lebendig ist, der eine strebt nach mehr Lohn, der andere nach mehr Dividende. Gerade aber weil wir dies wissen, haben wir ebenso die klare Erkenntnis, daß man diesen „Schweinehund" im einzelnen Menschen nicht noch durch künstliche Organisation züchten darf, sondern daß es die Aufgabe einer höheren Staatsführung ist, diese menschliche Unzulänglichkeit zu hemmen, ihr Zügel anzulegen, wenn es sein muß, ihr brutal Schranken und Grenzen zu setzen, wenn nicht das Ganze dabei zerstört werden soll.

2. Die bisherige Wirtschaft.

Wie war nun die bisherige Wirtschaft? Aus dem Liberalismus geboren, predigte man den schrankenlosen Individualismus. Laissez faire, laissez aller, laßt es gehen, laßt es laufen, das war der Wahlspruch der liberalistischen Wirtschaft. Der liberalistische Staat beschäftigte sich insofern nur mit den Menschen, als sie gegen die Gesetze verstießen und Verbrechen begingen. Solange sie nur die ungeschriebenen Gesetze gegen Moral, Sitte, Volkstum und Nation verletzten, sah der Staat mit verschränkten Armen zu. Das nannten sie Freiheit, wenn sich die menschliche Unzulänglichkeit schrankenlos austoben konnte. Ob dabei der Volksgenosse vernichtet wurde, das

Digitized by Google

Reichskanzler Adolf Hitler verkündet den ersten Jahresplan des deutschen Aufbaus.

Digitized by Google

Das Riesenfeuerwerk als Abschluß der Berliner Kundgebung am Tag der nationalen Arbeit.

Digitized by Google

war den Liberalisten gleichgültig. Doch nicht allein, daß sie diesem Wahnsinn des Sichgehenlassens huldigten, nein, sie gingen sogar her und organisierten die menschliche Unzulänglichkeit und die menschliche Schwäche! Und so nimmt es nicht wunder, daß sich in dem letzten Todeskampf die Fronten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in unerbittlichem und unüberbrückbarem Haß gegenüberstanden. Haß erfüllte das Werk, die Räder surrten die Symphonie des Hasses, der Amboß erklang in Sirenengesängen des Hasses, die Bürostuben waren erfüllt voll Haß, die Kaffeestuben und die Direktorenzimmer waren schwanger von Haß.

Die Arbeit war nicht mehr der Sieger, sondern die Last der Menschheit.

Und das ist vielleicht das Grauenhafteste, daß diese Organisationen des Hasses, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, erkannten, daß sie von diesem Haß ausgezeichnet leben könnten. Die Menschen im Betrieb zahlten treu und brav ihre Beiträge in der Hoffnung, daß dadurch ihr Schicksal gebessert würde, während die Herren Gewerkschaftssekretäre und Syndizi der Arbeitgeberverbände herrlich und in Freuden davon profitierten.

3. Wie muß nun eine gesunde Wirtschaft sein?

Der Klassenkampf muß bis in seine letzten Wurzeln hinein mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden; der Schutz des arbeitenden Menschen wird erst dann allein der höchste sein. Die vornehmste Aufgabe einer klugen Staatsführung ist es, dem schaffenden Menschen der Stirn und der Faust das höchste Recht und den besten Schutz zu gewähren. Diesem hohen und hehren Ziel soll der ständische Aufbau und die deutsche Arbeitsfront dienen.

Digitized by Google

Die deutsche Arbeitsfront — die Hohe Schule der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Der oberste Satz der nationalsozialistischen Revolution heißt: Es darf nichts zerstört werden, was auch nur irgendwie dem Volksganzen nützen kann. Wir wissen, daß die Organisationen nur das sind, was die Menschen aus ihnen machen.

Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir die Verbände der Angestellten und der Unternehmer nicht in blinder Wut vernichtet, weil sie einstmals dem Klassenkampf dienten, sondern wir haben sie übernommen, damit wir aus ihnen Instrumente der Gemeinschaft machen, um durch sie den deutschen Menschen zur Gemeinschaft zu erziehen. Die Deutsche Arbeitsfront umschließt alle schaffenden Menschen mit Ausnahme des Landvolks und der Beamten. Das Landvolk nimmt in unserer Nation eine Sonderstellung ein. Es ist nicht Unternehmer im landläufigen Sinne, da der Bauer, wie das neue Erbfolgegesetz besagt, Hüter und Walter des Sippengutes und Sippenrechtes ist und weil das Blühen und Gedeihen seines Hofes nicht allein abhängig von seiner Tüchtigkeit und seinem Fleiß ist, sondern auch zum Teil von den Gewalten der Natur. Die Naturgewalten vernichten auch dem Fleißigsten und Tüchtigsten oft das Ergebnis seiner Arbeit.

Es ist klar, daß der neue Staat nun nicht nach liberalistischem Gesichtspunkt diesen Bauern der Vernichtung preisgeben darf, sondern die Pflicht hat, ihm zu neuem Aufstieg und zu neuem Glück zu verhelfen. Er, der Bauer, gehört aber auch deshalb nicht in die Arbeitsfront, weil er nicht durch Schulung, ganz gleich welcher Art, zu seinem Volkstum erzogen werden kann, sondern einzig und allein durch die Liebe zum Boden und durch das mystische Verhältnis von

Digitized by Google

Rasse und Blut zum Boden. Deshalb nimmt er aus all diesen Gründen eine Sonderstellung ein.

Ähnlich liegen die Dinge bei dem Beamtentum. Wer als Beamter den Wert seines Volkes noch nicht erkannt hat, wird auch nicht durch die beste Erziehung der Arbeitsfront dazu erzogen werden können.

Nur der darf das Vorrecht haben, Beamter zu sein, der bereits durch die Weltanschauung des Nationalsozialismus in höchster Verbundenheit zu seiner Nation steht.

Für alle anderen schaffenden deutschen Menschen ist die Deutsche Arbeitsfront „die hohe Schule" der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Rein äußerlich umschließt die Deutsche Arbeitsfront alle Unternehmer (auch Handel, Handwerk und Gewerbe), alle Angestellten und alle Arbeiter. Hierdurch allein soll schon zum Ausdruck kommen, daß alle schaffenden Menschen Arbeiter im besten Sinne des Wortes sind. Während der liberalistische Staat den Nachtwächter spielte, der lediglich über die Gesetze und Verordnungen wachte, ist der nationalsozialistische Staat Erzieher und Pädagoge für das ganze Volk.

Er führt den deutschen Menschen von der Wiege bis zum Grabe. Schon in die Jugend hinein pflanzt er die Keime seiner Weltanschauung. Von der Hitler-Jugend über den Arbeitsdienst, die S. A. und die S. S. und den Heeresdienst bringt er ihn immer wieder in Berührung mit dem hohen Gedankengut seiner Idee. Auch selbst dann läßt er den deutschen Menschen nicht los, sondern jetzt verlangt der nationalsozialistische Staat, daß jeder schaffende Deutsche Mitglied der Deutschen Arbeitsfront zu sein hat. Hier

Digitized by Google

wird nun alles, was der junge Deutsche gehört, gesehen und gelernt hat, vertieft, immer wieder aufgefrischt und alle die auseinanderstrebenden Instinkte werden gehemmt, wenn notwendig, vernichtet, und jedem Deutschen wird klargemacht werden müssen, daß er nur als Glied einer Gemeinschaft von Wert ist, aber als Einzelwesen, losgelöst vom Ganzen, den Stürmen des Schicksals unterliegen muß. So ist denn die Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront die Erziehung zur Gemeinschaft.

Ein groß ausgebautes Schulungswesen.

Diese Aufgabe wird in einem groß ausgebauten Schulungswesen vor allem gelöst werden müssen. Die Schulung des Deutschen unterliegt grundsätzlich der Oberaufsicht der Partei.

Sie, die N. S. D. A. P., ist allein die Hüterin der nationalsozialistischen Welt, und sie allein hat deshalb das Recht, die Erziehung des Deutschen zu überwachen und in die Hand zu nehmen.

Deshalb wird auch der Politische Amtswalter der Partei gemeinsam mit den Funktionären der Arbeitsfront geschult werden. Der Schulungsleiter der Obersten Leitung der P. O. ist gleichzeitig der Schulungsleiter der Deutschen Arbeitsfront.

Die Gesamtschulung zerfällt in drei Hauptteile. Die untersten Glieder der Politischen Organisation, die Block- und Zellenwarte sowie die entsprechenden Glieder der Arbeitsfront, die Obleute in den Betrieben usw., werden in Abendkursen an Hand von Lehrbriefen geschult.

Von der Ortsgruppe aufwärts gehören die Amtswalter und die Funktionäre in die Gauschule. An den Kursen der Gauschule werden auch die befähigsten Block- und Zellenwarte und die entsprechenden Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront teilnehmen.

Digitized by Google

Außer den Gauschulen bestehen dann noch zwei Landesschulen und eine Reichsführerschule. In die Landesschulen werden die befähigsten Kreisleiter und die Stabswalter der Gaue eintreten sowie die entsprechenden Funktionäre der Arbeitsfront. In der Reichsführerschule werden vor allem die Schulungsleiter der Gaue und wiederum die befähigsten Amtswalter der Gesamtpartei und Funktionäre der Arbeitsfront geschult.

Darüber hinaus gibt es in jedem Gau ein Schulungslager, das vom 15. Mai bis 15. September geöffnet ist und in dem alle diejenigen, die durch irgendeinen Kursus oder eine Schule gegangen sind, alljährlich einer dauernden Wiederholung zugeführt werden. Die Dauer des Schulungslagers beträgt zehn Tage. Während der Kursus einer Schule nie mehr als hundert Teilnehmer haben soll, werden in dem Schulungslager mehrere hundert, bis zu fünf-, sechshundert Menschen beisammen sein. Hier wird allein die Kameradschaft und Disziplin gepflegt werden und in anregenden Diskussionsstunden die Weltanschauung aufgefrischt werden. Diese Schulungslager sollen auch vor allem dem Arbeiter für die Zeit seines Urlaubs eine kostenlose Erholung bieten. Außer dieser großzügigen Schulung werden noch drei Hochschulen errichtet. Eine Hochschule, die allein der Vertiefung der Weltanschauung dient, eine Hochschule für die Wissenschaft der Arbeit und eine Hochschule zur Ausbildung im Fach und im Beruf. Unter Wissenschaft der Arbeit verstehe ich jene Untersuchung, die in den modernen Hilfsmitteln der Technik und der Produktion, der Arbeitsleistung — Laufendes Band, Stoppuhr und all jene Systeme, die in einer falschen Art von Amerika auf deutsche Verhältnisse übertragen wurden —, sinngemäß dem deut-

Digitized by Google

schen Wesen nähergebracht werden und damit nicht mehr wie heute zum Fluch des Menschen, sondern zum Segen desselben werden.

Die Hochschule für Fach- und Berufsausbildung soll in dem einzelnen Fach Spitzenleistungen erzielen und damit dem Gesamtvolk den Wert der Fachausbildung klarmachen. In allen Kursen, ganz gleich, ob in der Ortsgruppe, ob in der Gauschule, Landesschule oder Reichsführerschule oder auf den Hochschulen werden immer Unternehmer, Angestellte und Arbeiter zusammen gleichzeitig geschult.

Die gegenseitige Selbsthilfe.

Neben dieser Erziehung und Schulung sieht die Deutsche Arbeitsfront noch ein zweites Mittel, die deutschen Menschen zur Gemeinschaft zu erziehen. Dieses Mittel ist die gegenseitige Selbsthilfe. Diese gegenseitige Selbsthilfe gliedert sich in drei große Gruppen:

1. Ein weitverzweigtes Versicherungswesen.

Die in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossenen Verbände haben ein weitverzweigtes Versicherungswesen, das den Mitgliedern für Alter, Siechtum oder Krankheit eine gewisse Sicherheit garantiert. Diese mannigfaltigen Institutionen werden zu einem einzigen großen Versicherungswerk zusammengefaßt. Alle Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront werden ihren Beitrag zu dieser Versicherung leisten müssen. Und es ist heute schon sicher, daß es wahrscheinlich ohne Staatshilfe gelingt, jedem Deutschen zu einem ruhigen und wohlverdienten Lebensabend zu verhelfen.

Damit wäre jenes große Ziel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, daß jeder, der für sein Volk Arbeit leistet, den Anspruch auf Altersschutz hat, absolut erfüllt.

Digitized by Google

2. Starke Kreditinstitute.

Die in der Deutschen Arbeitsfront zusammengeschlossenen Verbände verfügen über starke Kreditinstitute. Auch diese Einrichtungen wird man zusammenfassen müssen, um ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, und es wird dadurch erreicht werden, daß von hier aus die Siedlungen der schaffenden Menschen finanziert sowie dem Handwerk und Gewerbe die notwendigen Kredite gegeben werden können. Diese Kreditinstitute dürfen nie und nimmer der Spekulation dienen. Auch sie bedeuten eine gegenseitige Selbsthilfe und sollen gerade dem schwächsten Teil unseres Volkes im Kampf um seine Existenz dienen.

3. Die Konsumvereine.

Der neue Staat war gezwungen, die Konsumvereine zu übernehmen, wenn nicht durch unorganische Eingriffe große Schäden für das Volksganze entstehen sollten. Einmal war dies deshalb nötig, um die in die vielen Millionen gehenden Spargroschen der kleinen Leute zu sichern, und zweitens, um die vorhandenen Werte nicht zu zerstören.

Was uns so durch die Entwicklung aufgezwungen wurde, wird einmal zum Segen des Gesamtvolkes ausschlagen.

Bisher sahen das Handwerk, Handel und Gewerbe, mit einem Wort der Mittelstand, in den Konsumvereinen ihren erbittertsten Feind. Die Konsumvereine waren von dem altgermanischen Genossenschaftsgedanken abgewichen und lediglich ein Werkzeug der politischen Partei geworden. Deshalb ihr grundfalsches Expansionsbedürfnis. Nicht weil ein Bedürfnis an sich bestand, mußten sie in jedem kleinen Ort einen Konsumladen errichten, sondern weil es die politische Partei so verlangte, damit der Konsumverein eine politische

Digitized by Google

Zelle in der betreffenden Gegend wurde. Das war grundfalsch. Und ein zweites war grundfalsch. Dadurch, daß die Konsumvereine in allem und jedem selbst produzierten und so das Handwerk völlig ausschalteten, zogen sie sich den wohlverdienten Haß des Mittelstandes zu. Und zum dritten, weil den Konsumvereinen in steuerlicher Hinsicht Vorrechte gegenüber den anderen Schichten des Volkes eingeräumt wurden, mußten sie naturnotwendig jede mittelständische Konkurrenz vernichten, was sie denn auch in skrupelloseſter Weise vollführt haben. All dem muß abgeholfen werden. Ja noch mehr. Ich glaube heute schon sagen zu können, daß die Konsumvereine einmal die Grundlage des deutschen Handwerks und Mittelstandes sein werden, wenn sie in richtig verstandenem genossenschaftlichen Geiste umgestaltet werden. In engster Zusammenarbeit mit den Vertretern des Mittelstandes werden heute bereits Pläne ausgearbeitet, um diesem Gedanken zu dienen. So sehe ich denn auch hierin eine dritte Art großzügiger, gegenseitiger Selbsthilfe.

Ich sehe aber auch staatspolitisch in diesen drei Selbsthilfeorganisationen eine außerordentlich wichtige Einrichtung. Wie schon gesagt, die Altersversicherung wird hierdurch von der Arbeitsfront übernommen. Das Kreditinstitut der Arbeitsfront wird das Zinsventil des Staates neben der Reichsbank sein. Die Genossenschaften der Arbeitsfront in Verbindung mit Handel, Handwerk und Gewerbe werden das Preisventil des Staates sein. Und da jeder schaffende Deutsche außer Landvolk und Beamte in der Deutschen Arbeitsfront organisiert sein muß, wird alsdann als höchster Lohn für die Erziehung zur Gemeinschaft die Verleihung des Staatsbürgerrechtes sein. Das Staatsbürgerrecht ist die höchste Ehre, und die Entziehung des Staatsbürgerrechtes ist die schwerste Strafe.

Digitized by Google

Der ständische Aufbau.

Wenn die deutsche Arbeitsfront die Erziehung des deutschen Menschen zur Gemeinschaft bedeutet, so setzt der ständische Aufbau diese Erziehung in die Tat um. Das Ziel des ständischen Aufbaues ist das Blühen der Wirtschaft und die gesunde Eingliederung jedes schaffenden Menschen in die Wirtschaft. Hier stehen sich nicht mehr Vertreter irgendwelcher Interessenverbände gegenüber, sondern es arbeiten Menschen ein und desselben Standes zusammen. Angehörige ein und desselben Standes und über die Ehre ihres Standes. Jeder, der diesem Stand angehört, soll und muß das Bewußtsein haben, daß er damit ein geachtetes und wertvolles Glied der menschlichen Gesellschaft geworden ist und daß es seine Pflicht ist, mit über die Gesamtlehre des Standes zu wachen. So werden die menschlichen Unzulänglichkeiten: der Profitgeist, die Geldgier, überwunden durch die gemeinsame Erkenntnis, daß nur das Blühen der Gesamtwirtschaft auch das Wohlergehen des einzelnen bedeutet und die gemeinsame Standesehre, geboren aus der gemeinsamen Rasse, ist das Band, das alle umschließt.

Lohn- und Tarifverhandlungen werden alsdann wohl noch notwendig, aber nicht mehr der Hauptinhalt des Denkens sein gegenüber der hohen Aufgabe des Standes, Schädlinge, ganz gleich, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer, auszumerzen und jeden einzelnen nur danach zu messen, was leistet er für die Gesamtheit und für das Volk. Der Charakter allein wird der Wertmesser für die Beurteilung des Menschen sein, und deshalb muß die Keimzelle des ständischen Aufbaues im Betrieb liegen, dort, wo sich die Menschen gegenseitig genau kennen. Was sind nun die Aufgaben des ständischen Anfbaues?

Digitized by Google

1. Die Wirtſchaft muß zur höchſten Blüte entfaltet werden, damit das Geſamtvolk leben kann.
2. Deshalb muß das Führertum im Betrieb wieder vollkommen hergeſtellt werden.
3. Dies iſt notwendig, damit die volle Verantwortung jedes einzelnen wieder aufgerichtet wird.
4. Erſt dann aber iſt es möglich, dem arbeitenden Menſchen den höchſten Schutz und das ihm zukommende Recht zu gewähren.
5. Dieſer Schutz und das Recht werden erſt erreicht, wenn unabhängige Standesgerichte darüber wachen und jeden einzelnen Schädling mit den ſchwerſten Strafen belegen können.

Zu dem erſten Punkt, daß die Wirtſchaft blühen muß, wenn das Volk gedeihen will, iſt wohl wenig zu ſagen. Dieſe Erkenntnis wird allmählich Allgemeingut jedes einzelnen geworden ſein. Zerfällt die Wirtſchaft, ſo werden davon, allen voran, die Schwächſten betroffen. Der Arbeiter wird zuerſt vom Schickſal geſchlagen. Man bilde ſich nicht ein, daß nach dem kommuniſtiſchen Klaſſenkampfgedanken das Glück der breiten Maſſe aus der Zerſtörung kommen kann.

Die ſchweren Jahre der Nachkriegszeit dürften dafür genügend Beweis ſein. Zuerſt wurde der Arbeiter arbeitslos, wenn man durch wilde Streiks die Wirtſchaft zu zerſtören verſuchte. Zuerſt litt der Arbeiter, und ſchon nach acht Tagen Erwerbsloſigkeit empfand er die ganze Schwere des Elends. Jeder Druck wird am ſchwerſten von der unterſten Schicht empfunden werden. Deshalb hat gerade die unterſte Schicht ein Intereſſe an dem Gedeihen und an dem Wohlergehen einer geſunden Wirtſchaft. Man ſage auch nicht, daß die Erwerbsloſigkeit aus einer Überproduktion geboren ſei. Nein, das iſt nicht wahr! Denn dann müßten die Bedürfniſſe des Volkes reſt-

Digitized by Google

los erfüllt sein. Solange aber die Bedürfnisse des Volkes riesengroß und noch zu keiner Zeit so in Erscheinung traten wie heute, spreche man nicht von Überproduktion. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, daß die Wirtschaft jahrelang voll beschäftigt sein muß, um allein die Bedürfnisse unseres Volkes zu befriedigen. Man sage auch nicht, die Weltwirtschaft sei daran schuld. Im Gegenteil, die Krise der Weltwirtschaft ist geboren aus der Krise der Nationalwirtschaften.

Deshalb kann die Gesundung der Weltwirtschaft auch erst dann wiederkommen, wenn zuerst die Nationalwirtschaften gesund geworden sind. Die Gesundung der Nationalwirtschaften aber kann erst dann erreicht werden, wenn dafür die grundsätzlichen Bedingungen geändert werden.

Wenn, wie in Deutschland, und hiermit komme ich zu Punkt 2 und 3, das Führertum und damit die Verantwortung des einzelnen ausgeschaltet wurde, so hat man in unverantwortlicher Verblendung die Wurzeln jeder gesunden Wirtschaft abgeschnitten. Man hat damit den Baum zum Verdorren gebracht, und elende Wühlmäuse haben das Wertvollste zernagt, das einer gesunden Wirtschaft die Kraft und Energie gibt.

Das Führertum im Betrieb.

Deshalb wird der ständische Aufbau als erstes dem natürlichen Führer eines Betriebes, d. h. dem Unternehmer, die volle Führung wieder in die Hand geben und damit aber auch die volle Verantwortung aufladen. Der Betriebsrat eines Werkes besteht aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern. Jedoch hat er nur beratende Stimmen. Entscheiden kann allein der Unternehmer. Viele der Unternehmer haben jahrelang nach dem „Herrn im Hause" ge-

Digitized by Google

rufen. Jetzt sollen sie wieder „Herr im Hause" sein, aber wehe ihnen, wenn sie diesen Herrenstandpunkt mißbrauchen sollten. Das Standesgericht wird jene Schädlinge zur Verantwortung ziehen.

Das Standesgericht.

Damit komme ich zu Punkt 4 und 5. Niemals darf der arbeitende Mensch der Willkür seines Brotherrn ausgeliefert werden. Die Standesgerichte sind ordentliche Gerichte. Ihnen gehören Arbeiter, Angestellte und Unternehmer als Laienrichter an. Sie können Gefängnis- und Zuchthausstrafen, ja sogar völlige Enteignung als Strafe verhängen.

Damit ist ein Schutz des arbeitenden Menschen vorhanden, wie ihn alle Lohn- und Tarifverträge zusammen niemals gewähren können oder jemals gewährt haben.

Nehmen wir nun noch hinzu, daß an die Mitgliedschaft der Arbeitsfront das Staatsbürgerrecht gebunden ist und daß alle Partner des ständischen Aufbaues Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein müssen, und daß, wenn ein solches Mitglied das Volksganze gröblich verletzt, ihm das Staatsbürgerrecht entzogen werden kann und damit der deutsche Mensch völlig aus der Gemeinschaft des Volkes und des Staates ausgeschaltet wird und ihn somit die schwerste Strafe trifft, die überhaupt jemals ausgesprochen werden kann, so glaube ich wohl behaupten zu können, daß alle Vorkehrungen getroffen sind, um den schaffenden deutschen Menschen, gleich wo er steht, mit dem höchsten Schutz und dem höchsten Recht auszustatten. Wie ist nun der ständische Aufbau? Innerhalb der breiten horizontalen „Arbeitsfront" lagern Tausende und Hunderttausende von Unternehmungen. Jeder Betrieb hat einen Betriebsrat, der aus Arbeitern, Angestellten und Unternehmern besteht und

Digitized by Google

dessen natürlicher Führer, wie bereits gesagt, der Unternehmer ist. Der Betriebsrat hat beratende Stimme. Die Unternehmungen werden nach bestimmten Fachgruppen zusammengefaßt. Z. B. Fachgruppe der Holzindustrie, der Textilindustrie usw. Diese Fachgruppen werden regional zusammengefaßt. Eine Fachgruppe umfaßt etwa das Gebiet eines preußischen Landkreises, eines bayerischen Bezirks, einer sächsischen Amtshauptmannschaft usw. Damit ist nicht gesagt, daß diese regionalen Größenverhältnisse den politischen Grenzen entsprechen müssen, sondern es werden nach den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechende Wirtschaftskreise, Bezirke und Provinzen errichtet werden.

In der Fachgruppe werden alle Angelegenheiten des gesamten Faches berührt, wie Lohn und Tarif, Sozialversicherungen usw., sowie die Wirtschaftspolitik des betreffenden Faches. In die Fachgruppe werden Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gewählt, und zwar nur Facharbeiter. Der Führer der Fachgruppe wird ernannt. Nach oben bis zum Reich werden entsprechende Institutionen geschaffen, in denen immer Arbeiter, Angestellte und Unternehmer zusammen beraten. In der obersten Spitze des ständischen Aufbaues sitzen auch Vertreter der Deutschen Arbeitsfront. Alle Einrichtungen werden beseelt sein von dem einen Gedanken, wie fördern wir die Wirtschaft, und damit verbunden, wie schützen wir den schaffenden Menschen, weil er das höchste Gut der Wirtschaft ist.

Die Festsetzung von Lohn und Tarif.

Wie werden nun in diesem ständischen Aufbau Lohn und Tarif sowie der soziale Schutz der schaffenden Deutschen festgesetzt? So wird z. B. der Reichsrahmentarif der Holzindustrie in der Reichs-

Digitized by Google

fachgruppe der Holzindustrie festgesetzt. Er umfaßt nur einige fundamentale Sätze. Er wird sich niemals in Einzelheiten verlieren, wie es die bisherigen Tarife getan haben, ausgehend von dem Grundsatz, daß man das Schicksal des Betriebsmenschen nicht vom grünen Tisch aus beurteilen kann, sondern nur von der rauhen Wirklichkeit her. Z. B. setzt der Reichsrahmentarif fest, daß jeder Deutsche ein Mindesteinkommen haben muß, damit er leben kann.

Wer unter diesem Mindestlohn Menschen beschäftigt wird bestraft.

Der Reichsrahmentarif setzt weiterhin fest, was er als Mindesteinkommen ansieht, z. B. für eine fünfköpfige Familie, Vater, Mutter und drei Kinder, er setzt dann weiterhin fest, daß der Junggeselle von diesem Lohn nur einen bestimmten Prozentsatz erhält. Er setzt fest, daß der Facharbeiter soundso viele Prozente über dem Mindestlohn erhalten muß. Er setzt den Urlaub fest und auch allgemeine Bedingungen über Frauen- und Kinderarbeit, über Spezialeinrichtungen usw.

Die Bezirksfachgruppe behandelt im Rahmen dieses Tarifes schon weitere Einzelheiten. Sie stellt fest, was in ihrem Bezirk als Mindesteinkommen zu gelten hat. Und zwar wird das Mindesteinkommen auf Grund eines Reallohnes errechnet werden. Wenn der Reichsrahmentarif von einem Mindestlohn spricht, so muß er selbstverständlich auch vom Stundenlohn abgehen und an seine Stelle den Wochenlohn setzen. Denn es ist gleichgültig, wie die Praxis erwiesen hat, wieviel Stundenlohn jemand erhält, wenn er in der Woche nur ein oder zwei Stunden Arbeit leistet. Wie gesagt, die Bezirksfachkammer setzt den Mindestlohn nach Realwerten fest und behandelt weitere Einzelheiten, die für ihren Bezirk maßgebend sind.

Digitized by Google

Die Kreisfachgruppe geht nun noch mehr ins einzelne. Sie setzt generell den endgültigen Tarif in allen Details fest.

Grundsätzlich lehnt der ständische Aufbau Werktarife ab.

Ausnahmen von dieser Regel können nur gewährt werden, wenn die Belegschaft eines Betriebes einen Antrag an die Fachgruppe stellt, und zwar dann, wenn durch widrige Verhältnisse ein wirtschaftlich hochwertiges Werk der Vernichtung anheimfällt. Ich erinnere nur an den tragischen Fall der Zeche Sachsen. Durch die Sturheit der Gewerkschaften wären hier nahezu Tausende von Menschen brotlos geworden, damit einzig und allein dem Prinzip gedient war. Die Zeche Sachsen war nicht mehr konkurrenzfähig, weil sie im Rahmen des Tarifs Westfalen-Nord höhere Löhne bezahlen mußte als in Westfalen-Süd, trotzdem ihr Absatzgebiet genau dasselbe war, wie für die Zechen in Westfalen-Süd. Die Belegschaft stellte selber den Antrag, den Tarif auf die Höhe des Tarifes von Westfalen-Süd zu senken, damit sie weiterbeschäftigt werden konnte. Jedoch die Gewerkschaften lehnten das ab, und sie hätten beinahe in ihrem Wahnsinn ein blühendes Werk vernichtet und Tausende von Menschen erwerbslos gemacht. In einem solchen Falle würden wir selbstverständlich den höheren Wert der Wirtschaft anerkennen. Wie überhaupt zu sagen ist, weil die alten Gewerkschaften und auch die Arbeitgeberverbände an ihrer Erstarrung zugrunde gingen, müssen wir gerade das Gegenteil tun, so lebendig und beweglich wie möglich zu sein. Ein solcher Ausnahmetarif im Werk muß natürlich die Zustimmung der Fachgruppe erhalten. Aus diesem Prinzip der Beweglichkeit heraus erklären wir denn auch, daß der in der untersten Instanz festgesetzte und durch die nächsthöhere Instanz sanktionierte Tarif dem der höheren Instanz vorgeht.

Digitized by Google

In diesen ständischen Aufbau werden auch alle mit dem Betrieb zusammenhängenden Sozialversicherungen und Einrichtungen gelegt werden müssen. Nebenstehend eine Zeichnung, die vom Führer selbst entworfen wurde und die in anschaulicher Weise den Aufbau der „Deutschen Abeitsfront" und des „Ständischen Aufbaus" darstellt.

In diesen grundsätzlichen Gedanken habe ich versucht, das Wesen und die Ziele des neuen Wirtschaftsaufbaues zu erklären und zu erläutern, und ich hoffe, daß damit jeder vernünftige und verständige Mensch, der nicht durch Klassenkampf blind gemacht und zu einem Narr geworden ist, erkennen wird, daß der Nationalsozialismus ein Werk baut von so ungeheuren gigantischen Ausmaßen, wie es noch nie zuvor war und auch vielleicht nicht wieder sein wird. Damit ist das Fundament geschaffen, auf dem Generationen Jahrhunderte hinaus neu bauen können. Wir aber glauben und wissen, daß das Leben der Millionen nach uns kommender Menschen ein glückliches und zufriedenes sein wird. Nichts für uns, alles für Deutschland. Heil dem großen Schöpfer und Führer dieser herrlichen Gedanken

Adolf Hitler!

Digitized by Google

Der Palast des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer am Michaelkirchplatz. Ein Musterbeispiel marxistischen Größenwahnsinns. 9 Millionen RM. Beitragsgelder sind hier verbaut.

An diesem Beispiel soll hier einmal zusammenfassend aufgezeigt werden, mit welchem „Verantwortungsbewußtsein" die „Arbeiterführer" mit den ihnen anvertrauten Beitragsgeldern gewirtschaftet haben.

Im Hause findet man in jeder Etage Reliefs aus teurem Muschelkalk, ebenso ist Marmor reichlich verwendet worden. Zum Aussuchen dieses Marmors entsandte man eine Kommission von vier Köpfen in den Marmorbruch. Für diese aufreibende Tätigkeit bezogen die Herren neben ihrem Gehalt 24 RM. Tagesspesen, Fahrgeld und Kilometergelder. Die Kosten beliefen sich pro Kopf auf 158 RM., insgesamt wurden dafür über 600 RM. ausgegeben. Die Inneneinrichtung, worunter fast nur die Holztäfelung zu verstehen ist, kostete etwa 1,2 Millionen RM. Für Mobiliar gab man allein 275 000 RM. aus, für die Schlosserarbeiten etwa 700 000 RM., für die Heizungsanlage 280 000 RM. und für die Beleuchtung etwa 150 000 RM. Der große Sitzungssaal mutet geradezu fürstlich an. 200 000 RM. hatte man dafür veranschlagt, und dieser Anschlag wurde noch weit überschritten. Es versteht sich, daß durch alle „Schikanen" die schwere Arbeit der „Arbeitervertreter" möglichst erleichtert wurde. Automatische Temperaturregelung, automatische Verdunkelungsanlage sowie automatische Be- und Entlüftung, diskret eingebaute Kinoanlage, bezeichneten den Grad der Arbeitserleichterung.

Wie es beim Bau nicht auf die Summen ankam, so natürlich erst recht nicht bei der festlichen Grundsteinlegung. Einhundertachtundsiebzig Menüs zu 12 RM., 612 Flaschen Wein und Spirituosen, etwa 4000 Zigarren und Zigaretten und dazu noch Mokka, Gebäck, Konfekt und Bier mußten herhalten, um diesen Tag würdig zu begehen. Die Reichsfahnen hatte man allerdings vergessen, so borgte man sich die Zeichen dieser großen Zeit von den Genossen im Reichsbanner, die das allerdings nicht umsonst machten, sondern 50 RM. Leihgebühr quittierten.

Als man nun zur Bauabrechnung schritt, war der Voranschlag von 5—6 Millionen um über 3 Millionen überschritten. 9 Millionen Beitragsgelder waren verbaut.

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Berlin. Baukoſten 5,1 Millionen

Digitized by Google

V. Kapitel.

Die Gleichschaltung in der Sozialversicherung.

Mit zu den schlimmsten jüdisch-marxistischen Hochburgen zählten die Krankenkassen. Von hier aus wurde schon in der Vorkriegszeit gegen den Staat gehetzt, so daß eine Säuberung und Beseitigung aller Schädlinge durch die Gleichschaltung mit der herrschenden Staatsform seitens der neuen Regierung vorgenommen wurde.

Die Vorgeschichte der Sozialversicherung.

Einleitend halte ich es für angebracht, kurz auf die Vorgeschichte des Sozialismus, auf die Entstehung des sozialen Gedankens und damit der sozialen Einrichtungen, insbesondere der Sozialversicherung, einzugehen.

Sozial heißt — die Gesellschaft betreffend — gesellschaftlich gesinnt, sozial handeln, also zum Wohle der Allgemeinheit handeln.

Demnach wäre der Sozialismus schon uralt. Denn schon Phaleas von Chalcedon beschäftigte sich etwa fünfhundert Jahre vor Christi mit Ideen, die das Allgemeinwohl betrafen.

Alle Länder haben ihre sozialen Fragen gehabt, haben sie noch und werden sie haben.

Doch was heute in Deutschland das breite Volk unter Sozialismus versteht, das hat sich erst im Anfang des neunzehnten Jahr-

Digitized by Google

hunderts herauskristalliſiert und wird beſſer als Marxismus bezeichnet.

Im achtzehnten Jahrhundert war Deutſchland noch Agrarſtaat. Der größte Teil ſeiner Bewohner lebte auf dem Lande und hatte hier ſein Auskommen, wenn er auch mancherlei Beſchränkungen durch Laſten und Abgaben erfuhr, ſo konnte doch ein jeder leben.

Da brachte der Sekretär des Miniſters Hardenberg, der getaufte Jude Lange, der urſprünglich Davidſohn hieß, im Jahre 1811 ein Edikt heraus, das dem Bauern das Recht gab, ſeinen Grundbeſitz, die durch Jahrhunderte hindurch eroberte väterliche Scholle nach ſeinem eigenen Gutdünken zu teilen, mit Hypotheken zu belaſten oder gar verkaufen zu können.

Umſonſt waren die Warnungen des Freiherrn vom Stein, der weitblickend ſchon damals eine Vernichtung des Bauernſtandes kommen ſah.

Es dauerte auch nicht lange, ſo war der Bauer verſchuldet, verlor ſchließlich Haus und Hof und ging als mittelloſer Proletarier in die Stadt, um Arbeit zu ſuchen. Dieſe fand er auch bald bei der aufblühenden Induſtrie. Immer mehr und mehr entwurzeltes Landvolk kam in die Stadt und wurde Induſtriearbeiter, die von der Hand in den Mund lebten. Im anderen Falle drängte der Großbetrieb den Kleinbetrieb, alſo das Handwerk immer mehr zurück und brachte große Teile desſelben zum Erliegen, ſo daß auch der ſeiner wirtſchaftlichen Exiſtenz beraubte Handwerker ſich ebenfalls der Induſtrie als Arbeiter anbot.

Kein weitblickender Staatsmann fand ſich, der dieſe Maſſenproletariſierung aufhielt.

Die Unternehmer freuten ſich über das Überangebot an Arbeits-

Digitized by Google

kräften und zahlten nur soviel Lohn, als sie unumgänglich mußten, um ihre Arbeitssklaven bei Kräften zu halten. Weitere Ansprüche hatte nach ihrer Auffassung der Arbeiter nicht zu stellen.

Der Arbeiter wurde der verachtete Prolet, dessen Arbeitskräfte der Unternehmer, so gut wie er irgend konnte, ausnutzte, aber als Menschen verachtete er ihn. Dadurch entstand eine tiefe Kluft, die den Arbeiter verbitterte und den Zusammenschluß seinesgleichen, die Entstehung des vierten Standes zur Folge hatte.

Die teils rücksichtslose Ausbeutung dieser Notlage erzeugte Mißstimmung und Verärgerung und aus der Not heraus auch verzweifelte Ausbrüche von Haß und Wut gegen die Unternehmer.

Um nicht durch die sozialen Mißstände eine Störung der Ordnung hervorzurufen, sieht sich der Staat gezwungen, einzugreifen und der größeren Gewinnmöglichkeit eine Besserstellung des Arbeiters gegenüberzustellen. Schon 1828 machte der Generalleutnant von Horn König Friedrich Wilhelm III. darauf aufmerksam, daß die Bevölkerung des Rheingebietes durch Fabrikarbeit so entartet sei, daß sie nicht mehr ein entsprechendes Truppenaufgebot stellen könne.

Im Rheinland waren die Zustände in dieser Hinsicht so schlimm, daß der Provinziallandtag, der zum großen Teil aus Großindustriellen bestand, vom König eine Andernng in dieser Beziehung verlangte. Vier- bis fünfjährige Kinder arbeiteten bis spät in die Nacht, was zu sittlicher, geistiger und körperlicher Verwahrlosung in ungeheurem Maße führte.

So wurde im Jahre 1839 für Kinder bis zum 9. Lebensjahre die Arbeit in Fabriken verboten und für neun- bis fünfzehnjährige die Arbeitszeit auf zehn Stunden beschränkt. 1845 erfolgte in der

Digitized by Google

Allgemeinen Gewerbeordnung eine Zusammenfassung der bis zu diesem Zeitpunkt erlassenen Schutzbestimmungen mit der Weisung an die Ortspolizeibehörden, über deren Durchführung zu wachen.

1849 wird verfügt, daß niemand, außer in Dringlichkeitsfällen, zur Arbeit an Sonn- und Festtagen verpflichtet ist. Außerdem wird das Trucksystem verboten, die Zahlung von Lohn in Waren statt in Geld.

Es vergingen wieder vier Jahre, bis eine Änderung des Gesetzes über die Kinderarbeit diese bis zum zwölften Lebensjahre überhaupt verbot und vom zwölften bis vierzehnten Lebensjahre nur sechs Stunden Arbeit erlaubte.

Im Jahre 1869 wird für das gesamte Gebiet des Norddeutschen Bundes eine gemeinsame Gewerbeordnung angenommen. Sie umfaßte im wesentlichen das bis jetzt Aufgezeichnete. Außerdem wurden die Unternehmer verpflichtet, alle notwendigen Einrichtungen zum Schutze und zur Wohlfahrt der Arbeiter zu treffen.

In den ersten Jahren nach der Reichsgründung wurde dann für das ganze Reich eine einheitliche Gesetzgebung auf sozialpolitischem Gebiet geschaffen, durch die ein großer Fortschritt anderen Staaten gegenüber erreicht war. Trotzdem befriedigte das damals Erreichte weder Unternehmer noch Arbeiter. Der Unternehmer klagte über die Fesseln, der Arbeiter sah das bis dahin Erreichte als nicht genügend an, insbesondere verlangte er Schutz bei Betriebsunfällen.

Zu allem Unglück setzte in den Städten auch noch die Bodenspekulation ein und schuf die Mietskasernen mit ihrer ungesunden Anhäufung der Massen in den „Proletariervierteln".

Das waren keine Wohnungen, sondern elende, finstere Löcher, in denen der Arbeiter zu hausen gezwungen war, denn größere bessere

Digitized by Google

Wohnungen waren auf Grund seines geringen Einkommens für ihn unerreichbar.

Nach langer Arbeitszeit, die meist schon mit Sonnenaufgang begann und bis zum späten Abend währte, oft 14 bis 15 Stunden, kam der abgearbeitete Proletarier in diese Umgebung. Ohne jede Aussicht auf eine Besserung seines Loses in der Zukunft vegetierte er dahin.

Der mehr und mehr auf Rationalisierung eingestellte Fabrikationsbetrieb brachte es mit sich, daß der Arbeiter tagaus tagein denselben Handgriff verrichten mußte, ohne daß ihm seine Lohnverhältnisse gestatteten, sich geistige Abwechslung zu verschaffen. Die Gehirnmasse mußte dabei eintrocknen und den Arbeiter stupide machen.

Solche geistige Primitivität und Not ist aber eine große Gefahr für den Staat. Ein solcher Mensch wird, da er über ein eigenes Urteil nicht verfügt, immer fremden Einflüssen außerordentlich zugänglich sein, wenn sie nur seinen materiellen Wünschen — andere hat er ja nicht —, sei es auch nur scheinbar, entgegenkommen. Man braucht ihm nur eine bessere wirtschaftliche Lage zu versprechen, auch wenn das Rezept noch so töricht ist, und man wird ihn sofort auf seiner Seite haben. Der eigentliche Proletarier hat keine Ahnung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen. Sein Gesichtskreis geht über die Grenzen seines Fabrikraumes nicht hinaus, in dem er nur ein Rädchen der gewaltigen Arbeitsmaschine ist. Das freie Selbstbewußtsein, das den Mann der Scholle auszeichnet, hat er verloren. Nur in der Masse fühlt er sich wohl. Unter seinesgleichen findet er wenigstens Verständnis für sein Schicksal.

Digitized by Google

In dieſer Maſſe erſchienen nun gewiſſenloſe Hetzer, wie der Jude Marx, und fingen ſie mit den abſurdeſten Ideen ein.

Vor allen Dingen zeigte man ihr immer wieder als ihren Hauptfeind den Fabrikbeſitzer, den „Kapitaliſten". Der Begriff des modernen Sozialismus, beſſer Marxismus, kriſtalliſierte ſich heraus, unter demſelben verſtand man jetzt die auf kollektiviſtiſcher Weltanſchauung beruhende, auf Neuordnung der im individualiſtiſchen Privatkapitalismus gegebenen Geſellſchafts- und Wirtſchaftsverfaſſung abzielende Bewegung. Auf politiſchem Gebiet klaſſenloſe Demokratie, Selbſtverwaltung und internationale Verſtändigung des Proletariats.

Nur wußte der deutſche Arbeiter nicht, daß es einen ſolchen Sozialismus in anderen Ländern, in denen günſtigere natürliche Verhältniſſe vorlagen und das Volk nicht in Klaſſen zerriſſen war, ſondern ſich als einheitliche Nation fühlte, nicht gab. Das hat er auch im Jahre 1918 ſchwer verſpüren müſſen, obwohl er es nicht erkannte.

Auf wirtſchaftlichem Gebiet war das Ziel des Sozialismus die Überführung der Produktionsmittel in Gemeinſchaftseigentum. Regelung der Produktion und Verteilung nach den Lebensintereſſen der Menſchheit. Insbeſondere Recht auf Arbeit und Pflicht zur Gemeinſchaftsarbeit.

Außerdem, und das wird uns im folgenden am meiſten intereſſieren, Verſorgung der aus dem Produktionsprozeß durch Krankheit, Unfall oder Alter ausgeſchiedenen Arbeiter.

Die Arbeiter ſchloſſen ſich zu Arbeitervereinen zuſammen, deren erſte Führer der Jude Ferdinand Laſſalle und Auguſt Bebel waren. Im Jahre 1875 ſchloſſen ſich dieſe Vereine zu der Sozialdemokra-

Digitized by Google

tischen Partei Deutschlands zusammen. Führer waren hier außer Bebel noch Wilhelm Liebknecht, Friedrich Engels und der bereits erwähnte Jude Karl Marx, der im Jahre 1867 sein Werk „Das Kapital" hatte erscheinen lassen.

Lassalle vertrat in der Hauptsache einige sozialistische Gedanken, die auf wirtschaftliche und soziale Besserstellung des Arbeiters hinzielten, ohne Betonung des Klassenkampfes.

Anders Marx. Er brachte vor allen Dingen einen ausgesprochen materialistischen Geist in die Arbeiterbewegung. Die Politisierung der sozialen Bewegung zur radikalen, klassenkämpferischen, sozialdemokratisch bestimmten Gewerkschaft ist das Werk dieses Juden, der dadurch hoffte, die Massen zu irritieren und selbst zur Macht zu gelangen.

Die Verbindung berechtigter sozialer Forderungen der Arbeiter mit den klassenkämpferischen, nihilistischen Ideen von Marx wirft ein falsches Licht auf die soziale Bewegung, so daß Staat und bürgerliche Gesellschaft einen berechtigten Abwehrkampf gegen die zerstörende marxistische Bewegung führten, letztere dabei aber auch die berechtigten sozialen Forderungen bekämpften, was letzten Endes der vorbedachte Zweck des Juden Marx war.

Allmählich nahm die Bewegung immer bedrohlicheres Ausmaß an.

Nun fehlte der Staatsmann, der es verstanden hätte, die Gegensätze im Volke auszugleichen.

Statt dessen versuchte der auf außenpolitischem Gebiet geniale Staatsmann Bismarck durch eine im Sozialistengesetz verankerte brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung die Ruhe wieder herzustellen und somit die soziale Frage zu lösen.

Digitized by Google

Das Sozialiſtengeſetz wurde aus Anlaß zweier Attentate auf Kaiſer Wilhelm I. im Jahre 1878 erlaſſen und ſah für Mißliebige Ausweiſung, Druckverbot, Auflöſung von Vereinen uſw. vor.

Es war am 1. Mai des Jahres 1878, als der Klempnergeſelle Hödel in Berlin ein Attentat auf Kaiſer Wilhelm I. verübte. Schon ſechs Tage ſpäter legte Bismarck dem Bundesrat ſein Sozialiſtengeſetz vor. Doch im Reichstag fiel er mit 251 gegen 57 Stimmen durch. Da erfolgte am 2. Juni des gleichen Jahres das zweite Attentat durch den geiſteskranken Dr. Nobiling ebenfalls in Berlin. Der damals 81jährige Kaiſer wird ſchwer verletzt und muß ſich in Regierungsgeſchäften vertreten laſſen. Daraufhin löſte Bismarck den Reichstag auf und die Neuwahlen brachten die von Bismarck erwünſchte Mehrheit für ſein Sozialiſtengeſetz, das auch ſofort angenommen wurde. Die Folgen für die Sozialdemokratie waren vernichtend, Partei und Gewerkſchaft waren erledigt und lebten nur noch ganz im geheimen.

Doch mit dieſem Gewaltakt war die ſoziale Frage nicht gelöſt, ſondern ſie wurde im Gegenteil immer noch dringlicher.

Mit Gewalt war man alſo nicht weitergekommen. Nun verſuchte Bismarck der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er die Sozialverſicherung ſchuf.

Ein ausgeſprochen humanitärer Zug iſt in ſeinen Gedanken ſichtbar. Er hatte erkannt, daß die bisherige Geſetzgebung den Arbeiter bei Schaden und Krankheit nicht genügend ſchützte und wollte auf alle Fälle für das Wohl des Arbeiters ſorgen. Er erkannte, daß die ſozialen Forderungen des breiten Volkes vollauf berechtigt waren. Den Hetzereien des Marxismus ſtand er ſelbſtverſtändlich weiter feindlich gegenüber.

Digitized by Google

Durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881, in der besonders die Gedanken des Hofpredigers Adolf Stöcker durchklingen, wurde die Gründungsabsicht publiziert.

Kaiser Wilhelm I. führte damals unter anderem aus:

„Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstage die Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauerhafte Bürgschaft seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. — In Unsern darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags, ohne Unterschied der Parteistellungen. In diesem Sinne wird zunächst der Entwurf über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle vorbereitet. Ergänzend wird ihm die Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig geworden sind, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen

Digitized by Google

Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutze und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde."

In einer weiteren kaiserlichen Botschaft an den deutschen Reichstag vom 14. April 1883 wird in bezug auf die Botschaft von 1881 besonders betont:

„Wir haben Uns diese Pflicht besonders gegenwärtig gehalten. Seit dem Erlasse des Sozialistengesetzes ist schon damals Unserer Überzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Minderung des durch Strafgesetz bekämpften Übels Reformen einzuführen, die dem Wohl der Arbeiter förderlich und deren Lage zu bessern und zu sichern geeignet sind."

Jetzt erschienen in schneller Folge eine Reihe von Gesetzen:

15. 6. 1883: Krankenversicherungsgesetz;
6. 7. 1884: Unfallgesetz für Industrie;
28. 5. 1885: Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung;
15. 3. 1886: Gesetz über die Unfallfürsorge für die Beamten und Personen des Soldatenstandes;
5. 5. 1886: Gesetz über Unfall- und Krankenversicherung in der Land- und Forstwirtschaft;

Digitized by Google

11. 7. 1887: Gesetz über Unfallversicherung im [illegible]gewerbe;
13. 7. 1887: Gesetz über Unfallversicherung der Seeleute;
22. 6. 1889: Gesetz über Invaliditäts- und Altersversicherung.

Damit war die erste Periode der Sozialversicherung abgeschlossen.

Nachdem nun zur Errichtung der einzelnen sozialen Versicherungen geschritten werden sollte, zeigte sich der wahre Charakter der Arbeiterführer. Sie versprachen wohl dauernd den von ihnen Geführten eine Besserung ihrer sozialen Lage, ihr Handeln aber zeigte das Gegenteil, denn nur eine verelendete Proletariermasse konnte ihnen ihre Führerstelle in der Proletarierbewegung erhalten. In dem Augenblick aber, in dem das Elend gemindert oder gar eine Entproletarisierung der Massen erreicht wurde, wäre es keinem Arbeiter mehr eingefallen, der Lockpfeife der Hetzer nachzulaufen.

So arbeitete die gesamte Führerschaft der S. P. D. sowohl versteckt mit den dümmsten Ausreden und Einwänden, als ganz offen, indem sie ihr wahres Gesicht zeigte, gegen die Einrichtung der Sozialversicherungen.

Bebel erklärte zum Beispiel ganz offen auf dem internationalen Kongreß 1891:

„Die Wunden am sozialen Körper des Volkes müssen offengehalten werden."

Die Arbeiterführer wollten eben nicht, daß der Herd der Unzufriedenheit beseitigt wurde, weil sich die mit Erbitterung und Haß erfüllten Volkskreise sehr leicht gegen das bestehende Regiment führen ließen, andernfalls aber hätten sie, wie schon gesagt, ihre

Digitized by Google

Machtpositionen eingebüßt. Diese Ansicht, die schon damals die linken Parteiführer beherrschte, kommt auch in einem Artikel der Bremer Bürgerzeitung zum Ausdruck, der allerdings erst viele Jahre später erschienen ist. Wörtlich heißt es hier:

> **„Der Besitz eines eigenen Häuschens ist in der Kampfeslust und Kampfesfähigkeit der Arbeiter ein außerordentlich hemmender Faktor."**

Die Arbeiterorganisationen — Gewerkschaften — hatten aber auch selbst eine große Anzahl Hilfskassen gegründet. Durch die staatlichen Einrichtungen, in denen nun ihre Anhänger zwangsweise versichert werden sollten, fürchteten sie, einen Machtfaktor und ein Einflußgebiet zu verlieren.

Erst als ihnen klar wurde, daß es ihnen möglich sein würde, ihre Führer auch in die Leitungen der vom Staate gegründeten Sozialversicherungen zu schieben, hörte ihr Kampf gegen die Sozialversicherung nicht nur auf, sondern sie agitierten von da ab mit aller Kraft f ü r dieselben.

Hier, in der Leitung der Sozialversicherungen konnten ihre Agitatoren — von einem anderen bezahlt — ihre Arbeitskraft erst in der richtigen Weise für die Partei verwerten. Bekanntlich sind die Hilfesuchenden am meisten für Versprechungen empfänglich.

So dauerte es denn nicht lange und die Sozialdemokraten waren die Herrscher in den Verwaltungen der Sozialversicherungen, insbesondere aber in der Krankenversicherung.

Sehr schnell ging die Entwicklung nach dieser Seite vor sich. Schon im Jahre 1905 erkannte Bülow diese Tatsache und gab ihr im preußischen Herrenhause Ausdruck mit den Worten: „Ich

Digitized by Google

erkenne, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen."

Der Arzt Dr. Wilhelm Möller nannte vor zwanzig Jahren die Verwaltungen der Krankenkassen die Unteroffiziersschulen der Sozialdemokratie.

Nachdem nun die letztere den einst verachteten Stuhl der Sozialversicherung eingenommen hatte, dachte sie gar nicht mehr daran, denselben wieder freizugeben, sondern baute ihn zum Thron ihrer Parteiherrschaft aus.

Die Beamtenstellen dienten der Versorgung gesinnungstüchtiger Parteigenossen. Hier war die Führerschule, aus der die Parteihäuptlinge hervorgingen. Wer nicht in dasselbe Horn blies, wurde hier und von hier aus bekämpft. Hier war die Zentrale, von der aus die Wühlarbeit gegen den Staat betrieben wurde, die Kassentätigkeit, die eigentliche Hauptarbeit, für die sie bezahlt wurden, war für die Beamten Nebensache, der Hauptberuf war, für ihre Partei zu arbeiten.

Wurde diese Gesellschaft und ihre Wirtschaft aber einmal kritisch beleuchtet, so konnte man sich im Blätterwald der S.P.D. nicht genug tun, dieselbe zu verteidigen und den Gegnern reaktionäre Gesinnung vorzuwerfen, und ihnen zu unterstellen, daß sie dem armen Proleten seine sozialen Einrichtungen wieder nehmen wollten.

So verdrehten die roten Volksbeglücker die Tatsache, denn für die Schaffung der Sozialversicherung sind einstmals gerade die Konservativen gegen alle anderen Parteien eingetreten, da sie darin von ihrem ethisch-religiösen Standpunkte eine Besserung des Loses der Arbeiterklasse sahen. Schließlich wagte kaum noch jemand,

Digitized by Google

etwas gegen dieſe marxiſtiſchen Hochburgen zu unternehmen oder dieſelben anzugreifen.

So hatte der alte Staat und ſein größter Staatsmann durch die Schaffung der Sozialverſicherung den Grundſtein für ſeinen ſpäteren Zuſammenbruch gelegt, indem ſie den Sozialdemokraten eine Organiſation geſchaffen haben, von der dieſe ihre Ideen in die Maſſen hineintragen und den Staat bekämpfen konnten, bis 1918 das unterwühlte Gebäude zuſammenſtürzte.

Die Segnungen aber, die dieſe Einrichtungen bringen ſollten, haben ſich durch das Aufkommen der roten Mißwirtſchaft in das Gegenteil verkehrt.

Erſt dem Nationalſozialismus war es vorbehalten, das Vertrauen der Verſicherten zu ihren ſozialen Einrichtungen wiederherzuſtellen.

In den folgenden Abſchnitten dieſes Kapitels will ich über die Mißſtände berichten, die ſich unter dem roten Syſtem in die Sozialverſicherung, insbeſondere in das Krankenkaſſenweſen, eingeſchlichen hatten, ſo daß dieſe Einrichtungen bei der Machtergreifung durch unſeren Führer einem vollſtändigen Chaos glichen.

Die Erwerbsloſenverſicherung.

Beleuchten wir nun zuerſt einmal die Mißſtände bei dem jüngſten Kinde der Sozialverſicherung, bei der Erwerbsloſenverſicherung.

Über vierzig Jahre hat es gedauert, bis der Schlußſtein in dem Gebäude der Sozialverſicherung mit der Schaffung dieſer Einrichtung geſetzt worden iſt. Erſt im Jahre 1927 wurde ſie ins Leben gerufen. Träger der Erwerbsloſenverſicherung iſt die Reichsanſtalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitsloſenverſicherung.

Digitized by Google

Bei eintretender Erwerbslosigkeit wird eine Unterstützung gezahlt, die sich nach dem letzten Verdienst, den der Erwerbslosgewordene hatte, richtet. Die Zeitdauer wurde auf sechsundzwanzig Wochen beschränkt. Bei längerer Arbeitslosigkeit tritt die Krisenfürsorge ein und nach deren Ablauf die Wohlfahrtsfürsorge durch die Gemeinde.

Regierungsrat Dr. Böhm konnte sich im Jahre 1927 nicht genug tun, die Sozialversicherung als die größte Errungenschaft Deutschlands zu preisen.

Er schrieb in einem Aufsatz, der in den „Blättern für öffentliche Fürsorge und soziale Versicherungen" erschien, folgendes:

„Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 war der erste Baustein des stolzen Gebäudes, um das uns vor dem Kriege das Ausland vielfach beneidete. Die Arbeitslosenversicherung wird hoffentlich in naher Zukunft den Schlußstein setzen."

Bald danach ist seine Hoffnung in Erfüllung gegangen, um ebenso schnell in weiten Kreisen die Überzeugung reifen zu lassen, daß unserem Vaterlande und unserem Volke durch diese Einrichtung großer Schaden zugefügt werden muß, wenn die Handhabung derselben nicht sinngemäß erfolgt.

Die sozialen Lasten sind durch die Einrichtung der Erwerbslosenversicherung ungeheuer gestiegen, und zwar sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer.

Trotzdem reichen diese Beträge bei weitem nicht aus, um die Verpflichtungen der Arbeitslosenversicherung zu decken. Einen großen Teil der Steuergelder, die der Staat aus der schon an und für sich darniederliegenden Wirtschaft herauspreßt, verschlingt diese Einrichtung noch dazu. Zum Schluß aber muß der Erwerbslose doch

Digitized by Google

die Wohlfahrt in Anſpruch nehmen. Von den Beträgen aber, die er hier bekommt, kann er nicht leben und nicht ſterben. Entweder hat er noch erſparte Mittel und benutzt dieſelben als Zuſchuß, ſolange aber noch eigene Mittel vorhanden ſind, ſollte keine Wohlfahrt in Anſpruch genommen werden, denn die Wohlfahrt iſt nur dazu da, die wirklich äußerſte Not abzuwenden, oder er arbeitet heimlich, dann ſind die Wohlfahrtsbeiträge erſt recht nicht angebracht.

Derjenige aber, der auf keine weiteren Beträge zurückgreifen kann, verhungert bei der Wohlfahrtsunterſtützung, für ihn müßte weit beſſer geſorgt werden. Beſonders meine ich hier die alten mittelloſen Leute, die buchſtäblich zum Verhungern verurteilt ſind.

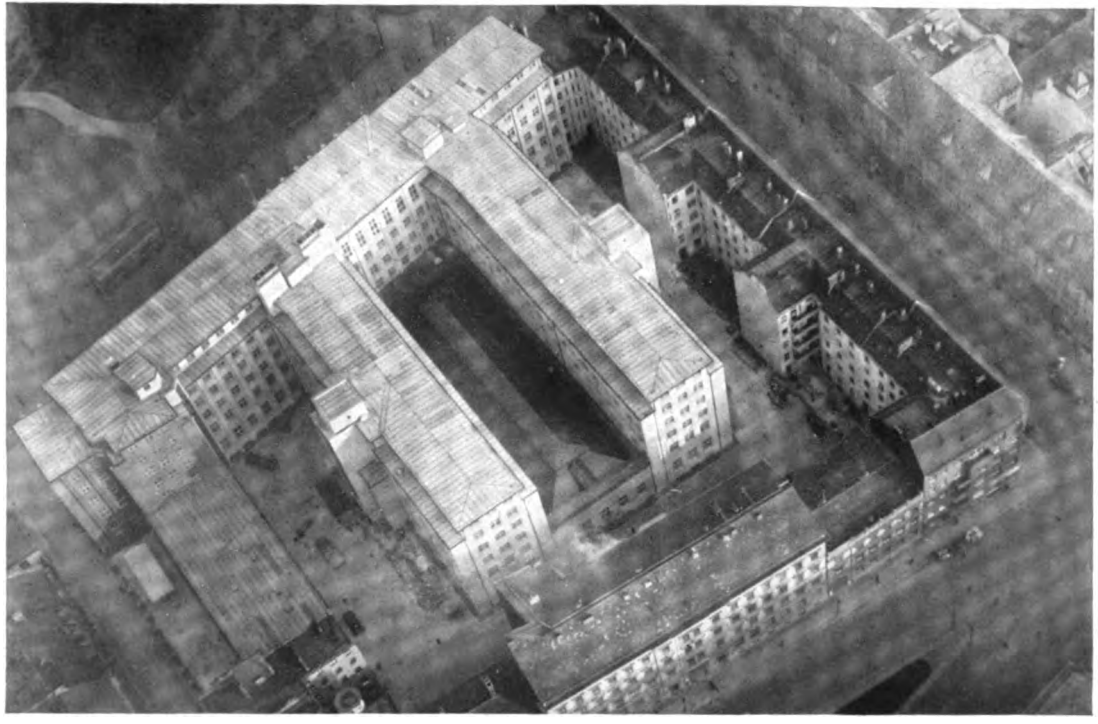
Verfolgen wir nun die Gedankengänge eines gegen Erwerbsloſigkeit Verſicherten. Er ſteht in einem guten dauernden Arbeitsverhältnis. Jede Woche wird ihm ein großer Teil ſeines Einkommens für ſoziale Laſten abgezogen, darunter ein nicht unbeträchtlicher Teil für die Arbeitsloſenverſicherung. Er ſchimpft zunächſt über dieſen Abzug, von dem er nichts hat. Schließlich kommt ihm der Gedanke, die eingezahlten Gelder ſpäter wieder aus der Verſicherung herauszubekommen, eventuell noch mehr, als er eingezahlt hat.

Damit beginnt die moraliſche Schädigung. Lohn ohne Arbeitsleiſtung bedeutet auf die Dauer Arbeitsſcheu, Unzufriedenheit, Vernichtung des Sparſinns, Vernichtung nationaler Werte, Nivellierung des ganzen Volkes.

Es freut ſich der Menſch nur über das, was er mit Mühe und Arbeit erworben hat, nicht aber über Almoſen. Man gebe einem Menſchen Gelegenheit, ſich zehn Mark zu verdienen, ſo wird er ſich mehr darüber freuen, als müßte er ſich den gleichen Betrag erbetteln.

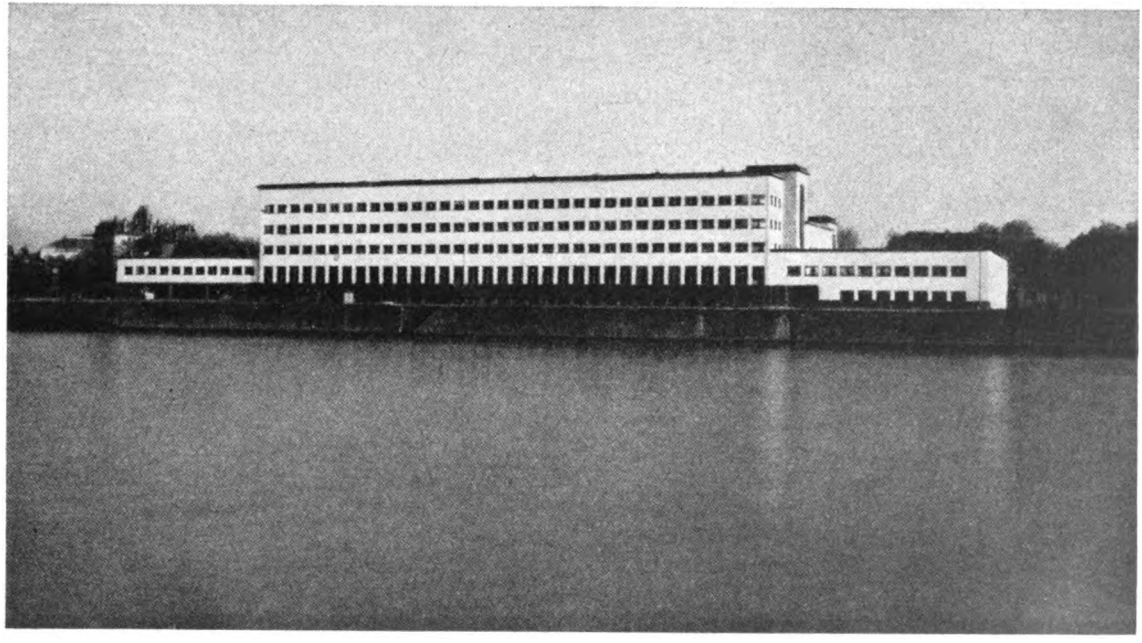
Welche Anſtrengungen nimmt der Menſch in irgendeinem Sport

Digitized by Google



Das neue Zentralverwaltungsgebäude der A. O. K. in Berlin.

Digitized by Google



Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Frankfurt a. M. Baukoſten rd. 7 000 000 RM.

Digitized by Google

auf ſich, nur um irgendeinen belangloſen Preis zu erhalten, und mit welcher Freude zeigt er denſelben in ſeinem Bekanntenkreiſe. Die geleiſtete Arbeit, die Anſtrengnng macht ihm das Erworbene wertvoll und befriedigt ihn.

Genau ſo geht es ihm mit dem durch Arbeit Erworbenen. Deshalb kann der Marxismus mit ſeiner Idee, das Privateigentum zu vernichten und abznſchaffen, um die Menſchen zu einem Haufen beſitzloſer Lohnſklaven zu machen, nie und nimmer ſeine Herrſchaft in der Welt aufrichten. Jeder will und muß zum Heile des Ganzen über den Ertrag ſeiner Arbeit verfügen und ſich Privateigentum ſchaffen können, denn nur der Beſitzende, und mag ſein Eigentum noch ſo klein ſein, wird durch Spannkraft und einen geſunden Lebensmnt ſich nnd der Allgemeinheit von Nutzen ſein.

Das Leben iſt bei allen Individuen ein Kampf um eigene Belange. Wird irgendeinem Individuum aber dieſer Kampf erſpart, degeneriert es, wird überhaupt unfähig ſich zu behaupten und geht ſofort nnter, ſobald ſich die Verhältniſſe ändern und dasſelbe wieder dem Leben gegenüber auf ſich ſelbſt geſtellt iſt.

Ein Beiſpiel ſind unſere Haustiere, die in der freien Wildnis ohne unſere Fürſorge kaum noch exiſtenzfähig ſind.

Durch eine übertriebene Fürſorge aber degeneriert auch der Menſch. Wenn geraume Zeit verfloſſen iſt, in der ſeine „Arbeit" nur darin beſtand, ſeine Arbeitsloſenunterſtützung abzuholen, er ſonſt aber völlig intereſſelos dahingelebt hat, erſchlafft Seele und Körper.

Findet ein ſolcher Menſch dann wirklich Gelegenheit zur Arbeit, iſt er arbeitsunluſtig und arbeitsunfähig.

Aber nicht nur arbeitsſcheu wird der Erwerbsloſe mit der Zeit,

Digitized by Google

Unzufriedenheit und Lebensüberdruß stellen sich ein, denn ein Leben ohne Pflichten hat keinen Wert mehr für ihn.

Ebenso erlebt man auch, daß Menschen, die reich sind und ohne Arbeit ihr Leben verbringen, vollständig mit dem Leben zerfallen und unglücklicher sind, als der schwer schuftende Arbeiter, und zum Schluß, was keine Seltenheit ist, Selbstmord aus Lebensüberdruß begehen. Die Umwelt versteht dann absolut nicht, wie ein Mensch, dem die Welt offen stand, zu dieser Verzweiflungstat schreiten konnte. Auch er ist ein Opfer allzu großer Fürsorge, deren Träger sein Reichtum war, geworden.

Wie schlimm aber muß es in der Seele eines Menschen aussehen, der das Leben freiwillig von sich wirft.

Um es noch einmal zu wiederholen, es ist die schlimmste Auswirkung einer übertriebenen Fürsorge, die dem Menschen schließlich sogar die Energie zum Leben nimmt, das Volk kraft- und saftlos macht. Das ist aber schließlich auch das gewollte Endziel des Marxismus, denn ein kraft- und saftloses Volk wird sich gegen die zum Schluß proklamierte jüdische Herrschaft nicht mehr zur Wehr setzen.

Sollte es nicht naturgewollter sein, daß der Mensch auf sich selbst gestellt bleibt nnd den Lebenskampf auf sich nimmt, und die allgemeine Hilfe nur für allerhöchste Not aufgespart bleibt. Tritt aber dieser Fall ein, so soll der Volksgenosse eine wirkliche Hilfe finden und nicht Hungerpfennige, die ihn zum Selbstmord treiben, oder ihn langsam verhungern lassen.

Aber auch noch andere Mißstände bringt die Erwerbslosenversicherung mit sich.

Digitized by Google

Ein Bauhandwerker hat früher nur in den Sommermonaten gearbeitet. Er wurde in dieser Zeit zum Ausgleich für die arbeitslose Winterzeit besser bezahlt als die anderen Arbeiter. Er mußte natürlich während dieser fetten Monate für die folgenden mageren Wintermonate sparen und Rücklagen schaffen. Der Spartrieb hatte sich deshalb gerade bei den Bauhandwerkern verhältnismäßig stark entwickelt, und vielen gelang es, sich im Laufe ihres Lebens ein eigenes Häuschen und Garten zu erwerben. Sie waren dadurch vor den schlimmsten Sorgen ein für allemal geschützt. Dies konnte ihnen natürlich nur durch eine auskömmliche Bezahlung gelingen, von der nicht die Sozialversicherungen einen erheblichen Teil verschluckten, waren doch damals die Lasten nicht so erheblich, wie sie es heute sind.

Heute nun ist dieser Spartrieb auch bei den Bauhandwerkern durch die Arbeitslosenversicherung vernichtet. Ja, man wartet in diesen Kreisen nur zu oft sogar auf das Ende der Arbeit, um wieder in den Besitz der Stempelkarte zu kommen.

Die Arbeitslosenversicherung wird von vielen als eine Staatspension betrachtet, die sie sich auf keinen Fall durch irgendeine Arbeit verscherzen dürfen.

Die Unterhaltungsbeilage des „Berliner Lokalanzeigers" bringt folgende kleine Episode:

Neulich hatte ich folgendes Erlebnis: In meinem Geschäftsladen kommt ein junger Mann, kauft Zigarren und geht an den Fernsprecher. Da höre ich nun, daß er sich um eine Stellung beworben hat und mit dem Arbeitgeber verhandelt. „Aber ich sage Ihnen ausdrücklich, daß ich die Stellung nur unter der Bedingung annehme, daß ich Ihnen meine Papiere nicht ausliefere. Sonst verliere

Digitized by Google

ich die Unterſtützung!" Aus der befriedigten Miene des jungen Mannes ſchloß ich, daß der Arbeitgeber mit ſeinem Vorſchlag einverſtanden war . . . Die Arbeitsämter übergeben ſolche Fälle der Staatsanwaltſchaft.

Dr. Erwin Liek-Danzig ſchreibt zum Beiſpiel zu dieſem Thema: „Viele Arbeitſuchende berechnen heute ſcharf den Unterſchied zwiſchen dem durch die angebotene Arbeit zu erreichenden Einkommen und den laufenden Stempeleinkünften. Iſt der Unterſchied nicht ganz gewaltig — was bei der heutigen wirtſchaftlichen Lage ſelten der Fall ſein dürfte —, ſo wird die Stelle nicht angenommen. Für ein paar Mark mehr gibt man das Stempeln nicht auf. Der ſittliche Wert der Arbeit, die Verlumpung unſeres werktätigen Volkes und namentlich der Jugend, das ſind olle Kamellen, um die ſich die neue Zeit anſcheinend wenig Sorgen macht.

Dafür ein ſelbſt beobachtetes Beiſpiel: Vor einiger Zeit arbeitete in meiner Klinik zu allgemeiner Zufriedenheit eine Waſchfrau. Sie hatte drei bis vier Tage in der Woche zu tun und verdiente durchſchnittlich 29 Gulden. Nach ihrer eigenen Angabe muß ſie damit ſich ſelbſt und zwei Kinder ernähren. Der Mann kümmerte ſich wenig um die Familie und verbrauche alles Geld für ſich. Sechs Wochen geht alles gut. Dann, an einem Samstag, erſcheint plötzlich der Mann, ſchwer betrunken, und erklärt, er nehme ſeine Frau mit, ſie dürfe nicht weiter arbeiten. Auf unſere Frage: ‚Aber weshalb denn nicht?' kommt die überraſchende Antwort: Er ſelbſt ſei arbeitslos und erhalte wöchentlich 24 Gulden Arbeitsloſenunterſtützung. Jetzt habe das Arbeitsamt erfahren, daß ſeine Frau arbeite, und ihm ſei daraufhin das Erwerbsloſengeld entzogen worden. Wenn ſeine Frau nicht arbeite, würde er wieder das Geld beziehen. Ob das

Digitized by Google

dem Mann wirklich gelungen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls erschien er einige Tage später und verlangte eine Bescheinigung, daß wir die Frau entlassen hätten. Ich lehnte wahrheitsgemäß ab. Der Mann ließ aber nicht locker. Einige Tage später kam er nach einem Ausweis, daß wir die Frau in der Ortskrankenkasse versichert hätten. Wie die Sache weiter gegangen ist, habe ich nicht erfahren. Jedenfalls hat sich der Mann bemüht, einen Arzt zu finden, der seiner gesunden Frau Krankheit und Arbeitsunfähigkeit bescheinigt.

Die überaus bedrohliche Arbeitslosigkeit hat, wie auch in Deutschland, den Gedanken einer Auswanderung nahegelegt. Unser Senat hat vor kurzem die Sache in die Hand genommen und Arbeitslose nach Argentinien geschickt. Der Versuch ist mißglückt. Und der Grund des Mißlingens? Drüben, wenigstens für den Anfang, Entbehrungen aller Art und härteste Arbeit, hier das zwar dürftige, aber doch zum nackten Leben gerade ausreichende Stempeleinkommen ohne Arbeit! Die Auswanderung wird also auch im Sinn einer negativen Auslese wirken, d. h. die fleißigen, zähen Leute, die Kampf und Arbeit nicht scheuen, bleiben drüben und setzen sich durch. Die Leute aber, denen nichts an der Arbeit gelegen ist, kommen wieder zurück und gehen stempeln."

Die Unfähigkeit des roten Systems hat sich hier ganz besonders kraß gezeigt. Wo ist das verheißene Leben in Schönheit und Würde geblieben? Die Arbeiter werden einst in eigenen Wagen fahren, schrieb der Marxist Kautsky 1904! Und nach vierzehnjähriger Marxistenherrschaft reicht es nicht einmal für die Straßenbahn, ja nicht einmal zum Spaziergang auf Schusters Rappen, denn auch die Stiefelsohlen kann der Arbeitslose nicht erschwingen.

Digitized by Google

„Wonnetrunken wird er die Schönheiten des Südens und der Tropen schauen!"

Durch die rote Regierungskunst, die die Eisenbahnen verteuerte, kann der Arbeitslose nicht einmal den kleinsten Ausflug unternehmen.

Arbeit konnten die roten Volksbeglücker nicht schaffen, nur eine Arbeitslosenversicherung, die bald bankrott war. Noch ein paar Jahre und sie hätten das ganze Volk in diese Versicherung einbeziehen können.

Nach allem mußte man d e n Kreisen recht geben, die eine Aufhebung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung verlangen.

Schön gesagt! Kann aber der Arbeiter heute überhaupt leben, ohne dauernd den staatlichen Schutz in Anspruch zu nehmen? Elend und Besitzlosigkeit haben ihn dahin gebracht, daß er ohne diese Einrichtung nicht mehr auskommen kann. Deshalb sind die Nationalsozialisten immer gegen die Abschaffung dieser Einrichtung gewesen. Das soll aber nicht heißen, daß das Ziel des Nationalsozialismus ein wirtschaftlich unterdrückter, hilfloser Arbeiter ist, der von der Wiege bis zum Grabe auf staatliche Unterstützung angewiesen ist. Der Nationalsozialismus will keinen besitzlosen Proletarier, sondern einen selbständigen, freien, entproletarisierten Arbeiter. Er will durch das Recht auf Arbeit, das im kapitalistischen Staat verlorenging, den Arbeiter von der Arbeitslosenversicherung unabhängig machen.

Zum Leben gehört Arbeit, ohne Arbeit ist das Leben Knechtschaft, entweder des Geldes oder der Umwelt und ist dann nicht wert, gelebt

Digitized by Google

zu werden. Erſt durch Arbeit wird das Leben lebenswert. Das Recht auf Arbeit aber kannte das ſchwarz-rote Syſtem nur dem Namen nach.

Die Arbeitsloſenverſicherung iſt kein Mittel zur Beſſerung der ſozialen Verhältniſſe, trotzdem muß ſie ſolange beſtehen, als man dem Arbeitsloſen keine Arbeit geben kann. Aber beſſer als Unterſtützung iſt Arbeit.

Das Recht auf Arbeit iſt die Hauptforderung des Sozialismus, und dieſes Recht wird die N. S. D. A. P. verwirklichen, und damit die Arbeitsloſenverſicherung reorganiſieren.

Im Grunde genommen iſt der deutſche Arbeiter arbeitſam, fleißig und ſparſam. Er will nicht zerſtören, ſondern aufbauen. Die höchſte Pflicht des Staates aber iſt, dieſe Tugenden zu pflegen, anſtatt dieſelben zu zerſtören, wie es die marxiſtiſchen Größen getan haben.

Erſt wenige Monate iſt es her, daß unſer Führer Adolf Hitler die Macht ergriffen hat, und ſchon nimmt die Zahl der Arbeitsloſen rapide ab, der vollſtändige Aufbau des nationalſozialiſtiſchen Staates wird auch das Ende der Arbeitsloſigkeit ſein!

Die Invalidenverſicherung.

Der Sinn dieſer Verſicherung iſt, den altersſchwachen oder vorzeitig invalide gewordenen Arbeiter vor Sorgen zu ſchützen. —

Die Invalidenverſicherung nimmt ihren Anfang mit der bekannten Kaiſerlichen Botſchaft vom 17. November 1887. Der auf eine derartige Verſicherung hinweiſende Satz heißt: „Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden,

Digitized by Google

haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können."

Die Vorarbeiten für das neue Gesetz fanden etwa sechs Jahre später ihren ersten Abschluß. Das Gesetz vom 22. Juni 1889 sah eine Altersrente bei Erreichung des siebzigsten Lebensjahres vor, eine Invalidenrente bei Erwerbsunfähigkeit, unabhängig vom Alter. Für Bemessung von Beiträgen und Rente waren Lohnklassen vorgesehen.

Die Versicherungspflicht erstreckt sich im wesentlichen auf die in wirtschaftlich und persönlicher Abhängigkeit gegen Entgelt beschäftigten Personenkreise.

Es sind dies:

1. Arbeiter. Gesellen, Hausgehilfen;
2. Hausgewerbetreibende;
3. die Besatzung von deutschen Seefahrzeugen und von Fahrzeugen der Binnenschiffahrt, mit Ausnahme der Angestellten, die nach dem AVG. versicherungspflichtig oder versicherungsfrei sind;
4. Gehilfen und Lehrlinge, soweit nicht AVG. für sie bestimmt.

Versicherungsfrei ist, wer nur vorübergehend, d. h. nur in geringem Umfang, insbesondere gelegentlich oder nebenher beschäftigt ist, wer als Entgelt nur freien Unterhalt erhält oder wer invalide ist bzw. eine Invaliden- oder Witwenrente aus der Invalidenversicherung oder Witwenrente aus der AV. erhält. Versicherungsfrei sind weiter Beamte und andere Personen, denen anderweitig eine gleichwertige Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge gesichert ist. In gewissen Fällen, in denen vom Staate oder von anderen öffentlichen Verbänden eine der Invalidenversicherung gleichwertige Versorgung

Digitized by Google

bereits gezahlt wird und daneben Anwartschaft auf Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist, kann auf Antrag Befreiung von der Versicherungspflicht ausgesprochen werden.

Sehr eng ist in der Frage der Versicherungspflicht der Zusammenhang mit der Angestelltenversicherung. Eine doppelte Pflichtversicherung für die gleiche Tätigkeit gibt es nicht, wohl aber eine Möglichkeit, sich in dem anderen Versicherungszweig weiterzuversichern. Man spricht hier von Wanderversicherten, worunter solche Personen zu verstehen sind, für die in beiden Versicherungszweigen Beiträge geleistet sind, einerlei, ob zu gleicher Zeit oder nacheinander, einerlei auch, ob als Pflicht- oder freiwillige Beiträge. Für sie ist in gewissem Umfang eine gegenseitige Anrechnung der Beitragszeiten auf die Anwartschaft und in der Invalidenversicherung auch auf die Wartezeit sowie eine Zusammenziehung der beiderseitigen Ansprüche zu einer einheitlichen Rente vorgesehen.

Freiwillige Versicherung (Selbstversicherung).

Berechtigt bis zum vollendeten 40. Lebensjahre sind:

1. Gewerbetreibende (Betriebsunternehmer), die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen;
2. Personen, die versicherungsfrei sind, weil sie nur in geringem Umfang oder gegen freien Unterhalt beschäftigt sind.

Sind die Voraussetzungen für Versicherungspflicht oder Selbstversicherung entfallen, kann der Versicherte die Versicherung freiwillig fortsetzen oder, wenn die Anwartschaft erloschen ist, erneuern.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gewährt bei Invalidität und nach Vollendung des 65. Lebensjahres laufende Renten und sorgt im Falle des Todes für die Hinterbliebenen.

Digitized by Google

Ein ganzes Leben lang die Plackereien und Unannehmlichkeiten mit der Invalidenkarte, sowohl für den Arbeitgeber als auch für den Arbeitnehmer, und der Schlußeffekt, wenn wirklich der Fall der Invalidität eintritt oder die immerhin hohe Altersgrenze erreicht ist, fünfunddreißig Mark Rente im ganzen Monat.

Was soll der Invalide davon bezahlen? Miete, Licht und Heizung oder die notwendigsten Lebensmittel?

Also wird der Zweck der Versicherung, den Invaliden vor Not zu schützen, absolut nicht erreicht.

Ein riesiger Verwaltungsapparat und prunkhafte Verwaltungspaläste fressen einen großen Teil der Beiträge, also des schwer verdienten Geldes der ärmsten Klasse.

Sollen wir nun diese Versicherungsart ganz fallen lassen, da dieselbe ihren Zweck, ein sorgenfreies Alter zu schaffen, doch nicht erfüllt? Denn fünfunddreißig Mark Rente genügt schlimmstenfalls gerade dazu, die Miete für eine Wohnung zu bezahlen, in welcher der Rentenempfänger sich dann zum Sterben hinlegen kann. Hat man bei solchem Betrag vielleicht überhaupt die Absicht, die Alten bald eingehen zu lassen, um sie los zu sein?

Und doch, welch ein beruhigendes Gefühl gibt es dem Menschen, wenn er sagen kann: im Alter oder bei frühzeitiger Invalidität bin ich versorgt.

Hier schon zeigt es sich, daß die Schaffung dieser Art Versicherung einem tiefen sozialen Empfinden entsprungen ist nnd Ausgezeichnetes leisten könnte, wenn nicht die rote Mißwirtschaft auch hier zum Ruin dieser Versicherungsart geführt haben würde, so daß sie nicht mehr fähig ist, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, sondern dadurch mit zur Verelendung des Volkes beigetragen hat. Gerade

Digitized by Google

hier an den Groschen der Allerärmsten hat das Inflationsverbrechen das größte Unheil angerichtet, indem durch dieselbe das Kapital der Invalidenversicherung vernichtet wurde. Nach der Machtergreifung ist auch die Verwaltung der Invalidenversicherung gleichgeschaltet und mit der Verschwendung Schluß gemacht worden. War auch die Verwaltung dieser Versicherung noch vor kurzer Zeit ein Bonzeneldorado, so verrichtet sie heute bei größter Sparsamkeit ihre Arbeit zum Wohl und Heile der Versicherten.

Grenzenlos ist gerade in diesem Versicherungszweig die Schuld des Marxismus, denn er hat Millionen von Volksgenossen um einen sorgenfreien Lebensabend betrogen.

Punkt 15 des nationalsozialistischen Programms sagt: „Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung. Alle arbeitenden Deutschen sollen im Alter eine Versorgung erhalten, ähnlich wie sie heute dem Staatsbeamten zuteil wird."

Die Erfüllung dieser Forderung wird der allmähliche Aufbau unseres Staates unter unserem Führer bringen!

Die Angestelltenversicherung.

Schon um das Jahr 1900 herum versuchten die Angestellten eine eigene Berufsversicherung zu erreichen, da die Invalidenversicherung ihren Verhältnissen nicht entsprach. Aber erst im Jahre 1911 wurde die Gründung einer Sonderversicherung für die Angestellten beschlossen und am 1. Januar 1913 trat das Gesetz in Kraft.

Digitized by Google

Versicherungspflichtig in der Angestelltenversicherung sind die Angestellten in leitender Stellung wie Betriebsbeamte, Werkmeister und die Angestellten in gehobener oder höherer Stellung. Außerdem die Büroangestellten und Handlungsgehilfen, Musiker, Assistenten, Schiffsführer, Deckoffiziere, Verwalter und Verwaltungsbeamte usw. Voraussetzung für die Versicherungspflicht ist ein Dienstverhältnis gegen Entgelt, außerdem darf der Versicherungspflichtige das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und auch nicht mehr als 8400 RM. jährlich verdienen; versicherungsfrei sind solche Personen, die schon irgendeine Rente oder Pension beziehen und Personen in gesicherter Lebensstellung, z. B. Beamte. Es können sich aber auch Personen freiwillig weiterversichern, wenn sie aus einem versicherungspflichtigen Angestelltenverhältnis ausscheiden. An Leistungen gewährt die Angestelltenversicherung Ruhegeld, Hinterbliebenenrente, Heilverfahren und Beitragsrückzahlung. Ruhegeld erhält der Versicherte, der berufsunfähig ist oder das 65. Lebensjahr vollendet hat und die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllt hat. Voraussetzung für die Gewährung von Ruhegeld ist erstens: die Erfüllung der Wartezeit. Sie beträgt 60 Beitragsmonate. Sind weniger als 60 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht nachgewiesen, so dauert die Wartezeit 120 Beitragsmonate. Beim Altersruhegeld dauert die Wartezeit 180 Beitragsmonate. Die zweite Voraussetzung für die Gewährung von Ruhegeld ist die Aufrechterhaltung der Anwartschaft. Dazu gehört die Entrichtung von mindestens je acht Beiträgen im ersten bis elften Versicherungsjahr, und vom zwölften Versicherungsjahr ab die Zahlung von mindestens vier Beiträgen pro Jahr. Beitragsleistungen zur Invalidenversicherung werden angerechnet. Die Witwenrente erhält

Digitized by Google

die Witwe nach dem Tode ihres versicherten Ehemannes, und zwar im Gegensatz zur Invalidenversicherung, auch, wenn sie das Alter von 65 Jahren noch nicht vollendet hat oder noch nicht invalide ist. Bei Wiederverheiratung fällt die Rente weg, doch wird auf Antrag eine Abfindung in dreifacher Höhe der Jahresrente gewährt. Witwenrente erhält für die Dauer seiner Bedürftigkeit der erwerbsunfähige Witwer einer Versicherten, die den Lebensunterhalt der Familie bisher bestritten hat, Waisenrente die Kinder eines Versicherten bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahr. Heiratet eine weibliche Versicherte und ist sie spätestens drei Jahre nach der Heirat aus der Versicherung ausgeschieden, so steht ihr bei Erfüllung der Wartezeit bis zur Heirat ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der bis zum Ausscheiden geleisteten Beiträge zu. Der Anspruch verfällt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren geltend gemacht ist. Stirbt eine weibliche Versicherte, so haben die Erben, die in häuslicher Gemeinschaft mit der Versicherten wohnten und von ihr wesentlich unterhalten worden sind, Anspruch auf Erstattung der Hälfte der geleisteten Beiträge. Doch muß dieser Anspruch innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden.

Die Beiträge werden von Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte entrichtet.

Träger der Angestelltenversicherung ist die für das ganze Reich zuständige Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin.

Alle Leistungen werden nur auf Antrag gewährt.

Alle gesetzlichen Ausführungen über die Versicherungen sollen nur einen ungefähren Überblick geben, um zum Verständnis dieses Kapitels beizutragen.

Die Angestelltenversicherung befindet sich heute nicht in so trau-

Digitized by Google

riger Verfassung wie die anderen Versicherungen, da diese Versicherung nicht zur Domäne des Marxismus geworden war.

Auch die Verwaltung dieser Versicherung ist heute bereits gleichgeschaltet und arbeitet sparsam, um die Schäden, die durch das schwarzrote System hervorgerufen waren, wieder gut zu machen zum Wohle der Versicherten.

Die Krankenversicherung.

Die Krankenversicherung ist die älteste der sozialen Versicherungen, also die erste Versicherung, die auf Grund der kaiserlichen Botschaft Wilhelms I. vom 17. November 1881 und vom 14. April 1883 gegründet worden ist.

Am 15. Juni 1883 wurde durch das Krankenversicherungsgesetz der Grundstein für die Krankenversicherung gelegt. Sie ist die wichtigste und umfangreichste Versicherung, da sie inklusive der Familienversicherten fast zwei Drittel der deutschen Bevölkerung versorgt. Der Verband der Ärzte, der sogenannte Hartmannbund, schätzt die Zahl der Versicherten inklusive der Familienversicherten auf etwa 40 Millionen. Dazu kommen noch etwa zehn Millionen, die bei den freien Mittelstandskassen versichert sind. So daß von etwa 64 Millionen Einwohnern, die das Deutsche Reich hat, etwa 50 Millionen gegen Krankheit versichert sind.

Die Krankenversicherung ist eine durch die Reichsversicherungsordnung geregelte gesetzliche Einrichtung, die den Arbeitern und Angestellten bis zur Höchsteinkommensgrenze von 3600 RM. jährlich, mittels der Krankenkassen im Krankheitsfalle freie ärztliche Behandlung, Versorgung mit Heilmitteln und Krankengeld gewährt. Bei einem höheren Einkommen ist freiwillige Mitgliedschaft möglich.

Digitized by Google

Im Notfalle wird von der Krankenkasse auch Krankenhausaufenthalt gewährt.

Die Mitgliedsbeiträge hat zu zwei Drittel der Arbeitnehmer und zu einem Drittel der Arbeitgeber zu tragen, dieselben belaufen sich bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin zur Zeit auf 6 v. H. des gesamten Einkommens.

Das Unterhaltungsblatt des „Berliner Lokalanzeigers" bringt zu der Frage „Sozialbeiträge" folgende Notiz:

Nochmals die Krankenkasse.

Die Haushaltungen können sich über die hohen Gebühren für das Hausperſonal noch immer nicht beruhigen. Die Klagen sind allzu berechtigt. Meine Hausangestellte trat, nachdem sie gerade ihr 15. Lebensjahr vollendet hatte, ihre erste Stelle bei mir an. Für dieses junge, unerfahrene Mädchen, die eine Hausarbeit noch gar nicht kennt, zahle ich folgende Sozialbeiträge für den Monat mit 31 Tagen: An Krankenkasse 6,05; 6,05 Arbeitslosenversicherung; 1,40 Arbeitslosenhilfe und 3,60 für Invalidenmarken; zusammen monatlich 17,10 RM. An Lohn zahle ich, da ich alle Beiträge selbst bezahle, 20 RM. 45 RM. rechnet man Kost und Wohnung. Das Mädchen hat also ein Einkommen von 65 RM. monatlich, und die Beiträge usw. betragen über 25 v. H.

Hier hat die nationalsozialistische Regierung gleich in den ersten Wochen eingegriffen und durch rigorose Senkung der Beiträge für Hausangestellte die Möglichkeit geschaffen, daß viele Hanshaltungen sich jetzt wieder Angestellte halten können. Viele Hausangestellte sind dadurch bereits dem Elend der Arbeitslosigkeit entronnen.

Der deutsche Arbeiter und Angestellte dürfte auf der ganzen Welt

Digitized by Google

mit der Summe, die er Zeit seines Lebens für den Eventualfall einer Krankheit zahlt, einzig dastehen.

Die Zahl der bei den gesetzlichen Krankenkassen versicherten Mitglieder steigt stetig. Sie betrug:

im Jahre	1885	etwa	2,5	Millionen	Mitglieder
„ „	1890	„	9	„	„
„ „	1900	„	11	„	„
„ „	1910	„	12	„	„
„ „	1914	„	14	„	„
„ „	1920	„	15	„	„
„ „	1930	„	21	„	„
„ „	1932	„	22,5	„	„

Von diesen 22,5 Millionen Mitgliedern sind allein 14 Millionen bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen versichert.

Im Jahre 1913 nahmen die Krankenkassen 671 Mill. RM. ein und gaben 569 Mill. RM. aus. Im Jahre 1929 nahmen die Krankenkassen 2322 Mill. RM. ein, dem stand eine Ausgabe von 2219 Mill. RM. gegenüber. 1930 bestanden die Einnahmen in 2130 Mill. RM. und die Ausgaben in 1990 Mill. RM.

Das Vermögen der gesamten Krankenversicherung bestand im Jahre 1913 aus 430 Mill. RM., im Jahre 1929 aus 823 Mill. RM. und im Jahre 1931 aus 962 Mill. RM.

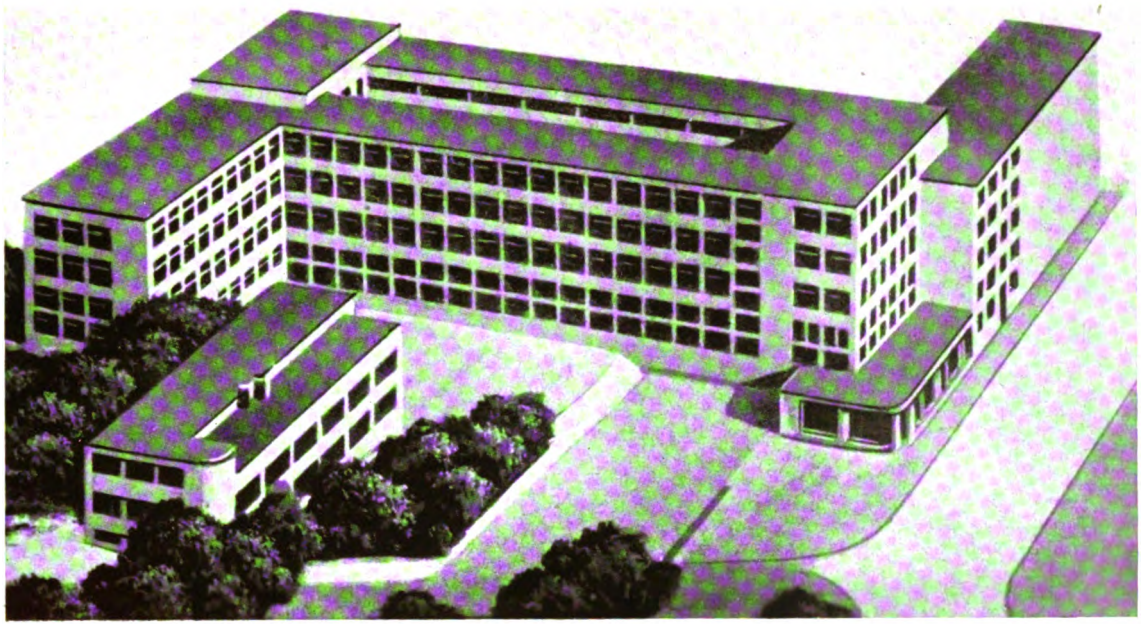
Die 22,5 Millionen Pflichtkassenmitglieder sind in 7521 verschiedenen Krankenkassen versichert.

48 008 Vorstandsmitglieder, 134 482 Ausschußmitglieder und 34 267 sonstige Verwaltungsbeamte sind bei diesen 7521 Krankenkassen beschäftigt.

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Halle a. d. S.

Digitized by Google



Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Stuttgart.

Digitized by Google

Die Krankenkaſſen werden eingeteilt in: Ortskrankenkaſſen, Landkrankenkaſſen, Innungskrankenkaſſen und Betriebskrankenkaſſen, dazu kommen die Erſatzkaſſen, die Seekrankenkaſſe und die beſonderen Ortskrankenkaſſen, die aber für unſere Betrachtung nicht von Bedeutung ſind, weil ſie nicht mehr errichtet werden können.

Die nähere Einteilung entnehme ich dem Buche: „Millionen klagen an", von Johannes Engel und Franz Eiſenberg.

In die Landkrankenkaſſe gehören die in der Landwirtſchaft beſchäftigten Perſonen, die Hausgehilfen und die Beſchäftigten der Wandergewerbetreibenden.

In die Innungskrankenkaſſe gehören die Beſchäftigten in dem Betrieb des Arbeitgebers, mit dem er einer Innung angehört.

In die Betriebskrankenkaſſe gehören die Betriebsangehörigen des Arbeitgebers, der für ſeinen Betrieb eine Betriebskrankenkaſſe errichtet hat.

Die reſtlichen Arbeitnehmer, alſo die Beſchäftigten in Gewerbe, Handel und Induſtrie und die in Büros tätigen Perſonen gehören in die Allgemeine Ortskrankenkaſſe, ohne Rückſicht darauf alſo, ob die Beſchäftigung in einem geſchloſſenen Ort oder auf dem platten Lande erfolgt. Beſteht aber für dieſen Ort keine Allgemeine Ortskrankenkaſſe, dann gehören die Beſchäftigten in die Landkrankenkaſſe, beſteht andererſeits keine Landkrankenkaſſe, wie es in Baden, Sachſen, Thüringen, Württemberg und in einzelnen Sonderbezirken nach ſtaatlicher Anordnung der Fall iſt, ſo gehören alle Perſonen, die geſetzmäßig der Landkrankenkaſſe anzugehören hätten, in die Allgemeine Ortskrankenkaſſe.

Jede Krankenkaſſe wird von einem Ausſchuß und einem Vorſtand verwaltet. Entſprechend dem Beitragsverhältnis verteilen ſich die

Digitized by Google

Vorstands- und Ausschußmitglieder auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter. Da die Arbeitnehmer zwei Drittel der Beiträge, die Arbeitgeber ein Drittel zahlen, herrscht auch in den Organen das gleiche Verhältnis. Innungskrankenkassen können beschließen, daß die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte zu tragen sind, damit werden auch die Sitze in den Organen im gleichen Verhältnis verteilt. Bei Betriebskrankenkassen steht auf seiten der Arbeitgeber der Arbeitgeber selbst oder sein Vertreter allein. Er hat aber immer die Hälfte der Stimmen, die die Arbeitnehmervertreter im Vorstand oder Ausschuß haben.

Der Ausschuß ist regelmäßig das zahlenmäßig größere Organ. Es wird von den Kassenmitgliedern und ihren Arbeitgebern gewählt, und zwar die Versicherten die Arbeitnehmervertreter und die Arbeitgeber die Arbeitgebervertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind nur Volljährige. Freiwillige Kassenmitglieder sind wählbar. Als Vertreter der Versicherten ist auch wählbar, wer aus der freiwilligen Versicherung infolge Überschreitens der Verdienstgrenze ausgeschieden ist.

Der Vorstand wird vom Ausschuß gewählt, und zwar wieder in beiden Gruppen getrennt.

Der Vorstand wählt einen Vorsitzenden, bei Innungskrankenkassen bestellt die Innung den Vorsitzenden, bei Betriebskrankenkassen ist der Arbeitgeber oder sein Vertreter der Vorsitzende.

Die Aufgaben des Ausschusses werden in der Reichsversicherungsordnung in den §§ 345—348 näher bezeichnet.

§ 345. Der Ausschuß beschließt über alles, was nicht Gesetz, Satzung oder Dienstordnung dem Vorstand zuweist.

Dem Ausschuß bleibt vorbehalten:

Digitized by Google

1. den Voranschlag festzusetzen,
2. die Jahresrechnung abzunehmen,
3. die Kasse gegenüber den Vorstandsmitgliedern zu vertreten,
4. Vereinbarungen und Verträge mit anderen Kassen zu beschließen,
5. die Errichtung von Melde- und Zahlstellen zu beschließen,
6. die Satzung zu ändern,
7. die Kasse aufzulösen oder mit anderen Kassen freiwillig zu vereinigen.

Die Beschlüsse zu Nr. 6 und 7 bedürfen der Mehrheit sowohl der Arbeitgeber als der Versicherten. Bei Satzungsänderungen genügt ungetrennte Abstimmung, wenn sie nach § 326 angeordnet sind, oder wenn sie die Kassenleistungen und Beiträge betreffen und nicht § 388 oder § 389 entgegensteht.

§ 346. Bei Erwerb, Veräußerung oder Belastung von Grundstücken wird die Kasse durch den Vorstand und den Ausschuß vertreten.

Der Zustimmung des Ausschusses bedürfen:

1. die vom Vorstand aufgestellte oder geänderte Dienstordnung für die Angestellten (§ 355),

2. Vorstandsbeschlüsse über Errichtung von Krankenhäusern und Genesungsheimen.

§ 347. Der Ausschuß regelt Meldung und Überwachung der Kranken sowie ihr Verhalten durch eine Krankenordnung.

Sie bedarf der Genehmigung des Versicherungsamtes. Wird die Genehmigung versagt, so entscheidet auf Beschwerde das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) endgültig.

Reicht eine Kasse trotz Aufforderung des Versicherungsamtes in

Digitized by Google

der gesetzten Frist keine Krankenordnung ein, so stellt das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) diese rechtsverbindlich fest. Das gleiche gilt für angeordnete Änderungen oder Ergänzungen.

Das Versicherungsamt kann die Krankenkasse mit ihrer Zustimmung und unter Vereinbarung über die Kosten bei der Überwachung der Kranken unterstützen. Hierüber beschließt der Beschlußausschuß. Lehnt er ab, so beschließt auf Beschwerde das Oberversicherungsamt endgültig.

§ 348. Der Ausschuß bestimmt, wie für die Mitglieder, die sich nicht im Kassenbereich aufhalten, die Beiträge einzusenden und die Leistungen auszuzahlen sind und wie die Krankenüberwachung bei ihnen zu regeln ist.

Der Vorstand führt die laufende Verwaltung. Er hat insbesondere die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Kasse. Er kann zur Wahrnehmung einzelner Aufgabengebiete eines oder mehrerer seiner Mitglieder bestimmen. Eine solche Geschäftsverteilung muß, wenn sie für die Dauer gelten soll, in der Satzung der Krankenkasse geregelt sein. Es ist nicht jedes Vorstandsmitglied dauernd befugt, nach eigener Entschließung Anweisungen zu treffen.

Das Amt in den Organen wird nur in den Sitzungen ausgeübt. Es sei denn, daß ein besonderer Auftrag zu erledigen ist. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten aber Entschädigung für Zeitverlust und Ersatz ihrer baren Auslagen.

Das Geschäftspersonal wird vom Kassenvorstand bestellt. Für seine dienstlichen Angelegenheiten gilt eine Dienstordnung, die vom Vorstand beschlossen und nach Zustimmung des Ausschusses vom Oberversicherungsamt genehmigt wird.

Jede Krankenkasse muß eine Satzung haben, in ihr sind die Vor-

Digitized by Google

schriften der Reichsversicherungsordnung unter besonderer Bezugnahme auf die Kassenverhältnisse enthalten. Die Bestimmungen der Satzung dürfen dem Gesetz nicht zuwiderlaufen. Ist das der Fall, so ist die betreffende Satzungsbestimmung ungültig.

In der Satzung sind auch die Mehrleistungen zu benennen, die die Kasse ihren Mitgliedern gewährt. Ist einmal eine Mehrleistung beschlossen, so gilt sie in gewissem Sinne als Pflichtleistung, d. h. der Vorstand oder die Geschäftsleitung kann nicht von Fall zu Fall durch besonderen Beschluß andere Leistungen gewähren, oder die satzungsgemäß festgestellten Mehrleistungen kürzen.

Die Aufsicht über die Krankenkassen führt das Versicherungsamt. Über die Berufsgenossenschaften und über die Landesversicherungsanstalten das Reichsversicherungsamt und über die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, über die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und über die Reichsknappschaft der Reichsarbeitsminister.

Die Krankenkassen sind Körperschaften öffentlichen Rechts. Sie haben Selbstverwaltung, unterstehen aber der staatlichen Aufsicht.

Beschwerden über Leistungsstreit gehen in erster Instanz an das Versicherungsamt, die zweite Instanz ist das Oberversicherungsamt. Eine Revision beim Reichsversicherungsamt ist nicht mehr zulässig.

Aus dieser Aufstellung ersieht man, über welche Macht die Krankenkassen, allein schon als gesetzliche Einrichtung als Behörde, verfügen. Dazu kommt nun noch die materielle Macht, denn die Krankenkassen sind, ihrem Aufbau nach, großkapitalistische Einrichtungen. Als solche haftet ihnen der Trieb nach immer weiterer Ausdehnung und das Verlangen, sich immer neue Kapitalquellen zu verschaffen, an.

Digitized by Google

Immer das soziale Mäntelchen umgehängt, war den Krankenkassen bisher jedes Mittel recht, um ihre Ziele zu erreichen. Die Beiträge wurden immer höher geschraubt, der freie Mensch gab nicht den vierten Teil dessen, was ein Versicherter an Beiträgen zu zahlen hatte für Arzt und Apotheke aus. Je höher der Verdienst des Versicherten war, desto höhere Beiträge erhielt die Krankenkasse, also versuchten sie die Pflichtgrenze für die Versicherung immer höher zu schrauben. Augenblicklich liegt die Grenze bei 3600 RM.; obgleich keine Sehnsucht nach dieser sozialen Einrichtung bestand, versuchten sie die Grenze auf den doppelten Betrag zu erhöhen. Die Kassen behaupteten natürlich, es bestehe in allen Kreisen der Wunsch, der Segnungen dieser Einrichtungen teilhaftig zu werden. Aber glauben tat es ihnen niemand, trotz aller Beteuerungen. Für die Kassen selbst aber hätte es eine kolossale Mehreinnahme bedeutet, denn 6 v. H. von 7200 RM. Gehalt bedeutet, daß danach ein Versicherungsnehmer der höchsten Klasse 432 RM. jährlich an Beitrag zahlen mußte.

Auch die Ausdehnungsbestrebungen der einzelnen Krankenkassen, kleinere in sich aufzunehmen, wurden mit aller Energie auf geraden und ungeraden Wegen betrieben. Denn je mehr Mitglieder, je mehr Zahler — und je mehr Zahler, je mehr Mittel auch für egoistische Belange.

Einen Fall, der die Ausdehnungsbestrebungen der Kassen und ihr dauerndes Geldbedürfnis anschaulich demonstriert, beschreibt Engel und Eisenberg folgendermaßen:

„Die Zentrale der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin befindet sich in der Klosterstraße und in nächster Nähe davon, in der Brüderstraße, regierte einst die Innungskrankenkasse der Schneider. Eines

Digitized by Google

schönen Tages kam ein Weihnachtsmann in den Betrieb. Er war Beauftragter des Versicherungsamtes. Er sollte die Kasse ordnungsgemäß weiterführen. Was dieser Herr unter ordnungsmäßiger Weiterführung verstand, spottet jeder Beschreibung. Sein Ziel war jedenfalls, die Kasse dahin zu bringen, daß eine Auflösung erfolgen konnte. Da war ein Geschäftsführer Böhme. Er hatte unter seinen zahlreichen Angestellten Freunde, mehr aber noch Feinde. Bei einer Revision wurden die übelsten Verhältnisse festgestellt. Das interessiert im Zusammenhang meiner Anklage nicht so sehr. Jedenfalls aber hat der vom Versicherungsamt eingesetzte Kommissar die Kasse nicht davor geschützt, daß sie geschlossen werden mußte. Besondere Maßnahmen zu der Zeit, als das Lebenslicht der Kasse bereits im Verlöschen war, konnten nichts mehr helfen. Heute gehört die Schneiderkasse, die übrigens im Laufe der Zeit die dritte Schneiderkrankenkasse in Berlin war, auch der Vergangenheit an. Die Ortskrankenkasse Berlin hat dadurch 10 000 Mitglieder mehr erhalten.

Welche Kasse wird nun die nächste sein? Die sozialdemokratische Ortskrankenkasse Berlin hat ein sehr „einnehmendes" Wesen. Sie braucht noch Zahler.

Es ist ja Tatsache, daß die Mehrzahl der Berliner Kassen über ein ganz beträchtliches Kapital verfügen. Es handelt sich um die Rücklage, die nach § 364 der Reichsversicherungsordnung anzusammeln ist. Für die A. O. K. Berlin war schon vor Beginn des Baues die Frage der Beitragserhöhung nur noch eine Frage der Zeit. Jetzt durch den Bau wird die Frage akut, und es ist wirklich interessant, einmal die Anstrengungen zu untersuchen, die gemacht werden, um eine Beitragserhöhung vor dem Volk zu rechtfertigen. Denn jetzt bedarf ja auf Grund der Verordnungen vom 1. August 1931

Digitized by Google

jede Beitragserhöhung der Zustimmung des Oberversicherungsamtes. Bis zum Versicherungsamt ist von der Berliner Ortskrankenkasse der Weg nicht weit. Es bleibt abzuwarten, ob es hier auch einen passenden Weg zum Oberversicherungsamt geben wird.

Wer waren nun die hohen Direktoren und gewaltigen Machthaber der Krankenkassen, zu denen kaum ein gewöhnlicher Sterblicher vordringen konnte? Es waren zum großen Teil Leute, die auf keine anderen Verdienste zurückblicken konnten, als daß sie ihre untadelige sozialdemokratische Gesinnung gezeigt hatten. So wurde nach Engel-Eisenberg am 23. Dezember 1930 die Geschäftsführerstelle der Ortskrankenkasse Langerwehe mit einem Kaufmann besetzt,

am 17. Dezember 1930 die Direktorenstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hofgeismar mit einem früheren Gasanstaltsarbeiter,

am 11. Dezember 1930 die Direktorenstelle der Innungskrankenkasse des Kaufmannsamtes Düren mit einem Kaufmann,

1928 die Direktorenstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schlochau mit einem Molkereilehrling.

Der „Berliner Beobachter" brachte in seiner Ausgabe vom 7. März 1933 eine Beschreibung, wie man Krankenkassendirektor wird. Er schrieb:

Wenn einer Sozi wird:

Die Wandlung eines Hurrapatrioten!
Vom Stadtsekretär zum Krankenkassendirektor!

Der neue Wind, der jetzt in Deutschland weht, ist vielen nicht sehr angenehm. Bonzen und Novemberlinge erschauern bis ins innerste Mark, wenn sie an die nächste Zukunft denken. Wissen sie

Digitized by Google

doch nur zu genau, daß das Großreinemachen, bei dem schon eine ganze Reihe von Revolutionsgrößen fortgewischt worden sind, erst anfängt.

Besonders unsicher fühlen sich zahlreiche marxistische „Würdenträger" in Berlin. Die städtischen Beamten, die deutsch denken, freuen sich bereits auf den Tag, an dem mit dem Aufräumen unter ihren roten „Vorgesetzten" begonnen wird.

Einer, den das nationale Deutschland bestimmt nicht vergessen wird, ist der Direktor der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin, Max Engelke. Dieser saubere Herr hat eine Vergangenheit, die so nett ist, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen, weil sie die Geschichte einer Wandlung darstellt, wie sie schöner nicht gedacht werden kann.

> Vor 1914 Hurrapatriot erster Klasse. Im Kriege Distriktskommissar in Polen, also Etappe! Seit dem November 1918 glühendster Sozialdemokrat.

Auf seinem „Kriegs"-Posten verstand Herr Engelke es, wie es heißt, ganz famos, mit dem jüdischen Bevölkerungsteil umzugehen. Die polnischen Bauern und Arbeiter, die Proleten, können aber ein Lied von dem „gestrengen" Distriktskommissar singen.

Als die ersten Nachrichten von dem Umsturz bei der Truppe eintrafen, war Herr Engelke einer der ersten, die, wörtlich genommen, die Flinte ins Korn warfen. Ein leerer Güterzug brachte ihn in die, ach, so geliebte Heimat.

Seine Kollegen waren dann einige Zeit später baß erstaunt, daß sie den immer so furchtbar konservativen „Max" plötzlich Wahlreklame für die U. S. P. D. „schieben" sahen. Engelke wurde gezwungen, sein Amt als Vertrauensmann der Beamten im Stadt-

Digitized by Google

verordnetenbüro niederzulegen. Die Beamten wollten nichts mehr mit ihm zu tun haben. Bei den Roten aber fiel er die Treppe hinauf.

Er wurde Vertrauensmann des marxistischen Stadtsyndikus Lange, der 1. Bürgermeister hinter Sahm war. Er wußte, wie er sich die Gunst seiner neuen Freunde erwerben konnte.

Max Engelke leistete dem roten Regime Spitzeldienste, indem er überall da, wo jemand saß, dessen politischer „Zuverlässigkeit" man nicht sicher war, den Aufpasser, den Spion spielte.

Man muß sich in der Tat über diesen netten Zeitgenossen wundern. Was er alles zu monieren hatte! „Wozu brauchen die Ingenieure pomphafte (!) Achselstücke?" äußerte er einmal bei der Beschaffung von Kleidungsstücken für die Feuerwehr. „Warum Biesen an den Hosen?" Die sahen sicher zu militärisch aus.

Herr Engelke hatte eben Sorgen . . .

Aber seine Tätigkeit und sein Pflichteifer wurden belohnt; der frühere Stadtsekretär wurde, wie eingangs gesagt, Direktor der Städtischen Betriebskrankenkasse.

Was hat sich nun der Gesetzgeber gedacht, als er einstmals die Krankenkassen ins Leben rief? Welche Absichten verfolgte er?

Er wollte den ärmsten Volksgenossen helfen und ihnen im Falle einer Krankheit die Sorgen fernhalten. Es sollten also nur die Volksgenossen in der Krankenkasse versichert sein, die nur über ein minimales Einkommen verfügten, und die ein Krankheitsfall sofort in die ärgste Not gebracht haben würde. Dazu genügten im Anfang ganz minimale Beiträge. Vor der Machtübernahme durch Adolf Hitler aber legten die Krankenkassen absolut keinen Wert auf die ärmeren Schichten, sondern nur auf die Bessergestellten, weil sie von

Digitized by Google

diesen die Beiträge erheben konnten, die ihnen ihr volksschädliches Treiben ermöglichte. Beiträge nahmen die Krankenkassen gern, nur leisten wollten sie höchst ungern. Oft wurden Leistungen, zu denen die Kasse gegenüber ihren Versicherten verpflichtet war, erst nach den erbittertsten Kämpfen erreicht. Das allerschönste aber war, daß die Krankenkassen trotz ihrer immensen Einnahmen, durch die hohen Beiträge, in Schwierigkeiten gekommen waren, als Folge der unfähigen und liederlichen Verwaltnng der roten Machthaber, von der ich ebenfalls in einem besonderen Kapitel Proben geben werde.

Jedenfalls mußte versucht werden die Krankenkassen zn sanieren, selbstverständlich auf Kosten der Versicherten. Beitragserhöhung war ja in solchen Fällen das A und O der ganzen Bemühungen, weiter verstanden die roten Bonzen in der Regel nichts. Aber bei der letzten Sanierung der Kassen fand man noch andere Wege außer dem eben genannten. Man beschränkte die Leistungen, und um die Inanspruchnahme der Kassen zu erschweren, führte man ein, daß jeder Krankenschein, den das Mitglied znm Besuch des Arztes brauchte, 0,50 RM. extra kostete. Ebenso mußte der Kranke zu jeder Arznei 0,50 RM. zugeben. Auf diese Weise konnte man wenigstens die ärmsten Kassenmitglieder, die diese Mark nicht entbehren konnten, um ihre Ansprüche bringen.

Gerade die Krankenkassen, mehr als die übrigen Sozialversicherungen, belasteten die gesamte Volkswirtschaft in ungeheurem Ausmaße durch die enorm hohen, restlos verlorenen Beiträge.

Dem Versicherten aber nahmen sie durch Wegsteuerung eines großen Teiles seines Einkommens die Möglichkeit, sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen und sich aus dem Proletarierdasein zu erheben.

Digitized by Google

Hören wir nun, was ein Arzt über die Krankenkassen schrieb:

„Die sich zwischen Arzt und Patient als eigentlicher Zahler und Interessent einschiebende Kasse bedingt:

1. Unfreiheit des Arztes durch einengende Vorschriften seitens der Kassen.
2. Unfreiheit des Patienten durch Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit eines Arztwechsels.
3. Praktische Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht durch Diagnosenzwang.
4. Ramschpraxis infolge geringer tariflich vereinbarter Honorarsätze.
5. Der Kassenpatient oft Patient zweiten Ranges.
6. Demoralisation der ärztlichen Standesethik durch Aufgabe des „freien Berufes" und Bindungen an Leistungsverträge.
7. Belastung der Allgemeinheit durch Inanspruchnahme für Kleinigkeiten.
8. Hohe Verwaltnngskosten.
9. Kontrollmangel der ärztlichen Leistungen.
10. Gefahr der Vielgeschäftigkeit des Arztes.

Die Neuregelung, die von seiten des Patienten einen Kostenbeitrag von 50 Pf. für Rezept nnd Krankenschein verlangt, bringt zwar durch das Interessement des Patienten gewisse ausgleichende Faktoren, die die nicht unbedingt notwendige Inanspruchnahme der Versicherung erschweren. Dem Hanptübel wird aber keineswegs hierdurch abgeholfen.

Ziel jeder Neuregelung muß es sein, jegliche Zwischeninstanz zwischen Arzt und Patient auszuschalten und zugleich den Patienten weitgehend an der Versicherungsleistung zu interessieren, um auf

Digitized by Google

diese Weise Ausnutzung des einzelnen auf Kosten der allgemeinversicherten Masse zu vermeiden.

Trotz hoher Beitragsleistung des einzelnen Versicherungsnehmers gewährt die Krankenversicherung keinen genügenden Schutz gerade in den Fällen, wo dieser an sich besonders wünschenswert erscheint, nämlich bei langandauernden Krankheiten. Die Leistungspflicht der Kasse ist statt mit einem gewissen Höchstbetrag nach oben rein zeitlich begrenzt. Wer als Kranker das Pech hat, länger als 26 Wochen an einer Krankheit zu leiden, für den entfällt die Möglichkeit, seine Kasse weiter in Anspruch zu nehmen. Er fällt der allgemeinen Fürsorge zur Last. Mag er auch noch soviel an Eigenem der Kasse in früheren Jahren beigesteuert haben.

Eine weitere Überlegung: Bedeutet es nicht eine große Härte dem Versicherungsnehmer gegenüber, wenn mit steigendem Lohneinkommen immer höhere Beiträge, entsprechend einem bestimmten prozentualen Anteil seines Arbeitseinkommens, ihm weggesteuert werden? Die oberen Beitragsstufen der Pflichtkassen, mögen sie sich Orts- oder Land- oder Ersatzkassen nennen, erreichen in ihren Beitragssätzen Summen, die nur noch als ungerechte Steuer empfunden werden können.

Ich will die Vorteile der Krankenpflichtversicherung nicht verschweigen, wie ich sie in schneller ärztlicher Hilfeleistung bei Krankheitsfällen und Verletzungen unter Vermeidung der Gefahr der Verschleppung gegeben ansehe. — Aber schon die Erwähnung des letzten Punktes verdient eine Einschränkung. Die Durchschnittskassenramschpraxis macht oft ein genaues Eingehen auf die Beschwerden der Patienten unmöglich und läßt deswegen Fehldiagnosen zur Wahrscheinlichkeit werden.

Digitized by Google

Da der Kassenarzt mit einem verhältnismäßig großen Prozentsatz von Simulanten rechnen muß, so ist die Möglichkeit gegeben, daß ein Patient, der wirklich ein schweres inneres, aber schwer diagnostizierbares Leiden hat, von seinem Kassenarzt als leichter Fall behandelt wird. Damit wäre die Möglichkeit der Versäumnis einer frühzeitigen, rationellen Therapie gegeben."

Günstlingswirtschaft und Verschwendung bei den Krankenkassen.

Die heutige Wirtschaftslage bedingt nicht nur die Zusammenbrüche der kleinen Mittelständler, sondern auch der größten Firmen. Heute ganz besonders ist nicht jeder gleich Betrüger zu nennen, der zahlungsunfähig wird und seinen Gläubigern einen oft nicht unerheblichen Schaden zufügt. Hier kann man nur von höheren Gewalten sprechen und der Zahlungsunfähiggewordene wird in den allermeisten Fällen aus dem Zusammenbruch gerade das nackte Leben retten, denn er wird sich bis zum allerletzten Augenblick an seine Existenz geklammert haben. Was menschlich verständlich ist. Gesunde Pleiten, von denen man früher sprach, sind Seltenheiten. Von den Schädlingen der Wirtschaft, die dieselben hervorrufen, soll hier nicht gesprochen werden.

Die Gläubiger versuchen aus dem Schuldner durch den Offenbarungseid das letzte herauszuholen, und wenn nichts mehr zu holen ist, kommt der Posten auf das Verlustkonto.

Nun gehörte im alten System aber auch die Krankenkasse sehr oft zu den Gläubigern. Ihr war nun ein besonderes Recht eingeräumt worden, insofern als nicht nur der Gerichtsvollzieher, sondern auch das Strafgesetz für die Eintreibung der Verpflichtungen sorgte.

Digitized by Google

Die Krankenkassen waren oft mehr als hart in der Verfolgung der Nichtzahler mit der Begründung, daß es sich um soziale Beiträge, also um die Groschen der Ärmsten handele. —

Wie pfleglich und mit welcher Sparsamkeit diese Groschen der Ärmsten von ihren marxistischen Genossen, aus denen sich ja hauptsächlich die Kassengewaltigen rekrutieren, verwaltet werden, will ich im Folgenden zeigen.

— Ich will vorausschicken, daß ich einen großen Teil des hier gebrachten Zahlenmaterials der Schrift: Engel-Eisenberg, „Millionen klagen an", entnehme. —

Die Dresdener Krankenkasse schaffte sich am 25. September 1925 einen 8/32-PS-Selve-Personenwagen an, er kostete 10 500 RM. Für Probefahrt wurden 65 RM., für Steuer 200 RM. am gleichen Tage gezahlt. Am 16. Oktober 1925 wurde eine Lederjacke für den Chauffeur zum Preise von 110 RM. angeschafft, am 13. November noch eine gleiche für den zweiten Chauffeur. Am 5. Dezember 1925 erhielt der Selve-Wagen einen Ersatzkasten für 186,50 RM., am 20. Januar 1926 Autofahrtrichtungsanzeiger für 105 RM. Am 4. Januar wurde eine Luftpumpe für 290 RM. angeschafft.

Dieser Wagen allein fraß in etwa vier Monaten 11 566,50 Reichsmark, ohne die reinen Betriebskosten zu rechnen. Die Groschen der Ärmsten werden von den Kassen sehr pfleglich behandelt, nicht wahr, lieber Leser?

Doch das ist noch lange nicht alles. Denn außer dem Selve-Wagen besaß die Krankenkasse noch einen 16/50-PS-Mercedes-Benz-Wagen. Für diesen wurde am 14. Dezember 1925 546,85 RM. an Reparaturkosten gezahlt, am 5. Mai 1926

Digitized by Google

ebenfalls für Reparatur 1429,85 RM. Für die Zeit vom 27. Juni 1926 bis 26. Juni 1927 wurde für diesen Wagen an Steuer 850 RM., und zwar am 21. Juni 1926, bezahlt. Der gleiche Wagen erhielt am 14. Oktober 1926 einen Autokühler für 180 RM. Zu gleicher Zeit wurde eine Autodecke für 68 RM. gekauft. Am 20. September 1927 wurden 18 RM. für einen Auslandspaß des Kraftwagens bezahlt. Am 17. Februar 1928 mußte für den Chauffeur eine neue Autojacke für 110 RM. gekauft werden. Am 5. Oktober 1928 wurde eine neue Autodecke für 77 RM. angeschafft.

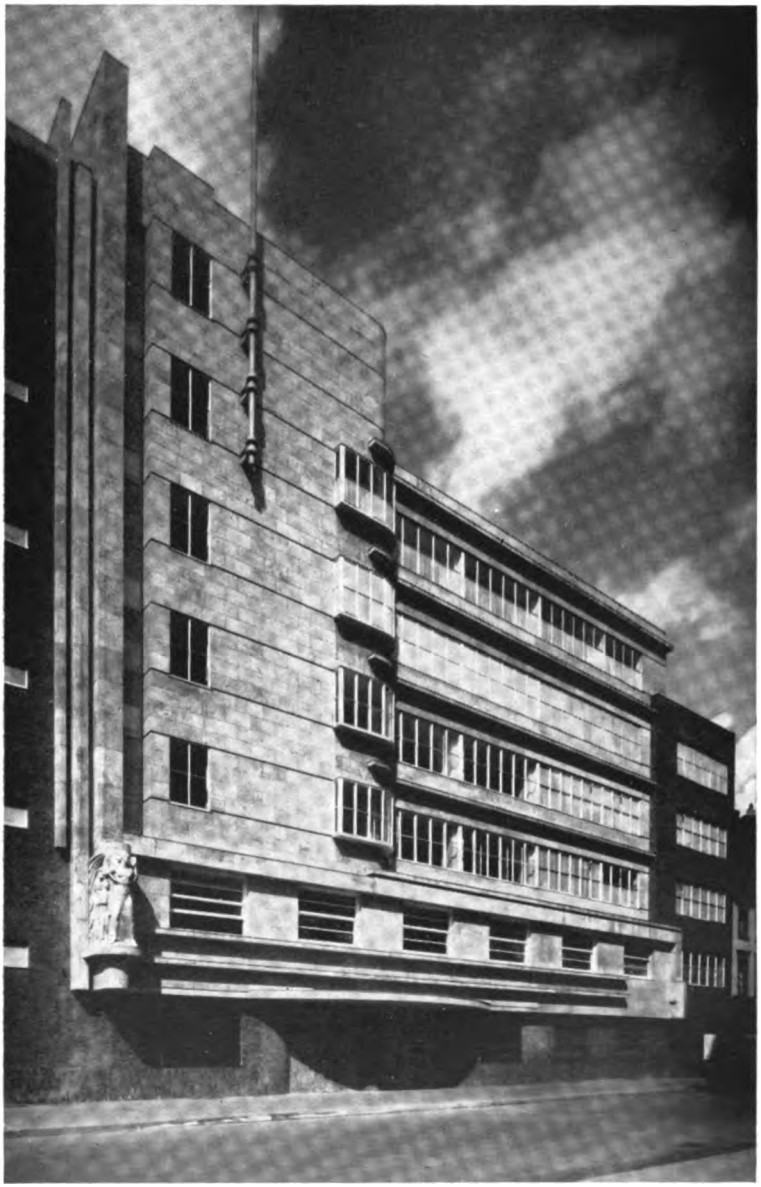
An Reparaturen wurden für den 16/50-PS-Mercedes-Benz 3 549,20 RM. am 18. Oktober 1928 bezahlt und am 16. März 1929 für den Selve-Wagen 353,50 RM., nachdem schon am 8. November 1928 1946,60 RM. für diesen Wagen an Reparaturen bezahlt worden waren.

Aber auch damit ist das Autokonto noch nicht erschöpft. Am 23. November 1929 wurde schon wieder ein neuer Wagen, und zwar eine Pullmann-Limousine, für 14 200 RM. gekauft.

Also in vier Jahren wurden hier fast 35 000 RM. nur für die Bequemlichkeit der Kassendirektion ausgegeben. Doch trifft diese Summe bei weitem noch nicht die wahren Kosten dieses Vergnügens. Es kommen noch die Betriebskosten und Gehälter für die Chauffeure hinzu.

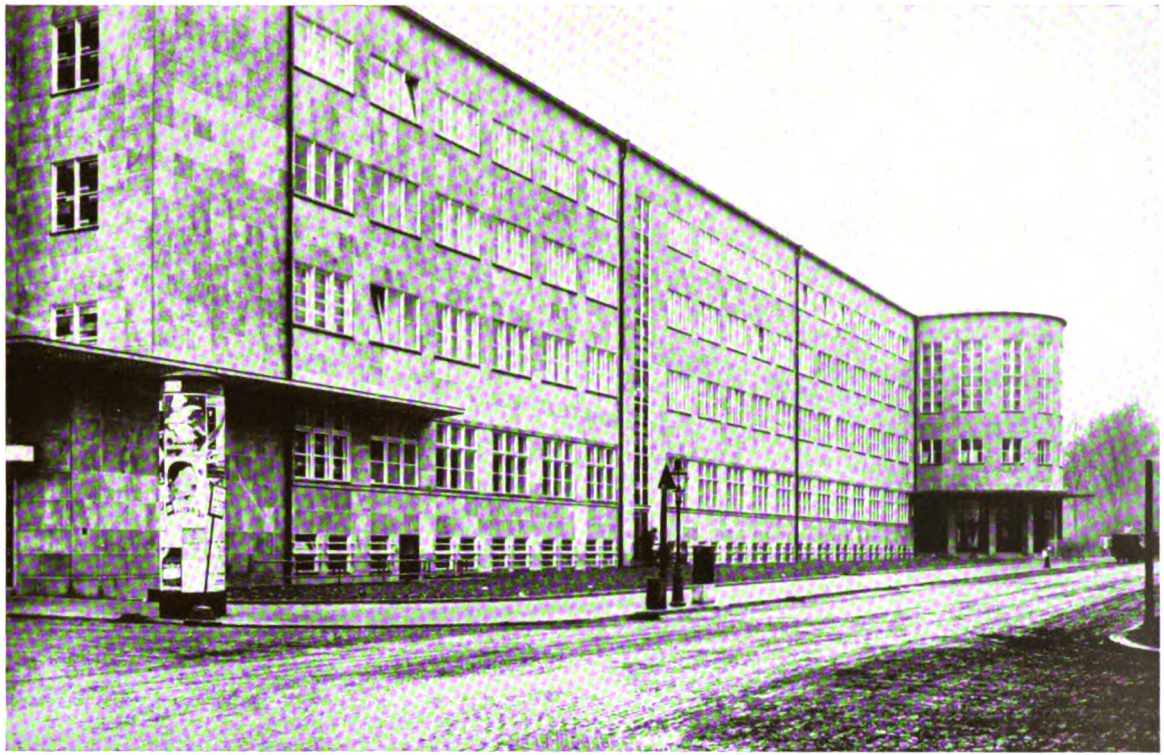
Nehmen wir nun ein Beispiel aus dem gewöhnlichen Leben. Der Kaufmann pflegt die Unkosten für einen Chauffeur im Jahre mit mindestens 2500 RM., also für zwei Chauffeure im Jahre mit 5000 RM. zu veranschlagen. In vier Jahren also 20 000 RM.

Digitized by Google



Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Düsseldorf. Baukosten 4,7 Mill.

Digitized by Google



Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Chemnitz. Baukosten 4,2 Millionen RM.

Digitized by Google

Auf einen Wagen rechnet man gewöhnlich im Jahre 20 000 Fahrkilometer.

Ein sechzehnpferdiger Wagen verbraucht mindestens 20 Liter Benzin und 1 Liter Öl auf 100 Fahrkilometer. Das ergibt bei 20 000 Fahrkilometer 4000 Liter Benzin und 200 Liter Öl.

Für den achtpferdigen Selve-Wagen wollen wir nur die Hälfte an Betriebsstoffen annehmen, so würden wir auf eine Benzinmenge von 6000 Liter und einer Ölmenge von 300 Liter für beide Wagen kommen.

Nehmen wir den damaligen Literpreis von Benzin mit 0,30 RM. und den Literpreis für Öl mit 1,50 RM. an, so ergibt sich für den gesamten Betriebsstoff die Summe von 2250 RM. Für zwei Chauffeure und Betriebsstoff die Summe von 22 250 RM.

Diese Summe würde der Kaufmann noch zu der Summe von etwa 35 000 RM. dazu rechnen, so daß wir jetzt fast auf 60 000 RM. kommen.

Die Dresdener Ortskrankenkasse war aber eine von vielen Krankenkassen. Wenn man hier nicht von ärgster Mißwirtschaft reden wollte, wo fängt dieselbe dann an?

Diese Verschleuderung der Groschen der Ärmsten des Volkes kann nicht mehr als leichtfertig bezeichnet werden, es war direkt verbrecherisch.

Ein wichtiges „Arbeitsgebiet" der Herren Krankenkassendirektoren bildete das Reisen. Alle möglichen und unmöglichen Tagungen mußten besucht werden. Diese Tagungen fanden zufällig fast immer in landschaftlich besonders schön gelegenen Orten statt. Die Tagegelder, die wiederum aus den Groschen der Ärmsten stammten, sorgten

Digitized by Google

für einen angenehmen Aufenthalt, denn von ihren „kleinen" Gehältern konnten sich die Herren diese Vergnügungsreisen nicht leisten.

So hat zum Beispiel die Ortskrankenkasse Dresden ihren Direktor Ganßauge und den ersten stellvertretenden Vorsitzenden Oberlein und auch den zweiten Vorsitzenden Langhorst nach Wien zum Besuch der Hygiene-Ausstellung und sozialen Einrichtungen des österreichischen Kassenverbandes entsandt, und von dort fuhren die Herren Genossen gleich nach München zur Tagung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen. Dort trafen sie mit fünf weiteren Kassenvertretern zusammen. Die Wien- und Münchenfahrer erhielten ein Tagegeld von 493,55 RM., die Münchenfahrer ein solches von 261 RM. Der Besuch beider Tagungen kostete der Kasse „nur" 26733,90 RM. Dabei muß bemerkt werden, daß der Vorsitzende der Kasse als Obergenosse eine Sonderrechnung aufstellte. Er erhielt in diesem Falle 351,05 RM.

In Düsseldorf fand aus Anlaß der Gesolei der 30. Deutsche Krankenkassentag im Juli 1926 statt. Die dorthin entsandten Vertreter erhielten insgesamt 2992,50 RM. Außerdem aber wurden aus Anlaß einer Sonderfahrt nach Düsseldorf zur Gesolei an neun Vorstandsmitglieder noch einmal 2920,05 RM. gezahlt.

Eine andere Gelgenheit, die Beiträge ihren eigentlichen Zwecken zu entziehen, war die Gepflogenheit, marxistische Organisationen zu unterstützen, insbesondere das Reichsbanner.

In Freiburg im Breisgau schwebte im Jahre 1925 kurz vor Weihnachten ein Prozeß vor dem Schöffengericht. Der frühere Angestellte Scheer der Freiburger Ortskrankenkasse hatte von den Beiträgen, die er einkassiert hatte, 5030 RM. veruntreut. Davon hatte er 4000 RM. der Ortsgruppe des Reichsbanners

Digitized by Google

Schwarz-Rot-Gold als Darlehen gegeben. Merkwürdig war die Entschuldigung des Angeklagten, daß er das Geld an das Reichsbanner mit Genehmigung des damals bereits verstorbenen Direktors Edelmann ausgeliehen habe. Der Direktor habe ihm gestattet, Gelder, die mit der Ortskrankenkasse noch nicht verrechnet waren, dem Reichsbanner zu leihen. Sollte sich die Rückgabe verzögern, so wäre nach seiner Ansicht der Direktor Edelmann zum Ersatz der Kasse gegenüber verpflichtet gewesen.

Scheer war Kassierer des Reichsbanners und im Nebenamt auch noch Ortskrankenkassenangestellter. Ich betone das „Nebenamt", denn diese Herren waren im Parteiwesen besser zu Hause als in den Rechtsgebieten, deren Kenntnis ihre eigentliche Berufsaufgabe sein sollte. Dieser gute Herr Scheer hat auch in seiner Verteidigung behauptet, daß bereits im Jahre 1922 die Kasse einen Streik der Holzarbeiter finanziert hat. Es sind der Streikleitung damals 5000 RM. zur Verfügung gestellt worden. Sein Verteidiger war der Vorsitzende des Reichsbanners, Ortsgruppe Freiburg, Herr Rechtsanwalt Föhrenbacher. Dieser halbamtliche Mann konnte nicht etwa die behauptete Tatsache abstreiten. Er erklärte, daß das Darlehen bis auf 226 RM. an die Ortskrankenkasse zurückgezahlt sei.

Die beste Möglichkeit aber, das Geld ihrer Mitglieder schnell und restlos zu vergeuden, sahen sie in der Erbauung von Krankenkassenpalästen. Hier feierte die Verschwendung wahre Orgien. Die — wie ich bereits an Beispielen klar machte — aus kleinen Verhältnissen zur Macht gelangten Direktoren konnten sich nicht genug tun in Prunk und Pracht. Die Prunkpaläste sollten nun ihren Nimbus noch erhöhen. Wenn sich aber die Machthaber nicht ent-

Digitized by Google

blödeten, fünf und noch mehr Millionen Reichsmark herauszuwerfen, so grenzt das an Cäsarenwahnsinn.

Ein Beispiel ist „der rote Prunkpalast in Essen", so nennt ihn der „Angriff" vom 13. Januar 1932. Ohne Ausstattung hat derselbe ein und eine halbe Million Reichsmark gekostet. Da zur Bezahlung 450 000 RM., also fast eine halbe Million Reichsmark fehlte, mußten die armen Zwangsmitglieder diesen Fehlbetrag schnellstens durch erhöhte Beitragszahlung aufbringen. Das verantwortungslose Handeln der Bonzen wurde also auch hier wieder auf die ärmeren Schichten abgewälzt.

In Breslau hat es die Verwaltung der Ortskrankenkasse fertig bekommen, für den Bau eines Büropalastes 4,5 Millionen RM. zu verpulvern, trotzdem vom Ausschuß nur 600 000 RM. bewilligt worden waren. Auf Anfragen rechtsstehender Politiker im Landtag, die Krankenkassenskandale betreffend, wurde ihnen von der damals linksorientierten Regierung folgendermaßen geantwortet:

„Die Klagen aus Wirtschaftskreisen über die sozialen Lasten sind der Staatsregierung bekannt. Solche Klagen sind bereits seit dem Bestehen der Sozialversicherung laut geworden. Ohne ausreichende Mittel kann aber die notwendige soziale Fürsorge, die auch im Interesse der Wirtschaft gelegen ist, nicht geleistet werden. Zu besonderen Maßnahmen hat die Staatsregierung zur Zeit keine Veranlassung. Da die Staatsregierung eine sparsame Verwendung der Kassenmittel entschieden für geboten hält, werden die Beschwerden über die Geschäftsführung der Kassen — insbesondere auch solche über den Bau angeblich prunkvoller Verwaltungsgebäude usw. — regelmäßig auf ihre Berechtigung geprüft. Dabei haben sich jedoch diese Beschwerden immer als ‚ungerechtfertigt' erwiesen."

Digitized by Google

So wurde die Mißwirtschaft in den Krankenkassen von den Genossen gestützt und totgeschwiegen.

Die Steigerung des Nimbus der eigenen Person mag aber nicht allein der Grund für die Bauwut gewesen sein. Provisionen und Vermittlungsgebühren haben wesenlich dazu beigetragen.

Dazu schreibt Engel-Eisenberg:

Als der Bau der Ortskrankenkasse Breslau fertig ist, hat er rund 4,5 Millionen RM. verschlungen. Er wird abgeschätzt. Da ergibt sich das Merkwürdige, daß ein solcher Bau einschließlich Inneneinrichtung nie und nimmer den Betrag von 4,5 Millionen Reichsmark erreichen konnte. Tatsächlich sind auch die Kostenanschläge über einen Betrag von 4,5 Millionen RM. nicht vorhanden. Man sucht krankhaft nach den verbliebenen 2,3 Millionen RM. Die Treuhand-Revisionsgesellschaft, die aus Berlin nach Breslau auftragsweise gekommen war, hat verschiedenes festgestellt. Aber das hat sie doch nicht gefunden.

Nicht uninteressant ist die Tatsache, daß eine am Neubau beteiligte Firma im März zur Kasse kommt und den Kassierer bittet, doch vorläufig eine Rate von 8400 RM. anzunehmen, da der Firma „irrigerweise" 10 200 RM. vor zwei Jahren zuviel gezahlt worden seien. Ich behaupte wohl nicht zuviel, wenn ich annehme, daß es sich hier um eine verschleierte Provision handelt oder handeln sollte.

Ein anderer Bauskandal spielte sich bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mannheim ab. Geld hatte die Kasse nicht. Aber was die anderen Kassen tun, möchte sie auch, nämlich protzen. Also wird das Geld dazu gepumpt. Natürlich auf Kosten der Mitglieder. 2,5 Millionen RM., eine riesige Summe! Dabei wird also jedes Mitglied bei einer Zahl von 50 000 Mitgliedern, welche bei der

Digitized by Google

Ortskrankenkasse Mannheim gemeldet sind, mit 50 RM. belastet, ohne daß das Mitglied sich auch nur im entferntesten dagegen wehren kann.

Wie man so etwas im gewöhnlichen Leben bezeichnet, darüber brauche ich mich ja wohl nicht auszulassen.

Hier zeigt sich ganz besonders kraß, wie weit die Krankenkassen von ihrem ursprünglichen Pflichtenkreis, die Beiträge im Interesse ihrer Mitglieder zu verwenden, abgekommen sind.

Es wurden für das gepumpte Geld 200 000 RM. jährlich an Zinsen gezahlt, und zu dieser Zahlung benutzte man die Mitgliederbeiträge.

An Leistungen aber, die dem Versicherten zustanden, sparten die Kassen.

Die Verschwendung mußte natürlich auch bei der Mannheimer Kasse ihre Auswirkungen zeigen. Sie kam in Schwierigkeiten. Die Beiträge wurden erhöht, die Leistungen dagegen abgebaut.

Die Arbeiter wurden somit schlechter gestellt, die „Arbeiter"-vertreter aber konnten jetzt in Polstersesseln Beschlüsse „zugunsten" der von ihnen geführten Genossen fassen.

Ein besonderes Kapitel für den Mannheimer Neubau bildete die Einrichtung der sogenannten Eigenbetriebe. Es wurde eine Zahnklinik errichtet, es wurde eine Badeanstalt errichtet. Alles Sachen, die tatsächlich nicht notwendig waren. In unmittelbarer Nähe des Neubaues befanden sich das städtische und das katholische Krankenhaus, auch das moderne Herschelbad. Volkswirtschaftlich gedacht darf eine Ortskrankenkasse gar nicht die Frage erwähnen, ob sie Bäder für ihre Mitglieder in einem eigenen Bad billiger abgeben kann. Wenn mit Volksvermögen Krankenhäuser und Bäder er-

Digitized by Google

richtet sind und diese nun infolge der Errichtung eines anderen Bades nicht genügend ausgenutzt werden, so muß man das als Verschwendung ersten Ranges bezeichnen. Aber hier in Mannheim hatten wir es nur mit einer verhältnismäßig geringen Vergeudung von Volksvermögen zu tun.

Besser demonstrierte der Bauirrsinn in Frankfurt am Main die Tatsache.

Fast 7 Millionen RM. hat der Luxuspalast der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt am Main gekostet. Es wütete um diese Verschwendung ein Orkan im Presswald.

Mit naiven Ausreden versuchte die Kassenverwaltung die Notwendigkeit des Baues zu begründen. Es wären doch nur drei notwendige Abfertigungsschalter mehr gebaut, als schon im alten Gebäude vorhanden waren, war eine davon. Also die Kassenverwaltung wollte der Bevölkerung einreden, daß die 7 Millionen RM. nutzbringend für drei notwendige Abfertigungsschalter angewandt worden seien.

In der Hauptsache aber reizte noch nicht einmal der neue Büropalast die Bonzen so sehr, wie die neugeschaffenen Eigenbetriebe. Denn getreulich den Richtlinien des Marxismus vernichten die roten Krankenkassen absichtlich die freie Wirtschaft, um deren Kollektivierung zu erreichen.

Marxisten saßen auch in der vorgesetzten Behörde dieser Krankenkasse. Sie versuchten vor der Allgemeinheit mit ebenso belanglosen Reden diese Verschwendung zu bemänteln. Ja, sie rühmten sich noch, daß die Baukosten dieses Krankenpalastes, man halte sich die Zahl von fast 7 Millionen RM. vor Augen, auf das geringstmögliche Maß reduziert worden seien.

Digitized by Google

Man kann sich kaum eine Vorstellung von dem Luxus in diesem Krankenpalast machen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" schreibt am 10. April 1931 über den unnötigen Luxus folgendermaßen:

„Waren zwei besondere Sitzungssäle nötig, dazu noch vollständig mit Sperrholz ausgestattet? War ein besonderer Vortragssaal mit Lichtbildapparat erforderlich? Wird überhaupt die Fülle von Zimmern jemals voll ausgenutzt werden, zumal durch die neuen Bestimmungen die Inanspruchnahme der Krankenversicherung zurückgegangen ist?

Jeder Vertrauensarzt hat neben einer Reihe von Lichtschaltern eine Notrufanlage, ja sogar einen Feuermelder auf seinem Schreibtisch. Durch Druck auf einen Knopf öffnet er die Tür der Auskleidekabine, um den Patienten eintreten zu lassen, dessen Anwesenheit ihm ein Lichtsignal anzeigt. Allein die elektrischen und Rohrleitungen, die zu einem guten Teil durch eine solche Überspitzung der Betriebsrationalisierung nötig geworden sind, verschlingen ein Vermögen. Man höre und staune: rund 90 Kilometer Rohrleitungen (die elektrischen Leitungen also ausgeschlossen) liegen im Haus. Das Wunderwerk der technischen Zentrale, von der aus die Ent- und Belüftung, die Wasser-, Gas-, Preßluft-, Stark- und Schwachstromanlagen dirigiert werden, ist auf das technisch raffinierteste ausgestattet. Überall im Haus findet man Spucknäpfe mit Wasserleitung. Was den Bau aber noch ganz besonders verteuert, sind die Bäder: medizinische Bäder, Schwitzbäder, Dampfbäder und sogar ein modern ausgestattetes römisches Bad. Bisher war die Ortskrankenkasse ohne eigene Bäder ausgekommen, die vorhandenen städtischen Badeanstalten hätten genügt. In einer Zeit aber, wo es

Digitized by Google

gilt, an allen Ecken und Enden zu ſparen, glaubt man, ſich koſtſpielige Badeanſtalten leiſten zu müſſen.

Über dieſe Eigenbetriebe ſchreibt Engel-Eiſenberg:

„Das Bad der Ortskrankenkaſſe Frankfurt a. M. iſt überhaupt ſo eine eigene Sache. Es ſoll die größte und beſteingerichtete Badeanſtalt Frankfurts ſein. Dabei wird das ſtädtiſche Schwimmbad, wie jeder Kenner der Verhältniſſe weiß, bei weitem nicht genügend ausgenutzt. Heilbäder können auch dort verabfolgt werden. Ich weiß aus ſicherer Quelle, daß es Tage gibt, an denen nicht einmal zehn Beſucher gezählt werden, und bei dieſem Zuſtande muß die Ortskrankenkaſſe Frankfurt a. M. ausgerechnet ein Bad mit einem Millionenaufwand errichten, in dem, wenn man die Koſten und die laufende Unterhaltung einſchließlich Zinſendienſt berückſichtigt, das Bad auf 20 bis 25 RM. kommen wird."

Nun werden Sie fragen, hatte denn auch in Frankfurt a. M. die Sozialdemokratie vorherrſchenden Einfluß? Ich bin daher darauf nicht weiter eingegangen, weil ich es überhaupt als ſelbſtverſtändlich vorausſetze, daß überall dort, wo eine Mißwirtſchaft herrſcht, die Sozialdemokratie maßgeblich vertreten war. Ich kann bei Frankfurt am Main ſogar mit Einzelheiten aufwarten und erinnere mich noch der erſten Zeit im republikaniſchen Deutſchland. Da trugen faſt alle Schalterbeamte der Ortskrankenkaſſe ſchwarzrotgoldene Schleifen im Knopfloch. Das war nicht etwa ein Zeichen vaterländiſcher Geſinnung, ſondern das war eine Legitimation, auf deutſch der „Befähigungsnachweis". Und als dann die Wahlen kamen, da ſtanden auf den Vorſtandsliſten die Leute, die „nebenbei" den Poſten eines roten Gewerkſchaftsführers innehatten.

Digitized by Google

Die Ortskrankenkasse Frankfurt am Main hat selbst in einer Zeitschrift vom Mai 1931 die Beitragserhöhung begründet. Die „Frankfurter Nachrichten" veröffentlichten am 7. Mai 1931 den folgenden Auszug:

„1930 hat die Kasse noch eine Beitragseinnahme von 22 156 Millionen Reichsmark erzielt. Durch die Notverordnungen wurden einschneidende Änderungen hinsichtlich der Krankenversicherung getroffen. Diese sollten nach Ansicht des Reichsarbeitsministers eine Senkung der Kassenausgaben um 10 v. H. herbeiführen. Auch die Kassenbeiträge mußten neu festgesetzt werden, wobei gleichzeitig den Arbeitgebervertretern ein Ablehnungsrecht eingeräumt wurde, wenn die Beiträge 6 v. H. übersteigen würden. Die Beiträge unserer Kasse betrugen 1930 vom 1. Januar bis 31. März 8 v. H., vom 1. April bis 2. November 7,5 v. H. und wurden vom 3. November 1930 ab, trotz schwerer Bedenken des Kassenvorstandes, auf Drängen der Arbeitgeber auf 6 v. H. herabgesetzt usw."

Also diese Arbeitervertreter schämten sich nicht, fast 7 Millionen Beitragsgelder herauszuwerfen und faselten dann, wenn die Beiträge nur etwas herabgesetzt werden sollten, was noch lange nicht die erträgliche Grenze ist, von schweren Bedenken für den Bestand der sogenannten sozialen Einrichtung. Den Arbeitgebervertretern, die gegen diesen Wahnsinn Front machten, warf man dann Mangel an sozialem Empfinden vor. Der Arbeiter selbst aber, der von den wirklichen Vorgängen keine Ahnung hatte, glaubte natürlich diesen Hetzreden.

Ganz Deutschland litt unter der Mißwirtschaft der Krankenkassen. Hatten doch die kostspieligen Eigenbetriebe schon manche Existenz vernichtet. Auch heute noch behaupten die Roten Herren,

Digitized by Google

daß die Sozialversicherung mit ihrem Hauptfaktor der Krankenversicherung die größte Errungenschaft der Neuzeit wäre.

Die Ortskrankenkasse Köln am Rhein hat für ihren Verwaltungsapparat 4 Millionen verpulvert, die Ortskrankenkasse Dortmund 3 Millionen RM, und so weiter.

Auch in Braunschweig gelang es, bei der Regierungsübernahme der N. S. D. A. P. grenzenlose Mißstände im Krankenkassenwesen aufzudecken. Ich entnehme dem Bericht darüber folgendes:

Als besonders korrupt erwiesen sich in Braunschweig — wie anderswo — die Verhältnisse bei der von Marxisten beherrschten Ortskrankenkasse. Unter allen Umständen mußten die roten Krankenkassengewaltigen ihren „Palast" haben. Unter der Regierung der Genossen Jasper, Sievers und Steinbrecher konnte der marxistische Stadtrat Vogler vom städtischen Versicherungsamt dem Prunkbedürfnis der roten Vorstandsmehrheit die Wege ebnen.

Er ließ es zu, daß der Bau unter seinen Augen ohne ordnungsmäßige Genehmigung, ohne ordnungsgemäßen Kostenanschlag, ohne gesicherte Finanzierung und ohne jede Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen der Versicherten begonnen wurde.

Zunächst sollte er eine Million kosten, kam aber schließlich auf nicht weniger als 2,7 Millionen zu stehen, kein Wunder, da er nach einem Gutachten des Direktors Jäger aus München um ein Vielfaches zu groß ist.

Durch den Größenwahnsinn der „Genossen" ist die Kasse mit den sechsfachen jährlichen Betriebskosten (240 000 RM.) belastet wie im alten Grundstück (40 000 RM.). Die 200 000 RM. Mehrausgabe müssen die Versicherten mit ihrer Gesundheit bezahlen.

Der einzige, der sich ins Fäustchen lachte, ist der Architekt Prof.

Digitized by Google

Mühlenpfordt, der für seinen langweiligen, steifen, das ganze altertümliche Stadtbild störenden Zweckbau neben seinem Professorengehalt 135 000 RM. Honorar einsteckte. Er hielt es aber nicht einmal für nötig, für diesen Riesenverdienst einen nach fachmännischem Urteil ausreichenden Kostenanschlag herzustellen.

Eine besondere schamlose marxistische Brutalität gegen das schaffende Volk bedeutet der Finanzierungsplan, den der Kassenvorstand am 4. Dezember 1928 beschloß, als man noch mit einer Million auszukommen gedachte.

Die marxistischen Kreaturen des Vorstandes brachten es fertig, in der Stille ihres Vorstandszimmers zu beschließen, den Versicherten solle in Zukunft nicht mehr vom zweiten, sondern erst vom dritten Tage ab Krankengeld bewilligt werden, um so 114 000 Reichsmark für den Bau zu gewinnen. Durch Einführung eines Arbeitgeberausweises sollten die Versicherten von der Krankmeldung abgeschreckt werden, wovon man eine Ersparnis von 175 000 RM. erhoffte.

Vor einer Beitragserhöhung schreckte man natürlich ebensowenig zurück wie vor einem kleinen Pump von 300 000 RM.

Die verantwortungslose sozialdemokratische Vorstandsmehrheit war in unerhörtem Leichtsinn sogar bereit, selbst die nach den Vorschriften des Gesetzes für etwaige Epidemien angesammelte Rücklage bedenkenlos zu verbauen. Tatsächlich weist heute der Rücklagefonds, der bestimmungsgemäß 982 000 RM. betragen soll, nur noch einen Bestand von 134 000 RM. auf. Die fehlenden 850 000 RM. sind verbaut.

Das Gutachten sagt darüber:

Der Stand der Rücklage der Kasse muß geradezu katastrophal

Digitized by Google

genannt werden. Damit ist jetzt bereits der geradezu verbrecherische Zustand eingetreten, daß die Mitglieder der A. O. K. Braunschweig völlig schutzlos einer etwa eintretenden Krankheitskatastrophe preisgegeben sind, dank der Gewissenlosigkeit ihrer marxistischen Vorstandsmehrheit.

Zu gleicher Zeit, da dem zwangsversicherten Arbeitnehmer die Inanspruchnahme der Krankenkasse in brutalster Weise erschwert, ja unmöglich gemacht wurde, zeigt man sich gegen Nichtversicherte, soweit es hohe Freunde und würdige Genossen waren, äußerst nobel und entgegenkommend. Hier kannte Wohltätigkeit nicht einmal gesetzliche Grenzen.

Entgegen dem bestehenden strikten Verbot wurden in der Zahnklinik der Krankenkasse Nichtversicherte gegen Ersatz der Selbstkosten für Material oder auch umsonst behandelt.

Zunächst fanden mehrere begüterte Arbeitgebermitglieder des Vorstandes oder ihre Ehefrauen liebevolle Behandlung in der Klinik, ohne daß irgendwelche Bezahlung nachweisbar wäre.

Von auswärts erschienen: Genosse August Heilmann, der Gewaltige der Ortskrankenkasse Magdeburg; Genosse Lehmann, Berlin-Charlottenburg, Vorsitzender des Verbandes deutscher Krankenkassen, der „geniale" Erfinder der Krankenscheinabgabe von 0,50 RM., und, als duftendes Veilchen in diesem farbigen Strauß, der Genosse Knoblauch, der Vorsitzende des Landesverbandes Bayerischer Krankenkassen aus Nürnberg. Sie alle brauchten nur die Selbstkosten an Material zu ersetzen. Auch der hochbezahlte Architekt Mühlenpfordt ließ sich drei goldene Brücken herstellen für 50 RM., mit deren Bezahlung er es aber nicht eilig hatte.

Zu seiner Entschuldigung wies der Vorstand der Kasse darauf

Digitized by Google

hin, daß auch mittellose Nichtversicherte behandelt seien, zum Beispiel obdachlose Wanderburschen. Diese erhielten allerdings keine teuren Brücken und Prothesen, sondern höchstens eine Spritze oder einen Bausch schmerzstillender Watte.

Angesichts solcher dokumentarisch bezeugten Zustände und Anklagen wagte es der marxistische „Volksfreund" noch, denen, die nicht alle wurden unter seinen Lesern, zuzurufen: „Seid auf der Hut, laßt euch eure Krankenkasse, die immer mustergültig innerhalb der gesetzlichen Grenzen für die Versicherten ihre Pflicht tat, nicht heimtückisch nehmen. Tretet dem nationalsozialistischen Schwindelmanöver entgegen."

Auch die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin hatte zuviel Geld übrig und baute einen neuen Verwaltungspalast.

Ein Berliner Blatt schrieb darüber:

Fünf-Millionen-Palast für unser Geld!
Das Verwaltungsgebäude der A. O. K.

An dem neueröffneten Riesenbau der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse, dem modernsten Bürogebäude Berlins, merkt man nichts von den schweren Geldnöten, in denen sich die Ortskrankenkassen befinden. Wie groß diese Nöte sind, wurde — und das nicht ohne pikanten Reiz! — durch den Berliner Rundfunk ausgerechnet an dem Tage geschildert, als die erste große Besichtigung des Riesenprachtgebäudes der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse erfolgte. Seltsam, aber — verständlich war es, daß die Begrüßungsreden zum großen Teil eingestellt waren auf die Abwehr aller schon seit langem laut gewordenen Kritik. Die nachfolgende Besichtigung rief zwar Staunen und Bewunderung hervor, hat aber die Kritik höchstens noch lauter werden lassen. Wenn der Vertreter des zuständigen Be-

Digitized by Google

zirksamtes glaubte, diese Kritik einfach durch das schnippische Zitat beiseiteschieben zu können:

„Wer da bauet an den Gassen,
Muß die Leute reden lassen",

so ist zu erwidern: Zu diesen Leuten gehören ja vor allem diejenigen, für deren Geld dieser Fünf-Millionen-Bau aufgeführt worden ist! Der Herr Oberbürgermeister Dr. Sahm sollte diesem Vertreter des Berliner Bezirksamtes Mitte einmal unter vier Augen ein wenig Takt beibringen! Wenn von diesem Stadtrat der Bau als „Vorbild neuerestandenen Bürgersinns" bezeichnet wurde, so kann man das höchstens als einen schlechten Witz auffassen, der durchaus nicht am Platze ist. Denn der Bürger pflegt es nicht für vorbildlich zu halten, Mut auf anderer Leute Kosten zu beweisen.

Drei Entschuldigungsreden hintereinander sind etwas viel, sie wurden aber für nötig gehalten. Nur blieb die Frage unbeantwortet, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, noch etwas zu warten mit der

Festlegung von fünf Millionen des Vermögens
der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse.

In Berlin standen nämlich seit Jahren ganze Geschäftspaläste leer, die man überaus billig hätte mieten können. Außerdem handelt es sich hier nur um einen Erweiterungsbau, da ja die Allgemeine Ortskrankenkasse in unmittelbarer Nähe der neuen Zentrale ihren bisherigen Riesenbau besaß.

Die Versicherten und Arbeitslosen, die Kranken und Invalidenrentner machen Augen, wenn sie

die größte Abfertigungshalle Europas betreten.

Auch die Kassenärzte stannen, wenn sie diesen Bau sehen, und verstehen jetzt auch, warum ihnen immer von neuem vorgeschrieben

Digitized by Google

wurde, daß sie bei der Behandlung, den Arzneien usw. immer nur zu sparen und nochmals zu sparen hätten. Die fünf Millionen Baukosten stehen in seltsamen Gegensatz zu den 50 Pfennig, die jeder krankgewordene Versicherte zuerst einmal für den Krankenschein und dann beim Apotheker bezahlen mußte.

Die Riesenbauten der Ortskrankenkassen in Dortmund, Frankfurt a. M. und anderen Orten fanden in Berlin ihre „würdige" Fortsetzung. Daß man sich in Berlin mit fünf Millionen — genauer gesagt: 4,8 Millionen — „begnügte", dafür aber nun im Besitze zweier Riesenhäuser ist, wird weder die Höhe der Beiträge entschuldigen noch die Zufriedenheit der Versicherten vermehren. Und wird die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin bestimmt nicht zu größeren Leistungen anspornen.

Dafür aber wurde Berlin um einen Verwaltungspalast reicher!

Verlassen wir nun die Paläste und beschäftigen wir uns einen Augenblick mit der gewesenen Personalpolitik der Krankenkassen.

Bei der Ortskrankenkasse Breslau mußten vom 1. Januar 1931 bis zum 30. April 1931 zwanzig Hilfsarbeiter eingestellt werden. Man hat sie wieder entlassen, dafür leisteten fünfzig Kontoführer Tag um Tag bezahlte Überstunden. Von zwölf angestellten Personen waren sechs Angehörige von Gewerkschaftssekretären, ein Angestellter war Töpfer, drei vollkommen ungelernt, eine Schneiderin, ein Lagerhalter. Außerdem waren zwei Söhne von Gewerkschaftssekretären Fahrstuhlführer geworden. Einen anderen Fall von Günstlingswirtschaft berichtet der „Mainzer Anzeiger" vom 10. Juli 1930.

Er schreibt:

„Soeben ist Herr Brisch zum Direktor des Oberversicherungs-

Digitized by Google

Dies Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Breslau war den S. P. D.-Bonzen zu „klein“.
Ein „Erweiterungsbau“ im Werte von 4 Millionen RM. kam hinzu.

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Braunschweig.
Baukosten 3,5 Millionen.

Digitized by Google

amtes Dortmund, eines der größten preußischen Oberversicherungsämter, ernannt worden. Brisch ist ein gelernter Maurer, was nicht gegen seine Tüchtigkeit zu sprechen braucht, allerdings auch keine Vorbildung für die Leitung eines Oberversicherungsamtes ist, wo es nicht auf politische Befähigung, sondern auf Sachkenntnis und Erfahrung ankommt. Auch der bisherige Entwicklungsgang hat Herrn Brisch für dieses Amt nicht geeigneter gemacht. Nach der Revolution war er zunächst in Schlesien im Paßwesen tätig und wurde dann bei der Regierung in Oppeln beschäftigt. Nach kurzer Zeit wurde er Landrat in Delitzsch (Provinz Sachsen). Nachdem er sich dort unmöglich gemacht hatte, versetzte man ihn als Regierungsrat nach Düsseldorf. Als der bewährte Schlichter für Westfalen, Mehlich, bei Leiferde tödlich verunglückte, wurde Brisch trotz warnender Stimmen auch im Reichsarbeitsministerium zu seinem Nachfolger bestellt. Schon nach einem halben Jahr machte er sich auf diesem Posten unmöglich. Bekannt ist die Einseitigkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der er sich im Ruhrbergbau über das Schmalenbachsche Gutachten hinwegsetzte. Selbst im Reichsarbeitsministerium gab man ihn auf, und er kam wieder zur Regierung nach Düsseldorf. Trotz dieser Fehlschläge, die jedem Berufsbeamten die Karriere zerschlagen hätte, wurde er jetzt von seinen Parteifreunden mit Hilfe des preußischen Staatsministeriums auf den wichtigen Posten des Direktors des Dortmunder Oberversicherungsamtes befördert."

Der Vorgesetzte der Krankenkassen war nicht etwa der Staat, sondern hier herrschte die S. P. D., und wer parteipolitisch nicht richtig orientiert, doch durch Zufall in den Verwaltungskörper kam, konnte sicher sein, bald herauszufliegen. Fand man keinen Strick, um ihn daran aufzuhängen, gab man ihm sogar für freiwilliges Ausscheiden

Digitized by Google

eine Entschädigung. Man war dabei nicht einmal kleinlich. Summen von 30 000 RM. spielten dabei keine Rolle. Nun handelte es sich ja schließlich nicht um eigene Gelder, sondern um die Beiträge der armen Pflichtkassenmitglieder, und da kam es auf tausend Mark mehr nicht an. Die Hauptsache: der Störenfried war fort, und man war wieder unter sich.

Der „Angriff" schrieb über die rote Herrschaft bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin:

Eine Hochburg des Marxismus.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse ist eine Hochburg des Marxismus. Getreu dem bekannten Bebelwort ist dafür gesorgt worden, daß sich die Krankenkasse nicht nur in völlig sozialdemokratischen Händen befindet, sondern darüber hinaus auch alle Personalfragen nach rein parteipolitischen sozialdemokratischen Grundsätzen behandelt werden. Wer nicht der S. P. D., dem Z. d. A., dem Arbeiter-Sportverein oder dem Arbeitergesangverein angehört, hat ein für alle Male die Aussicht verwirkt, entsprechend seiner Leistung und den allgemeinen Aufrückungsmöglichkeiten befördert zu werden. So hat sich mit der Zeit der Zustand der Menschen erster und zweiter Klasse herausgebildet. Zur ersten Klasse gehören die linientreuen S. P. D.-Bonzen, die mit größtem Betriebsterror und Schikanen gegen die politisch Andersdenkenden vorgehen, gegen sie wühlen und hetzen und sie von ihren Arbeitsplätzen vertreiben. Durch diese Art und Weise nehmen die Herren von der S. P. D. dem deutschen Angestellten das primitivste Recht eines jeden Dentschen, das Recht auf Arbeit. Es sei diesen Herren von der S. P. D. nur gesagt: Glauben sie dadurch und durch das Verbot, die nationalsozialistischen Betriebszellenversammlungen zu besuchen, dem sieghaften Vordringen des

Digitized by Google

Nationalsozialismus in den Krankenkassen Einhalt gebieten zu können? Täuschen sie sich nicht, auch diese Hochburg des Marxismus wird dem Nationalsozialismus weichen müssen! Überall, bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin und den anderen Kassen, marschiert der Nationalsozialismus trotz Terror und Verbotes.

Unser wird der Sieg sein!

Ich will nun zum Schluß dieses Kapitels, in welchem ich von den Luxusbanten der roten Arbeiterführer geschrieben habe, nicht verfehlen, eine Zeitungsnotiz aus dem „Fridericus" anzufügen, die das Leben in Schönheit und Würde zeigt, das die roten Bonzen dem deutschen Volke 1918 versprachen.

Er schrieb in der Nummer 23 des Jahres 1931:

„Wenn man von Koblenz hört, denkt man an den Rhein und an die Mosel, denkt man die Schönheit dieser alten, nach langer Fremdherrschaft vom Feinde befreiten Stadt. Aber man weiß nicht, daß es gerade in Koblenz eine Unterbringungsstätte für Menschen gibt, die menschenunwürdig ist. Im ehemaligen Militärgefängnis in Koblenz, das von jeher alles andere als ein freundlicher Ort war, sind 43 arme deutsche Familien untergebracht. Die Zustände in dieser Familienwohnung spotten aller Beschreibung, so daß man sie Familiengruft nennen sollte.

In zwei Zellen und einer Zelle, die als Küche benutzt wird, haust zum Beispiel eine fünfköpfige Familie mit Kindern im Alter von zwei Monaten bis zu 19 Jahren. Der Steinboden ist hart und kalt, die Zellen sind dumpf, feucht, düster und kalt. Das jüngste Kind ist erkrankt. Die Mutter hat ihm in der Zelle, die als Küche benutzt wird, ein notdürftiges Bettchen bereitet, denn die Küche ist wenigstens warm.

Digitized by Google

Zwanzig Kubikmeter Luftraum sollte diese Wohnung für jeden Bewohner haben, sie hat für jeden nur fünf Kubikmeter Luftraum. Denn diese Menschen werden schlimmer behandelt, als im Zuchthaus sitzende Deutsche, die 22 bis 28 Kubikmeter Luftraum erhalten.

Und so geht es Zelle für Zelle. Kaum daß ein Sonnenstrahl durch die winzig kleinen Fenster dringt. Dazu ist die Luft verpestet, denn es sind nicht Aborte genug vorhanden, und die wenigen sind zum Teil nicht in Ordnung. Aber es sind Menschen, deutsche Menschen, doch arme Menschen, die in diesen Löchern hausen müssen.

Wenn wir an Koblenz denken, denken wir an den goldenen Rhein mit seinen von Städten und Dörfern und Weinbergen und Obstgärten geschmückten Ufern. Wir wollen aber auch an das Elend denken, das hinter diesen Mauern wohnt, und wollen es uns in die Hand versprechen, daß all unsere Arbeit, die wir leisten, erfüllt sein soll von dem Geiste, den man so gerne sozial nennt, für den es aber ein viel schöneres und viel weitergehendes Wort gibt: Kameradschaft.

Jedem Deutschen seine Wohnung, seine Arbeit, sein Brot. Das ist keine Utopie, keine Vorspiegelung falscher Tatsachen, das ist Möglichkeit. Eine Möglichkeit, die in Erfüllung gehen wird, wenn wir es in unablässiger Arbeit durchgesetzt haben, die gesamte Jugend unseres Volkes in ein- bis zweijähriger Arbeitsdienstpflicht zu ertüchtigen, die Arbeitsplätze für die Älteren freizumachen, neue Siedlungen zu schaffen und aus den Steinhöhlen der Großstadt die Menschen aufs Land, auf die Siedlungen zu führen, auf daß in freier und frischer Luft eine gesunde deutsche Generation heranwachse.

Niemals ist einem Volke Freiheit gebracht worden von Menschen, die in Höhlen, in Totengrüften wohnen. Denn mit der Freiheit

Digitized by Google

ist es wie mit dem freien Adler, dem König der Lüfte, dem Symbol der Freiheit. Sie gedeihen nur in frischer, freier Luft."

Auch der „Völkische Beobachter" vom 12. Januar 1933 brachte in einem Artikel zum Ausdruck, wie der Marxismus, der sich nur in Millionenpalästen wohlfühlte, die ärmeren Volksgenossen, die durch seine Mißwirtschaft in Not und Elend gekommen waren, wohnen ließ.

Unbarmherzige Haltung der Preußischen Bau- und Finanzdirektion. Sollen die Krögel-Mieter auf die Straße gesetzt werden?

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Am Krögel", so nennt sich der alte Handelshof, der sich als Abschluß der Stralauer Straße vom Molkenmarkt zur Spree herabzieht. Seine Bauzeit war im 16. Jahrhundert.

Heute gehört das Grundstück dem Preußischen Fiskus. Die Verwaltung hat die Preußische Bau- und Finanzdirektion.

In diesen alten Gemäuern wohnen einige dreißig Familien außer den gewerblichen Unternehmungen.

Leider sind die Zustände in diesem Hause nicht so, wie es in einem Gebäude, welches der Regierung gehört, sein müßte! Hier benutzen fünf bis acht Familien eine Toilette. Die Wasserleitung muß teilweise von fünf Familien benutzt werden, und da diese auf dem kalten, zugigen Treppenflur liegt, so ist dies natürlich für die Hausfrau mit großen gesundheitlichen Gefahren verbunden. Keine Wohnung hat einen Keller oder Bodenraum, Treppenbeleuchtung nach 8 Uhr gibt es nicht, trotzdem die Treppen kaum bei Tage benutzbar sind.

Die unteren Räume des Hauses werden zum größten Teil von Altpapierhandlungen benutzt. Bestimmt nicht zum Wohlergehen

Digitized by Google

der Mieter, da dadurch natürlich üble Gerüche und Ungeziefer noch mehr in dieses alte 400jährige Gebäude gezogen werden.

Fast sämtliche Mieter sind erwerbslos und dadurch mit der Miete im Rückstande. Von 51 RM. Unterstützung kann sicher kein Mensch 21 bis 40 RM. Miete zahlen. Die Herren von der Preußischen Bau- und Finanzdirektion denken aber darüber anders. Trotz dieser unverschuldeten Not will der Fiskus die Mieter, welche im Rückstand, und vor allem die Leute, die im Mieterausschuß sind und die Interessen der Allgemeinheit vertreten, auf die Straße setzen.

Ein solches Vorgehen ist unerhört und müßte ein Einschreiten der Öffentlichkeit erzwingen!

Der Mieterausschuß hat eine Einigung über Herabsetzung der viel zu hohen Mieten und Stundung der Rückstände versucht, doch bisher ohne Erfolg. Es ist weiß Gott eine Schande, es zeugt von der weitgehenden Verständnislosigkeit der Beamten gegenüber der schrecklichen Lage ihrer Volksgenossen. Abhilfe muß geschafften werden, oder unendliches Elend wird heraufbeschworen über Familien, die dem Schicksal machtlos gegenüberstanden."

Unterschlagungen bei den Krankenkassen.

Wieder eine sozialdemokratische Sumpfblase geplatzt, schrieb „Der Angriff" vom 27. Januar 1932.

Bei der Verwaltungsstelle der „Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich" in Celle, Lichterfelder Krankenkasse genannt — es handelt sich um ein den freien Gewerkschaften nahestehendes Institut —, ist der sozialdemokratische Geschäftsführer Frank wegen Unterschlagung fristlos entlassen worden.

Der Kassierer der Allgemeinen Ortskrankenkasse Pforzheim, ein

Digitized by Google

ehemaliger sozialdemokratischer Stadtrat, hat einen Sohn, der Dentist ist. Er kam auf den Gedanken, dessen Rechnungen mit erdichteten Namen und Beträgen zu versehen und sich das Geld von der Ortskrankenkasse auszahlen zu lassen. Hierfür erhielt er drei Monate Gefängnis.

In Groß-Strehlitz wurden im Jahre 1927 36 000 Mark unterschlagen. In Glatz wurden dem 41 Jahre alten Kassierer Paul Schramm 675 Fälle schwerer Urkundenfälschnng und Unterschlagung nachgewiesen. Erfolg zwei Jahre Zuchthaus.

„Der Angriff" vom 3. November 1932 brachte folgende Notiz:

Wie sich jetzt herausstellt, belaufen sich die Unterschlagungen bei der Dresdener Ortskrankenkasse nach den letzten Feststellungen auf nahezu 200 000 RM. Die Unterschlagungen gehen bis in das Jahr 1926 zurück. Für die Zeit von 1922 bis 1926 sind Ermittlungen nicht mehr möglich, da Belege aus dieser Zeit nicht vorhanden sind.

Der Broschüre „Millionen klagen an" entnehme ich folgende Fälle:

In Düsseldorf ist Obersekretär Buse der Sünder. Der Fall liegt gar nicht weit znrück. Als Buse Anfang September 1931 verhaftet werden sollte, war er verschwunden. Er weilte seit einigen Tagen mit seiner Familie in einem auswärtigen Kurort, und dort wurde er nicht mehr gefunden. Als er nun eines Nachts mit einem Kraftwagen vor seinem Hause hielt, um Sachen abzuholen, ereilte ihn sein Schicksal.

In Kleinlaufenberg wurde die 39jährige Frau des Polizeiwachtmeisters Muchenberger, welche als Rechnerin in der Einzugsstelle Kleinlaufenberg der Allgemeinen Ortskrankenkasse Säckingen tätig

Digitized by Google

war, wegen Unterschlagung verhaftet und ins Amtsgefängnis Säckingen eingeliefert. Die Frau stand schon seit einiger Zeit unter dem Verdacht der falschen Rechnungsführung. Als nun eine Revision bei ihr angekündigt wurde, täuschte sie einen nächtlichen Einbruch vor. Es wurde ein Fehlbetrag von 1100 RM. festgestellt. Während des Verhörs gestand die Frau eine weitere, zwei Jahre zurückliegende Unterschlagung von 2200 RM. ein. Damals gab sie an, daß sie diesen Betrag auf dem Wege zur Ortskrankenkasse nach Säckingen verloren habe.

In Ilfeld am Harz sind bereits vier Angestellte, einschließlich des Geschäftsführers, verhaftet. Der Nordhäuser Staatsanwalt bekam Arbeit.

Der Ilmenauer Fall datiert aus Anfang 1927. Da führte im benachbarten Stutzerbach ein Glasschneider als Kassierer das Amt. Er war seiner Aufgabe nicht gewachsen, entnahm aber jede Woche 40 bis 50 RM. für den eigenen Lebensbedarf und war spurlos verschwunden, als eines Tages Revision vorgenommen wurde. Man fand ihn in Berlin, und das Ergebnis der Gerichtsverhandlnng lautete auf neun Monate Gefängnis.

In Bremen läuft der Fall I in den Jahren 1928/1929. Da wurde der Büroangestellte T. beschuldigt, in 384 Fällen sich Krankengelder angeeignet zu haben, ferner in 43 Einzelfällen Privaturkundenfälschungen, in 222Fällen doppelte Quittungen ausgestellt, in 119 Fällen Quittungen für Nichtkrankenkassenmitglieder und in 45 Fällen Quittungen mit fingierten Namen ausgefertigt zu haben. Die Gesamtsumme beträgt rund 12 500 RM., und dabei behauptete der Angeklagte in der Verhandlung noch, er sei nicht der einzige, der so gehandelt habe. Er gab die Namen von sieben An-

Digitized by Google

gestellten der Ortskrankenkasse an, die sich auch auf diese Weise bereichert hätten. Der Verteidiger erklärte, daß eine Revisionsabteilung erst später eingerichtet sei. Eine Kontrolle habe nicht stattgefunden, ebenso habe auch das Versicherungsamt nicht kontrolliert. Das muß eine schöne Wirtschaft gewesen sein. Der Abteilungsleiter betonte als Zeuge, daß der Angestellte ihm die Quittungen gebündelt übergeben habe und daß er bei dem Vertrauen, das dieser Angestellte genossen hat, nicht daran gedacht habe, weiter nachzurechnen, ob alles stimme. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

In Kappel hat der Geschäftsführer die Kasse für sich in Anspruch genommen. Er gab zu, daß er Beträge unterschlagen habe. Die Summe von 1000 RM. sei aber nicht überschritten worden. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Kassierer Hermann Knecht von der Allgemeinen Ortskrankenkasse I für Wittenberg war plötzlich verschwunden. Die Revision ergab den Fehlbetrag von 35 000 RM.

In Blomberg regierte im Jahre 1929 noch der sozialdemokratische Stadtverordnete Jaffe als Leiter der Ortskrankenkasse. Er hat 19 000 RM. beiseite geschafft und hat dann, damit er nicht überführt werden konnte, Brand gelegt. Der gute Herr hat sich mit den Arbeitergroschen einen Neubau errichten lassen, denn eine Achtzimmerwohnung war für ihn nicht gut genug. In der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1929 steckte er sein Wohnhaus in Brand. Darin befanden sich die Räume der Ortskrankenkasse.

Bei der Kreiskrankenkasse Sondershausen haben der Kassenangestellte Friedrich Schimke und seine Ehefrau sich einen berühmten Namen gemacht. Die Ehefrau wurde wegen Hehlerei zu fünf

Digitized by Google

Monaten Gefängnis verurteilt. Schimke selbst erhielt zwei Jahre sechs Monate Gefängnis. Auch hier wieder der Fall, daß weder der Vorstand noch Geschäftsführer noch Rendant es für notwendig hielten, eine eingehende Revision durchzuführen oder zu beantragen.

In Unna stand der Amtsrentmeister Karl Kett am 9. Juli 1931 vor dem Schöffengericht. Er hatte sich am 21. Januar, als noch niemand an die Veruntreuungen dachte, selbst der Polizei gestellt und seine Unterschlagungen auf 37 000 RM. angegeben.

Das Propagandablatt „Signale" brachte eine neue Rechnung zum Abdruck, die zeigt, wie die roten Bonzen auch in aller Öffentlichkeit mit dem Gelde der Steuerzahler umgingen, ohne fürchten zu müssen, mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen. Ich lasse dies Dokument, zu dem ein Kommentar überflüssig ist, hier folgen:

So lebten sie, so lebten sie, so lebten sie alle Tage!

Nachstehend die Einzelheiten eines parlamentarischen Bierabends der sozialdemokratisch geleiteten Preußischen Staatsregierung!

Parlamentarischer Abend der Preußischen Staatsregierung.
970 Personen.

Einladungskarten	2 956,10	RM.
Saal- und Tischdekoration	1 609,50	„
Fahnenfabrik, Armbinden usw.	37,50	„
Autoauslagen	6,30	„
Musikalische Darbietungen der Schutzpolizei .	300,00	„
Löhne der Garderobenfrauen u. Kontrollbeamten	310,00	„
Kroll, kaltes Büfett, Mokka, Liköre, Zigarren, Zigaretten usw.	22 045,60	„
	27 265,00	RM.

Digitized by Google

1	kaltes Büfett, 986 Personen . .	à	10,—	RM.	9 680,—	RM.
1 052	Mokka	„	1,25	„	1 315,—	„
75	Essen für Diener . .	„	5,—	„	365,—	„
5 328	Bier und 461 für Musiker . . .	„	0,50	„	2 894,50	„
2 960	Kognak, Steinhäger .	„	0,50	„	1 480,—	„
1 569	div. Liköre	„	0,70	„	1 098,30	„
18	Boonekamp und Genever . . .	„	0,60	„	10,80	„
1	Flasche Uerziger Würzgarten für magenkranke Gäste .				3,25	„
1	Flasche Branneberger Rießling				6,—	„
2	Gl. Zitronenlimonade	„	1,—	„	2,—	„
21	Glas Orangeade . .	„	1,—	„	21,—	„
27	Glas Fachinger . .	„	0,80	„	21,60	„
49	Flaschen Harzer Sauerbrunnen . .	„	0,60	„	29,40	„
19	Flaschen Appollinaris	„	0,75	„	14,25	„
9	Flaschen Selters .	„	0,40	„	3,60	„
18	Flaschen Boa Lie .	„	0,60	„	10,80	„
912	Zigarren für Diener und Musiker . . .	„	0,40	„	364,80	„
1 000	Zigarren	„	0,50	„	500,—	„
425	„	„	0,60	„	255,—	„
				Übertrag:	18 075,30	RM.

Digitized by Google

			Übertrag:	18 075,30	RM.
188	Zigarren	„	0,75 RM.	141,—	„
250	„	„	0,90 „	225,—	„
6 000	Zigaretten . . .	„	0,08 „	480,—	„
6 820	„ . . .	„	0,10 „	682,—	„
				19 603,30	RM.
	10 % Bedienungszuschlag . . .			1 960,30	„
	964 Garderoben zu 0,50 RM. . .			482,—	„
				22 045,60	RM.

Dasselbe Blatt brachte auch einen Beitrag, der zeigt, wes Geistes Kind die Machthaber der Kassen waren:

Die Geschichte von einem Krankenkassenbönzchen.

Die Mitglieder der „Berufskrankenkasse des Polier-, Werk- und Schachtmeister-Bundes" werden dieser Tage durch die Zuschrift eines besonders eingesetzten Sachverständigen mit dem Bescheid überrascht, daß der Berliner Verwaltungsstellenleiter, der Bonze Alfred Veit, Unterschlagungen begangen hat. Jetzt soll noch ein Gutachten über die Taten des Betrügers angefertigt werden, obgleich doch feststehen dürfte, daß dabei nichts weiter herauskommt, als eine erneute Belastung der Kassenmitglieder, denen schon der geklaute „Fehlbetrag" zur Last fällt! Der Sozi Veit verdient etwas näher unter die Lupe genommen zu werden.

Im März 1931 schritt die Berufskrankenkasse zu einer unverschämten Beitragserhöhung. In dem entsprechenden Rundschreiben an die Genossen wurde außer von der ungeheuren Wirtschaftskrise, die jedoch auf die Bonzengehälter ohne Einfluß blieb, viel von Solidarität, Kampfgeist und Opfermut geschrieben. Mit diesen Phrasen waren jedoch die Berliner Mitglieder nicht davon abzu-

Digitized by Google

halten, Krach zu ſchlagen und die Mehrzahlung zn verweigern. Da gab es für den Bonzen Veit, der bis dahin nichts zu tun gehabt hatte, viel Arbeit. Er mußte ſogar Briefe ſchreiben, und das war — wir werden es gleich beweiſen — ſeine ſchwache Seite. Sein Original-ſchreiben lautete in einem Falle wie folgt:

„Werter Kollege!

Du ſanteſt hente an die Geſchäftsſteele der Berufskrangenkaſſe den Behtrag von 25,80 RM. ein und ſchreibſt auf den Poſt-abſchnitt das du 13,50 RM. abgezogen haſt die ich deine Frau unrechtmäßig einbehalten habe. Deine Frau hat am 16. 5. 31 die Beiträge für Mai und April bezahlt jeden Monat mit 39,30 RM. wie ſol das ſein das ihr ſind einbehalten worden 13,50 RM. das ſtimmt nicht. Ihr iſt nichts einbehalten worden. An dem Tage war Kollege V. . . . mit im Bürow und hat geholfen den iſt auch davon nichts bewußt. Am beeſten du kommſt ſelbſt hier nach dem Bürow und die Sache zu regeln. Mit deinem Abzug bin ich nicht einverſtanden.

Mit kollegialem Grus

Alfred Veit."

(Der Empfänger des Briefes iſt ſofort aus der Kaſſe ausgetreten.) Es iſt die alte Geſchichte: Ein vollkommen unfähiger Mann erhält, nur weil er das Parteibuch in der Taſche hat, einen ſehr gut be-zahlten Poſten. Er ſtiehlt, verſchwindet und kann ſchließlich noch nicht einmal belangt werden. Allen Mitgliedern ſolcher Bonzen-kaſſen kann nur geraten werden: Seht euren Leuten ſtets auf die Finger, ehe eure mühſelig erſparten Groſchen abgewirtſchaftet ſind, ehe es zu ſpät iſt!!!

Auch hier kann man nur dem Syſtem die Schnld geben. Die

Digitized by Google

Machthaber der Krankenkassen sind nicht bewährte Fachbeamte, sondern Leute aus allen möglichen und unmöglichen Berufen, die plötzlich von Partei Gnaden in diese Stellungen kommen. Ihnen fehlt die dem Fachbeamten im Laufe vieler Jahre anerzogene Korrektheit, das tief in der Seele wurzelnde Pflichtgefühl und Beamtenehre.

Wir haben in der früheren Geschichte Beispiele, ich denke an die Zeit der römischen Soldatenkaiser, denen plötzlich eine große Macht und Reichtum zufällt, mit dem sie nur Unheil stifteten. Man prägte dafür den Ausdruck Cäsarenwahnsinn.

Das gleiche traf zu bei den „Größen" der Sozialdemokratie. Man denke sich einen Maurer, der plötzlich aus seinem Milien herausgerissen wird. Er wird Vorgesetzter, ihm unterstehen Beamte, er bestimmt über Tausende von Versicherungsnehmern, Angehörige akademischer Berufe, Ärzte und Apotheker, sind ihm unterstellt, er fährt nur noch im teuersten Luxusautomobil, logiert in den vornehmsten Hotels, verfügt, wenn auch eingeschränkt, über die Unsummen der Mitgliedsbeiträge, ist es da ein Wunder, wenn er größenwahnsinnig wird und jede Berechnung verliert. Reichen seine Bezüge eben nicht für seine ins unermeßliche wachsenden Wünsche aus, so nimmt er Kassengelder. Vielleicht kommt so einem Menschen noch nicht einmal das Unredliche seines Handelns zum Bewußtsein. —

Aber auch das pflichttreueste und ehrlichste Fachbeamtentum konnte dieser abgewirtschafteten Einrichtung keinen neuen Lebensodem mehr einblasen. Eine grundlegende Änderung mußte in der gesamten Krankenversicherung Platz greifen, denn auch dieser Zweig der Sozialversicherung muß zum Wohle der Gesamtheit erhalten werden und darf nicht durch unfähige rote Mißwirtschaft zusammenbrechen, soll nicht namenloses Unheil angerichtet werden.

Digitized by Google

Wie sich die Krankenversicherung auf die Mitglieder auswirkt.

Was ich bereits bei den übrigen Zweigen der Sozialversicherung ausführte, trifft auch bei der Krankenversicherung zu. Die übertriebene Fürsorge untergräbt die Mannhaftigkeit, begünstigt körperliche und seelische Verweichlichung und führt zu bewußter Krankheitszüchtung.

Der Marxismus hat diese Zustände bewußt hervorgerufen, um das Volk zu demoralisieren und zu schwächen. Er wußte genau, daß bei diesen Zuständen die Sozialversicherung zusammenbrechen mußte. Doch was kümmerte diese Volksbetrüger das Wohl der Arbeiter. Die Hauptsache war ihnen, ihre politische Vorherrschaft über das geschwächte Volk wurde erreicht. Dann hätten sie andere Saiten aufgezogen, wie es das Beispiel im proletarischen Paradies Rußland lehrt, wo die Sozialversicherung nur noch für die verhältnismäßig kleine Zahl der Kommunisten besteht. Doch traut sich dort kaum jemand diese Sozialversicherung in Anspruch zu nehmen.

Der Einwand, daß Krankheiten bei Versicherten durch frühzeitige Erkennung nicht erst verschleppt werden, beruht auf Verkennung der gesamten Umstände. Denn in den Kassenpraxen in der Großstadt, zum großen Teil in jüdischen Händen, mit ihrer Massenfrequenz konnte beim besten Willen keine eingehende Untersuchung jedes einzelnen stattfinden. Das wollten auch die roten Kassengewaltigen gar nicht.

Der wirklich Kranke war durch die Kassen absolut nicht geschützt. Denn der Arzt wurde durch die Kassen so jämmerlich bezahlt, daß nur ein Massenbetrieb ihm seinen Unterhalt gewährte. Die beschränkte Zeit aber, die er hierbei für jeden Patienten übrig hatte, kam diesem auch noch nicht einmal zugute, sondern dieselbe wurde

Digitized by Google

durch unnötige Schreiberei, welche die Kassen verlangten, verschlungen. An eine einwandfreie Untersuchung war gar nicht zu denken. Der wirklich Kranke lief sogar noch Gefahr, vom Vertrauensarzt gesund geschrieben zu werden.

Einen Fall beschreibt Engel-Eisenberg:

„Ein Fall steht mir aus dem Jahre 1926 in Erinnerung, welcher nicht das günstigste Licht auf den Vertrauensarzt werfen dürfte. Der Arbeiter Groß, tätig in einer großen Berliner Metallfabrik, war seit langer Zeit kränklich. Er wagte es nicht, sich krank zu melden, weil in dem betreffenden Betrieb es üblich war, diejenigen Arbeiter, welche sich krank meldeten, nach wenigen Tagen fristlos zu entlassen. Auf dem Entlassungsschein standen dann die freundlichen Worte: Ihre Enlassung erfolgt wegen Krankheit, § 123 Nr. 8 der Gewerbeordnung. In dieser Nr. 8 des genannten Paragraphen wird dem Arbeitgeber das Recht eingeräumt, einen Menschen, wenn er krank ist, zu entlassen. Darin heißt es, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung gegeben ist, wenn der Arbeitnehmer zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer abschreckenden Krankheit behaftet ist. Ein Arbeitnehmer, welcher abschreckende Krankheiten an und in sich trägt, gehört selbstverständlich in ein Krankenhaus, auf keinen Fall auf einen Arbeitsplatz, wo durch sein weiteres Verbleiben die Gefahr besteht, daß andere angesteckt werden. Jedoch in dem letzten Teil des Paragraphen liegt die Gefahr. Gewiß kann mancher Kranke die Arbeit vorläufig nicht wieder aufnehmen. Daraus dürfte aber immerhin rein aus Gerechtigkeitsgründen eine Entlassung nicht abgeleitet werden. Hält man solchen Unternehmern ihre unsoziale Handlung vor, dann versteifen sie sich darauf, sie seien zu solchen Maßnahmen gezwungen,

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Dortmund. Baukosten 3,5 Millionen.

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Leipzig.

Digitized by Google

weil sie die sozialen Lasten nicht tragen könnten. Wenn ein Mensch in einer Fabrik vielleicht schon eine längere Reihe von Jahren tätig war, dann hat der Betrieb an ihm schon soviel verdient, daß er ruhig die paar Mark „soziale Lasten" für Versicherungsbeiträge übernehmen könnte. Soziale Lasten gibt es für die Unternehmer eigentlich nicht, weil sie die Beiträge für die Sozialversicherung in die Löhne und Gehälter einkalkulieren. Heute, wo man so gerne von „Schicksalsverbundenheit" redet, sollte es eigentlich den Begriff „soziale Lasten" nicht mehr geben.

So fürchtete auch der Arbeiter Groß, daß ihm gleiches passieren würde und drückte sich vor der Krankmeldung so lange, bis es einfach nicht mehr ging. Der behandelnde Kassenarzt schrieb ihn, weil er einen wirklich Kranken vor sich sah, für längere Zeit krank. Nach einer nicht allzu langen Zeit forderte ihn die Krankenkasse auf, sich bei dem Vertrauensarzt Dr. Br. in der Schlegelstraße zu melden. Im Krankenzimmer dieses Arztes befanden sich noch mehrere Unglückliche. Der Arzt war in der Behandlung der Kassenpatienten entschieden roher als ein Bataillonsarzt bei den Preußen. Oft hörte man die Arbeiter über diesen Arzt in berechtigt abfälliger Weise sich äußern. „Mensch, wenn du zu dem mußt und willst krank geschrieben werden, dann mußt du schon deinen Kopf unterm Arm tragen und eine polizeiliche Bescheinigung mitbringen, daß es auch deiner ist!" Bei Herrn Dr. Br. wurde fast alles arbeitsfähig geschrieben, und so erging es auch dem Arbeiter Groß. Er erhielt nach einer oberflächlichen Untersuchung ein Schreiben in einem verschlossenen Umschlage, mit dem Groß zur Krankenkasse gehen mußte. Bei der Krankenkasse wurde ihm dann eröffnet, daß er arbeitsfähig geschrieben sei. Alle seine Proteste seinerseits nützten

Digitized by Google

nichts. Der Kassenbeamte vertrat den Standpunkt, daß das Gutachten des Vertrauensarztes für sie maßgebend sei. Der Arbeiter war arbeitsfähig geschrieben worden, konnte aber bei bestem Willen die Arbeit nicht aufnehmen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als zu seinem behandelnden Arzt zurückzugehen. Dieser konnte die Maßnahmen des Vertrauensarztes nicht verstehen und überwies G. in ein Krankenhaus. Nur wenige Tage später meldete die Arbeiterwitwe bei der Firma den Tod ihres Mannes an. Bestimmt ist schon manches Arbeiterleben und manches Familienglück durch die Maßnahmen solcher Vertrauensärzte vernichtet worden. Der Protest der Belegschaften gegen diesen Vertrauensarzt blieb von dem Krankenkassenausschuß und dem Vorstande unberücksichtigt."

Der Maschinenschlosser B. litt seit langer Zeit an Gelenkrheumatismus. Seine Arbeiten, da diese hauptsächlich stehend ausgeführt werden mußten, konnte er nicht mehr verrichten. Der Kassenarzt schrieb ihn krank, und der Vertrauensarzt schrieb ihn arbeitsfähig. Auch B. war nicht in der Lage, seine Arbeit aufzunehmen und wurde nach langem Hin und Her von der Landesversicherung in ein Bad geschickt, aus welchem er nach achtwöchiger Kur als ungeheilt entlassen wurde. So könnte man das Sündenregister so vieler Vertrauensärzte nach Belieben erweitern, jedoch sollen an dieser Stelle diese wenigen Fälle genügen.

Auch das System der Krankenbesucher bedarf der Abänderung. Für jeden anständigen Menschen, der das Pech hat, krank zu werden, ist der Besuch des Krankenbesuchers eine Beleidigung. Aus welchen politischen Kreisen diese Krankenbesucher meistens stammen, dürfte zur Genüge bekannt sein. Es sind überwiegend sozialdemokratische Funktionäre. In den Betrieben preisen diese Leute den Acht-

Digitized by Google

ſtundentag und ſchimpfen auch zuweilen auf die Doppelverdienerei. Jedoch üben ſie gerne das Amt des Krankenbeſuchers aus und beſuchen am allerliebſten täglich mehrere Kranke. Dieſen Nebenverdienſt ſtecken ſie ſich gerne in die Taſchen.

Die Krankheitszüchtung kann unſerm Volke nie und nimmer zum Segen gereichen. Von Bunge äußerte ſich im Jahre 1920 folgendermaßen: „Wir ſteuern auf das Ziel los, daß das halbe Volk im Krankenbett liegt, und die andere Hälfte ſich mit Krankenpflege befaßt. Und wer dann ſchließlich für den Krankenpfleger ſorgen ſoll, das wiſſen nicht einmal die Götter."

Krauß-Lichtenfels ſagt in einem Aufſatz:

„Die Fürſorge nimmt einen größeren Umfang an, bis wir in Deutſchland nichts mehr weiter haben werden, als Fürſorger und Beſorgte."

Dr. Erwin Liek beſchreibt folgenden Fall:

„Geht eine Bauſtelle zu Ende, ſo wird den dort beſchäftigten Arbeitern gewöhnlich bei der vorletzten Lohnzahlung am Freitag zum nächſten Donnerstag gekündigt. Die Folge davon iſt, daß ſich etwa 70 v. H. der Leute am Donnerstag krank melden. Der Beweggrund iſt verſchieden: 1. Ganz Vereinzelte tun es, weil ſie ſich ſchämen, ſtempeln zu gehen. 2. Ein größerer Teil ſtellt ſich auf den Standpunkt, ſie können, nachdem ſie Krankengeld gezahlt haben, das Geld, auch ohne krank zu ſein, herausholen (ziehen oder im Danziger Platt „trecken"). Der größte Teil geht von folgender Berechnung aus: Werden ſie entlaſſen und melden ſie ſich beim Arbeitsamt, ſo erhalten ſie in der erſten Woche keine Unterſtützung, ſondern erſt für die zweite Woche am Wochenſchluß. Sie ſitzen alſo zwei Wochen ohne Geldempfang. Das Krankengeld aber beginnt ſofort. Die

Digitized by Google

Krankheiten sind fast immer Rheumatismus und Magenleiden. Wir haben Leute im Dezember entlassen, die sich im Mai zur Arbeit meldeten, die ganze Zeit aber in ärztlicher Behandlung waren. Ferner meldeten sich die Leute stets in folgendem Falle krank: Wird ein Mann wegen schlechter Führung oder wegen eines Vergehens vorzeitig entlassen, so erhält er keine Arbeitslosenunterstützung. Sonnabend und Montag sind alkoholreiche Tage. Da der Bauleiter bei jedem Unfall auf der Baustelle zur Verantwortung gezogen wird, verweist er einen Betrunkenen von der Baustelle. Dieser fürchtet seine Entlassung und meldet sich in betrunkenem Zustande krank, geht zum Arzt, wo er seltsamerweise meistens krank geschrieben wird. Die Bauführer kennen im Laufe der Zeit schon ihre Pappenheimer. Wird nun ein neuer Bau begonnen, so schickt das Arbeitsamt die Leute den Bauführern zu. Sie tun meist sehr zerknirscht, meinen aber begütigend, die Arbeit wäre doch wohl nichts für sie, sie hätten es noch im Kreuz und der Herr Bauführer mache ihnen nur keine Schwierigkeiten, wenn sie wieder einen Krankenschein haben wollten. Man solle sie also gar nicht erst einstellen. Geschehe es doch, dann solle man sich nicht wundern, wenn sie sich nach zwei Tagen wieder krank meldeten. Dies erfolgt dann auch mit tödlicher Sicherheit. Bewundernswert ist, mit welcher Offenheit die Leute von diesen Geschichten sprechen.

Welch eine traurige Aufgabe ist dem Arzt bei diesen Geschäften zugewiesen? Er hat nichts weiter zu tun, als den Krankenschein zu unterschreiben. Der Arbeiter, der nicht arbeiten will, ist ganz sicher, daß er einen willfährigen Arzt unter der Menge der Wettbewerber findet.

Weiter lese ich in dem Briefe: „Fragt man Arbeiter, weshalb sie

Digitized by Google

solange nicht gearbeitet hätten, so heißt es: Ich habe Krankengeld bezogen." „Ja, waren Sie denn krank?" Die Antwort lautet immer: „Nein, das nicht, aber ich war in ärztlicher Behandlung."

Wie soll man einen Ärztestand, dem man diese klägliche Rolle zuweist und dessen Gefälligkeiten man in aller Öffentlichkeit bespricht, noch irgendwo achten?

Aus dem Briefe eines Kollegen: „Der Arzt erscheint als Hüter des Kapitalismus, weil er dem Arbeiter ein Geld verweigert, das er zu Recht oder zu Unrecht begehrt Er wird gehaßt, wenn er der Krankheitszüchtung sich entgegenstemmt, verachtet, wenn er sie gewähren läßt."

Ähnlich ist es mit den anderen Versicherungen. Sie sind aus sozialen Einrichtungen höchst unsoziale geworden, für zu viele nichts weiter als weite Felder, auf denen es arbeitslose Ernten gibt. Dazu noch eine kurze Zeitungsnotiz:

„Für Nichtstun höhere Bezahlung als für die Arbeit."

Aus bergbaulichen Kreisen in Deutschland wird uns geschrieben: Ein früher auf unserer Zeche beschäftigter Arbeiter, der jetzt Unfallinvalide ist, bat uns, unter Hinweis auf seine bedrückte Lage, um Bewilligung von Hausbrandkohlen. Eine nähere Nachprüfung der Verhältnisse ergab nun, daß der betreffende Arbeiter neben seiner monatlichen Knappschafts- und Unfallrente von 142 Mark auch noch Erwerbslosenunterstützung von 22,60 Mark wöchentlich, oder über 90 Mark monatlich bezieht; insgesamt kommt also ein Einkommen von über 230 Mark monatlich in Frage. Es handelt sich hier nicht um einen Ausnahmefall einer besonders kinderreichen Familie, da der betreffende Arbeiter nur drei Kinder hat.

Eine Nachfrage beim zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis

Digitized by Google

ergab, daß auf Grund irgendwelcher gesetzlicher Bestimmungen tatsächlich die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung neben der Rente berechtigt ist. Es liegt hier also ein Fall vor, in dem für Nichtstun arbeitstäglich ein „Verdienst" erzielt wird, der (bei 25 Arbeitstagen im Monat) mit über 9 Mark arbeitstäglich höher ist, als die Entlohnung qualifizierter Arbeiter.

Es handelt sich hier nicht um einen Einzelfall, sondern Fälle, in denen Renten und Erwerbslosenunterstützung, die bekanntlich nebeneinander gezahlt werden, weit höher sind als der Arbeitsverdienst gut gelohnter Arbeiter, sind in außerordentlich großer Zahl nachweisbar. Daß derartige Zustände nicht nur bei denjenigen, die derartige Beträge beziehen, jeden Arbeitswillen unterdrücken müssen, sondern auch bei denen, die trotz angestrengter Arbeit weniger verdienen, ist selbstverständlich. Nichtsdestoweniger geschieht von den zuständigen Stellen zur Behebung derartiger Verhältnisse nichts."

Genug, jeder Arzt, jeder Arbeitgeber, viele einsichtige und fleißige Arbeitnehmer, nicht zuletzt die Kassenverwaltungen kennen diesen Mißbrauch der sozialen Gesetzgebung zur Genüge. Sie alle wissen auch, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen konnte. Die Krankheit darf nicht zum Geschäft ausarten. Das Kranksein, oder richtiger das Vorgeben einer Krankheit, darf keinen Nutzen mehr bringen, ebensowenig wie Einträglichkeit des Arbeitens und des Nichtarbeitens gegeneinander abgewogen werden dürfen. In der Schädigung durch eine Krankheit in körperlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung liegt ein starker Antrieb, seinen Körper gesund und leistungsfähig zu erhalten oder, wenn er krank geworden ist, ihn schnell wieder gesunden zu lassen. Auf diesem Gebiet wird die N. S. D. A. P. grundsätzlichen Wandel schaffen.

Digitized by Google

Neben der Krankheitszüchtung treten die anderen, üblen Begleiterscheinungen der sozialen Versicherungen völlig zurück.

Fassen wir das in diesem Kapitel Gesagte zusammen, so müssen wir sagen, daß der an sich gute Gedanke einer Krankenversicherung sich auf die Mitglieder äußerst schädlich auswirkt, wenn sie so, wie während der Herrschaft des Bonzentums in Deutschland. gehandhabt wird. Arbeitsame Menschen werden faul und arbeitsscheu, gesunde neurasthenisch und hypochondrisch, die Ehrlichen versuchen sich im Lügen und Betrügen und verleiten andere dazu. Eine allgemeine Demoralisation der Mitglieder ist auch hier die Folge.

Die Nachteile der Krankenversicherung für Arzt und Patient.

Es wurde allgemein behauptet, daß die Einrichtung der Krankenkassen für die jungen Ärzte von Vorteil wäre, da sie durch die Krankenkassenpatienten schnell zu einer einträglichen Praxis kämen. Diese Behauptung war eine bewußte Irreführung.

Der junge Arzt und Zahnarzt mußte oft bis zu zehn Jahren warten, um als Kassenarzt zugelassen zu werden, denn die meist jüdischen Machthaber, welche die Zulassung regelten, bevorzugten immer wieder i h r e Rassengenossen. Aber nicht genug mit dieser einseitigen Bevorzugung, kannten diese kaufmännischen „Talente" auch andere Möglichkeiten, um für die Krankenkasse zu „arbeiten". Im Süden Berlins kenne ich einen Zahnarzt, der die Zulassung zur Behandlung der Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse hatte. Aus irgendwelchen Gründen verzog er. Er gab nun nicht etwa die Praxis auf, sondern überließ sie einem jüdischen Zahnarzt, der die Kassenpatienten weiter behandelte und die Rechnungen auf den Namen seines Vorgängers kassierte. Der gewissenhafte deutsche Zahnarzt

Digitized by Google

wird sich natürlich, wenn auch zu seinem Schaden, nicht mit solcher Geschäftspraxis einlassen.

Die Ärzte aber, die keine Kassenzulassung hatten, waren fast dem Verhungern ausgeliefert.

Deshalb mußte jeder Arzt danach streben, die Zulassung zu den Kassen zu erwirken.

Gerade der Zwang bei der Wahl des Arztes verärgerte die Pflichtkassenmitglieder am meisten. Sie kamen sich dadurch immer als Patienten zweiter Klasse vor.

Aber gerade die freie Arztwahl bekämpften die Kassen mit allen nur möglichen Mätzchen und Ausreden, obgleich sie wußten, daß dies der Wunsch und das Recht eines jeden Kassenmitgliedes war. Sie haben sich auch nicht geniert, oft in ihren Propagandareden zu erklären, daß sie ihren Mitgliedern freie Arztwahl gewährten. Sie meinten damit, unter den zugelassenen Ärzten; dies stimmt nicht ganz.

Diese Zulassung war nun wieder ein Kapitel für sich. Willkür und Günstlingswirtschaft wurden dabei ganz groß geschrieben.

Jeder deutsche Arzt und Zahnarzt erwirbt mit der Approbation das Recht, sich im Deutschen Reiche niederzulassen und Patienten, die ihn aufsuchen, zu behandeln. So war es früher und so soll es heute wieder werden. Doch sah während der Marxistenherrschaft die Angelegenheit in der Praxis anders aus, denn man zwang zwei Drittel der Bevölkerung, Krankenkassen anzugehören, ohne ihnen aber zu gestatten, sich beim Arzt oder Zahnarzt ihres Vertrauens behandeln zu lassen. Die jüdische Kliquenwirtschaft sorgte hier zunächst, wie ich bereits ausführte, für die eigenen Rassengenossen.

Was bewegte nun die Kassen, eine freie Arztwahl zu bekämpfen?

Digitized by Google

Sie behaupteten, sie würden durch eine freie Arztwahl finanziell mehr belastet. Dies war aber eine unlogische Ausrede, denn es kann nur jemand krank sein oder nicht. Welcher Arzt nun das Honorar für die Behandlung des Kranken bekommt, kann der Kasse eigentlich gleich sein, weil ihr ja keinerlei Mehrausgaben dadurch erwachsen. Außerdem zeigt sich ja auch bei den Privatkassen, daß die freie Arztwahl durchführbar ist. Durch die Zulassungsregelung der Arztfrage verfolgten die Kassen aber andere Ziele, sie wollten sich die Ärzte gefügig machen und schufen eine Günstlingswirtschaft.

Diese marxistische Günstlingswirtschaft zu beseitigen und durch die freie Arztwahl zu ersetzen, ist das gegenwärtige Bemühen der Nationalsozialisten. Denn diese Versklavung der Kassenmitglieder ist eines freien, selbständigen Deutschen unwürdig und muß deshalb beseitigt werden.

Und der Kassenarzt selbst, findet er sein Glück in diesem Massenbetrieb, in der Abhängigkeit von den Kassenbonzen? Der wirkliche deutsche Arzt, der seinen Beruf von der idealen Seite auffaßt, Gott sei Dank nicht. Nur gezwungen haben sie sich zu schlecht bezahlten Büroangestellten der Kassen herabdrücken lassen.

Liek schreibt im Vorwort seines Werkes: „Die Schäden der sozialen Versicherungen“:

Als der Grundstein der sozialen Versicherungen gelegt wurde, sind die Ärzte nicht um ihre Meinung gefragt worden. Dabei ist es, von einigen unwesentlichen Ausnahmen abgesehen, auch geblieben. An sich schon ein höchst merkwürdiger Vorgang. Denn ohne die Mitarbeit der Ärzte war weder an die Errichtung noch an die Fortführung des stolzen Baues zu denken. Aber was ist darüber hinaus noch geschehen? Der Arzt ist aus dem Tempel der Heilkunde, in dem

Digitized by Google

er Prieſter war, herausgetreten, aber nicht etwa, um in dem Prachtbau der ſozialen Verſicherungen die gleiche würdige Stellung einzunehmen — o nein, dort thronen heute die Bürokraten und Schreiber —, ſondern um ein recht beſcheidener Akkordarbeiter, ein demütiger Lohnempfänger zu werden. Ich kenne keinen Beruf, der in knapp vierzig Jahren einen ſo furchtbaren Abſtieg erlebt hat. —

Der gewiſſenhafte Arzt muß ſein ganzes Leben lang lernen und ſich weiterbilden. Der Maſſenbetrieb läßt ihm weder dazu, noch zu der ihm ſo nötigen Erholung Zeit. Nur gehetzt verbringt er ſein Leben. Von der Maſſenabfertigung in der Sprechſtunde eilt er, die nötigen Beſuche zu machen. Bleibt ihm dann noch etwas Zeit, ſo muß er dieſelbe mit unnötiger Schreiberei für die Kaſſen verbringen. Denn wo St. Bürokratius herrſcht, wird immer ein Wuſt von Liſten, Formularen und Scheinen dazugehören.

Aber auch der kleine Teil von Patienten, welcher der freien Praxis vorbehalten bleiben ſollte, iſt von dem Kaſſenweſen angeſteckt und tritt den Mittelſtandskaſſen bei. Auch hier wird gleich die Schranke zwiſchen Arzt und Patient geſetzt und für den Arzt eine Mehrbelaſtung durch ſpezifizierte Rechnungen geſchaffen. Der Patient hat keine Vorteile davon.

So wird allmählich auch der letzte Arzt, der früher der wohlmeinende Berater, Freund und Tröſter ſeiner Patienten war, zum Geſundheitsbeamten degradiert; dies geſchieht beſtimmt nicht zum Nutzen der Kranken.

Die Allgemeinheit erkennt auch bereits im Unterbewußtſein dieſe Tatſache und wendet ſich immer mehr von den zum Geſundheitsbeamten degradierten Ärzten ab, um bei den Kurpfuſchern, wenn auch zum eigenen Schaden, den wirklichen Arzt, welchen ſie bei den

Digitized by Google

anerkannten Ärzten nicht mehr zu finden glauben, zu suchen. Selbst Kreise mit einem höheren geistigen Niveau genieren sich nicht, für Kurpfuscher Propaganda zu machen. Der Kurpfuscher kann sich mit seinem Patienten mehr beschäftigen und sich demzufolge eher sein Vertrauen erwerben als der gehetzte, krankenscheinsammelnde Arzt.

Die Kassen behaupten, es gäbe zuviel Ärzte. Bestimmt aber nicht zuviel deutsche Ärzte. Wenn nur jeder wirklich Kranke heute in Deutschland sachgemäß behandelt würde, könnten alle Ärzte bei einer anständigen Bezahlung Existenz finden, natürlich müßte der große Zwischenverdiener, die Krankenkassen, ausgeschaltet werden, resp. sie müßten wieder die Stellung einnehmen, die ihnen zukommt.

Es gab früher in Deutschland auch arme Menschen. Es gab aber auch wirkliche Ärzte, die nicht nach dem Verdienst fragten, sondern zuallererst Helfer waren und auch für den Ärmsten da waren. Früher zahlte der Reiche für den Armen mit, und dies war ihm eine Selbstverständlichkeit. Heute hat man durch das Kassenwesen die edlen Eigenschaften bei Ärzten und Patienten ertötet. Selbst der Wohlhabende, der im eigenen Automobil bei seinem Arzt vorfährt, geniert sich nicht, den Arzt mit einem Krankenschein zu bezahlen. Und der Arzt, der so ausgenutzt wird, der kein engeres Verhältnis mehr mit seinen Patienten hat, macht nichts mehr ohne Krankenschein, der für ihn die allernotwendigste Existenzfrage bedeutet.

Der Arzt ist heute zum Arbeitnehmer geworden, der im Akkordlohn für Massenbehandlung steht.

Wie beim Schuster hat jede Beratung und jeder Handgriff seinen Preis. Und wie in einer Schusterwerkstatt wird auch beim Arzt gehandelt. Letzteres trifft besonders für die Mitglieder der Mittel-

Digitized by Google

ſtandskaſſen zu. Der Patient kommt meiſt ſchon mit ſeinen Kaſſenſatzungen in die Sprechſtunde, und ſeine erſte Frage iſt gleich, ob der Arzt zu den betreffenden Sätzen behandle, denn zuzahlen wolle er nichts.

Ein beſonders kraſſer Fall von roter Bonzenwirtſchaft war der Skandal bei der Poſtkrankenkaſſe. Der Berliner Beobachter vom 16. März 1933 ſchrieb über dieſen roten Sumpf folgendes:

Beſtechungsſkandal bei der Poſt-Krankenkaſſe. — Schmiergelder für einen roten Bonzen. — Seltſame Anzeige.

„Wieder iſt ein rieſiger Krankenkaſſenſkandal aufgedeckt worden, der diesmal die „Krankenkaſſe für Beamte der Deutſchen Reichspoſt" betrifft.

Schon im Sommer 1932 wurden verſchiedentlich Gerüchte laut, daß der 2. Vorſitzende der Kaſſe, der Poſtſekretär Franz Kugler aus Charlottenburg, von dem Berliner Dentiſten Griebel, Brunnenſtraße 9 wohnhaft, Schmiergelder erhalten habe. Die Angelegenheit wurde ſeinerzeit leider nicht aufgeklärt, ſo daß nunmehr Kriminalkommiſſar Mielenz erneut Ermittlungen anſtellte.

Dabei wurde feſtgeſtellt, daß Kugler, der eine Reihe hoher Ehrenämter in Poſtbeamtenvereinigungen innehatte, ſchon ſeit langen Jahren mit dem Dentiſten Griebel in Verbindung ſtand, dem er die zahnärztliche Behandlung der Mitglieder der Krankenkaſſe für die Deutſche Reichspoſt verſchaffte.

Dies war ihm um ſo leichter, als Griebel die Rechnungen zunächſt reichlich hoch ausſtellte und damit erreichte, daß die Krankenkaſſenmitglieder hohe Notſtandsbeihilfen von der Deutſchen Reichspoſt bekamen. Griebel begnügte ſich aber mit dem Betrag der Notſtands-

Digitized by Google

beihilfen und verzichtete auf den Rest. Auf diese Weise liefen die Krankenkassenmitglieder ihm haufenweise zu. Kugler bekam für diese „Vermittlung" 10 v. H. aller Einnahmen, die Griebel durch die Krankenkassenmitglieder hatte.

Im August vorigen Jahres war die Angelegenheit schon einmal zur Sprache gekommen; sie wurde damals aber durch notarielle Erklärungen beigelegt, indem der Dentist Fick, mit dem Griebel soziiert war, erklärte, daß die Gerüchte bezüglich der Bestechungsgelder unwahr seien.

Fick hat für diese Erklärung von Griebel 35 000 Mark erhalten. Nachdem er jetzt auf seine damalige unglaubwürdige Erklärung hingewiesen wurde, hat er eingestanden, daß Kugler von Griebel bis September 1931 mindestens 75 000 Mark Schmiergelder erhalten habe, und daß er, Fick, bereit sei, diese Angaben vor Gericht zu beschwören. Die Glaubwürdigkeit dieser Angaben wurde noch dadurch bestärkt, daß Fick Kassenbelege überreichte, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß von jeder von der Krankenkasse gezahlten Summe 10 v.h. H. auf dem Umwege über Frau Griebel und Frau Kugler an Kugler abgeführt wurden.

Die Durchsuchung der Kuglerschen Wohnung ergab, daß er weit über seine Verhältnisse lebte. Auch aus sonstigen Belegen ging hervor, daß der „Beamtenführer" Beiträge der Mitglieder in geradezu unerhörter Weise verpraßt hat. Es konnte festgestellt werden, daß

Kugler sehr weit links eingestellt

ist, denn er hat erst vor einiger Zeit dem Deutschen Republikanischen Reichsbund eine hohe Spende aus persönlichen Mitteln überwiesen. Kugler befindet sich in Haft, die Untersuchung gegen ihn wird fortgesetzt."

Digitized by Google

Am 18. März 1933 nahm dasselbe Blatt abermals Stellung zu diesem Skandal des roten Krankenkassenbonzen Kugler.

Tolle Ausdehnung des Skandals bei der Postkrankenkasse.

Die festgenommenen Postsekretär Kugler und Dentist Griebel sind inzwischen dem Richter vorgeführt worden, der Haftbefehl erlassen hat, da die Ermittlungen noch weiteres Material erbracht haben. Insbesondere konnte festgestellt werden, daß sich Kugler zusammen mit Griebel der Steuerhinterziehung schuldig gemacht hat, indem Kugler unrichtige Erklärungen über die dem Griebel von der Krankenkasse überwiesenen Beträge abgegeben hat. Griebel hat diese Erklärungen dem Finanzamt Scharnhorst eingereicht, um dadurch weniger Steuern zahlen zu brauchen. Das Finanzamt Scharnhorst hat bereits ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und auch die erforderlichen Schritte zur Herbeischaffung der Beträge, um die der Staat durch die Genannten betrogen worden ist, unternommen.

Wie hoch sich die Schmiergelder, die Kugler erhalten hat, in Wirklichkeit belaufen, hat sich noch nicht feststellen lassen. Als die Untersuchung eingeleitet wurde und Griebel erstmalig am 13. März vernommen worden war, hat Kugler am 14. März, also am nächsten Tage, sein Guthaben bei der Beamten-Zentralbank, Schützenstraße 63, in Höhe von 19 200 RM. abgehoben. Als ihn die Kriminalpostdienststelle über den Verbrauch dieser Gelder befragte, soll er gesagt haben, daß er nicht angeben könne, wo er diesen „kleinen" Betrag gelassen habe.

Bei der Kriminalpostdienststelle haben ferner mehrere Personen erklärt, daß die Angelegenheit mit den Postheimstätten auch nicht

Digitized by Google

stimme. Es haben sich verschiedene Mieter gemeldet, die Kugler übervorteilt haben soll. Die Untersuchung in dieser Sache, in der auch der Name des früheren Reichspostministers Giesberts eine sehr unrühmliche Rolle spielt, ist noch nicht abgeschlossen.

Die Kriminalpolizei hat eine ganze Reihe von Unterlagen beschlagnahmt, aus denen hervorgeht, daß Kugler aus Geldern seiner Verbandsmitglieder hohe Beträge für den Wahlfonds der Links- und Mittelparteien gestiftet und damit wahrscheinlich den Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten an den Rand des Abgrunds gebracht hat. U. a. hat auch der der Deutschen Volkspartei angehörige, allgemein bekannte Beamtenführer, Postdirektor Morath, bisher Mitglied des Reichstags und Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost, Summen mit vierstelligen Zahlen bekommen. Kugler hat es sich aber auch nicht nehmen lassen, aus persönlichen Mitteln dem Republikanischen Reichsverband Gelder zu überweisen.

Besonders interessant dürfte die Vorgeschichte sein, die den Anlaß zu der Korruptionssache gegeben hat: Im Herbst 1926 kam der Vorstand der Krankenkasse (Herr Kugler) mit seinem Freunde, dem Dentisten Griebel, überein, einen Vertrag abzuschließen, wonach alle Krankenkassenmitglieder sich von Griebel Zahnersatz liefern lassen mußten. Die Vorstandsmitglieder waren zwar mit dem Abschluß des Vertrages nicht einverstanden, fanden aber nicht den Mut, dagegen Einspruch zu erheben. Sie haben gemerkt, daß Kugler ein auffallend erhebliches Interesse für die Griebelschen Einnahmen bekundete, haben nicht das Herz gefaßt, dies dem 1. Vorsitzenden der Postkrankenkasse, Postdirektor Kramer, zu melden. Wurde mal ein Vorstandsmitglied aufsässig, so sorgte Kugler dafür,

Digitized by Google

daß er pensioniert wurde und die Verwaltung eines Hauses der Heimstätten bekam. Auf diese Weise konnte Kugler die ganzen Jahre hindurch die hohen Bestechungsgelder beziehen. Damit aber Griebel an seinen Einnahmen ja keine Einbuße erlitt und auch nicht andere Personen in die Betrügereien hineinsehen konnten, hat Kugler schon 1926 Griebel als Obergutachter und ausführenden Zahntechniker bestimmt, obwohl Tausende von Zahnärzten und Dentisten in Berlin leben, die kaum ihre Miete bezahlen können. Griebel ist sogar so weit gegangen, daß er sich von seinen Patienten Reparaturscheine geben ließ, auf Grund deren scheinbar Reparaturen auszuführen waren. Diese wurden der Kasse (Herrn Kugler) zur Zahlung eingereicht. Wie die anderen Vorstandsmitglieder erklären, haben sie an diesem Verfahren nichts Sonderbares gefunden, denn Griebel, der doch so schlecht von der Kasse bezahlt wurde, mußte „irgendwie entschädigt" werden, um auf seine Kosten zu kommen. Wegen dieses Verfahrens ist bei der Reichsstelle für Bekämpfung wegen unlauteren Wettbewerbs das Erforderliche veranlaßt worden.

Sonderbar mutet es an, daß über ein halbes Jahr vergehen mußte, bevor die Kriminalpolizei zufällig entdeckte, daß schon im August vorigen Jahres eine Anzeige bei der Oberpostdirektion eingegangen war, die aus unverständlichen Gründen nicht an die bei der Oberpostdirektion zur Verfolgung solcher Verfehlungen besonders eingerichtete Kriminalpostdienststelle abgegeben worden ist. Präsident der Oberpostdirektion und verantwortlich war zu jener Zeit Herr Gerbeth, jetzt Ministerialdirektor im Reichspostministerium. Deckt der Herr Reichspostminister nach diesen Feststellungen heute noch Herrn Gerbeth? Deckt er weiter den für alle diese Sachen im letzten Grunde verantwortlichen Staatssekretär Dr. Sautter?

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Mannheim. Baukoſten 2 560 000 RM.

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Essen. Baukosten 1,5 Millionen.

Digitized by Google

Wie selbst staatliche Verwaltungen diese rote Mißwirtschaft zu decken versuchen, geht aus dem Artikel des V. B. vom 19./20. März 1933 hervor.

Die Unregelmäßigkeiten bei der Postkrankenkasse.
Eine Erklärung der Oberpostdirektion.

Die „D. A. Z." veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom 18. März eine Erklärung der Oberpostdirektion Berlin zu dem von uns mehrfach erörterten Skandal bei der Berliner Postkrankenkasse. Diese Erklärung, die im wesentlichen eine Entlastung des Ministerialdirektors Gerbeth, des damaligen verantwortlichen Leiters der Oberpostdirektion Berlin, bringen soll — Herr Gerbeth nimmt sogar das Verdienst für sich in Anspruch, die Aufdeckung der Machenschaften Kuglers gefördert zu haben —, diese Erklärung ist uns auch zugegangen. Wir haben sie nicht veröffentlicht, denn sie geht an den Hauptsachen zu deutlich vorbei. In unserem gestrigen Artikel haben wir am Schluß der Nachricht „Tolle Ausdehnung des Skandals bei der Postkrankenkasse" bereits darauf hingewiesen, wie sonderbar es anmuten muß, daß Herr Gerbeth die Bearbeitung der Sache Kugler nicht an die bei der Oberpostdirektion dafür besonders eingerichtete Kriminalpostdienststelle abgegeben hat. Warum ist das nicht geschehen, und warum hat ein halbes Jahr vergehen müssen, ehe die Verfehlungen des Kugler an die Öffentlichkeit kamen? Weil der Herr Gerbeth seinen Freund, den „Beamtenführer" Kugler, aus der Schußlinie haben wollte. Will der Herr Ministerialdirektor Gerbeth das bestreiten? Es lohnt sich aber auch, einmal auf die Grundlagen des ganzen Skandals einzugehen. Früher, in den Zeiten des sauberen Deutschlands, lag die Leitung der Postkrankenkasse in der Hand der Postverwaltung. Das wurde

Digitized by Google

1924 geändert. Damals führte die Reichspost unter Leitung des Staatssekretärs Sautter die Selbstverwaltung der Krankenkasse ein, wodurch die unheilvolle Tätigkeit der roten Bonzen erst möglich gemacht wurde. Genau so liegt es bei der Postkleiderkasse, die sich ebenfalls in den Händen roter Bonzen befindet und gegen die in der Öffentlichkeit ebenfalls die schwersten Bedenken geltend gemacht worden sind.

Das Vorgehen der Deutschen Reichspost war weiter nichts als willige Anpassung an das schwarzrote System, als eine Verbeugung vor den roten Gewerkschaften. Hente soll das plötzlich nicht mehr wahr sein? Wir müssen daranf bestehen, daß die Verantwortlichkeiten nicht verwischt, sondern klar herausgestellt werden.

Es gibt bald kein Gebiet in der gesamten Krankenversicherung, wo nicht Mißstände schlimmster Art herrschen und eine unnütze Vergendung des Volksvermögens stattfindet.

Der „Lokal-Anzeiger" bringt am 22. September 1932 in einem Aufsatz zur Sprache, daß auch die Stadtverwaltungen darauf hinarbeiten, die freien Zahnärzte abzuschaffen und dieselben zu Beamten zu machen.

Unter der Überschrift „Falsche Sparsamkeit" schreibt er wörtlich:

Weniger Zahnpflege in den Schulen.
Mehr Zahnärzte für die Stadt.

Die Stadt Berlin plant, wie wir hören, die Einstellung von städtischen Zahnärzten in größerem Umfange, um dem Ansturm der zahnärztliche Hilfe nachsuchenden Wohlfahrtspfleglinge genügen zu können. Die bisher für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Schulzahnärzte reichen dafür angeblich in keiner Weise aus, obschon seit einiger Zeit die zahnärztliche Versorgung der Schuljugend da-

Digitized by Google

durch eine wesentliche Einschränkung erfahren hat, daß nach einer Verfügung des Magistrats die zahnärztliche „Sanierung des obersten Jahrganges der Volksschulen" vollkommen eingestellt worden ist.

In Berliner zahnärztlichen Kreisen übt man, wie wir vernehmen, an beiden Maßnahmen scharfe Kritik, weil die zahnpflegerische Vernachlässigung zahlreicher Schulkinder volksgesundheitlich in keiner Weise zu rechtfertigen ist, und weil auf der anderen Seite die Versorgung der Wohlfahrtspfleglinge in den städtischen Schulzahnkliniken für viele dieser Personen eine schwere Belastung in zeitlicher und gesundheitlicher Hinsicht bedeutet — ganz abgesehen von der unvermeidlichen Belastung der amtstätigen Zahnärzte. Man ist im übrigen wenig erbaut davon, daß mit der Neueinstellung weiterer Zahnärzte die Sozialisierung der Heilkunden auch auf diesem Gebiete Vorschub geleistet wird und neue, zum Teil kostspielige Einrichtungen und Ergänzungen — auf Kosten der Steuerzahler — geschaffen werden müssen.

Welche Vorschläge zur Verbesserung der Sozialversicherung sind gemacht worden?

Einige behaupten, das allerbeste wäre die vollständige Abschaffung jeder Zwangsversicherung, die nicht anders wirkt, wie ein Strick um den Hals des werktätigen Menschen, der uns zu erwürgen droht. In weiten Kreisen beginnt auch bereits die Rebellion gegen die Kassen. Das deutsche Volk ist mündig genug, daß es mit seinem sauer erworbenen Gelde tun und lassen kann, was es will und ist nicht so dumm, daß es damit nicht den richtigen Gebrauch zu machen versteht.

Sehr gut gesagt! Doch diese Kreise vergessen das Elend, in das

Digitized by Google

eine Familie gestoßen werden kann, wenn der Ernährer durch Krankheit am Erwerb gehindert wird. Auch die Krankenversicherung ist im Grunde eine Einrichtung, die auf keinen Fall abgeschafft werden darf, weil das rote Regiment sie durch Mißstände diffamiert hat.

Auch die Krankenkassen selbst hatten sich mit Verbesserungen befaßt. Z. B. hatten die Pflichtkassen die feste Anstellung der Kassenärzte in Erwägung gezogen. Sie wollten also keine Ärzte mehr, sondern Gesundheitsbeamte, die sie vollkommen in der Macht hatten. Derselbe Vorschlag war auch schon von den Kassenärzten selbst gemacht worden, um sich von den Wünschen der Kassenpatienten unabhängig zu machen und um nicht weiter durch die Jagd nach Kassenscheinen ihre Kraft zu vergeuden. Doch die Überführung der Kassenärzte in das Beamtenverhältnis hätte noch schlechtere Folgen gezeitigt. Der Arzt wäre eben dann nur ein Beamter gewesen, der aber auch nicht mehr als seine Pflicht getan hätte. Jedes Streben nach Vervollkommnung wäre erlahmt, und bald wäre der Ruf von der Tüchtigkeit der deutschen Ärzte nur noch Geschichte gewesen. Der Allgemeinheit hätte man damit den schlechtesten Dienst erwiesen.

Wie schon anfangs erwähnt, wäre nach der Meinung einiger Autoren der einfachste Weg die vollständige Abschaffung der Sozialversicherung. Doch dieser Weg ist, wie ich bereits ausführte, nicht gangbar. Es bleibt die Möglichkeit, nach dem Vorschlag anderer Autoren eine Zwangskasse oder Sozialsparkasse, der Name dürfte keine Rolle spielen, zu schaffen. Dazu ist in erster Linie eine vollkommene Umstellung der Sozialversicherungen erforderlich.

An Stelle der jetzigen Versicherung fordern diese Autoren, eine Sparkasse ins Leben zu rufen, bei der jeder Arbeitnehmer sein Konto hat. Auf dieses Konto würden sämtliche Beiträge für Sozialversiche-

Digitized by Google

rungen, sowohl diejenigen, die der Arbeitnehmer, als auch diejenigen, die der Arbeitgeber zu entrichten hat, eingezahlt. Da dieses Geld erworbenes Eigentum des Kontoinhabers wäre, bliebe es auch sein Eigentum, genau wie bei den Sparkassen. Nur ein Unterschied müßte bestehen. Der Kontoinhaber dürfte nicht selbständig über die eingezahlten Beträge verfügen. Er bekäme ein Scheckbuch in die Hand und könnte mit einem Scheck wohl Arzt und Apotheker bezahlen. Selbstverständlich wären derartige Schecks auf keinerlei andere Bezahlungen übertragbar. Es gingen also keine Einkäufe damit zu tätigen. Bei Benutzung dieses Weges hat man besonders im Auge, den lästigen Krankenschein und die Unfreiheit bei der Arztwahl in Fortfall zu bringen. Da der Versicherte aber nun auch Arzt und Apotheker mit seinem eigenen Gelde bezahlt, wird er sich hüten, unnötig Arzt und Apotheker in Anspruch zu nehmen.

Bei Arbeitslosigkeit wird dem Kontoinhaber ein laufender Betrag, genau wie jetzt, gezahlt. Da es sich aber auch hier um sein Geld handelt, wird er lieber arbeiten, um nicht sein Vermögen aufzuzehren.

Bei vollständiger Invalidität muß er natürlich eine laufende Rente bekommen. Eine Zahlung bei Teilinvalidität kommt nicht in Frage, da der Staat dafür zu sorgen hat, daß der Teilinvalide einem Beruf zugeführt wird, in welchem ihn sein Leiden nicht stört. Im Todesfalle wird an den Unterhaltsberechtigten eine Rente gezahlt, oder das Konto erlischt, und die Erben erhalten den gesamten Betrag ausgezahlt. Bei Verheiratung weiblicher Zwangssparer kann bei gesicherten Einkommensverhältnissen des Ehemanns der ersparte Betrag ausgezahlt werden.

Man wird einwenden, daß bei der heutigen Arbeitslosigkeit viele

Digitized by Google

Konten nicht nur kein Guthaben, sondern sogar ein großes Debet ausweisen werden.

Dem halten diese Autoren entgegen, daß die heutige Arbeitslosigkeit nicht zu einem Dauerzustand werden, sondern die Wirtschaftslage sich wieder bessern wird. Außerdem könnten die gewaltigen Summen, die bei der Sozialsparkasse zusammenlaufen, zur Arbeitsbeschaffung Verwendung finden.

Die Sozialsparkasse müßte natürlich auch wie jede andere Sparkasse die Einlagen „verzinsen". Um die Verwaltungskosten und eventuelle Fehlbeträge zu decken. Sie müßte das Geld auch wieder nutzbringend und sicher anlegen.

Da eine solche Sozialsparkasse über riesige Summen verfügen würde — den Sozialversicherungen fließen jährlich ungefähr 4 bis 4,5 Milliarden Mark zu —, würde es ihr im Laufe der Zeit möglich werden, der wertvollste Geldgeber des Staates zu sein. Der Staat könnte sich von seinen übrigen Gläubigern und von den hohen Zinsen befreien, denn die Sozialsparkasse würde nur im Höchstfalle einen Zinssatz von 3½ Prozent benötigen.

Der Staat bekäme damit Mittel in die Hand, auch das Siedlungsproblem durchzuführen.

Das Bodenrecht müßte natürlich ebenfalls geändert werden, und zwar so, daß Siedlungsstellen weder mit Hypotheken belastet werden, noch pfändbar sein dürfen. Um Spekulationen zu verhindern und die ganze Einrichtung illusorisch zu machen, dürfte An- und Verkauf dieser Siedlungsstellen nur durch den Staat erfolgen.

Die Siedlungsstelle müßte so beschaffen sein, daß sich eine Familie in der höchsten Not damit ernähren kann. Zum Ankauf solch einer Siedlungsstelle könnte der Sozialsparer das Geld von seinem Konto

Digitized by Google

erheben. Damit das abgehobene Geld nur diesem Zweck entsprechend Verwendung fände, müßte dafür irgendeine Vorsorge getroffen werden.

So kämen wir zur Entproletarisierung der Massen und zur Ordnung des Staatshaushaltes, da dann auch im Falle der Arbeitslosigkeit kein Grund bestände, dem Siedler Arbeitslosenfürsorge zu zahlen.

Auch der Kleinverdiener mit nur 60 RM. Monatsverdienst könnte, da er monatlich ein Sechstel seines Einkommens, also 10 RM., an Sozialabgaben bezahlen muß, nach 30 Arbeitsjahren immerhin mit Zinsen ein Kapital von etwa 5000 RM. ersparen. Die sozialen Abzüge im Bergbau betrugen bisher etwa 28 Prozent.

Nehmen wir an, der Bergarbeiter verdient in der Woche etwa 46 bis 48 RM., oder um diese Summe abzurunden = 210 RM. im Monat, dann wird ihm an Sozialabgaben 58,80 RM. abgezogen. Nach 30 Jahren würde er dabei auch mit 3 Prozent Zinsen ein Kapital von 34 160 RM. erspart haben. Ist es bei solchen Summen nicht unerhört, daß dann solch Arbeiter heute mit etwa 50 bis 60 RM. Invalidenrente abgespeist wird?

So bezaubernd diese Vorschläge auf dem Papier sind, so haben wirkliche Kenner dieser Materie bewiesen, daß sich bei Durchführung dieses Vorschlages leider doch große Rechenfehler zeigen würden, ja, daß die Vorschläge geradezu an Utopien grenzen.

Ausklang.

Die sozialen Versicherungen wurden von den linken Politikern immmer wieder als der größte kulturelle Fortschritt gepriesen, den die deutsche Arbeiterschaft allein *ihrem* Wirken zu verdanken hätte.

Digitized by Google

Immer wieder versuchten diese Volksbeglücker, den Arbeiter mit Lügen einzufangen, denn wenn sie ihr wahres Gesicht gezeigt hätten, hätte das arbeitende Volk ihnen längst den Rücken gekehrt.

Im vorhergehenden habe ich gezeigt, wie sich gerade die roten Volksbeglücker gegen die Einführung der Sozialversicherung gewehrt haben. Als ihnen das nichts nutzte, entstand der teuflische Plan, den guten Grundgedanken der Sozialversicherung zu zerstören, indem sie den die Volksgemeinschaft zerstörenden Klassenkampfgedanken in dieses Friedenswerk hineinbrachten. Anstatt sich mit dem Unternehmer zur notlindernden Gemeinschaftsarbeit zusammenzufinden, wurden die Verwaltungen der Versicherungsträger politisiert, und zwar begann man dabei mit den Krankenkassen. Die Krankenkassen wurden größtenteils zu Versorgungsanstalten marxistischer Funktionäre, die ihre Hauptaufgabe in der Verfolgung politischer Ziele, nicht aber, wie das bestimmungsgemäß hätte sein sollen, in der Linderung der Not ihrer Volksgenossen und in sozialer Befriedigung sahen. So wurde die Sozialversicherung, insbesondere aber die Krankenkassen, zu roten Hochburgen, die neben der Parteiorganisation der S. P. D., den Gewerkschaften und den Konsumvereinen die hauptsächlichsten Machtsäulen des Marxismus in Deutschland darstellten. Die rote marxistisch-jüdische Mißwirtschaft in den sozialen Einrichtungen hat die Sozialversicherung bis zum Zusammenbruch geführt. Sie hat aus der Sozialversicherung einen Herd gemacht, von dem der Kulturverfall seinen Ausgang nahm. Der Wille, das Leben aus eigener Kraft zu meistern, sank bei unseren Volksgenossen immer mehr, der Großteil verlangte danach, ein kraft- und saftloses Rentnerdasein auf Staatskosten zu führen. Der Wille zur Gesundheit erschlaffte und machte einer hypochondrischen und

Digitized by Google

neurasthenischen Krankheitszüchtung Platz. Eine allgemeine Verweichlichung und Demoralisation wurde somit durch die Sozialversicherungen in unser Volk getragen.

Der Allgemeinheit, insbesondere den Versicherten, wurden unermeßliche Summen entzogen und sinnlos verpulvert. Summen, die die Wirtschaft so nötig brauchte, und die den Lebensstandard des einzelnen Versicherten hätten heben können.

Die Krankenkassen machten den Versicherten vollständig rechtlos und degradierten ihn zum Menschen zweiter Klasse, weil sie ihm das Selbstbestimmungsrecht in der freien Arztwahl nahmen und sie jüdischen Ärzten auslieferte.

Durch die Eigenbetriebe der Krankenkassen, die viel teurer als jeder Privatbetrieb arbeiteten, wurde das Eigentum der Ärmsten sinnlos vergeudet.

Wäre das rote Bonzentum noch einige Jahre bestehen geblieben, so wäre die Mannhaftigkeit in Deutschland bald ein unbekannter Begriff gewesen.

Feiger Pazifismus und roter Marxismus hätten Triumphe gefeiert. Unsere Volksgenossen hätten dann als eine rechtlose Masse leben können, und ein Deutschland hätte es auf der Welt nicht mehr gegeben.

Um die sozialen Einrichtungen überhaupt noch zu halten, wurden von den Marxisten die rigorosesten Mittel angewandt. Die Beiträge wurden derart erhöht, daß sie zur drückenden Last wurden. Die Leistungen wurden so abgebaut, daß der Zweck der Sozialversicherung nicht mehr erreicht wurde. Als das alles noch nicht half, wurde die unsoziale Krankenscheingebühr eingeführt.

Die erste Maßnahme unseres Führers auf diesem Gebiet war

Digitized by Google

die Herabsetzung dieser Gebühr auf die Hälfte, die Gleichschaltung und Säuberung der Krankenversicherung. Die letzten Pressenachrichten beweisen die unermüdliche Arbeit der neuen Regierung. Und es wird nicht lange mehr dauern, dann wird auch der letzte Einfluß noch liberal eingestellter Kreise gebrochen sein und damit der Weg zu den großen Reformen vollständig frei sein.

* * *

Über die Senkung der Krankenscheingebühr schrieb der „Angriff" unterm 22. Februar 1933 folgendes:

Krankenscheingebühr ermäßigt.
Neue Hilfsmaßnahmen für den Mittelstand.

Das Kabinett arbeitet fieberhaft am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Kein Tag vergeht, an dem nicht mindestens ein neuer, wenn auch zunächst klein erscheinender Schritt vorwärts getan wird. Noch sind die Dinge ganz am Anfang der Entwicklung, und trotzdem ist die gerade Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reichsregierung klar erkennbar.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Das Reichskabinett beschäftigte sich heute nochmals eingehend mit der Krankenscheingebühr in der Krankenversicherung. Es wurde einstimmig beschlossen, den Krankenschein vollständig zu beseitigen. Bei der Aufrechterhaltung der augenblicklichen Wirtschaft und Verwaltung der Krankenkassen kann nur eine Ermäßigung der Gebühr um 25 Reichspfennige eintreten. Um die völlige Beseitigung der Krankenscheingebühr zu erreichen, ist eine gründliche Reorganisation des gesamten Krankenwesens notwendig, wobei insbesondere

Digitized by Google

eine wesentliche Ermäßigung der Verwaltungskosten eintreten muß. Es soll aber auch das ganze Finanzwesen der Krankenkassen geprüft werden. Hierzu ist eine wesentliche Ausdehnung der Aufsicht über die Krankenversicherung notwendig. Das Reichskabinett wird hierfür alsbald die gesetzlich erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Damit ist die Krankenscheingebühr von 0,50 Mark auf 0,25 Mark ermäßigt worden. Ihre völlige Beseitigung wird eintreten, sobald die Säuberung des verbonzten Krankenkassenwesens durchgeführt ist. Wenn es also auf den ersten Anhieb überhaupt nicht möglich war, die unsoziale Krankenscheingebühr, die unter Duldung und Mitwirkung der „Arbeiter"partei, der S. P. D., eingeführt worden ist, sofort völlig zu beseitigen, so ist dies eine Auswirkung der grenzenlosen Mißwirtschaft, die die verbonzten Krankenkassen in den letzten vierzehn Jahren getrieben haben. Was wir Nationalsozialisten uns vorgenommen haben, das führen wir durch, und dies gilt ganz besonders von der Säuberung der Krankenkassen, deren Folge eine finanzielle Kräftigung der A. O. K. sein wird.

* * *

Auch ist bereits von der N. S. D. A. P. der Anfang mit der Säuberung der Krankenkassen und der Krankenhäuser gemacht worden, wie die folgenden dem „Völkischen Beobachter" entnommenen Artikel zeigen.

„Berliner Beobachter" am 19./20. März 1933:

Die Säuberung der Krankenkassen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die vom Reichskabinett beschlossene Erste Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung. Die Verordnung befaßt sich mit der Aufsicht über die

Digitized by Google

Krankenkassen, ihre Verbände und Vereinigungen und führt eine Stellensperre bei Krankenkassen ein.

Die Oberversicherungsämter werden ermächtigt, den Versicherungsämtern Weisungen für die Aufsichtsführung zu erteilen. Der Reichsarbeitsminister kann selbst in die Aufsicht eingreifen, indem er im Einzelfalle Fachleute als Kommissare bestellt und sie nötigenfalls ermächtigt, die Aufgaben der Organe zu übernehmen. Die von den großen Kassenvereinigungen eingerichteten Prüfungsstellen werden der Aufsicht der Oberversicherungsämter unterstellt. Die Verordnung ermächtigt ferner den Reichsarbeitsminister, die Aufsicht über die Spitzenverbände und ihre Eigenbetriebe selbst zu übernehmen. Mit einer entsprechenden Anordnung ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Bis auf weiteres dürfen die leitenden und sonstigen gehobenen Stellen bei den Krankenkassen und ihren Verbänden nicht neu besetzt oder ihre Inhaber hinsichtlich der Besoldung oder der Dauer der Anstellung günstiger gestellt werden.

Eine ähnliche Regelung ist für die Stellenbesetzung in der Reichsknappschaft getroffen.

„Berliner Beobachter" am 19./20. März 1933:

Deutsche Ärzte für die Berliner Krankenhäuser!

Der Staatskommissar für Berlin, Pg. Dr. Julius Lippert, beabsichtigt, die Ärztekollegien der städtischen Krankenhäuser grundlegend umzugestalten. Er empfing aus diesem Grunde eine Reihe von kommissarischen Bezirksbürgermeistern, die besonders über die Zustände in den Krankenhäusern berichteten und darüber Beschwerde führten, daß an den meisten städtischen Krankenhäusern 80 bis

Digitized by Google

90 v. H., teilweise sogar 100 v. H. jüdische Kommunisten und Sozialdemokraten als Ärzte tätig seien.

Pg. Dr. Lippert gab Anweisung, daß die Verträge aller dieser Ärzte zum nächstmöglichen Termin gekündigt werden. Die Neueinstellungen werden durch den Magistrat in seiner neuen Besetzung vorgenommen werden.

Die „D. A. Z." vom 8. März 1933 schreibt:

Vor der Krankenkassenreform.

Die Reichsgesetzliche Krankenkassenorganisation ist in den letzten Jahren immer mehr zum Gegenstand ernstester Sorge aller derjenigen geworden, die in ihrem einwandfreien Funktionieren einen wichtigen Faktor gesunder Sozialpolitik sehen.

Die finanzielle Lage ist derart prekär, daß es der Reichsregierung nicht möglich war, die Krankenscheingebühr von 50 Pfennig, die am 26. Juli 1930 eingeführt worden war, ohne weiteres aufzuheben. Es ist vorläufig lediglich eine Herabsetzung auf die Hälfte angeordnet worden. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß bei Durchführung der von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reform des Krankenkassenwesens auch der Rest der Gebühr in Fortfall kommen werde. Der Neuordnung der öffentlichen Krankenversicherung dürfte eine

eingehende Untersuchung der bisherigen Geschäftsmethoden

vorangehen, die in einer Reihe von Fällen unter Umständen zu einer Haftbarmachung von Krankenkassen-Funktionären führen könnte.

Daß eine grundlegende Reform notwendig und dringend ist, unterliegt keinem Zweifel, denn die Krankenkassen stehen trotz hoher Beiträge und trotz der Leistungskürzungen in schwerster finanzieller Krise. Die offizielle Statistik der Einnahmen und Ausgaben der

Digitized by Google

öffentlichen Krankenkassen, die Anfang 1933 vom Reichsarbeitsministerium bekanntgegeben wurde, läßt diesen Zustand leider nicht mit der notwendigen Deutlichkeit erkennen. Es scheint nach diesen Zahlen sogar, als wenn sich die Situation gerade im vergangenen Jahr trotz weiteren Absinkens der Einnahmen aus Beiträgen von 1548,3 auf 1300 Mill. RM. gebessert habe, denn der Fehlbetrag des Jahres 1932 von 55,8 Mill. RM. ist ausgeglichen, und zwar ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln (die Reichszuschüsse betrugen im Jahre 1931 rund 2,7 Mill. RM., 1930 sogar 21,0 Mill. RM.). Auffallend ist nur die Höhe der Verwaltungskosten, die trotz stark verminderter Inanspruchnahme der Kassen keineswegs in entsprechendem Maße gesunken sind.

Es soll damit gar nicht etwa behauptet werden, daß diese amtlichen Zahlen unrichtig seien, aber sie stellen einen zu hohen Durchschnitt dar. Hauptsächlich deshalb, weil sie die Ersatzkassen mit erfassen, die infolge sparsamerer Verwaltung und geschickterer Disposition erheblich besser abschneiden als die Orts- und Landkrankenkassen. Die Bilanzen vieler öffentlichen Kassen würden, für sich betrachtet, ein erheblich ungünstigeres Bild ergeben, sowohl was das Verhältnis der Verwaltungskosten zu den Gesamteinnahmen betrifft, als auch in bezug auf die Aufwendungen für den Bau von Verwaltungsgebäuden, eigenen Werkstätten, Heilinstituten usw.

Die Hauptsache des unleugbaren Fiaskos der deutschen Krankenversicherung ist aber nicht in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu suchen, sondern vorwiegend in der fehlerhaften Organisation. Die

übertriebene Zentralisierung, Bürokratisierung

hat einen riesenhaften Apparat notwendig gemacht, dessen Unübersichtlichkeit und Schwerfälligkeit Mißbräuche und Willkürakte be-

Digitized by Google

günstigt. Hinzu kommt die Personalpolitik der meisten öffentlichen Krankenkassen, die in der Nachkriegszeit sehr weitgehend nach einseitig parteipolitischen Gesichtspunkten orientiert war. Von einer Selbstverwaltung im Sinne einer Mitarbeit und Kontrolle durch die Mitglieder ist bei den öffentlichen Kassen schon lange keine Rede mehr. Der Versicherte hat Beiträge zu zahlen und klagt über geringe Leistungen. Auf der anderen Seite hat die Honorierung der Kassenärzte schon wiederholt zu schweren Konflikten geführt.

Daß unter diesen Umständen weder die Berufsfreudigkeit der Ärzte noch das Interesse der Versicherten besonders groß sein kann, ist durchaus verständlich. Und doch wäre eine verstärkte Anteilnahme der Mitglieder an ihrer Organisation wünschenswert. Denn die Verwaltung ist schon zum großen Teil Selbstzweck geworden, und das

Repräsentationsbedürfnis,

besonders der Kassen in den Großstädten, hat immer bedenklichere Ausmaße angenommen. Der kürzlich vollendete Neubau der Berliner Ortskrankenkasse, der etwa 4,8 Mill. RM. gekostet hat, ist nur eins der letzten Beispiele. Anstatt angesichts der infolge der Krise ständig abnehmenden Beanspruchung der Kasse den Verwaltungsapparat zu verkleinern und auf bescheidenerem Raum durch intensivere Arbeit und Sparsamkeit eine Sanierung anzubahnen, wird ein riesiges neues Gebäude in überflüssig luxuriöser Ausstattung aufgeführt, während gleichzeitig ganze Reihen von Bürohäusern in Berlin leer stehen und relativ billig zu mieten wären. Ähnliche Fehlinvestitionen sind beispielsweise in Mannheim und Essen zu verzeichnen, wo ebenfalls keineswegs die Notwendigkeit der Neubauten nachgewiesen werden konnte.

Bezeichnend für die bisherige Finanzwirtschaft der öffentlichen

Digitized by Google

Krankenkasse ist es auch, daß bei fast jedem der vielen Bauprojekte die ursprünglich veranschlagten Kosten um das Mehrfache überschritten wurden.

Zu einer besonderen Belastung der Krankenkassen haben sich die eigenen Institute für Höhensonnenbestrahlung, Röntgenbehandlung u. ä. ausgewachsen, die gleichzeitig eine schwere Schädigung der Kassenärzte bedeuten. Diese mit erheblichen Kosten erstellten Betriebe erfordern laufend größere Zuwendungen, um technisch auf der Höhe bleiben zu können, ohne daß für die Kasse ein wirtschaftlicher Erfolg mit diesen Einrichtungen verbunden wäre.

Die Grundfrage der kommenden Neuordnungen des Krankenkassenwesens ist nun, an welchem Punkte diese Reform, die sich nicht in der Abstellung einiger Mißbräuche erschöpfen dürfte, einzusetzen hat. Welche Pläne die Reichsregierung in dieser Hinsicht hat, ist bisher nicht bekanntgeworden. Es ist aber anzunehmen, daß sie bei ihren Erwägungen die Tendenzen nicht außer acht lassen dürfte, die auf eine

Dezentralisierung der heute bestehenden Organisation durch Schaffung kleinerer, auf berufsständischer Grundlage ruhender Kassen,

ähnlich den bereits vorhandenen Innungs- und Verbandskrankenkassen, hinzielen. Gegen diese Organisationsform wird häufig der Einwand erhoben, daß sie infolge der fehlenden Risikomischung besonders krisenempfindlich sei. Dies trifft jedoch nur dann zu, wenn eine unvorsichtige Finanzpolitik die Erfordernisse der Reservehaltung nicht berücksichtigt. Gerade bei einer berufsständischen Krankenkasse wird aber, wie ja auch die bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet beweisen, dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet, da die

Digitized by Google

Das Verwaltungsgebäude der A. O. K. in Köln a. Rh.

Digitized by Google

Das Zentralverwaltungsgebäude der Konsum-Genossenschaft in Berlin.

Digitized by Google

Mitglieder durch verantwortliche Mitarbeit und ständige Kontrolle in viel stärkerem Maße an ihrer Organisation interessiert sind, als es heute bei den allgemeinen Ortskrankenkassen, bei denen das Mitglied nur eine Nummer ist, der Fall sein kann. Das Verantwortungsbewußtsein, das mit einer wirklichen Selbstverwaltung untrennbar verbunden ist, wenn die Organisation richtig funktioniert, hindert auch den Mißbrauch der Kasse durch die Mitglieder. Selbstverständlich würden auch berufsständische Krankenkassen neben der Selbstkontrolle der Mitglieder einer staatlichen Aufsicht unterworfen werden müssen.

Jede Reorganisation des Krankenkassenwesens in Dentschland, ganz gleich, nach welchen Prinzipien sie vorgenommen werden wird, hat durchgreifende Aufräumnngsarbeiten zur Voraussetzung, dnrch die erst die Vorbedingungen für einen gesunden Aufbau der Organisation geschaffen werden müssen.

* * *

Erste Verordnung zur Neuordnung der Krankenversicherung vom 17. März 1933.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Krankenversicherung vom 1. März 1933 (RGBl. I S. 97) Artikel 2 § 2 wird folgendes verordnet.

Artikel 1.

Aufsicht.

§ 1.

Das Oberversicherungsamt kann den Versicherungsämtern Weisungen für die Durchführung der Aufsicht über die Kranken-

Digitized by Google

kassen und Kassenverbände (§ 406 der Reichsversicherungsordnung) erteilen.

Der Reichsarbeitsminister kann die Aufsicht über einzelne Kassen oder Kassenverbände Mitgliedern von Versicherungsbehörden als Kommissaren übertragen und sie ermächtigen, erforderlichenfalls die Aufgaben der Organe zu übernehmen; die Kommissare unterstehen der Weisung des Reichsarbeitsministers.

§ 2.

Die von den Kassenvereinigungen eingerichteten Stellen für die Prüfung der Geschäfts- und Rechnungsführung der Krankenkassen (§ 414a der Reichsversicherungsordnung) werden der Aufsicht der Oberversicherungsämter unterstellt. Auf die Aufsicht finden die Vorschriften für die Aufsicht über Krankenkassen entsprechende Anwendung. Das Oberversicherungsamt kann den Prüfungsstellen Weisungen für die Durchführung der Prüfung erteilen.

Zuständig für die Aufsicht ist das Oberversicherungsamt, in dessen Bezirk sich der Sitz der Prüfungsstelle befindet.

Für die Prüfungsstellen des Verbandes der Reichsbahnbetriebskrankenkasse bestimmt der Reichsverkehrsminister das zuständige Oberversicherungsamt.

§ 3.

Der Reichsarbeitsminister kann, unbeschadet der Vorschrift des § 2, Kassenvereinigungen (§ 414 der Reichsversicherungsordnung) seiner Aufsicht unterstellen. Er kann die Führung der Aufsicht auf andere Stellen übertragen.

Für die Aufsicht und für die Rechtshilfe (§§ 115 bis 117 der Reichsversicherungsordnung) gelten die Vorschriften für Krankenkassen entsprechend.

Digitized by Google

Der Reichsarbeitsminister kann zugleich anordnen, daß die Aufsicht über die Kassenvereinignng sich anch auf solche Unternehmungen erstreckt, die von der Kassenvereinigung oder ihren Mitgliedskassen (Kassenverbänden) betrieben werden, oder anf die sie maßgebenden Einfluß haben.

Artikel 2.

Stellensperre.

§ 1.

Die Stellen der Geschäftsführer von Krankenkassen (§ 225 der Reichsversicherungsordnung) und ihrer ständigen Stellvertreter sowie die Stellen solcher Angestellten von Krankenkassen, die Bezüge der Gruppe A 3 der Reichsbesoldnngsordnung oder einer höheren Gruppe erhalten, dürfen bis anf weiteres nicht neu besetzt werden.

§ 2.

Wenn die Geschäftslage der Kasse es erfordert, daß eine solche Stelle alsbald wieder besetzt wird, darf dies nur vorläufig geschehen, es sei denn, daß die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer im Vorstande die endgültige Anstellung in getrennter Abstimmung beschließen und das Oberversicherungsamt zustimmt.

§ 3.

Die Vorschriften der §§ 1, 2 gelten entsprechend für die endgültige Besetzung einer der in § 1 genannten Stellen dnrch eine bisher auf Probe in dieser Stelle beschäftigte Person sowie für Anderungen von Anstellungsverträgen, durch welche die Anstellungsdauer der in § 1 genannten Personen verlängert oder die Kündbarkeit erschwert oder ausgeschlossen wird.

Digitized by Google

§ 4.

Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für die Krankenkassenverbände (§ 476 der Reichsversicherungsordnung) sowie für die Seekrankenkasse (§ 476 der Reichsversicherungsordnung), bei dieser mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Oberversicherungsamtes das Reichsversicherungsamt tritt; sie gelten nicht für die Betriebskrankenkassen des Reiches, der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Länder.

Artikel 3.

Schlußvorschriften.

§ 1.

Die Vorschriften dieser Verordnung treten mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

§ 2.

Zur Durchführung dieser Verordnung kann der Reichsarbeitsminister Rechtsverordnungen und allgemeine Verwaltungsvorschriften erlassen.

Berlin, den 17. März 1933.

Der Reichsarbeitsminister.

I. V.: Dr. Krohn.

* * *

Nachstehendes bringt der „Völkische Beobachter" unterm 23. März 1933.

Neuer Geist zieht in die Barmer Ersatzkasse ein.

Nationalsozialisten setzen sich ohne Widerspruch durch.

Vor einigen Tagen fand im großen Hofbräuhausfestsaal in München die Mitgliederversammlung der Barmer Ersatzkasse,

Digitized by Google

Verwaltungsstelle München, statt. Laut Einzeichnungslisten hatten sich 885 Mitglieder eingefunden, eine Zahl, die bisher bei einer Mitgliederversammlung der Barmer Ersatzkasse im letzten Jahrzehnt noch nie erreicht wurde.

Auf der Tagesordnung stand die Wahl der Abgeordneten zur bisherigen diesjährigen Hauptversammlung und die Abstimmung über die Anträge zu den Satzungsänderungen und allgemeinen Versicherungsbedingungen. Im Oktober 1931 erhielt die Verwaltungsstelle München einen nationalsozialistischen Verwaltungsstellenvorstand, dessen Vorsitzender, Pg. Paul Draken, die Mitgliederversammlung leitete.

Schon bei der Eröffnung der Versammlung wies der Leiter der Versammlung darauf hin, daß die Versammlungsstelle München mit ihren über 23 000 Mitgliedern freudigen Anteil an den Ereignissen der nationalen Erhebung dieser Tage nehme. Er grüßte auch von dieser Stelle aus den Volkskanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, was von der vorwiegend nationalsozialistisch eingestellten Versammlung mit lebhaften Heilrufen beantwortet wurde.

Der deutsche Bankbeamtenverein, der wieder einen schüchternen Versuch machte, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen, traute sich nicht mehr, einen eigenen Vorschlag in der Versammlung zu vertreten, und so gelang es, unsere Vorschlagsliste der N. S. B. O. mit dem Kennwort „Nationale Sozialisten" nahezu restlos durchzubekommen, nachdem die Versammlung sich durch Zuruf damit einverstanden erklärt hatte, die Abstimmung ohne Stimmzettel vorzunehmen.

Nicht ein einziger Widerspruch war erfolgt, weil sonst satzungsgemäß geheime Wahl hätte erfolgen müssen. Der Vertreter des

Digitized by Google

Deutschen Bankbeamtenvereins wurde nach wenigen Sätzen niedergepfiffen, woraus der Sprecher, Herr Oberinspektor, Prokurist und Betriebsratsvorsitzende Wilhelm Hirsch, hoffentlich die Lehre zieht, daß sein Verein sich erst wieder die Voraussetzungen schaffen muß, um in einer vorwiegend nationalsozialistisch eingestellten Versammlung sprechen zu können.

Die N. S. B. O. bietet hierzu dem Deutschen Bankbeamtenverein im Interesse der Mitglieder die Hand, wenn grundsätzliche Bedingungen von den Münchener Vertretern des Deutschen Bankbeamtenvereins kompromißlos angenommen werden, ohne die eine wirkliche Aufbauarbeit im D. B. V. nicht möglich sein kann.

Als Abgeordnete zur Hauptversammlnng wurden gewählt: Pg. Paul Draken, Vorsitzender der Verwaltungsstelle München, Pg. Hans Lenz, Bayerische Gemeindebank, Pg. Lorenz Steimer, Braunes Haus.

Als Ersatzlente die Pgg. Josef Berg, Frz. Eher Verlag, Georg Kolb, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Rudolf Kindig, Siemens & Halske.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden die Anträge auf Änderung der Satzungen und der allgemeinen Versicherungsbedingungen ebenfalls mit erdrückender Mehrheit angenommen. Stimmten bei der Abgeordnetenwahl von 885 Mitgliedern nur 17 gegen unsere Vorschlagsliste, so wurden die Anträge restlos angenommen. Ein Vertreter des Hauptvorstandes, den wir aus Sparsamkeitsrücksichten nicht gebeten hatten, erschien doch „zufällig" und versuchte in sachlicher Aufklärung den Standpunkt des Hauptvorstandes zu verteidigen.

* * *

Digitized by Google

Der „Völkische Beobachter" vom 25. März 1933 schreibt unter nachstehender Überschrift:

Die Säuberung im Krankenkassenwesen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Der Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat in einem Erlaß vom 23. März 1933 zur Durchführung der Reichsverordnungen vom 1. und 17. März 1933 Anweisungen an die preußischen Versicherungsbehörden herausgegeben, die eine wirksame Aufsicht über die Krankenkassen sicherstellen. Nachdem die Aufsichtsbehörden durch die Verordnung vom 1. März 1933 ermächtigt worden sind, nicht nur bei Verstößen gegen Gesetz und Satzung, sondern auch in Ermessungsfragen einzuschreiten, sind insbesondere die Haushaltspläne, die Eigenbetriebe und die Verwaltungskosten der Kassen eingehend zu prüfen; erforderlichenfalls ist mit der gebotenen Schärfe einzuschreiten. Gegen die Leiter und sonstigen Beamten von Aufsichtsbehörden, die ihre Pflicht vernachlässigen, ist unnachsichtlich vorzugehen. Die für eine Anzahl von Kassen eingesetzten Reichskommissare sind von den preußischen Versicherungsbehörden in jeder Weise zu unterstützen.

* * *

Der „Völkische Beobachter" schreibt unterm 26./27. März 1933:

Jüdischer Vorsitzender der Ärztekammer zurückgetreten.

In der Ärztekammer für Berlin regierten bisher fast nur Juden und Freimaurer. Der nationalen Opposition (Liste 9), vertreten durch den Bund der Heilberufe für soziale Erneuerung unter Führung unseres Pg. Dr. Conti und des Deutschnationalen Dr.

Digitized by Google

Quandt, war die sachliche Mitarbeit unmöglich gemacht; denn die herrschende Mehrheit verweigerte der zweitstärksten Gruppe rücksichtslos die Beteiligung an den Vorstandssitzen.

Jetzt bahnt sich auch hier ein Wandel an: Der jüdische Vorsitzende, Professor Lennhoff, ist zurückgetreten, mit ihm zwei weitere Vorstandsmitglieder, Dr. Möbius und Dr. Mayer. An ihrer Stelle wurden Dr. Quandt und die Pgg. Dr. Walbaum und Dr. Denker hinzugewählt, der letztere erhält das Amt des Zweiten geschäftsführenden Vorsitzenden.

* * *

Die „Nachtausgabe" vom 25. März 1933 bringt folgendes:

Kommissar für die ärztlichen Spitzenverbände ernannt.

Dr. Wagner vom Nationalsozialistischen Ärztebund:

Die Vorstände der ärztlichen Spitzenverbände, des Deutschen Ärzte-Vereinsbundes und des Hartmann-Bundes, haben angesichts der großen nationalen Umwälzung der letzten Wochen beschlossen, den Ersten Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Ärztebundes, Dr. med. Gerhard Wagner, mit dem heutigen Tage zum Kommissar der beiden Spitzenverbände zu ernennen. Die Vorstände und die Geschäftsführung der Verbände bleiben im Amt und führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Dr. Wagner ihre Geschäfte weiter.

*

Der Reichsarbeitsminister hat in Erfolg seines tatkräftigen Reformwerkes auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens die fünf Spitzenverbände der Krankenkassen ohne Unterschied seiner Aufsicht unterstellt.

* * *

Digitized by Google

Wie die Bonzen mit dem Gelde ihrer Versicherten gewüstet haben, deckt der B. V. vom 5. April 1933 auf.

Schluß mit dem Bonzen-Aufwand in den Krankenkassen!

Eine ganze Reihe von Ortskrankenkassen sind bereits öffentlich zur Rechenschaft gezogen worden, weil sie bei ihren Bauten mit dem Gelde der Kassen geradezu gewüstet haben. Aus Köln, wo die Stadtverwaltung gegenwärtig einer gründlichen Durchleuchtung unterzogen wird, kommen jetzt wieder aufsehenerregende Enthüllungen auf diesem Gebiet. Das Gebäude der dortigen Ortskrankenkasse ist geradezu luxuriös eingerichtet. Die Innenausstattung der Direktorenräume hat nicht weniger als 143 165 RM. gekostet. In jedem Zimmer befindet sich eine Waschkabine, mit echt italienischem Marmor ausgelegt. Jedes Waschbecken kostete 376 RM. Die Innenausstattung des Zimmers des ersten Vorsitzenden der Ortskrankenkasse kostet 20 966 RM., der Schreibtisch 980 RM., der Papierkorb aus Nußbaumholz 110 RM. In jedem Zimmer befindet sich eine Uhr zum Preise von 390 RM. Für ein Ledersofa und fünf Ledersessel waren 2328 RM. gezahlt worden, für die Wandtäfelung in Nußbaumholz 6430 RM., für einen Tischfernsprecher 840 RM., für einen Teppich 550 RM., für ein Tintenfaß und Löscher 75 RM. Die Ausstattung des Sitzungssaales erforderte fast 40 000 RM. Davon kostete die Wandverkleidung in ausländischem Mahagoniholz allein 13 000 Reichsmark, der Kronleuchter 1100 RM. usw.

Mit Recht wird nach Aufzählung dieser Kostbarkeiten die Frage aufgeworfen: Wo blieben die Aufsichtsbehörden?

Der Angriff vom 11. April 1933 berichtet:

Digitized by Google

Ungeheurer Luxus in den Diensträumen der Bonzen.

Krankenkassenskandal wird immer größer.

Der Skandal um die Krankenkassenverbände zieht immer weitere Kreise. Im Laufe der bisherigen Ermittlungen hat er allmählich ähnliche Ausmaße wie die Sklarek-Affäre angenommen. Die sämtlich in Schutzhaft befindlichen Direktoren und Geschäftsführer haben es auf raffinierte Weise verstanden, mit Hilfe von Millionenbeträge enthaltenden Sonderkonten ihre verbrecherischen Transaktionen völlig zu verschleiern und jeder Aufsicht zu entziehen. Aus diesen Sonderkonten gaben sie sich gegenseitig hohe Darlehen.

Bei einer Besichtigung der Diensträume der Krankassengewaltigen stellten Ministerialrat Pg. Dr. Conti und Staatsanwalt Rendel vom Preußischen Innenministerium fest, daß bei den Inneneinrichtungen ein ungeheurer luxuriöser Aufwand getrieben wurde. So verursachte die Ausstattung des Dienstzimmers des Generaldirektors Lehmann allein 20 000 Mark Kosten. Auch die Zimmer der Krankenkassendirektoren Bendig, Schulz und Ebel sind in luxuriösem Übermaß mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet.

Außerdem wurde festgestellt, daß die bereits entlassenen Ärzte in ihren Ambulatorien mit den Krankenschwestern sehr eigenartige Weihnachtsfeiern abgehalten haben. Der jüdische Arzt Dr. Cohn wurde gestern sofort fristlos entlassen, weil ermittelt wurde, daß er in seinem Dienst zahlreiche Abtreibungen vorgenommen hat. Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft zugeleitet.

Bei der Weiterverfolgung dieser Affäre ist noch mit zahlreichen Verhaftungen zu rechnen.

Digitized by Google

(Wir werden morgen über dieſen Skandal nähere Einzelheiten bringen.)

Säuberungsaktion bei den Krankenkaſſen.
Die Vorſtände des Hauptverbandes abgeſetzt.

Berlin, 11. April. Der Beauftragte des Reichsarbeitsminiſters als kommiſſariſcher Leiter des früheren marxiſtiſchen Hauptverbandes deutſcher Krankenkaſſen hat im Einverſtändnis mit dem Reichsarbeitsminiſter in die Verhältniſſe und Zuſtände dieſes rund zwölf Millionen Verſicherte umfaſſenden Krankenverbandes tief eingegriffen. Alle Vorſtände des Hauptverbandes ſelbſt und ſeiner ſämtlichen Unterverbände ſind abgeſetzt und allen Verbandsbeamten iſt zum nächſt zuläſſigen Termin gekündigt worden. Nur diejenigen Verbandsbeamten werden im Dienſte bleiben, die befähigt ſind und die Gewähr dafür bieten, daß ſie im Intereſſe des heutigen Staates ſich betätigen.

Der Beauftragte des Reichsarbeitsminiſters hat eine Reihe von größeren Sparmaßnahmen ergriffen, die ſich auch darin äußern werden, daß alle Einrichtungen und Unternehmungen, die mit den eigentlichen Verbandsaufgaben nichts zu tun haben, beſeitigt werden. Die Reichstreuhand-Geſellſchaft iſt zur Zeit dabei, die Verhältniſſe bei der Heilmittelgeſellſchaft, die ſchon zu erheblichen Anſtänden Anlaß gaben, zu unterſuchen und zu klären. Dabei iſt man auf eine Reihe von Verſchachtelungen geſtoßen, die zum Teil nicht leicht zu entwirren ſind. Die Verträge mit einer Buchdruckereifirma, deren Inhaber ſich in Schutzhaft befindet, ſind gelöſt worden. Es wird auch die Frage unterſucht, ob die Verlagsgeſellſchaft, die ſich der Hauptverband ebenfalls zugelegt hatte, nicht zur Auflöſung oder Ausſcheidung gebracht werden ſoll. Weiterhin gibt der Stand der

Digitized by Google

Allgemeinen Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen Anlaß zu ernsten Besorgnissen, da das seitherige und unmögliche Umlageverfahren in aller Eile in ein Kapitaldeckungsverfahren übergeführt werden muß. Die Gleichschaltung mit Reich, Staat und übrigen öffentlichen Körperschaften verlangt, daß auch die Vertretung des Hauptverbandes bei Prüfungsämtern und Arbeitsgemeinschaften mit Versicherungsträgern eine Umbesetzung erfährt. Die notwendigen Schritte sind auch hier bereits eingeleitet.

Zu einer befriedigenden Neugestaltung des Verhältnisses zu den Ärzten, Zahnärzten, Dentisten und Apothekern sind von dem Beauftragten in Verbindung mit den übrigen kleineren Krankenkassenspitzenverbänden Verhandlungen angebahnt. Die Zugehörigkeit zur internationalen Krankenkassenvereinigung wurde mit sofortiger Wirkung gekündigt, dagegen mit den übrigen deutschen Krankenkassenspitzenverbänden der seitherige Kriegszustand beendigt und mit ihnen eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen.

Die Öffentlichkeit wird über die weiteren Ergebnisse der Untersuchungen von Zeit zu Zeit unterrichtet werden. Die vorgefundenen Unklarheiten sind von einem solch ungewöhnlichen Umfang, daß es noch geraume Zeit und anstrengender Tätigkeit bedürfen wird, um völlige Klarheit zn schaffen.

Die Neuregelung der Zulassung der Kassenärzte.
Ausschluß nichtarischer Ärzte.

Der Reichsarbeitsminister hat durch eine soeben unterschriebene Verordnung, die bereits kürzlich im „Angriff" angekündigten Maßnahmen getroffen. Die Grundsätze des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sind auch auf die Zulassung und die Weiterbeschäftigung von Kassenärzten anzuwenden.

Digitized by Google

Die Verordnung schließt für die Zukunft nichtarische Ärzte von der Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit aus. Auch Ärzte, die sich kommunistisch betätigt haben, werden nicht mehr zugelassen.

Nichtarische Ärzte, die bereits zugelassen sind, verlieren ihre Zulassung. Ebenso werden Ärzte, die sich in kommunistischem Sinne betätigt haben, aus der kassenärztlichen Tätigkeit ausgeschieden, wenn sie bereits zugelassen waren.

Ausnahmen sind ebenso wie im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums für solche nicht-arischen Ärzte vorgesehen, die im Weltkriege an der Front gekämpft haben, oder als Ärzte an der Front oder in Lazaretten tätig gewesen sind, oder deren Väter oder Söhne im Weltkriege gefallen sind. Diese Ausnahmen gelten jedoch nicht für Ärzte, die sich im kommunistischen Sinne betätigt haben.

Ärzte, die bereits am 1. August 1914 niedergelassen waren, behalten ihre Zulassung, sofern sie sich nicht im kommunistischen Sinne betätigt haben.

Die Säuberung der Krankenkassen von Korruption marxistischer Bonzen ist bereits zum größten Teil durchgeführt. Äußerste Sparsamkeit ist bereits in die gleichgeschalteten Verwaltungen eingezogen. Ein großer Teil ausländischer und jüdischer Ärzte sind bereits aus der Sozialversicherung entfernt worden. Von jetzt ab sollen nur deutsche Ärzte und Zahnärzte zu den Krankenkassen zugelassen werden, deutsche Kriegsteilnehmer aber, wenn sie nicht Kommunisten waren, müssen die Kassenzulassung erhalten.

Der Aufbau der durch jahrelange marxistische Korruption zerstörten Sozialversicherungen vollzieht sich im schnellsten Tempo. Das volle Vertrauen des Arbeiters und Angestellten zu seinen sozialen Einrichtungen kehrt bereits wieder.

Digitized by Google

6. Kapitel.

Nationalsozialistische Außenpolitik.

Die letzten Wochen und Monate waren spannunggeladen, wie manche Jahre nicht, aber selten wurde von der Welt auf einen Tag, auf eine Stunde so gewartet wie auf den Augenblick, wo der Führer die Stellung des neuen Deutschland zu den anderen Nationen klarlegen sollte. Deutschland und sein Führer wurden an diesem Tage, dem 17. Mai 1933, zum Mittelpunkt der Welt. Seit dem Zusammenbruch 1918 hatten marxistische Bonzen die Außenpolitik Deutschlands ohne Rückgrat betrieben. Jetzt mußte es anders kommen, das wußte die Welt.

Jahrelang hatte man Adolf Hitler und seine Bewegung zu Kriegshetzern gestempelt, nun glaubte die Welt die Bestätigung dieser Lügen erwarten zu müssen.

Doch es kam anders! Schon nach den ersten Worten des Kanzlers wurde es den Zuhörern klar, daß sie durch gewissenlose Hetzer und Lügner genarrt worden waren.

So sprach kein Kriegshetzer, kein Hasardeur und Phantast, nein, so sprach nur ein weitschauender Staatsmann, der versöhnlich und friedliebend ist, aber neben seinen Friedenswillen die unverletzbare Ehre seiner Nation stellt.

Die Welt erkannte, daß hier ein ehrlicher, aufrechter Mann sprach, der aber auch von den anderen Ehrlichkeit verlangte.

Digitized by Google

Ein Mann, der nicht Krieg, ſondern Frieden wollte und es als ſeine größte Aufgabe betrachtete, der Welt den Frieden zu erhalten.

Vollzählig war der Reichstag vertreten, als der Führer unter brauſenden Heilrufen das Rednerpult beſtieg. Hunderte von Sendern des In- und Auslandes waren angeſchloſſen, um dieſe weltpolitiſche Rede nach aller Herren Länder zu übertragen.

Des Kanzlers große Rede vor dem Reichstag am 17. Mai 1933.

„Abgeordnete, Männer und Frauen des Deutſchen Reichstages!

Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstagspräſidenten Göring gebeten, den Deutſchen Reichstag einzuberufen, um vor dieſem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unſer Volk, ſondern die ganze Welt bewegen. Die Ihnen bekannten Probleme ſind von ſo großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Löſung nicht nur die politiſche Befriedigung, ſondern auch die wirtſchaftliche Rettung aller abhängt. Wenn ich dabei für die deutſche Regierung dem Wunſche Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenſchaftlichkeit zu entziehen, dann geſchieht es nicht zum geringſten in der uns alle beherrſchenden Erkenntnis, daß die Kriſe der heutigen Zeit ihren tiefſten Urſprung ſelbſt jenen Leidenſchaften zu verdanken hat, die nach dem Kriege die Einſicht und die Klugheit der Völker verdunkelt haben.

Denn alle die Kriſis verurſachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigſten und entſcheidendſten Fragen für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu löſen. Weder die nationalen noch die wirtſchaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker ſind durch dieſen Vertrag in einer Weiſe gelöſt

Digitized by Google

worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten.

Es ist daher verständlich, daß der Gedanke einer Revision nicht nur zu den dauernden Begleiterscheinungen und Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgesehen wurde und daher im Vertrage selbst seine Verankerung fand.

Wenn ich kurz auf die Probleme, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, eingehe, dann geschieht es deshalb, weil durch das Versagen auf diesem Gebiete sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben haben, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden. Die politisch-nationalen Probleme sind folgende:

Durch viele Jahrhunderte entwickelten sich die europäischen Staaten und ihre Grenzziehung aus Auffassungen, die nur ausschließlich innerhalb eines staatlichen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des Nationalitätenprinzips im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurden infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideale durch die auf anderen Voraussetzungen entstandenen Staaten die Keime zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedenskonferenz geben, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip im höchstmöglichen Umfange gerecht wurde. Je klarer durch eine solche Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr konnte dadurch eine große Reihe künftiger Konfliktmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden. Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berück-

Digitized by Google

sichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick auf die Zukunft für Sieger und Besiegte vielleicht die Blutopfer des großen Krieges nicht ganz vergeblich hätte erscheinen lassen, weil durch sie der Welt die Grundlage für einen wirklichen dauernden Frieden gegeben worden wäre.

Tatsächlich entschloß man sich aber, teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß, zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon ihrer Unlogik und Unbilligkeit trugen.

Folgendes waren die wirtschaftlichen Probleme, die dieser Konferenz zur Lösung vorlagen: Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Überfüllung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur dem dort gewohnten Lebensstandard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedigung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen und gefährlichen Begriffe Buße, Strafe, Wiedergutmachung usw. die tiefe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Existenzmöglichkeit immer die Quelle von Völkerkonflikten gewesen ist. Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, mußte man überlegen, wie eine Neuordnung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vorgenommen werden könne, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker in höchstmöglichem Umfang gerecht wurde.

Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesem Gebiete weiterhin zu leben. Die Meinung, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines 65-Millionen-Volkes werde anderen Völkern ein nützlicher Dienst

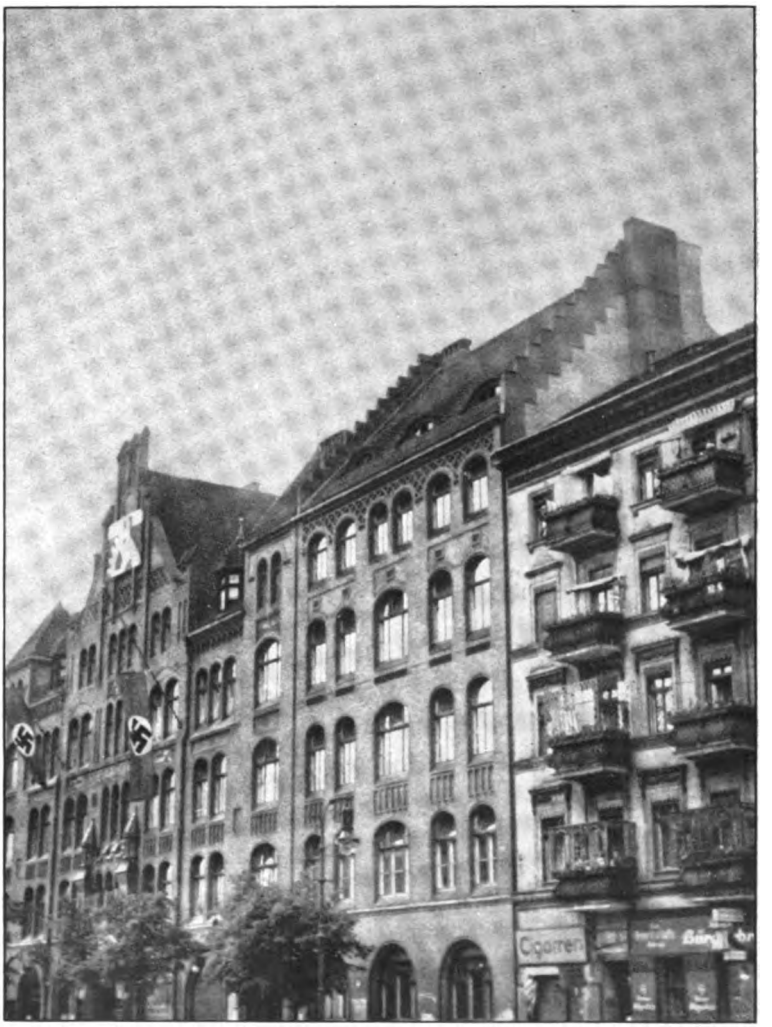
Digitized by Google

erwiesen, ist eine unsinnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren wollten, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten. Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt allen schädlich sein kann.

Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export bezahlt werden. Im gleichen Ausmaß, wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Exportunternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den Einzelvolkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde.

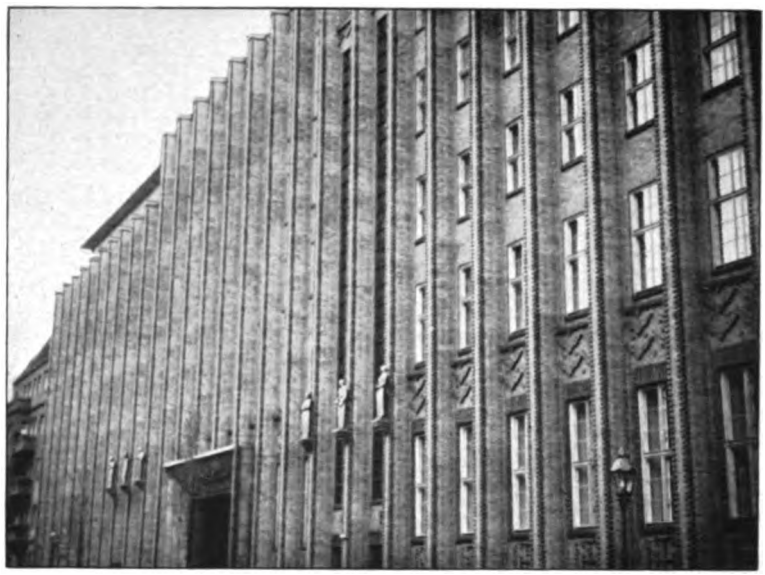
Der Versuch, eine solche Entwicklung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umsichtig und im Ergebnis falsch. Denn die Umschuldung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsendienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens künstlich gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltabsatzmärkten durch dauernde Preisunterbietungen führte zu einer Überspitzung der Rationalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft. Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man aber die Reparationsverpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann mußte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenerzeugung der also beglückten Völker

Digitized by Google



Die N. S. B. O. hat das alte Berliner Gewerkschaftshaus besetzt.

Digitized by Google



Der Palaſt der Allgemeinen Ortskrankenkaſſe in Berlin.

Das Ende der Gewerkſchaften.
Das Gebäude des A. D. G. B. unter dem Hakenkreuzbanner.

Digitized by Google

führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfange sind nicht denkbar, ohne den Bestand der eigenen Produktion der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechenkunst die wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint.

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszusehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Der Gedanke der Wiederherstellung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Versailler Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldigen gestempelt werden. Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird also immer die Schuld an Auseinandersetzungen der Besiegte tragen, denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen.

Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsnorm. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht.

Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation 2. Ranges und 2. Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Bund der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte.

Digitized by Google

Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehrlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte der europäischen Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konfliktstoffe zu vermindern, sondern führte nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortdauernd Unruhe und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Weltwirtschaft zu werden drohen. Wenn im Völkerbund jede Überlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Handlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft siegen. Der Völkerbund hat zum mindesten bisher gerade den Schwachen, Nichtgerüsteten bei solchen Anlässen keine merkliche Hilfe zukommen zu lassen vermocht. Verträge, die zur Befriedigung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung.

Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller. Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen.

Im Gegenteil, weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgendwelcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen, als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts

Digitized by Google

eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze nnd neue Verwicklungen gelegt werden.

Neue Kriege, neue Unsicherheit nnd eine neue Wirtschaftsnot würden die Folgen sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte zum Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung führen. Ein in kommunistischem Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabsehbarem Ausmaß und nicht abzuschätzender Daner heraufbeschwören.

Es ist der tiefernste Wunsch der nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

Erstens Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Begriffs Eigentum als Grundlage unserer Kultur. Zweitens Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion. Drittens Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht.

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der nationalen Regierung und der gesamten Nationalerhebung bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefe Verständnis beseelt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen sowie für die begründeten Lebens-

Digitized by Google

ansprüche der anderen Völker. Die Generation dieses jungen Deutschland. die in ihrem bisherigen Leben nur Not, Elend und Jammer des eigenen Volkes kennenlernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das gleiche den anderen zuzufügen.

Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns als Weltanschauung grundsätzlich allgemein verpflichtet. Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben.

Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden. Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsache. Franzosen, Polen usw. sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte.

Es wäre ein Glück für die Welt gewesen, wenn im Vertrag von Versailles diese Realitäten auch in bezug auf Dentschland gewürdigt worden wären. Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen oder vorhandene offenzuhalten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen. Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre. Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine deutsche

Digitized by Google

Regierung von ſich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beſeitigt werden kann, ohne durch eine beſſere erſetzt zu werden. Allein dieſes Bekenntnis zum Rechtscharakter eines ſolchen Vertrages kann nur ein allgemeines ſein. Nicht nur der Sieger hat den Anſpruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, ſondern auch der Beſiegte. Das Recht aber, eine Reviſion dieſes Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage ſelbſt begründet. Die deutſche Regierung wünſcht dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes, als die vorliegenden Reſultate der bisherigen Erfahrungen ſowie die unbeſtreitbaren Erkenntniſſe der kritiſchen und logiſchen Vernunft. Die Erfahrungen, die in den vierzehn Jahren gemacht worden ſind, ſind politiſch und wirtſchaftlich eindeutige.

Das Elend der Völker wurde nicht behoben, ſondern es hat zugenommen. Die tiefſte Wurzel dieſes Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Beſiegte als die beabſichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die ſchlimmſte Auswirkung findet dieſe Ordnung in der erzwungenen Wehrloſigkeit der einen Nation gegenüber den überſteigerten Rüſtungen der anderen. Wenn Deutſchland ſeit Jahren unentwegt die Abrüſtung aller fordert, ſo aus folgenden Gründen:

Erſtens iſt die Forderung nach einer tatſächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft, eine Forderung, die im Friedensvertrage ſelbſt anerkannt worden iſt und deren Erfüllung unlöslich verbunden wurde mit der Forderung der deutſchen Abrüſtung als Ausgangspunkt für die Weltabrüſtung.

Zweitens, weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geſchichtlich nicht ewig aufrechterhalten werden kann, ſondern

Digitized by Google

einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwicklung der Jahrhunderte? Das deutsche Volk wird bleiben, genau wie das französische und, wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde, das polnische.

Was sind Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65-Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsache? Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neuentstandenen jungen europäischen Nationalstaaten als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. Denn Deutschland hat abgerüstet, und Deutschland hat diese Abrüstung unter schärfster internationaler Kontrolle vollzogen. 6 Millionen Gewehre und Karabiner wurden ausgeliefert oder zerstört, 130 000 Maschinengewehre, riesige Mengen Maschinengewehrläufe, 91 000 Geschütze, 38,75 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen- und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstören oder ausliefern müssen. Das Rheinland wurde entmilitarisiert, die deutschen Festungen wurden geschleift, unsere Schiffe wurden ausgeliefert, die Flugzeuge zerstört, unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung von Reserven dadurch verhindert. Selbst die nötigsten Waffen der Verteidigung bleiben uns versagt.

Wer heute versucht, gegenüber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzu-

Digitized by Google

treten und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt oder hätte gar aufgerüstet, dessen Auffassung muß ich von dieser Stelle aus als ebenso unwahr wie unfair zurückweisen. Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß Deutschland personell den Verpflichtungen des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die Angabe, daß die S. A. und S. S. der Nationalsozialistischen Partei in irgendeiner Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünden, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reserven der Armee handeln würde, ist unwahr!

Die unverantwortliche Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel ersehen: Im vergangenen Jahre fand in Brünn der Prozeß gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei statt. Durch vereidete Sachverständige der tschechoslowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angeklagten stünden in Beziehung zur Nationalsozialistischen Partei Deutschlands, befänden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volkssportvereins damit gleichzusetzen den Mitgliedern der S. A. und S. S. in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reservearmee darstellen.

In derselben Zeit besaß aber die S. A. und S. S. genau so wie die Nationalsozialistische Partei überhaupt nicht nur keine Beziehung zur Reichswehr, sondern sie wurde im Gegenteil als staatsfeindliche Organisation verfolgt, verboten und endlich aufgelöst. Ja, darüber hinaus: Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, Angehörige der S. A. und S. S. waren von allen staatlichen Amtsstellen ausgeschlossen. Sie durften sich nicht einmal als Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei frei bekennen und wurden auf

Digitized by Google

Grund falscher Darstellungen zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt!

Tatsächlich ist die S. A. und S. S. der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Ausrüstung entstanden.

Aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Ihr Zweck war und ist ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr, die Ausbildung ohne jede Anlehnung an das Heer, nur berechnet für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, psychologische Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie ist eine Institution der Anerziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes, zur Überwindung der früheren Klassengegensätze und zur Behebung der wirtschaftlichen Not.

Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Fronterlebnisses, zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutze des deutschen Volkes gegen die seit dem November 1918 das Volk bedrohende kommunistische Revolution, eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht ermessen können, die nicht so wie wir Millionen organisierter Kommunisten besessen haben und nicht, wie in Deutschland, unter dem Terror litten. Denn der wirkliche Zweck dieser nationalen Organisationen wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer.

S. A. und S. S. hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletzte zu beklagen. Wenn heute in Genf versucht wird,

Digitized by Google

dieſe ausſchließlich innenpolitiſchen Zwecken dienenden Organiſationen auf die Wehrſtärken anzurechnen, dann könnte man genau ſo gut die Feuerwehr, die Turnvereine, die Wach- und Schließgeſellſchaften, die Ruderklubs und andere Sportvereine als Wehrmacht anrechnen.

Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegenſatz zu dieſen militäriſch vollkommen unausgebildeten Menſchen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reſerven der anderen bewußt überſieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politiſcher Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den ſchärfſten Proteſt einlegen muß!

Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerſtören will, dann ſind dies dazu geeignete Mittel.

Denn folgendes habe ich namens des deutſchen Volkes und der deutſchen Regierung zu erklären:

Deutſchland hat abgerüſtet. Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100 000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei ſind international geregelt.

Die in den Tagen der Revolution aufgeſtellte Hilfspolizei hat ausſchließlich politiſchen Charakter. Sie mußte in den kritiſchen Tagen des Umſturzes den von dem neuen Regime zunächſt als unſicher vermuteten Teil der anderen Polizei erſetzen. Nun, nach der ſiegreichen Durchführung der Revolution iſt ſie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollſtändig aufgelöſt ſein.

Deutſchland hat damit einen vollſtändig berechtigten moraliſchen Anſpruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerſeits ihre Verpflichtungen, die ſich aus dem Vertrag von Verſailles ergeben,

Digitized by Google

erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht. Wenn seitens Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen, die sich aus der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, des Kelloggpaktes, der Schiedsgerichtsverträge, des no force-Paktes usw. ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die von Deutschland noch übernommen werden können?

2. Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland? Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an im Dienst befindlichen Flugzeugen 3046, Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. Dazu kommen unermeßliche Mengen an Reserve-Flugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen sowie alle technischen Mittel znr Führnng des Krieges mit giftigen Gasen. Hat nicht Deutschland demgegenüber in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit mehr Berechtigung, Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalitionen miteinander verbundenen Rüstungsstaaten?

Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind, und wenn dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtnng überhaupt aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anliegenden Nationen restlos das gleiche tun würden! Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von

Digitized by Google

Versailles auch sie verpflichtenden Abrüstungsbestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland zumindest auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. Die deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Fragen. Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird ohne die Zubilligung einer zum mindesten qualitativen Gleichberechtigung. Deutschland muß fordern, daß eine Umwandlung der heutigen, von Deutschland nicht gewollten, sondern uns erst vom Ausland auferlegten Wehreinrichtung Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten.

Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden, eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf Angriffswaffen überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits diese Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird. Deutschland hat nur den einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach einem Ausspruch des französischen Kriegsministers vom Februar 1932 kann ein großer Teil der farbigen französischen Streitkräfte sofort auf dem französischen Festland verwendet werden. Er rechnet sie deshalb ausdrücklich zu den Heimatstreitkräften.

Es entspricht deshalb nur der Gerechtigkeit, die farbigen Streitkräfte auch bei der Abrüstungskonferenz als Bestandteil des fran-

Digitized by Google

zösischen Heeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Heeresstärke Verbände und Organisationen berücksichtigen, die nur volkserzieherischen und sportlichen Zwecken dienen und überhaupt keine militärische Ausbildung genießen. In den anderen Ländern sollen diese Verbände aber überhaupt für die Heeresstärke nicht in Frage kommen.

Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten die betreffenden Verbände dieser Kontrolle mit zu unterstellen, um ihren vollständig unmilitärischen Charakter eindeutig vor der ganzen Welt zu beweisen. Ferner wird die deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu einschneidend ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Die Forderungen bedeuten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten. Ich begrüße dabei noch einmal namens der deutschen Regierung den weitausschauenden und richtigen Plan des italienischen Staatschefs, durch einen besonderen Pakt ein enges Vertrauens- und Arbeitsverhältnis der vier europäischen Großmächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herzustellen. Der Auffassung Mussolinis, daß damit die Brücke zu einer leichteren dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, sofern auch die anderen Nationen zu einer wirklichen Überwindung etwa entgegenstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von

Digitized by Google

dem ich heute nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet deshalb die deutsche Regierung zu warmem Danke. Sie ist bereit, dieser Methode zur Behebung der internationalen Krise zuzustimmen, denn auch sie ist der Auffassung, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. Sie ist bereit, sich an diesem Werk der Inordnungbringung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann:

Den Frieden der Welt zu sichern. Ich fühle mich verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen aber besitzt Deutschland überhaupt nicht, weder schwere Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge, noch Giftgase.

Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist daher die deutsche, der man nicht nur die Angriffswaffen verbot, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitt und auch die Anlage von Grenzbefestigungen untersagte.

Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn die übrige Welt ein Gleiches tut. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern nur an seine Sicherheit.

Deutschland würde die in dem Vorschlag des Präsidenten Roosevelt angedeutete Möglichkeit begrüßen, die Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäischen Verhältnisse einzubeziehen.

Digitized by Google

Dieſer Vorſchlag bedeutet eine große Beruhigung für alle, die an der aufrichtigen Erhaltung des Friedens mitarbeiten wollen. Wir aber haben keinen ſehnlicheren Wunſch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Verſailler Vertrages endgültig geheilt werden. Deutſchland will keinen anderen Weg dabei gehen als den, der durch die Verträge ſelbſt als berechtigt anerkannt iſt. Die deutſche Regierung wünſcht ſich über alle ſchwierigen Fragen mit den Nationen friedlich auseinanderzuſetzen. Es weiß, daß jede militäriſche Aktion in Europa, auch bei deren völligem Gelingen, gemeſſen an den Opfern, in keinem Verhältnis ſtehen würde zu dem Gewinn.

Die deutſche Regierung und das deutſche Volk werden ſich aber unter keinen Umſtänden zu irgendeiner Unterſchrift nötigen laſſen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutſchlands bedeuten würde. Der Verſuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es iſt denkbar, daß man Deutſchland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt, aber es iſt undenkbar und ausgeſchloſſen, daß ein ſolcher Akt von ſelbſt durch eine Unterſchrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte.

Wenn in Zeitungsartikeln und in bedauerlichen Reden verſucht wird, Deutſchland Sanktionen anzudrohen, ſo könnte ein ſolches ungeheuerliches Verfahren nur die Strafe dafür ſein, daß wir durch die Forderung nach Abrüſtung die Erfüllung der Verträge verlangen.

Ein ſolcher Vorgang könnte nur zur endgültigen moraliſchen und tatſächlichen Außerkraftſetzung der Verträge ſelbſt führen. Deutſchland würde aber auch in dem Fall ſeine friedlichen Forderungen niemals aufgeben. Die politiſchen und wirtſchaftlichen Folgen, das

Digitized by Google

Chaos, das ein ſolcher Verſuch in Europa herbeiführen müßte, fiele zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit ſolchen Mitteln kämpften.

Jeder ſolche Verſuch, jeder Verſuch einer Vergewaltigung Deutſchlands auf dem Wege einer einfachen Majoriſierung gegen den klaren Sinn der Verträge, könnte nur durch die Abſicht diktiert ſein, uns von den Konferenzen zu entfernen. Das deutſche Volk beſitzt aber heute Charakter genug, in einem ſolchen Fall ſeine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufoktroyieren zu wollen, ſondern, wenn auch ſchweren Herzens, die dann einzig mögliche Konſequenz zu ziehen.

Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch ſchwerfallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören.

Die deutſche Regierung und das deutſche Volk ſehen die Kriſe der heutigen Zeit. Jahrelang iſt von Deutſchland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu dieſem politiſchen und wirtſchaftlichen Ergebnis führen mußten. Wenn auf dem bisherigen Wege und mit den bisherigen Methoden weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft ſein. Nach ſcheinbaren politiſchen Erfolgen einzelner Nationen werden um ſo ſchwerere wirtſchaftliche und damit politiſche Kataſtrophen für alle die Folge ſein. Sie zu vermeiden, ſehen wir als erſte und oberſte Aufgabe an.

Bisher iſt Wirkſames dagegen nicht unternommen worden. Wenn uns vor der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutſchland ſehr wohl gewiſſe Sympathien entgegengebracht hätte, ſo haben wir die Folgen und Auswirkungen dieſer ‚Sympathien‘ in Deutſchland und für Deutſchland jedenfalls kennengelernt!

Digitized by Google

Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk — fast nur ans Not und Elend — 224 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen, Männer und Frauen, Greise und Kinder!

Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland sich Heil und Segen versprochen haben. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer endlichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte!"

Nach dieser bedeutsamen Rede des Reichskanzlers, der die ganze Welt lauschte, erhob sich der deutsche Reichstag wie ein Mann, um den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen: Deutschland steht geschlossen hinter seinem Kanzler und der Regierung! Deutschland fordert Gleichberechtigung!

Der „Völkische Beobachter" schreibt zu dieser denkwürdigen Rede:

„Keiner, der die Reichstagssitzung vom 17. Mai miterlebt hat, wird sie jemals wieder vergessen. Es wirkte in dieser kurzen Stunde ein Stück Weltgeschichte, wir alle fühlten nur wie ein Block, und der Kanzler oben wußte, daß sein Mund heute für die gesamte Nation sprach, daß ihr Leiden heute durch ihn Ausdruck finden

Digitized by Google

Auf dem Gebäude der Arbeiterbank wurde die Hakenkreuzflagge gehißt.

Digitized by Google

Die Hakenkreuzflagge auf dem Gewerkschaftshaus am Engelufer in Berlin.

Digitized by Google

mußte, daß ihr Stolz nach seinem Wort verlangte angesichts einer heuchlerischen, gewissenlosen Hetze in vielen Staaten, die einem Volk von tausendjähriger Geschichte primitivste Selbsterhaltungsrechte abzusprechen sich gestattete.

Und so geht denn unseres Führers Rede ein in die Weltgeschichte als ein Akt, der zugleich Ausdruck heißesten Friedenswillens wie Behauptung deutscher Würde und verbriefter Rechtsansprüche ist. Eine gewisse Presse wird es angesichts der Monumentalität der Rede und der Spannung Hunderter von Millionen doch nicht wagen, „gekürzte" Wiedergaben zu bringen und die formvollendeten Satzfassungen zu verfälschen.

Mit zwingender Logik eröffnete des Deutschen Reiches Kanzler durch eine knappe geschichtliche Schau das große Nationalitätenproblem, dessen Lösung die Aufgabe in Versailles gewesen wäre. Mit einem Ruck standen die Dinge in der richtigen weltgeschichtlichen Perspektive, und das furchtbare Bild der zerstörten Nationalwirtschaften erwies sich als notwendige Folge eines nur durch Leidenschaften diktierten Vertragswerkes. Gerade hier setzte auch die Kennzeichnung unseres Nationalsozialismus ein. Dieser unterscheidet sich von jenem des 19. Jahrhunderts durchaus. Denn früher wollte man die Zahl der Staatsbürger durch Nationalisierungsversuche vergrößern, heute wollen wir etwa aus den geringen polnischen Minderheiten gar keine Zwangsdeutschen machen. Die Scheidung soll eine freiwillige bleiben, aber das gleiche Recht fordert auch Deutschland für seine Volksgenossen.

Wenn das Ausland diese Ausführungen des Kanzlers nur mit etwas Sachlichkeit lesen wird, so muß es nach und nach ein anderes Bild von den Triebfedern der deutschen Volkserhebung erhalten, als

Digitized by Google

es bisher dank vieler skrupelloser Entstellungen möglich gewesen ist. Das Bekenntnis Adolf Hitlers zudem zu der Methode des amerikanischen Präsideuten, die Abrüstung sich als Ziel zu setzen, macht den Appell Roosevelts in dieser Hinsicht doppelt bedeutsam und wird eine Scheidung der Geister beschleunigen helfen: in jene, die Frieden wollen, und in jene, die die Aufrüstung im Dienste großer skrupelloser Rüstungsindustrien im Westen und Osten erstreben, somit die ganze Welt weiter in Unruhe versetzen wollen.

Wie zunächst festgestellt werden kann, hat bereits vielerorts ein Umschwung der bisher haßerfüllten Geister stattgefunden.

Deutschland hat gesprochen. Ernst, friedfertig und würdig. Auch die Sozialdemokratie hat sich eingefügt in dieses Wollen. Das deutsche Volk steht in seiner Gesamtheit geschlossen hinter seinem Führer.

Jetzt ist es an der übrigen Welt, das Wort und die Tat des Friedens zu finden."

Die gesamte Welt konnte sich dieser eindrucksvollen Rede des deutschen Kanzlers nicht entziehen, selbst die französische Presse mußte Beifall spenden. Nach diesen Erklärungen Adolf Hitlers wird es den Gegnern Deutschlands nicht mehr möglich sein, ihre Beschuldigung von der intransigenten Haltung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Deutschland wird und muß wieder ein gleichberechtigtes Glied unter den Staaten der Welt werden!

Wir bauen ein neues Deutschland, ein Vaterland der Ehre, der Freiheit und Größe, ein Volk gleicher, starker Gesinnung, einen Staat der Helden und nicht der Händler.

Trotzig und unbeugsam marschieren wir auf dieses Ziel!

(Ernst Röhm)

Digitized by Google

Digitized by Google

14 DAY USE
RETURN TO DESK FROM WHICH BORROWED

LOAN DEPT.

This book is due on the last date stamped below, or on the date to which renewed.
Renewed books are subject to immediate recall.

SEP 9 '63 S

REC'D LD
SEP 10 1963

LD 21A–50m-11,'62
(D3279s10)476B

General Library
University of California
Berkeley

Digitized by Google

YD 09076

Digitized by Google

Digitized by Google